

# st g allen



Geschäftsbericht 2002 **der Stadt St.Gallen**



Stadt St. Gallen

Bericht der Dienststellen



4	1 BÜRGERSCHAFT UND BEHÖRDEN
7	2 ALLGEMEINE VERWALTUNG; STADTKANZLEI
15	3 VERWALTUNG DES INNERN
23	4 POLIZEIVERWALTUNG
41	5 VERWALTUNG DER SOZIALEN DIENSTE
56	6 BAUVERWALTUNG
90	7 VERWALTUNG DER TECHNISCHEN DIENSTE
107	8 SCHULVERWALTUNG
134	9 FINANZVERWALTUNG

## VORWORT

«Die Gemeinde erfüllt die Aufgaben, die der Staat ihr durch Verfassung und Gesetz zuweist, und Aufgaben, die sie im öffentlichen Interesse selbst erfüllt». So steht es – lapidar und trocken – im Gemeindegesetz. Und so nüchtern wie die zitierte Formulierung kam jeweils der bisherige Geschäftsbericht daher. Als Rechenschaftsbericht und Controlling-Instrument war er ein Werkzeug des Parlamentes.

Künftig möchten wir einen grösseren Kreis von Leserinnen und Lesern für diese Publikation gewinnen. Denn Bereiche wie Stadtentwicklung, Energie/Umwelt, Sicherheit und Verkehr oder Bildung sind Themen, die unser Zusammenleben prägen. In diesem Sinn soll die Neugestaltung des Geschäftsberichtes auch ein Zeichen sein für ein modernes Kommunikationsverständnis zwischen Stadtrat und Bewohnerinnen und Bewohnern von St.Gallen.

### Wünschen Sie Zusatzinformationen?

Bestellen Sie den Geschäftsbericht, der Ihnen einen Überblick über wichtige Themen aus dem Geschäftsjahr vermittelt. Enthalten sind auch wichtige Kennzahlen über unsere Stadt.

Einen separaten Teil bilden die Legislaturziele des Stadtrats für die Amtsdauer 2001–2004. Nebst einer Standortbestimmung finden Sie darin einen Rückblick auf die vergangenen vier Jahre. Er zeigt auch auf, welche Schwerpunkte der Stadtrat in der kommenden Legislatur setzen und welche konkreten Ziele er erreichen will.

Bestellungen an Stadtkanzlei, Rathaus, Telefon 224 53 25  
info@stadt.sg.ch



# 1 BÜRGERSCHAFT UND BEHÖRDEN

## 11 Abstimmungen und Wahlen

### 111 Abstimmungen Bund

### 112 Abstimmungen Kanton

### 113 Abstimmungen Stadt

## 12 Vermittleramt

## 11 Abstimmungen und Wahlen

### 111 Abstimmungen Bund

3. MÄRZ 2002	Bund Ja	Bund Nein	Stadt Ja	Stadt Nein
1. Volksinitiative «für den Beitritt der Schweiz zur Organisation der Vereinten Nationen (UNO)»	1 489 110 54.6%	1 237 629 45.4%	15 915 59.5%	10 820 40.5%
2. Volksinitiative «für eine kürzere Arbeitszeit»	686 935 25.4%	2 021 198 74.6%	7 242 27.3%	19 259 72.7%

2. JUNI 2002	Bund Ja	Bund Nein	Stadt Ja	Stadt Nein
1. Änderung des Schweizerischen Strafgesetzbuches (Schwangerschaftsabbruch)	1 399 545 72.2%	540 105 27.8%	13 217 67.5%	6 370 32.5%
2. Volksinitiative «für Mutter und Kind – für den Schutz des ungeborenen Kindes und für die Hilfe an seine Mutter in Not»	352 432 18.2%	1 578 870 81.8%	3 376 17.4%	16 040 82.6%

22. SEPTEMBER 2002	Bund Ja	Bund Nein	Stadt Ja	Stadt Nein
1. Bundesbeschluss über die Volksinitiative «Überschüssige Goldreserven in den AHV-Fonds (Goldinitiative)» und über den Gegenentwurf «Gold für AHV, Kantone und Stiftung» Volksinitiative:	985 224 47.6%	1 083 802 52.4%	9 264 44.5%	11 542 55.5%
Gegenentwurf:	984 590 48.2%	1 057 327 51.8%	10 652 52.1%	9 794 47.9%
Stichfrage: für Initiative	953 335 48.3%		8 863 44.6%	
Stichfrage: für Gegenentwurf	1 020 262 51.7%		10 995 55.4%	
2. Elektrizitätsmarktgesetz (EMG)	971 775 47.4%	1 078 112 52.6%	9 814 47.5%	10 839 52.5%

24. NOVEMBER 2002	Kanton Ja	Kanton Nein	Stadt Ja	Stadt Nein
1. Volksinitiative «gegen Asylrechtsmissbrauch»	1 119 342 49.9%	1 123 550 50.1%	11 269 49.6%	11 440 50.4%
2. Änderung des Bundesgesetzes über die obligatorische Arbeitslosenversicherung und die Insolvenzent-schädigung (Arbeitslosenversicherungsgesetz, AVIG)	1 234 623 56.1%	966 626 43.9%	13 056 58.8%	9 151 41.2%



## 112 Abstimmungen Kanton

22. SEPTEMBER 2002	Kanton Ja	Kanton Nein	Stadt Ja	Stadt Nein
1. Grossratsbeschluss über den Beitritt zur Interkantonalen Vereinbarung über das Linthwerk	89 219 84.6%	16 298 15.4%	15 842 86.8%	2 408 13.2%
2. Grossratsbeschluss über die Schaffung von Spitalverbunden	89 421 84.3%	16 706 15.7%	15 892 85.3%	2 731 14.7%

## 113 Abstimmungen Stadt

22. SEPTEMBER 2002	Stadt Ja	Stadt Nein
1. Neubau einer Eissportanlage im Lerchenfeld	16 794 80.1%	4 183 19.9%
2. Projekt «Mummenschanz-Theater in St.Gallen»	9 609 46.3%	11 137 53.7%

24. NOVEMBER 2002	Stadt Ja	Stadt Nein
1. Volksinitiative «Üs Stinkts!» – Städtische Initiative zur Einführung von zwei wöchentlichen Kehrrixtabfahren	5 294 24.2%	16 568 75.8%

ABSTIMMUNGSKENNZIFFERN	2000	2001	2002
Stimmbeteiligung im Durchschnitt <sup>*)</sup>	42.2%	49.2%	53.1%
Stimmberechtigte im Durchschnitt (inkl. Auslandschweizer/-innen)	43 447	44 001	44 041
Abstimmungskosten (inkl. Löhne) für Urnendienst, Verpflegung, Porti, Abstimmungsmaterial, Transporte, Stimmausweise (in CHF 1000)	532	189	244
Anzahl Abstimmungstermine	8	3	4
Kosten pro Abstimmung (in CHF 1000)	67	63	61

<sup>\*)</sup> berechnet auf grund der abgegebenen Stimmausweise

## Aufgaben:

- führt Schlichtungsverfahren in Zivilstreitigkeiten und im Privatstrafklageverfahren durch

<b>FINANZEN</b> (in CHF 1 000) / <b>PERSONAL</b>	<b>2000</b>	<b>2001</b>	<b>2002</b>
Aufwand	204	195	202
Ertrag	80	70	65
Aufwandüberschuss	124	125	137
Personalbestand	1.3	1.3	1.2
<b>Vermittlungsbegehren</b>	<b>2000</b>	<b>2001</b>	<b>2002</b>
Eingegangen total	656	566	510
Erlidigung durch Vergleich, Klageanerkennung, Klagerückzug	253	201	213
Pendent am 31. Dezember 2002	20	31	33
<b>Rechtsgebiete</b>			
Forderungsklagen aus diversen Rechtsgeschäften	342	295	301
Ehescheidungsklagen	97	71	56
Ehetrennungsklagen	6	7	1
Klagen auf Abänderung von Scheidungsurteilen	30	18	36
Klagen nach Art. 4 Verantwortlichkeitsgesetz	83	89	19
Vaterschafts- und Unterhaltsklagen	19	12	24
Aberkennungsklagen (SchKG)	11	11	7
Privatstrafklagen, insbesondere Vergehen gegen die Ehre	21	21	28
Widerspruchsklagen	1	–	–
Klagen aus Erbrecht	10	4	3
Klagen aus diversen Rechtsgebieten	31	31	29
Kostenentscheide	5	7	6

Das Berichtsjahr 2002 weist mit Ausnahme der Position Klagen nach Art. 4 Verantwortlichkeitsgesetz (Gesetz über die Haftung der öffentlich-rechtlichen Körperschaften und Anstalten und die Verantwortlichkeit der Behörden, Beamten und öffentlichen Angestellten) keine nennenswerten Veränderungen gegenüber dem Vorjahr auf. Der Rückgang der Verantwortlichkeitsklagen nach Art. 4 begründet sich damit, dass der frühere Art. 4 eine einjährige Verwirkungsfrist, die sich nicht unterbrechen lässt, aufwies. Mit dem per 1. Juli 2000 in Kraft getretenen Nachtragsgesetz wurde in Art. 4 unter anderem eine zweijährige Verjährungsfrist eingeführt. Mit dieser neuen Regelung muss ein Geschädigter nicht mehr zwingend ein Verantwortlichkeitsbegehren beim Vermittler einreichen, um die Frist zu wahren, sondern er kann die Verjährung auch auf andere Weise unterbrechen. Dies geschieht in der Praxis vermehrt durch Verjährungseinredeverzichtserklärungen.

## 2 ALLGEMEINE VERWALTUNG

### 20 Stadtkanzlei

201 Stadtarchiv

202 Informationsdienst

203 Kulturbeauftragter

### 22 Rechtskonsulent

### 23 Wirtschaftsförderung und Wohnortmarketing

231 Wirtschaftsförderung und Wohnortmarketing

232 Statistisches Büro

### 20 Stadtkanzlei

#### Aufgaben:

- ist Stabsstelle von Stadtrat und Grosse Gemeinderat
- ist Sekretariat für Stadtrat und Grosse Gemeinderat
- organisiert interne und öffentliche Anlässe und Empfänge
- ist zuständig für kulturelle Belange
- ist verantwortlich für die Öffentlichkeitsarbeit (Informationswesen des Stadtrates, Unterstützung von Dienststellen bei Kommunikationsvorhaben, Personalzeitschrift)
- führt das Stadtarchiv
- leitet den Weibeldienst

FINANZEN (in CHF 1 000) / PERSONAL	2000	2001	2002
Aufwand	1 449	1 568	1 558
Ertrag	18	24	17
Aufwandüberschuss	1 431	1 544	1 541
Personalbestand	10.8	11.5	11.0

Diese Zahlen umfassen (mit Ausnahme des Personalbestandes) nur den engeren Bereich der Stadtkanzlei, ohne Weibeldienst und Kulturbeiträge.

### 201 Stadtarchiv

ZUWACHS AN ARCHIVGUT	2000	2001	2002
Anzahl Ablieferungen, Schenkungen	25	24	34
Zuwachs in Laufmetern	23	41	140

Der markante Zuwachs an Archivgut geht auf wenige überdurchschnittlich grosse Ablieferungen zurück. Eine solche übernahm das Stadtarchiv namentlich vom Vormundschaftsamt. Neben den Dokumenten der Stadtverwaltung bewahrt das Stadtarchiv auch historisch aussagekräftige Unterlagen privater Herkunft auf; eine umfangreiche Ablieferung erhielt es im Berichtsjahr vom Stadsängerverein.



Vor den Ablieferungen wurde im Rahmen von Aktenbewertungen entschieden, ob die Dokumente zur dauernden Archivierung bestimmt oder zur Vernichtung frei gegeben werden sollen. Um die Aktenbewertung weiter zu objektivieren und von den beteiligten Personen unabhängig zu gestalten, wurde der Registraturplan des Stadtarchivs mit Aufbewahrungsfristen für die anfallenden Akten ergänzt. Diese Fristen werden im nächsten Jahr verwaltungsintern in die Vernehmlassung geschickt.

Die ins Stadtarchiv übernommenen Dokumente werden, um ihre Benützung zu ermöglichen, mittels der Archiv-Datenbank «Inovar» erschlossen, von welcher eine auf Windows-Basis beruhende Version in Betrieb genommen wurde. Von den zahlreichen neu verzeichneten Beständen seien jene des Einwohneramtes (samt Wohnungsamt und Legalisationswesen), der Wirtschaftsförderung, der Finanzkontrolle, der Stadtwerke, der Stadtpolizei und des Zivilschutzamtes genannt. Zudem wurde die Erstellung eines EDV-Registers zu den Bänden über die Niederlassungen des 19. und frühen 20. Jahrhunderts weiter geführt. Erstmals liess sich ein Erschliessungsprojekt privat finanzieren, indem die Studentenverbindung Zofingia St.Gallen einen Archivmitarbeiter für die Verzeichnung ihrer historisch wertvollen, im Stadtarchiv liegenden Unterlagen entschädigte.

Der physischen Erhaltung des Archivgutes dienten sowohl präventive Massnahmen (Gewährleistung eines möglichst optimalen Raumklimas in den Archivmagazinen, Umpacken von abgelieferten Akten in säurefreie Behältnisse usw.) als auch die Restaurierung bereits defekter Bände und Filme. Durch die Mikroverfilmung von Einwohnerregistern und die Duplizierung von Tonbändern der Gemeinderatssitzungen wurde die kontinuierliche Erstellung von Sicherheitskopien wichtiger Archivalien fortgesetzt.

<b>BENÜTZUNG UND AUSKÜNFTE</b>	<b>2000</b>	<b>2001</b>	<b>2002</b>
Benutzung von Archivalien	318	232	219
Auskünfte	407	434	424

Die Zahlen der Archivbenützungen (die selbstständige Arbeit von Archivbesuchern und -besucherinnen an den Dokumenten) und der erteilten Auskünfte lagen leicht unter den Werten des Vorjahres. Neben der Arbeit an verschiedenen Publikationen und Lektoraten für die neue Kantonsgeschichte bestand die Öffentlichkeitsarbeit aus Führungen sowie Vorträgen, etwa im Rahmen einer öffentlichen Vorlesung an der Universität über «Die Stadt St.Gallen von 1918 bis 1945», die gemeinsam mit dem Stadtarchivar der Ortsbürgergemeinde gehalten wurde. Mit der Herausgabe des Heftes «Beiträge zur ostschweizerischen Schulgeschichte» beendete der Stadtarchivar seine 12-jährige Tätigkeit als Redaktor des Neujahrsblattes des Historischen Vereins des Kantons St.Gallen.

## 202 Informationsdienst

Internet war das zentrale Thema im Jahr 2002. Gemeinsam mit kantonalen Stellen wurde das Submissionsverfahren für ein Content Management System (CMS) durchgeführt, ein Vorgehen, das für Kanton und Stadt grosse Vorteile aufweist. Einerseits konnten so die Kosten massiv gesenkt werden, und andererseits ist damit eine gute Basis für die Realisierung von eGovernment-Projekten gegeben. Der Grosse Gemeinderat wird 2003 über die Beschaffung zu befinden haben. Die Themenvernetzung mit dem Guichet virtuel konnte termingerecht abgeschlossen werden. Verschiedene Redesigns städtischer Webseiten sind erfolgt. Ende Jahr waren rund 2 000 Informationsseiten aus der Stadtverwaltung im «Netz» verfügbar.

Zu den grösseren Projekten, an denen der Informationsdienst beteiligt war, zählen: Kantonaltag Expo02, Kinderfest, Eröffnung Schulhaus Halden, visueller Auftritt der Integrationsstelle. Die Neuzuzügermappe wurde überarbeitet, für den Schulgesundheitsdienst eine Dokumentation erstellt und die Broschüre «Umzug ins Altersheim» realisiert.

Zusammen mit den zwei Medienverantwortlichen der Stadtpolizei wird ein Medienpikettendienst betrieben. Pro Monat leistet jedes Mitglied der Gruppe eine Woche Dienst. Grössere Ereignisse waren ein Zugzusammenstoss im Februar und die beiden Unwetter im Sommer.

## 203 Kulturbeauftragter

BEITRÄGE (in CHF 1 000)	2000	2001	2002
Theater und Film	6 983	8 619	8 853
Musik	4 254	–	110
Bibliotheken, Ludothek	525	443	472
Museen und bildende Kunst	2 661	2 702	2 832
Preisverleihungen	30	30	55
Übrige Beiträge im kulturellen Bereich	498	479	614
Total	14 951	12 273	12 936
pro Kopf der Bevölkerung	214	175	185

Nicht enthalten sind in dieser Zusammenstellung die Ausgaben für Denkmalpflege, Musikschulen, Kulturpädagogik sowie für die Bereitstellung und den Unterhalt von Kulturgebäuden (Theater, Tonhalle, Museen, Grabenhalle, etc.).

Die für die Förderung des aktuellen Kulturschaffens, innovativer Einzelprojekte und kultureller Veranstaltungen zur Verfügung stehenden Mittel (insgesamt CHF 520 000, in der oben stehenden Tabelle in den «übrigen Beiträgen» enthalten), wurden wie folgt verwendet (in Prozenten):

	2000	2001	2002
Theater, Tanz	23.8	23.1	18.9
Bildende Kunst, Ausstellungen	10.9	20.5	12.1
Klassische Musik	11.8	10.9	11.9
Zeitgenössische E-Musik	9.9	6.7	3.4
Rock, Jazz, Pop	22.6	19.4	21.8
Volkstümliche Musik	0.8	0.8	1.9
Literatur	11.8	9.6	9.8
Film	4.1	5.6	1.5
Spartenübergreifende Projekte*			13.1
Diverses (Geschichte, Architektur, etc.)	4.3	3.4	5.6
Eingereichte Gesuche	215	208	222
Abgelehnt oder zurückgezogen	40	39	50

\* in den Vorjahren noch nicht separat erhoben

## WERKBEITRÄGE

Auf die öffentliche Ausschreibung der Werkbeiträge gingen insgesamt 22 Bewerbungen (Vorjahr 30) ein. Auf Antrag der Kommission für Kulturförderung sprach der Stadtrat folgende Beiträge zu:

Bernhard Brack (Literatur)	CHF 10 000
Susanne Ellensohn (Literatur)	CHF 10 000
Sergio de Matos Cunha (bildende Kunst)	CHF 10 000
Frank und Patrik Riklin (bildende Kunst)	CHF 10 000
Stefan Rohner (Fotografie)	CHF 10 000
Theres Roth-Hunkeler (Literatur)	CHF 10 000

Der städtische Kulturpreis, der alle vier Jahre vergeben wird und die höchste kulturelle Auszeichnung der Stadt St.Gallen darstellt, wurde auf Antrag der Kommission für Kulturförderung dieses Jahr an den Clown und Pantomimen Pic (Richard Hirzel) verliehen. Im Urkundentext wird dessen Wirken mit folgenden Worten gewürdigt:

«Der in St.Gallen aufgewachsene und seither hier lebende Pic geniesst im breiten Publikum wie in Fachkreisen gleichermassen höchstes Ansehen. Seine künstlerische Arbeit zeichnet sich neben einem fundierten Können als Artist und Mime durch Sensibilität, Virtuosität, Leichtigkeit und subtile Beobachtung aus. Aus ihr spricht aber auch ein feines Gespür für die Sorgen und Nöte der menschlichen Existenz. Humor ist hier als Appell zur Toleranz, zur Überwindung sprachlicher und sozialer Grenzen verstanden».

Pic kommt das Verdienst zu, im Genre der Clownerie die verborgene Welt der Träume und den Zauber der Poesie wieder zur Geltung gebracht zu haben. Mit seiner berühmtesten Nummer, bei der er als Pierrot Lunaire einer sternendekorierten blauen Kugel entsteigt und kleine und grosse Seifenblasen in die Luft steigen lässt, hat er Tausende von Menschen in aller Welt berührt und begeistert. Sie gilt heute als Klassiker und Meilenstein der Kleinkunst.

Seiner Heimatstadt St.Gallen ist Pic trotz des internationalen Erfolgs immer verbunden geblieben. Sie verdankt ihm zwei unvergessene zirkensische Spektakel unter dem Namen Picopello-Circus, welche die Bewohnerinnen und Bewohner der Stadt einander näher brachten, ihr Bewusstsein für die Schönheiten dieser Stadt schärften und letztlich zur Erhaltung des Dammquartiers und der Frauenbadanstalt auf Dreiweihern beitrugen.»

Der Kulturpreis wurde am 15. Dezember anlässlich einer Feier im Theater St.Gallen vom Stadtpräsidenten übergeben. Der Auftritt des bekannten bayerischen Satirikers Gerhard Polt, der aus Freundschaft zu Pic bereit war, die Laudatio zu halten, begeisterte das zahlreiche Publikum ebenso wie die witzigen musikalischen Einlagen der Multiinstrumentalistin Shirley Anne Hofmann. Der Anlass fand auch in den Medien grosse Aufmerksamkeit und positive Kritiken.

#### FÖRDERUNGS- UND ANERKENNUNGSPREISE

Der Anerkennungspreis 2002 wurde an den Maler, Zeichner und Plastiker Max Oertli verliehen. Der Stadtrat zeichnete damit eine Künstlerpersönlichkeit aus, die eine bedeutende Rolle beim künstlerischen Aufbruch in der Ostschweiz spielte, mit ihren plastischen Arbeiten den öffentlichen Raum der Stadt St.Gallen stark mitgeprägt, aber auch im Bereich der Porträtkunst Hervorragendes geleistet hat. Die Ehrung galt aber auch dem Menschen Max Oertli, der viele unterschiedliche Aktivitäten angeregt hat, die heute nicht mehr aus der Stadt wegzudenken sind, sich jahrzehntelang in vielfältiger Form für Künstlerkolleginnen und Künstlerkollegen eingesetzt hat und der es immer wieder verstanden hat, auf Menschen aus den verschiedensten Lebensbereichen einzugehen und zwischen ihnen Gemeinschaft zu schaffen.



Förderungspreise wurden vergeben an:

- Daniela S. Herman für die Schaffung und Betreuung der «Vollmondpoesienacht», die als offenes Literaturforum Schreibenden jeglichen Alters und jeglicher sozialer Herkunft erste Schritte an die Öffentlichkeit ermöglicht.
- Frank Keller für sein zwischen sinnlich greifbarer Skulptur und virtueller, konstruierter Computeranimation bewegendes Werk, das neue räumliche Erfahrungen möglich macht und scheinbare Gegensätze spannungsvoll zusammenbringt.
- Den Verein «Accompagnato» für die seit 1997 durchgeführte Konzertreihe, die jungen Musikerinnen und Musikern auf frische und sympathische Art ein Podium zur Verfügung stellt und gleichzeitig junge Menschen zum Besuch klassischer Konzerte animiert.
- Den Verein «Frohegg» für den grossen Einsatz und Ideenreichtum, mit dem während fünf Monaten eine Abbruchliegenschaft mit wenig Mitteln in ein beliebtes Zentrum der Begegnung und Kreativität mit einem hochstehenden Kulturprogramm verwandelt wurde.

#### KULTURBERICHT 2001

Im Februar hat der Grosse Gemeinderat den «Kulturbericht 2001» behandelt. Damit verbunden waren verschiedene Subventionserhöhungen. Sie dienen vor allem der Zielsetzung, die unter dem Stichwort «Alternativkultur» vor bald 20 Jahren entstandenen Kulturinstitutionen zu konsolidieren, nachdem sich die Gründergeneration zunehmend aus ihnen zurückzieht.

Von den im Bericht aufgeführten mittelfristigen Zielsetzungen konnten in verschiedenen Bereichen wichtige Fortschritte erzielt werden:

Für die Kulturplakatierung konnte eine neue Regelung gefunden werden, die am 1. Januar 2003 in Kraft tritt. Die Verwaltung des Übersichtsplakats für die kulturellen Veranstaltungen und die Vermietung der Kleinplakatflächen wurde mittels einer Leistungsvereinbarung St.Gallen-Bodensee Tourismus übertragen. Die Kulturinstitutionen werden dadurch administrativ und finanziell entlastet, für die Stadt entstehen Mehrkosten von insgesamt CHF 20 000 pro Jahr.

Ein weiteres im Bericht aufgeführtes Ziel stellt eine bessere Auslastung des zentral gelegenen Ausstellungsraums Katharinen dar. Es wurde mit dem Kunstverein und der Künstlervereinigung visarte-ost vereinbart, jährlich ein Programm mit rund sechs Ausstellungen zu gestalten, wobei die einzelnen Partner in der Auswahl weitgehend autonom bleiben. Stadt und visarte-ost werden Künstlerinnen und Künstler präsentieren, die in der Stadt leben oder deren Arbeit einen engen Bezug zu St.Gallen aufweist.

Die im Bericht angekündigte Schaffung von Plattformen für den künstlerischen und musikalischen Nachwuchs fand ihren ersten Niederschlag in einem Kulturprogramm am Nachmittag des St.Galler Festes und einem Jazz-Trio-Wettbewerb im Gambrinus. Vor allem letzterer fand eine sehr gute Aufnahme bei Kulturschaffenden, Publikum und Medien. Beide Projekte sollen unter Berücksichtigung der gemachten Erfahrungen fortgeführt werden.

**Aufgaben:**

- bereitet Rechtsetzungsgeschäften vor
- verfasst und überprüft Verträge
- klärt verschiedene Rechtsfragen im Rahmen der Verwaltungstätigkeit und im Zusammenhang mit Vorlagen an Stadtrat und Grossen Gemeinderat ab
- ist für Rekursbearbeitungen zuständig
- Betreut die städtische Rechtssammlung

<b>FINANZEN</b> (in CHF 1 000) / <b>PERSONAL</b>	<b>2000</b>	<b>2001</b>	<b>2002</b>
Aufwand	295	309	300
Ertrag	4	5	2
Aufwandüberschuss	291	304	298
Personalbestand	1.5	1.5	1.5

<b>REKURSE</b>	<b>2000</b>	<b>2001</b>	<b>2002</b>
Hängige Rekurse am 1.1.	66	55	51
Neu eingegangen	116	64	53
Erledigt	127	68	58
Hängige Rekurse am 31.12.	55	51	46

Im Berichtsjahr waren mehrere Rechtsetzungsgeschäfte aktuell. Wichtigstes war die auf Grund der neuen Kantonsverfassung notwendig gewordene Totalrevision der Gemeindeordnung. Dem Rechtskonsulenten oblag die Ausarbeitung eines Vorentwurfs zu Händen des Stadtrates. Zu erwähnen sind überdies das Gasttaxenreglement und das Reglement zum Schutz vor sexueller Belästigung. Diese Rechtsetzungsgeschäfte konnten auf Ende des Berichtsjahres abgeschlossen werden. Die beiden neuen Reglemente traten am 1. Januar 2003 in Kraft. In Überarbeitung befinden sich zudem das Planungs- und das Friedhofreglement.

Die vom Grossen Gemeinderat im August 2000 verabschiedete neue Bauordnung und der teilrevidierte Zonenplan führten zu mehreren Rechtsmittelverfahren, die im Berichtsjahr zu bearbeiten waren. Gegen Bauordnung und Zonenplan erhoben mehrere Grundeigentümer Rekurs bei der Regierung. Die Rechtsmittel wurden teilweise gutgeheissen. Die Stadt hat gegen diese Entscheide ihrerseits Beschwerde beim Verwaltungsgericht erhoben. Ebenso hat sie die Verfügung des Planungsamtes (teilweise) angefochten, mit welcher der Bauordnung die Genehmigung in einzelnen Punkten nicht erteilt wurde. Die Verfahren waren am Ende des Berichtsjahres noch hängig.

Abgeschlossen werden konnte im Berichtsjahr ein langwieriges Rechtsmittelverfahren im Zusammenhang mit der zum Gübsensee führenden SBB-Brücke Sturzeneggstrasse. Die SBB hatten der Stadt einen Kostenanteil für die Erneuerung der Brücke auferlegt. Damit wollten die SBB eine grundsätzliche Änderung der langjährigen Praxis zum Eisenbahngesetz herbeiführen. Die Stadt erhob gegen die Verfügung der SBB Beschwerde, die schliesslich vollumfänglich gutgeheissen wurde.

Zu einem komplizierten Rechtsmittelverfahren führte sodann der Übergang der Gewerblichen Berufsschule von der politischen Gemeinde St.Gallen auf den Kanton St.Gallen. Die Stadt sah sich gezwungen, im Zusammenhang mit der Zuschuldung der Lehrortsbeiträge für ausserkantonale Lehrlinge Beschwerde beim Verwaltungsgericht zu erheben.

Im Berichtsjahr stellten sich sodann in mehreren Verfahren personalrechtliche Fragen, unter anderem im Zusammenhang mit der Verpflichtung von Mitarbeitenden, die Sicherheits- oder Bereitschaftsdienst leisten, in dem vom Stadtrat bezeichneten Wohnkreis zu wohnen. Das Verwaltungsgericht schützte die städtische Praxis.

## 23 Wirtschaftsförderung und Wohnortmarketing

### Aufgaben:

- betreibt Wirtschaftsförderung in Ergänzung zur kantonalen Stelle (Information, Beratung, Vermittlung): Primat der Bestandespflege, Betreuung ansiedlungswilliger Unternehmen
- Wohnortmarketing: Profilierung von St.Gallen als Stadt mit hoher Wohn- und Lebensqualität
- führt das Statistische Büro der Stadt St.Gallen: Koordinationsfunktion zwischen städtischen Dienststellen und der Fachstelle für Statistik des Kantons St.Gallen, Verantwortung für die Publikation städtischer Daten

<b>FINANZEN</b> (in CHF 1 000) / <b>PERSONAL</b>	<b>2000</b>	<b>2001</b>	<b>2002</b>
Aufwand	572	385	486
Ertrag	17	26	8
Aufwandüberschuss	555	359	478
Personalbestand	2.9	2.4	3

Die Aufwandsdifferenz begründet sich wie folgt: Zum einen war die Stelle des Leiters Wirtschaftsförderung und Wohnortmarketing nach 2001 wieder ganzjährig besetzt; zum andern wurden neue Werbemittel für den Standort St.Gallen erarbeitet.

## 231 Wirtschaftsförderung und Wohnortmarketing

Der Grosse Gemeinderat hiess im Oktober 2002 den Postulatsbericht «Neuorganisation und neue Schwerpunkte der Stabsstelle für Wirtschaftsförderung» gut. Kritische Stimmen gab es für die Haltung des Stadtrates, auf die Gründung einer gemischtwirtschaftlichen Organisation für ein regionales Standortmarketing zu verzichten, solange ein entsprechendes Interesse weder bei den Regionsgemeinden noch in allen Wirtschaftskreisen ausgemacht werden kann.

Die Ankündigung der Schweizerischen Post, zum einen das Verkaufsnetz umzubauen und zum andern die heutigen 18 Briefverteilzentren an drei bis fünf neuen Standorten zu konzentrieren, dürfte auch Auswirkungen auf die Stadt zeigen. So sollen drei der vierzehn Poststellen geschlossen werden. Unklar ist das weitere Schicksal des Briefverteilzentrums St.Gallen: nach massiven Protesten der breiten Öffentlichkeit und der betroffenen Standortkantone und -gemeinden sah sich die Post gezwungen, die ursprüngliche Lösung aufzugeben. Als Alternative werden nun zusätzlich Subzentren für die Zustellsortierung geprüft. Im Zusammenhang mit dem Umbau der Post galt es, gemeinsam mit den politischen Behörden die Interessen der Stadt bei den Entscheidungsträgern der Post einzubringen.

Im Tagesgeschäft dominierte die Vermittlung von Industrie- und Gewerberäumlichkeiten sowie von Büro- und Verkaufsflächen. Neu wurde eine Immobilien-Datenbank für Wohneigentum aufgebaut. Wie jene für Geschäftsräumlichkeiten ist sie ebenfalls über die Homepage der Stadt abrufbar. Sie soll Kaufinteressierten zu mehr Transparenz über das Angebot an Einfamilienhäusern und Stockwerkeigentum verhelfen.



Erneut beteiligte sich die Stadt an der Ostschweizer Immobilien-Messe vom 15.–17. März 2002 mit einem eigenem Messestand. Ausgestellt wurden vier Modelle von aktuellen Wohnbauprojekten und eine Plakatsäule mit rund 50 Verkaufsangeboten von privatem Wohneigentum. Rechtzeitig auf den Messetermin lag auch die im Rahmen des Wohnortmarketings erarbeitete Broschüre «Stadt St.Gallen – wohnen leben arbeiten» vor. Als Partnerin von weiteren Wirtschafts- und Tourismusunternehmen wurde wiederum die zum letzten Mal in dieser Form durchgeführte Promotions-Tournee «Vorhang auf – die Ostschweiz kommt» durch vier deutsche Städte begleitet.

## 232 Statistisches Büro

Der markante Veränderungsprozess bei der öffentlichen Statistik – vermehrte Nutzung elektronisch vorliegender Verwaltungsdaten für periodische Erhebungen, gestiegene berufsethische Ansprüche in Bezug auf Persönlichkeitsschutz und Datenqualität, komplexere Informatiktools zur Datenaufbereitung und -auswertung – haben die Frage nach der optimalen künftigen Leistungserstellung und Dienstleistungsqualität aufgeworfen. Der Trend hin zu Spezialistenwissen und die erzielbaren Synergien gaben den Ausschlag, die Aufgaben des Statistischen Büros per 1. Januar 2003 weitgehend an die Fachstelle für Statistik des Kantons St.Gallen zu übertragen. Diese Zusammenarbeit, welche in vergleichbarer Weise auch andere Städte wie Genf, Basel-Stadt, Luzern und Lausanne praktizieren, wird durch eine im Berichtsjahr abgeschlossene Leistungsvereinbarung ermöglicht.

Die Fachstelle für Statistik des Kantons ist für die Datenerhebung, -beschaffung und -aufbereitung sowie im Einvernehmen mit der Stadt für die Publikation der Statistiken und den Auskunftsdienst zuständig. Die Koordinations- und Steuerungsfunktion zwischen der Fachstelle und den städtischen Dienststellen liegt weiterhin bei der Stabsstelle für Wirtschaftsförderung und Wohnortmarketing.

### **3 VERWALTUNG DES INNERN**

#### **30 Abteilungssekretariat**

##### **31 Einwohneramt**

311 Stimmregister

312 Einwohnerwesen

313 Militärisches Kontrollwesen

314 Kontrollstelle für die Krankenversicherung

315 Wohnungsamt

316 Erbschaftswesen und gemeindamtliche Aufgaben

##### **32 Zivilstandsamt**

321 Geburtsregister

322 Eheregister

323 Todesregister/Bestattungen

324 Anerkennungsregister

325 Familienregister

##### **33 Betreibungsamt**

331 Gantamt

332 Betreibungswesen

333 Gantwesen

#### **30 Abteilungssekretariat**

##### **Aufgaben:**

- unterstützt den Stadtpräsidenten/Vorstand der Verwaltung des Innern in seinen Führungs-, Verwaltungs- und Repräsentationsaufgaben
- behandelt Fragen des Schweizerischen Städteverbandes
- stellt die Koordination innerhalb der Allgemeinen Verwaltung und der Verwaltung des Innern sicher
- arbeitet Vorlagen an Stadtrat und Grossen Gemeinderat aus; Beantwortet parlamentarische Vorstösse
- wirkt bei der Organisation stadtbezogener Anlässe mit

##### **FINANZEN (in CHF 1 000) / PERSONAL**

	<b>2000</b>	<b>2001</b>	<b>2002</b>
Aufwand	301	336	328
Ertrag	1.5	1	1
Aufwandüberschuss	299.5	335	327
Personalbestand	2	2	2

Der Abteilungssekretär ist seit dem Entscheid der eidgenössischen Räte, das Bundesverwaltungsgericht in St.Gallen anzusiedeln, Mitglied einer Arbeitsgruppe aus Vertretern von Bund, Kanton und Stadt, die sich mit Fragen des Standortes befasst.

Mit Inkrafttreten der total revidierten Kantonsverfassung gelten ab 1. Januar 2003 im Kanton St.Gallen neue Einbürgerungsvorschriften. In der Stadt St.Gallen werden nicht mehr die Bürgerversammlungen

der vier Ortsgemeinden über die Erteilung des Gemeinde- und Ortsbürgerrechts entscheiden, sondern das Parlament auf Antrag der Einbürgerungsräte. Diese sind paritätisch zusammengesetzt aus Mitgliedern des Stadtrates und der Räte der Ortsgemeinden. Alle vier Einbürgerungsräte werden vom Stadtpräsidenten geleitet. Der Abteilungssekretär hat die Vorarbeiten für die neue Lösung intern und mit den beteiligten Ortsgemeinden koordiniert; er wird auch als Sekretär der Einbürgerungsräte amten.

Die St.Galler Party war im Mai im Hallenbad Blumenwies und im November im KV-Zentrum zu Gast. Den Anlässen, welche mit Führungen durch die Anlagen, mit musikalischen und anderen Attraktionen verbunden waren, war mit ca. 150 bzw. 280 Gästen ein guter Erfolg beschieden.

Von den 917 volljährig gewordenen Einwohnerinnen und Einwohnern der Stadt St.Gallen und der Gemeinden Eggersriet, Gaiserwald, Häggenschwil und Muolen nahmen insgesamt 374 am Jungbürgerinnen- und Jungbürgertag im Theater St.Gallen teil. Thema des Tages war «ich bin anders». Sabine Egger von Tele Ostschweiz unterhielt sich mit Gästen über ihr «Anderssein», über die positiven Seiten des Andersseins, aber auch über die Probleme, denen sie möglicherweise in der Gesellschaft wegen ihres Andersseins begegnen. Am Nachmittag fand die traditionelle Bodenseerundfahrt statt. Erstmals konnten sich die Jungbürgerinnen und Jungbürger auch via Internet anmelden.

JUNGBÜRGERINNEN UND JUNGBÜRGER	2000	2001	2002
Teilnehmende	373	337	374
Kosten pro Jungbürger/-in (ohne Buch) in CHF	73.15	84.95	78.25

Die Kosten pro Teilnehmerin beziehungsweise pro Teilnehmer berechnen sich nach den Gesamtkosten, geteilt durch die Anzahl angemeldeter Jungbürgerinnen und Jungbürger. Erfreulicherweise war gegenüber dem Vorjahr wieder ein Anstieg der Zahl teilnehmender Jungbürgerinnen und Jungbürger zu verzeichnen.

### 31 Einwohneramt

#### Aufgaben:

- führt das Einwohnerkontroll- und Meldewesen
- stellt Beglaubigungen und Bescheinigungen aus
- bearbeitet Ausweiseanträge (Pass und Identitätskarte)
- führt das Stimmregister
- hat Gemeindamtliche Funktionen (Wechselnotariat, Amtsanzeigen, Wohnungsausweisungen)
- führt das Militärisches Kontrollwesen
- ist Kontrollstelle für die Krankenversicherung
- hat Aufgaben im Bereich des Mietwesens (Sekretariat der Schlichtungsstelle für Miet- und Pachtverhältnisse, Beratung von Mietenden und Vermietenden, Wohnungsabnahmen)

FINANZEN (in CHF 1 000) / PERSONAL	2000	2001	2002
Aufwand	2 264	2 143	2 120
Ertrag	1 031	968	902
Aufwandüberschuss	1 233	1 175	1 218
Personalbestand	18.4	18.3	17.9



### 311 Stimmregister

BEGLAUBIGUNGEN	2000	2001	2002
Volksbegehren	20	9	14
Anzahl gültige Unterschriften	23 442	7 339	11 232

### 312 Einwohnerwesen

EINWOHNERBESTAND AM 31.12.	2000	2001	2002
Schweizer/-innen	54 588	54 540	54 678
Ausländer/-innen	19 432	19 745	20 053
Gesamtbevölkerung (wirtschaftlicher Wohnsitz)	74 020	74 285	74 731
Gesamtbevölkerung (zivilrechtlicher Wohnsitz)	69 774	70 019	70 628

ANMELDUNGEN	2000	2001	2002
Niederlassungen an Schweizer/-innen	2 882	2 704	3 004
Ortsbürger/-innen	952	1 248	526
Wohnaufenthalter/-innen	1 361	1 424	1 198
Niedergelassene Ausländer/-innen	610	811	646
Ausländer/-innen mit befristetem Aufenthalt	1 780	1 989	2 229
Saisonaufenthalter/-innen	115	192	166
Geschäftsniederlassungen	557	512	509

Am 1. Juni 2002 traten die Bilateralen Abkommen Schweiz – EG/EFTA in Kraft. Das sog. Freizügigkeitsabkommen sieht einen schrittweisen, nicht automatischen Übergang zum freien Personenverkehr vor. Der von vielen erwartete Ansturm ausländischer Staatsangehöriger zur Wohnsitznahme in der Schweiz blieb vorerst aus. In diesem Zusammenhang nahm die Beratungstätigkeit massiv zu, während das Tagesgeschäft im üblichen Umfang abgewickelt werden konnte. Das Einwohneramt war – trotz kurzfristiger Einführung der neuen Regelungen – gut auf den Wechsel vorbereitet.

ABMELDUNGEN	2000	2001	2002
Total, ohne Geschäftsabmeldungen	4 774	4 813	4 491

ÜBRIGE, STATISTISCH ERFASSTE TÄTIGKEITEN	2000	2001	2002
Passanträge	5 797	5 419	4 213
Identitätskartenanträge	5 352	5 696	5 764
Not-Identitätskarten	168	194	190
Grenzkartenanträge	1 053	1 136	1 445
Familiennachzüge (Anzahl Fälle)	327	369	392
Garantieerklärungen für visumpf. Besucher	549	553	544
Bussenverfügungen wegen Nichtbeachten der Meldevorschriften	60	86	121
Beglaubigungen	3 242	3 216	3 305
Bescheinigungen	801	890	1 135

### 313 Militärisches Kontrollwesen

	2000	2001	2002
Militärisch meldepflichtige Personen	8 690	8 507	8 786
Rekrutierung	Jg. 1981	Jg. 1982	Jg. 1983
Anzahl Aufgebote	231	274	248
Einvernahmen wegen Versäumung der Dienstpflicht	25	9	23
Berichte/Abklärungen	7	22	14
Vorabklärungen zur Betreibung	124	120	123
Wehrpflichtentlassung	Jg. 1958	Jg. 1959	Jg. 1960
Anzahl Aufgebote	334	323	342

<b>NACHWEIS DER KRANKENVERSICHERUNG</b>	<b>2000</b>	<b>2001</b>	<b>2002</b>
Direkte Erledigung mit den Krankenkassen	1 814	1 486	1 320
Versand 1. Aufforderung für den Nachweis	3 551	4 275	3 823
Versand 2. Aufforderung für den Nachweis	1 534	1 591	1 556
Manuelle Bearbeitung, wenn Nachweis vorliegt	521	593	802
Zuweisungen nach erfolgloser Aufforderung (Anz. Personen)	71	49	20
Befreiungsverfügung ab 01.06.02 wg. Einführung der Bilateralen Abkommen			718

Die Einführung der Bilateralen Abkommen zwischen der Schweiz und der Europäischen Gemeinschaft per 1. Juni 2002 hat bei der Kontrollstelle für Krankenversicherung zu einem erheblichen Mehraufwand geführt. So ist neu auch die Versicherungspflicht der in St.Gallen arbeitenden Grenzgängerinnen und Grenzgänger und ihrer Angehörigen zu überprüfen. Gleichzeitig mit dem Inkrafttreten der Bilateralen Abkommen wurde auch die Verordnung über die Krankenversicherung (KVV) revidiert. Von den Änderungen (u.a. Ausnahmeregelungen für Dozentinnen und Dozenten, Studierende, Doktorierende, Schülerinnen und Schüler, Praktikantinnen und Praktikanten) ist die «Schulstadt St.Gallen» in ganz besonderem Masse betroffen.

### 315      **Wohnungsamt**

<b>WOHNUNGSNACHWEIS</b>	<b>2000</b>	<b>2001</b>	<b>2002</b>
Wohnungsbestand am 31.12.	39 373	39 452	39 892
Zuwachs	228	132	489
Abgang	68	53	49
Leerwohnungsbestand	459	360	389
In Prozent	1.17	0.91	0.98

Bei den Leerwohnungen ist im Geschäftsjahr 2002 ein leichter Zuwachs zu verzeichnen. Ende Jahr standen bei den kleineren Wohnungen (1 bis 3 Zimmer) 271 Objekte (0.68% des Gesamtwohnungsbestandes, Vorjahr 0.61%) leer. Bei den 4-Zimmer-Wohnungen waren es 102 Objekte (0.26% des Gesamtwohnungsbestandes, Vorjahr 0.23%), während bei den grossen Wohnungen (5 und mehr Zimmer) lediglich 16 Objekte (0.04% des Gesamtwohnungsbestandes, Vorjahr 0.07%) verfügbar waren. Insgesamt betrug der Leerstand 389 Wohnungen, also 0.98% des Gesamtwohnungsbestandes.

<b>ÜBRIGE DIENSTLEISTUNGEN</b>	<b>2000</b>	<b>2001</b>	<b>2002</b>
Erstellen von Protokollen bei der Übergabe von Wohnungen und Geschäftsräumen	88	75	75
Augenscheine	9	11	6

<b>SEKRETARIAT DER SCHLICHTUNGSSTELLE FÜR MIET- UND PACTVERHÄLTNISSE</b>	<b>2000</b>	<b>2001</b>	<b>2002</b>
Pendenzen vom Vorjahr (Stand 1.1.)	35	38	37
Neu eingegangen	320	281	329
davon Kündigungsanfechtungen/Fristerstreckungen	82	73	71
davon Forderungs-/Feststellungsklagen	135	139	147
davon Mietzinsanfechtungen	103	69	111
Erledigt	317	282	314
Pendenzen (Stand 31.12.)	38	37	52

Von den 314 erledigten Fällen konnten vor der Schlichtungsstelle 106 mit einem Vergleich erledigt werden. Keine Einigung wurde in 44 Fällen erzielt, während 16 Fälle mit einem Entscheid der Schlichtungsstelle abgeschlossen wurden. 148 Fälle konnten mit einer ausseramtlichen Einigung der Parteien oder als Folge eines Rückzugs abgeschrieben werden.

	2000	2001	2002
Amtsanzeigen	145	130	188
Ausweisungsverfügungen	25	17	32
Wechselproteste	6	8	4
Eröffnete letztwillige Verfügungen	33 <sup>1)</sup>	–	–
Erbbescheinigungen	92 <sup>1)</sup>	–	–
Sicherungsinventare	3 <sup>1)</sup>	–	–
Öffentliche Inventare	– <sup>1)</sup>	–	–
Neu hinterlegte Testamente	– <sup>1)</sup>	–	–

<sup>1)</sup> bis 30. Juni 2000

Am 1. Juli 2000 trat das Nachtragsgesetz zum Staatsverwaltungsgesetz vom 4. Mai 1999 in Kraft. Damit wurden die Bezirksämter abgeschafft. Gleichzeitig entfielen die erbrechtlichen Zuständigkeiten der Stadt- und Gemeindegammänner. Das Amtsnotariat St.Gallen übernahm die bisher von der Abteilung Erbschaftswesen wahrgenommenen Aufgaben.

### 32 Zivilstandsamt

#### Aufgaben:

- beurkundet den Personenstand nach Bundesrecht und kantonalem Recht
- bearbeitet die Zivilstandsereignisse Geburt, Eheschliessung, Tod und Kindeserkennung in St.Gallen und Eggersriet
- führt das Familien- und Bürgerregister als Sammelregister für die Erfassung und ständige Nachführung der familien-, namens- und bürgerrechtlichen Verhältnisse jeder Person mit Bürgerrecht von St.Gallen, St.Gallen-Straubenzell, St.Gallen-Tablat und St.Gallen-Rotmonten sowie von Eggersriet und Eggersriet-Grub

FINANZEN (in CHF 1 000) / PERSONAL	2000	2001	2002
Aufwand	1 371	1 511	1 414
Ertrag	295	291	322
Aufwandüberschuss	1 076	1 220	1 092
Personalbestand	5.2	5.5	5.2

Der Minderaufwand gegenüber 2001 ist zurückzuführen auf tiefere Personalkosten (ca. CHF 35 000) und die im Jahre 2001 erfolgte Neumöblierung (ca. CHF 68 000). Gestiegene Gebühreneinnahmen führten zu einem Mehrertrag.

### 321 Geburtsregister

GEBURTEN	2000	2001	2002
Total	1 878	1 719	1 786
davon in Eggersriet	–	–	1
Spitalgeburten	1 873	1 714	1 780
Hausgeburten	5	5	6
Knaben	985	914	910
Mädchen	893	805	876
Eltern in St.Gallen wohnhaft	674	656	644
Eltern auswärts wohnhaft	1 204	1 063	1 142
Geburtsmitteilungen von auswärts	323	327	373

Im Jahre 2002 waren 57-mal Zwillinge zu registrieren.



### 322 Eheregister

EHEVORBEREITUNGSVERFAHREN	2000	2001	2002
Total	506	440	453
<b>TRAUUNGEN</b>	<b>2000</b>	<b>2001</b>	<b>2002</b>
Total	396	331	351
davon in Eggersriet		4	7
beide Verlobten Schweizer Bürger/-in	168	132	131
Schweizer mit Ausländerin	68	67	73
Ausländer mit Schweizerin	81	64	71
beide Verlobten Ausländer	79	68	76
Ehemitteilungen von auswärts	614	583	587

Rund 63% sind Eheschliessungen mit Ausländerbeteiligung.

Die Differenz zwischen den Ehevorbereitungsverfahren und den Trauungen ist so zu interpretieren, dass Ehevorhaben wohl in St.Gallen angemeldet worden sind, die Trauungen aber schliesslich auswärts stattfanden oder noch nicht stattgefunden haben.

### 323 Todesregister/Bestattungen

TODESFÄLLE	2000	2001	2002
Total	1 125	1 151	1 143
davon in Eggersriet		9	9
Männliche Verstorbene	538	564	572
Weibliche Verstorbene	587	587	571
Verstorbene/-r in St.Gallen wohnhaft	685	683	681
Verstorbene/-r auswärts wohnhaft	440	468	462
Todesmitteilungen von auswärts	283	288	321
<b>BESTATTUNGEN VON EINWOHNERN/-INNEN</b>	<b>2000</b>	<b>2001</b>	<b>2002</b>
Total	674	700	682
Feuerbestattungen (Kremationen)	525	551	554
Erdbestattungen	149	149	128

### 324 Anerkennungsregister

KINDESANERKENNUNGEN	2000	2001	2002
Total	91	109	90
davon in Eggersriet		1	—
Anerkennungsmitteilungen von auswärts	73	87	113

### 325 Familienregister

FAMILIENREGISTER	2000	2001	2002
Total Blätteröffnungen	2 042	634	766
davon für Eggersriet und Eggersriet-Grub		76	74

Von den Blätteröffnungen sind 243 auf Eheschliessungen und 415 auf Einbürgerungen zurückzuführen.

### 33      **Betreibungsamt**

#### Aufgaben:

- führt die Einzelvollstreckung und des Einleitungsverfahrens in der Gesamtvollstreckung nach dem Bundesgesetz über Schuldbetreibung und Konkurs (SchKG) für Geldforderungen und Sicherheitsleistung durch
- vollzieht die Sicherungsmassnahmen nach SchKG (Arrest-, Güter- und Retentionsverzeichnisse)
- führt das Eigentumsvorbehalts- und Viehverschreibungsregister

<b>FINANZEN</b> (in CHF 1 000) / <b>PERSONAL</b>	<b>2000</b>	<b>2001</b>	<b>2002</b>
Aufwand	2 098	2 230	2 172
Ertrag	3 481	3 587	3 437
Ertragsüberschuss	1 383	1 357	1 265
Personalbestand	16.5	16.9	16.1

### 331      **Gantamt**

#### Aufgaben:

- führt regional die betreibungs- und konkursrechtlichen Fahrnisversteigerungen nach SchKG durch
- führt die freiwillig öffentlichen und amtlich öffentlichen Versteigerungen nach Zivilrecht (Gantreglement) durch

### 332      **Betreibungswesen**

<b>KENNZAHLEN</b>	<b>2000</b>	<b>2001</b>	<b>2002</b>
Betreibungsbegehren	20 659	21 702	19 719
Fortsetzungsbegehren	14 897	14 360	13 181
Betreibungsfälle mit und ohne Zahlungsbefehl	20 304	20 808	19 317
Vollzogene Pfändungen	10 748	11 415	10 849
Vollzogene Verwertungen	4 672	6 163	5 961
Sicherungsmassnahmen	46	38	53
Ausgestellte Verlustscheine	9 511	9 108	8 371
Konkursandrohungen	564	591	600
Rechtshilfe für andere Ämter	458	415	500
Auskünfte aus dem Betreibungsregister	15 856	16 925	15 721
Grundstücksverwaltungen	22	21	20
Eigentumsvorbehalte	75	72	63
Viehverschreibungen	–	–	–

### 333      **Gantwesen**

<b>KENNZAHLEN</b>	<b>2000</b>	<b>2001</b>	<b>2002</b>
Gantaufträge	140	150	140
Aufsicht über freiwillige Steigerungen	5	6	5
Warenumsatz (in CHF 1 000)			
– bei freiwilligem öffentlichen, amtlich öffentlichen, betreibungs- und konkursrechtlichen Steigerungen	372	266	684
– bei privat durchgeführten, vom Gantamt beaufsichtigten Ganten	2 211	2 288	1 737

Aufgrund einer parlamentarischen Initiative wurde im Verlaufe des Jahres 2002 Art. 43 SchKG (Ausnahmen der Konkursbetreibung) geändert. Nachdem das Referendum nicht ergriffen worden ist, wird der Bundesrat noch im Verlaufe 2003 die Änderung in Kraft setzen. Neu werden die Prämien der obligatorischen Unfallversicherung generell auf dem Wege der Pfändung vollstreckt, also auch diejenigen der Privatversicherer, für welche bisher die Konkursbetreibung gegeben war. Bei der Unfallversicherung spielt das rechtliche Statut des Gläubigers inskünftig keine Rolle mehr. Privatrechtliche Forderungen wurden bisher ausnahmslos auf dem Wege des Konkurses vollstreckt, wenn der Schuldner bzw. die Schuldnerin der Konkursbetreibung unterlag. Neu werden auch alle privatrechtlichen Forderungen bis zu CHF 1 000 auf dem Wege der Pfändung vollstreckt.



## **4 POLIZEIVERWALTUNG**

### **40 Abteilungssekretariat**

- 400 Sekretariat
- 400.1 Rechnungswesen
- 407 Gebühren und Bussen
- 409 Ausgehende laufende Beiträge (Landwirtschaft)

### **41 Stadtpolizei**

- 410 Polizeidienst
  - 410.1 Kommando Stabsdienste
  - 410.11 Verkehrsinstruktion
  - 410.2 Sicherheits- und Verkehrspolizei
  - 410.21 Prävention
  - 410.22 Besondere Einsätze im Sicherheits- und Ordnungsdienst
  - 410.24 Kontaktbeamte
  - 410.25 Unfalldienst
  - 410.26 Verkehrspolizeiliche Kontrollen
  - 410.27 Zivilpolizei
  - 410.3 Verkehrsanordnungen
  - 410.31 Verkehrspolizeiliche Massnahmen
  - 410.32 Verkehrstechnik
  - 410.4 Gewerbepolizei
  - 410.41 Gastgewerbe, Veranstaltungen
  - 410.42 Taxi-, Bewachungs-, Verkaufs- und Chauffeurkontrollen
  - 410.43 Lärmschutz, Benutzung öffentlicher Grund, Registratur
  - 410.44 Tierschutz, Auftragsdienst, Hundelösung und Fundbüro
- 411 Marktwesen
- 418 Spezialfinanzierung für Parkplätze und Parkhäuser
  - 418.1 Verkehrswache
  - 418.2 Parkieren auf öffentlichem Grund
  - 418.3 Kosten Erträge

### **43 Feuerwehr**

- 430 Verwaltung der Dienststelle
  - 430.1 Finanzierung der Feuerwehr
  - 430.2 Einsatzplanung und Brandmeldeanlagen
  - 430.3 Wasserbezugsorte
- 431 Berufsfeuerwehr
  - 431.1 Ausrüstung
  - 431.2 Übungsdienst
  - 431.3 Feuerwehrkurse / städtische Weiterbildungskurse
  - 431.4 Hilfeleistungen
  - 431.5 Rettungen
  - 431.6 Arbeiten für Dritte
  - 431.7 Geräte und Ausrüstung
- 432 Pflichtfeuerwehr
  - 432.1 Übungsdienst
  - 432.2 Feuerwehrkurse

432.3	Einsätze
432.4	Dienstleistungen
432.5	Geräte und Ausrüstungen
<b>44</b>	<b>Zivilschutz</b>
440.1	Kurs- und Kontrollwesen
440.2	Strafwesen
440.3	Katastrophenorganisation
441.1	Material
441.2	Fahrzeuge
441.3	Zivilschutzanlagen
441.4	Übungsanlage Hofen Wittenbach
444	Regionale Zivilschutzorganisation (RZSO) St.Gallen und Umgebung
444.1	Rapporte und Wiederholungskurse
444.2	Einsätze
444.3	Periodische Schutzraum-Kontrollen
447	Militärische Einquartierung

#### 40 ABTEILUNGSSEKRETARIAT

##### Aufgaben:

- bereitet Vorlagen an den Stadtrat und an den Grossen Gemeinderat vor
- koordiniert und organisiert alle Geschäfte, welche der Abteilungsvorstand nach innen oder aussen zu vertreten hat
- bearbeitet Rechtsmittelfälle der Dienststellen
- vollzieht die Gesetzgebung betreffend Vergnügungssteuer, koordiniert das Rechnungswesen für die Dienststellen der Verwaltungsabteilung und führt die Abteilungsbuchhaltung
- erledigt die landwirtschaftlichen Aufgaben insbesondere in den Bereichen der Tiergesundheit sowie des Beitragswesens und organisiert Viehschauen

#### 400 Sekretariat

<b>FINANZEN</b> (in CHF 1 000) / <b>PERSONAL</b>	<b>2000</b>	<b>2001</b>	<b>2002</b>
Aufwand	970	860	896
Ertrag	356	205	210
Aufwandüberschuss	614	655	686
Personalbestand	6.3	6	6

#### 400.1 Rechnungswesen

<b>VERGNÜGUNGSTEUER</b> (in CHF 1 000)	<b>2000</b>	<b>2001</b>	<b>2002</b>
Einnahmen	2 044	2 170	2 250
Debitorenverluste	117	1	6

## 407 Gebühren und Bussen

<b>ORDNUNGSBUSSEN (OB)</b> (in CHF 1 000)	<b>2000</b>	<b>2001</b>	<b>2002</b>
OB Stapo ruhender/fliessender Verkehr	2 462	2 284	2 597
OB Stapo Privatparkplatz	147	167	176
OB Rotlichtüberwachung	107	173	199
OB Geschwindigkeitsübertretung	765	842	798
Debitorenverluste	219	148	154

## 409 Ausgehende laufende Beiträge (Landwirtschaft)

Die Daten der Viehzählung bilden zusammen mit der landwirtschaftlichen Nutzfläche und der Bewirtschaftungsart die Grundlage für die Berechnung der Direktzahlungen und der weiteren Beiträge. Die Gemeinden erheben diese Daten zuhanden des Kantons, welcher die entsprechenden Beitragszahlungen gesamthaft direkt an die Landwirte überweist. Zwei Landwirte erfüllten die gesetzlichen Anforderungen bezüglich dem ökologischen Leistungsnachweis nicht und mussten deshalb von den Direktzahlungen ausgeschlossen werden.

<b>VIEHZÄHLUNG</b>	<b>2000</b>	<b>2001</b>	<b>2002</b>
Betriebe mit Rindviehhaltung	59	58	56
Anzahl Tiere	2 084	2 112	2 068
Betriebe mit Schweinehaltung	18	16	18
Anzahl Tiere	837	776	834
Betriebe mit Schafhaltung	23	24	26
Anzahl Tiere	706	727	692
Betriebe mit Ziegenhaltung	13	11	13
Anzahl Tiere	47	51	58

<b>BEWIRTSCHAFTUNGSART</b>	<b>2000</b>	<b>2001</b>	<b>2002</b>
Vollerwerbsbetriebe	58	57	57
Nebenerwerbsbetriebe	16	19	22
Bio-Bewirtschaftung	8	8	8
Ökologischer Leistungsnachweis	55	56	58
Regelmässiger Auslauf	35	36	36
Tierfreundliche Haltungssysteme	13	12	13

<b>DIREKTZAHLUNGEN/BEITRÄGE</b> (in CHF 1 000)	<b>2000</b>	<b>2001</b>	<b>2002</b>
Direktzahlungen	1 385	1 396	1 355
Anzahl Betriebe	60	63	61
Erschwerte Produktionsbedingungen in der Hügelzone/Bergzone	297	296	349
Anzahl Betriebe	58	59	54
Hangbeiträge	189	187	178
Anzahl Betriebe	66	56	53

<b>ÖKOLOGISCHE BEITRÄGE</b> (in CHF 1 000)	<b>2000</b>	<b>2001</b>	<b>2002</b>
nach Bundesrecht:			
Hochstammobstbäume	78	73	71
div. ökologische Beiträge	52	45	63
nach kantonalem Recht	62	62	81
davon Gemeindeanteil	14	14	19
Anzahl Beitragsempfänger	73	72	70



## 41 Stadtpolizei

### Aufgaben:

- sorgt rund um die Uhr für die Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung auf dem Gebiet der Stadt St.Gallen, insbesondere zum Schutz von Leben, Gesundheit und Eigentum von Personen vor rechtswidriger Bedrohung
- überwacht den Strassenverkehr, ahndet Verkehrsübertretungen, trifft geeignete Verkehrsanordnungen und erteilt Verkehrsunterricht
- bekämpft die Kriminalität, vor allem auch durch präventive Tätigkeit
- vollzieht gewerbepolizeiliche Vorschriften und regelt die über den Gemeingebrauch hinausgehende Benützung des öffentlichen Grundes

FINANZEN (in CHF 1 000) / PERSONAL	2000	2001	2002
Aufwand	28 442	30 053	30 572
Ertrag	21 619	22 149	22 387
Aufwandüberschuss	6 823	7 904	8 185
Personalbestand	179	174.4	*183.4

\* ohne Polizeischule

## 410 Polizeidienst

### 410.1 Kommando Stabsdienste

#### 410.11 Verkehrsinstruktion

Die leicht tieferen Unterrichtsstundenzahlen bei den Primar- und Oberstufenklassen stehen im Zusammenhang mit der Weiterbildung (Lehrgang) eines Verkehrsinstruktors.

UNTERRICHTSSTUNDEN	2000	2001	2002
Kindergärten	148	114	108
Primarklassen	630	620	572
Sekundar-/Realklassen	160	162	140
Mittelschulen	48	44	44
Schülerverkehrsgarten	280	250	268
Total	1 239	1 190	1 132

ANZAHL DURCHGEFÜHRTER SPEZIALANLÄSSE	2000	2001	2002
Fahrradprüfungen in Tagen	4	4	4
Ausstellungen/Messebesuche in Tagen	–	3	3
Elterninformationen	13	17	16
Belehrungsnachmittage	3	5	4
Rollstuhlfahrkurse	8	9	7
Total	36	45	34

### 410.2 Sicherheits- und Verkehrspolizei

#### 410.21 Prävention

Die auf den 1. Januar 2001 geschaffene, koordinierende Fachstelle Prävention befasste sich 2002 schwergewichtig mit Fragen der Jugendgewalt (Sucht- und Gewaltprobleme sowie Vandalismus) und Drogenkriminalität. Angesichts einer starken Zunahme der diesbezüglichen Probleme mit Schülerinnen und Schülern bestand seitens der Schulen eine erhöhte Nachfrage nach Referaten in den Bereichen Sucht, Gewalt, Vandalismus, Diebstahl und Rassismus.

Parallel dazu ist auch die Anzahl der zu verarbeitenden Hinweise und Informationen aus der Bevölkerung, von Betrieben und Geschäften, Schulen, Vereinen, Passantinnen und Passanten, den Mitarbeitenden der Stadtpolizei, aber auch von den verschiedensten Dienststellen stark angestiegen. Die Fachstelle Prävention generiert hieraus zuhanden der Führungsverantwortlichen Stellen Schwerpunkte für die tägliche Polizeiarbeit.

PRÄVENTION	2000	2001	2002
Zu verarbeitende Informationen	–	–	807
Schwerpunkte	–	–	350
Erstellte Kontrollaufträge	–	–	390
Vorträge an Elternabenden	–	–	54
Vorträge an Schulen	–	–	114
Amtsstellen mit intensiver, ständiger Kontaktpflege	–	–	24
Private Institutionen mit intensiver, ständiger Kontaktpflege	–	–	12

#### 410.22 Besondere Einsätze im Sicherheits- und Ordnungsdienst

Art. 169 Abs. 1 des Strafprozessgesetzes ermächtigt die Polizei und Kontrollorgane von Staat und Gemeinden, bestimmte Übertretungen im vereinfachten Verfahren der Bussenerhebung auf der Stelle einzufordern, wenn der Fall in tatsächlicher und rechtlicher Hinsicht klar ist, keine höhere Busse in Betracht kommt und der Fehlbare einverstanden ist. Gestützt darauf hat die Regierung am 14. Mai 2002 einen Nachtrag zur Strafprozessverordnung erlassen und die Liste der Übertretungen erweitert, bei denen eine Busse auf der Stelle erhoben werden kann (in Kraft seit 1. Juli 2002).

Gemäss diesem Nachtrag können neu unter anderem folgende Übertretungen im Ordnungsbussenverfahren gebüsst werden:

Schwarzfahren mit öffentlichen Verkehrsmitteln	CHF 60
Vorschriftswidriges Verbrennen von Abfällen in leichten Fällen	CHF 100
Vorschriftswidriges Ablagern von Abfällen in leichten Fällen	CHF 100
Nichtbeseitigen des Hundekots oder Missachtung der Leinenpflicht	CHF 50
Mutwillige Belästigung (z.B. Lärm durch vorschriftswidriges Abbrennen von Feuerwerk oder durch überlaute Musik; Wegwerfen von Gegenständen wie Flaschen, Dosen oder Esswaren; Verrichten der Notdurft in der Öffentlichkeit)	CHF 60
Betteln	CHF 40

ANZEIGEN BETÄUBUNGSMITTEL	2000	2001	2002
Ankauf/Besitz/Konsum, davon	540	575	584
– Männer	490	498	523
– Frauen	50	77	61
Handel, davon:	38	73	82
– Männer	33	71	75
– Frauen	5	2	7
Total, davon wohnhaft	578	648	666
– Stadt St.Gallen	272	293	272
– Kanton St.Gallen	154	166	117
– übrige Kantone	140	178	112
– Ausland	12	11	11
– unbekannt (seit 01.07.02 Bussenerhebung auf der Stelle)	–	–	154

#### 410.24 Kontaktbeamte

Die Kontaktbeamten werden immer wieder mit der Frage wilder Deponien sowie der vorschriftswidrigen Ablagerung von Abfällen auf Strassen und Plätzen konfrontiert. Durch verschiedene Massnahmen, welche in Zusammenarbeit mit dem Tiefbauamt und dem Entsorgungsamt umgesetzt wurden, konnte diesem Problem wirksam begegnet werden. Eine verbesserte Koordination zwischen den Verkehrsinstruktoren, den Kontaktbeamten und dem Leiter Prävention ermöglichte den vermehrten Einsatz der Kontaktbeamten im Bereich Schulwegsicherung.

TÄTIGKEITEN DER KONTAKTBEAMTEN	2000	2001	2002
Umweltprobleme	422	516	328
Schulen/Kindergärten	621	628	378
Sicherheit/Sicherheitsbedürfnis	760	570	951
Verkehr/Signalisationen	701	690	1 282
Veranstaltungen	381	390	265

#### 410.25 Unfalldienst

	2000	2001	2002
Verkehrsunfälle Total	908	948	869
– davon Nichtgenügen der Meldepflicht	220	229	221
Wichtige Verkehrsregelverletzungen:			
– Missachtung der Vortrittsregelung	201	209	170
– Unangepasste Fahrgeschwindigkeit	79	81	80
– Mangelnde Aufmerksamkeit	157	134	177
– Angetrunkenheit	54	61	51
Verletzte Personen	215	225	234
Getötete Personen	4	1	3

#### 410.26 Verkehrspolizeiliche Kontrollen

Weil Alkohol immer wieder die Ursache von schweren Verkehrsunfällen ist, wurden die Kontrollen im Bereich (Fahren im angetrunkenem Zustand deutlich gesteigert. Zudem beteiligt sich die Stadtpolizei seit 2001 bei den europaweit organisierten Alkoholkontrollen (TISPOL). Diese Kontrollen dauern jeweils über 24 Stunden und werden in ganz Europa zur selben Zeit durchgeführt.

VERKEHRSKONTROLLEN	2000	2001	2002
Abgas mit SVA-Experten	8	7	6
Alkohol (FiaZ)	8	21	51
Fahrverbot (allgemein)	72	39	45
Fussgängerstreifen (Vortritt)	5	6	3
Geschwindigkeit	214	221	216
– davon Tempo 30-Zonen	111	95	117
– übrige Gebiete	103	126	99
Nachtfahrverbot (Innenstadt)	34	14	19
Rotlicht	6	2	11
Schwerverkehr	19	32	35
Velo	15	15	10
Total	381	357	396



#### 410.27 Zivilpolizei

Bei den Transportgesetz-Ermittlungsaufträgen (Schwarzfahren) wurde aufgrund des seit 1. Juli 2002 gültigen Nachtrages zur Strafprozessverordnung (Bussenerhebung auf der Stelle) beim Untersuchungsamt (UA) die Praxis geändert. Bis anhin gelangten die Anzeigen durch den Anzeigeersteller (Transportunternehmer) an das UA. Erst bei erfolgloser Zustellung der Bussenverfügung wurde die Anzeige als Ermittlungsauftrag an die Polizei weitergeleitet. Seit dem 1. Juli 2002 werden sämtliche Schwarzfahrer von den Transportunternehmungen direkt bei der Stadtpolizei angezeigt. Diese erledigt die Fälle im Verfahren «Bussenerhebung auf der Stelle», tätigt die notwendigen Ermittlungen und verzeigt Fehlbare bei Nichtbezahlen innert Frist beim UA.

TATBESTANDSAUFNAHMEN	2000	2001	2002
Ausserordentliche Todesfälle	74	71	74
davon u.a.			
– Suizide	16	18	17
– Drogen	2	7	5
Gewässerschutzverordnung	6	1	1
Ölunfälle	1	3	–
Vermisstmeldungen von Personen	25	25	21
Ermittlungsaufträge, davon:			
– Transportgesetz	278	135	394
– Waffengesetz	42	65	46
– Zivilschutz	24	21	22
– Verschiedene	40	86	48
– Total	407	319	510

#### 410.3 Verkehrsanordnungen

##### 410.31 Verkehrspolizeiliche Massnahmen

VERKEHRSPOLIZEILICHE MASSNAHMEN	2000	2001	2002
Vollzug von Stadtratsbeschlüssen	67	60	27
Verkehrspolizeiliche Publikationen	21	21	17
Betriebswegweiser	8	5	17
Verfügungen von Privatplätzen	21	24	13
Bewilligungen Plakatwerbungen	34	36	–

##### 410.32 Verkehrstechnik

Die Auftragsdichte im Bereich Signalisationen und Markierungen nimmt weiter zu. Je nach Situation werden Markierungsarbeiten an Private vergeben.

MARKIERUNG VON STRASSEN/PLÄTZEN	2000	2001	2002
Fussgängerstreifen	56	71	19
Halteverbotslinien	10	11	23
Stopp-Markierungen	4	1	3
Randlinien	2	3	3
Busspuren/Bushaltestellen	7	1	2
Fussgängerlängsstreifen	4	5	4
Radstreifen	15	1	10
Abweislinsen Zone 30	6	18	16
Strassensignierfarbe in kg	700	90	45
Kaltplastik in kg	3 628	4 568	2 300
Neu- und Umsignalisationen	1 014	822	943
Temporäre Signalisationen:			
Ausstellungen, Wohnungsumzüge, usw.	7 242	8 107	9 694
Vauban-Barrieren	1 483	1 741	1 820

## 418.3 Kosten Erträge

### PARKIERUNG AUF STRASSEN UND PLÄTZEN (KONTO 4180) (in CHF 1 000)

	2000	2001	2002
Aufwand	6 587	6 759	6 679
Ertrag	6 631	6 828	6 506
Ertrags-/Aufwandüberschuss	44	69	-173
Parkgarage Rathaus (Konto 4181)			
Aufwand	316	341	317
Ertrag	627	649	661
Ertrags-/Aufwandüberschuss	311	308	344
Parkgarage Kreuzbleiche (4182)			
Aufwand	399	474	526
Ertrag	409	491	495
Ertrags-/Aufwandüberschuss	10	17	-31
Parkgarage Spelterini (KONTO 4183)			
Aufwand	-	-	249
Ertrag	-	-	337
Ertrags-/Aufwandüberschuss	-	-	88
Ausnahmebewilligungen im Strassenverkehr	334	350	371
Parkiergebühren Erweiterte Blaue Zone:			
- Tagesbewilligungen	521	544	552
- Monatsbewilligungen für:			
- Anwohnerschaft	838	878	967
- Pendlerschaft	354	312	357
Personaleinheiten für die Bewirtschaftung	18.1	15.9	19.9

## 43 Feuerwehr

### Aufgaben:

- ist verantwortlich für die allgemeine Schadenwehr bei Ereignissen, die rasche und grössere Hilfe erfordern, insbesondere bei Bränden und Explosionen, Elementarereignissen und bei Ereignissen, welche die Umwelt belasten
- bietet Unterstützung im Strassenrettungsdienst
- wird zu Dienstleistungen herangezogen, insbesondere zum Verkehrs- und Ordnungsdienst sowie zu technischen Einsätzen

### FINANZEN (in CHF 1 000)

	2000	2001	2002
Aufwand	6 316	7 052	8 350
Ertrag	6 220	6 464	7 976
Ertrags-/Aufwandüberschuss	-96	-588	-374
Stand Ausgleichskonto am 31.12.	1 539	951	577

### PERSONALBESTAND

	2000	2001	2002
Berufsfeuerwehr	38.5	39.8	40.9
Milizfeuerwehr	196	197	192
Total	235	236.8	232.9

## 430 Verwaltung der Dienststelle

### 430.1 Finanzierung der Feuerwehr

Die Einnahmen aus der Feuerwehrabgabe haben um CHF 385 000, knapp 10%, zugenommen. Die sprunghafte Einnahmensteigerung ist hauptsächlich eine Folge der Umstellung auf die Gegenwartsbesteuerung in den Jahren 1999/2000. In diesen Jahren wurden nur ausserordentliche Erträge und Aufwände besteuert.

Jahr	Rechnung	Veränderung gegenüber Vorjahr	Veränderung gegenüber 1995
1995	4 463 833.50		
1996	4 431 632.15	-32 201.35	-32 201.35
1997	4 333 849.80	-97 782.35	-129 983.70
1998	4 300 642.50	-33 207.30	-163 191.00
1999	4 120 705.95	-179 936.55	-343 127.55
2000	4 159 265.30	38 559.35	-304 568.20
2001	4 104 688.40	-54 576.90	-359 145.10
2002	4 490 281.90	385 593.50	26 448.40

#### 430.2 Einsatzplanung und Brandmeldeanlagen

Der Stabsbereich Einsatzplanung unterhält folgende Dokumente: Einsatzpläne von 282 Objekten mit automatischen Alarmanlagen (546 Alarmkriterien: Brand, davon 29 von Autobahn A1, Sprinkler und Gas); Einsatzpläne von 29 Objekten in der Region St.Gallen mit automatischen Alarmanlagen mit 37 Alarmkriterien, 107 Einsatzpläne der Aussenhöfe (abgelegene Objekte mit ca. 370 Gebäuden) und 63 Einsatzpläne für besondere Objekte. Es wurden folgende Projekte bearbeitet: Konsequenzen aus der Umschaltung des Feuerwehrnotrufs 118 zur Kantonalen Notrufzentrale (KNZ), vor allem im Zusammenhang mit den Brandmeldeanlagen, Erstellen neuer Einsatzpläne (v.a. besondere Objekte) mit Hilfe von CAD. Die Überarbeitung der Einsatzpläne der Aussenhöfe der Gemeinde St.Gallen wurde abgeschlossen.

EINNAHMEN BRANDMELDEANLAGEN (in CHF 1 000)	2000	2001	2002
Aufschaftgebühren	4	5	–
Jährliche Gebühren	157	160	53
Fehlalarme	31	42	42
Entschädigung Aufgebote für Sicherheitsverantwortliche	–	–	32
Total	192	207	127

Die Einnahmeneinbusse ist auf die Anbindung an die Kantonale Notrufzentrale zurückzuführen.

#### 430.3 Wasserbezugsorte

Per Ende 2002 stehen der Feuerwehr folgende Wasserbezugsorte zur Verfügung:

	2000	2001	2002
Oberflurhydranten	1 350	1 399	1 425
Unterflurhydranten	312	294	282
Feuerweiher (40–100 m³)	9	9	9
Stau-/Ansaugstellen	–	–	6
Total	1 671	1 702	1 722

#### 431 Berufsfeuerwehr

Per 1. April 2002 konnte der bisherige Zugführer des Zuges 2 die neu geschaffene Stelle des Leiters Ausbildung und Technik antreten und gleichzeitig die Stellvertretung des Leiters Berufsfeuerwehr übernehmen. Diese interne Umorganisation erfolgte stellenplanneutral. Aufgrund einer Häufung von unfallbedingten Absenzen mussten per Ende Jahr 260 Rasttage auf das Jahr 2003 übertragen werden. Die befristete Anstellung eines Berufsfeuerwehrmannes aus Braunschweig half mit, die durch Gewährung eines dreimonatigenurlaubes zusätzlich entstandene Lücke zu füllen.

##### 431.1 Persönliche Ausrüstung

Im Berichtsjahr wurden keine besonderen Anschaffungen getätigt.



#### 431.2 Übungsdienst

Der Übungsdienst der Berufsfeuerwehr umfasste folgende Schwerpunkte:

Sieben Mitarbeiter haben zusammen mit drei Kameraden der Berufsfeuerwehr Winterthur einen einwöchigen Pilotkurs in der Innen- und Tunnelbrandbekämpfung in Dortmund (RISC Ruhr) absolviert.

Fünf Mitarbeiter haben einen einwöchigen Kurs zum Aufrüsten von Sturmholz, abgehalten durch den Verband Waldwirtschaft Schweiz, besucht.

Fünf Mitarbeiter wurden während fünf Tagen zu Transporthelfern IVR, weitere zehn Mitarbeiter an zwei Tagen zu Hubstapler-Fahrern ausgebildet.

Die wöchentliche Ausbildung umfasste unter anderem Pionier- und Rettungsübungen sowie die Chemie-wehrausbildung. Alle Mitarbeiter absolvierten je zwei Übungen mit dem neuen Langzeitatemschutzgerät. Höhepunkte bildeten die Alarmübungen in der St.Laurenzenkirche und bei der Kantonspolizei sowie die gemeinsamen Übungen mit dem Rettungsdetachement 144, der REGA und SAC.

#### 431.3 Feuerwehrkurse / städtische Weiterbildungskurse

41 (32) Angehörige der Berufsfeuerwehr und des Feuerwehrkommandos haben an regionalen, kantonalen und schweizerischen Aus- und Weiterbildungskursen 209 (195) Tagen Ausbildung genossen. 19 (35) Mitarbeiter nutzten an 42 (94) Tagen das Angebot der stadtinternen Weiterbildung.

#### 431.4 Hilfeleistungen

Die Feuerwehr ist 2002 zu total 1241 Einsätzen ausgerückt. Die Zunahme ist auf die Unwetter zurück zu führen.

FEUERWEHR-HILFELEISTUNGEN	2000	2001	2002
Brandeinsätze	143	123	126
Brandmelde- und Sprinkleranlagen			
– durch Brand ausgelöst	17	27	21
– durch Täuschung	98	99	130
– durch Fehlbedienung	77	89	54
– durch Böswilligkeit	6	3	9
Böswillige Alarme	6	0	1
Verkehrseinsätze			
– Verkehrsunfälle auf A1 mit Brand	3	3	1
– Verkehrsunfälle auf A1 ohne Brand	2	4	11
– andere Strassen mit Brand	0	1	2
– andere Strassen ohne Brand	5	7	7
– Bahnen	0	0	0
Chemie- und Ölwehreinsätze			
– Öl/Benzin	90	97	86
– andere Stoffe	11	32	26
– radioaktive Produkte	5	5	0
Elementareinsätze			
– Sturm/Hagel	4	8	6
– Elementare Wasserwehreinsätze	50	37	289
– Erd-/Schneerutsche	2	16	2
Übrige Einsätze			
– div. Hilfeleistungen	103	82	103
– div. Hilfeleistungen ausserhalb Stadt	4	2	10
– Wasserwehren	81	53	72
– Schaufenster/Türen	39	40	46
Tiereinsätze	128	238	239
Heuwehreinsätze	0	0	0
Total	874	966	1 241

#### 431.5 Rettungen

Bei den aufgeführten Einsätzen wurden folgende Rettungen ausgeführt:

RETTUNGEN	2000	2001	2002
Menschenrettungen	34	61	23
Tierrettungen	51	51	25

#### 431.6 Arbeiten für Dritte

Das Dienstleistungszentrum der Berufsfeuerwehr schliesst erneut erfolgreich ab. Das Dienstleistungsangebot umfasst auch den Bereich der koordinierten Mittel- und Materialbeschaffungen für die Feuerwehren des Kantons St.Gallen im Auftrag des Kantonalen Amtes für Feuerschutz. Dieser Aufgabenbereich wurde zur allgemeinen Entlastung der Berufsfeuerwehr teilweise mit dem Personal der Logistik von Feuerwehr und Zivilschutz wahrgenommen. Für das Kantonale Amt für Feuerschutz konnte ein Ausbildungscontainer für Kleini Löschgeräte geplant und hergestellt werden. Für das Jubiläum «100 Jahre Kantonaler Feuerwehrverband» fertigten Mitarbeiter der Berufsfeuerwehr ein Funktionsmodell der neuen drahtunabhängigen Alarmierung der Feuerwehren in der Schweiz (SIKAN) im Massstab 1:25 000 an. In den eigenen Werkstätten und mit dem Vertrieb von Feuerwehrmaterial wurden folgende Bruttoerträge erzielt:

Dienstleistungen (in CHF 1 000)	2000	2001	2002
Werkstatt Atemschutz	68	92	217
Öl-/Chemiewehr	25	29	63
Alarmstellenbetreuung	24	20	—
Schlauchreparaturen	5	3	4
Schulungen	37	54	65
Instandhaltung von Blachen	18	3	5
Dienstleistungen für Gemeinwesen	23	65	50
Waschcenter	20	23	28
Sauerstoffabfüllungen	28	33	32
Reparaturen beschädigter Fenster und Türen	18	13	18
Verrechenbare Einsätze	120	96	107
Diverse Arbeiten für Dritte	8	8	10
Materialverkäufe	2	44	36
Pressluftfüllungen	22	26	30
Verkauf Pager und Zubehör/Programmierungen und Reparaturen	—	84	63
Verkauf Prüfköpfe	—	62	6
Löschdemo-Container	—	—	100
Dienstleistungszentrum	454	404	1 358
Total	872	1 059	2 192

#### 431.7 Geräte und Ausrüstung

Aufgrund veränderter Vorschriften wurden diverse Einsatzgeräte ersetzt. Es wurden zwei unfallsichere Wasserwerfer (Leistungen bis 5000 l/min) beschafft. Das Rettungsmaterial wurde mit dynamischen und statischen Seilen ergänzt. Mit dem Kauf einer Eisrettungsplattform, ergänzendem Eisrettungsmaterial und neuen Kälteschutzanzügen hat die Berufsfeuerwehr einen Entwicklungsschritt für schnelle Rettungen am und auf dem Eis gemacht. Die Wasserwehrmodule wurden anhand der im Sommer getätigten Erfahrungen überprüft und neu konzipiert. Ein Prototyp ist seither im Einsatz. Die Serienfertigung von total 15 Modulen (für die Milizfeuerwehr und den Zivilschutz) in zwei Tranchen steht bevor.

## 432 Pflichtfeuerwehr

### 432.1 Übungsdienst

Der Übungsbetrieb verlief nach dem von der Feuerschutzkommission genehmigten Übungsplan. Schwerpunkte bildeten ein für jede Feuerwehrformation zentral organisierter Atemschutz-Halbtage im Übungsbrandhaus sowie drei Quartieranlässe, mit welchen der Bevölkerung die Arbeit der Feuerwehr vorgestellt wurde. Der Sanitätszug nahm an einer Notfallübung auf dem Flugplatz St.Gallen-Altenrhein teil. In grösser angelegten Kompanie-Einsatzübungen wurde die Zusammenarbeit der Feuerwehrezüge mit den Spezialisten bzw. Spezialistinnen des Nachrichten- und des Sanitätsdienstes geschult. Insgesamt wurde mit den unter 432.2 aufgeführten Kursen total 9 597 (7 342) Personenstunden Ausbildung betrieben.

### 432.2 Feuerwehrkurse

135 (116) Angehörige der Milizfeuerwehr haben an regionalen, kantonalen und schweizerischen Aus- und Weiterbildungskursen teilgenommen. Die fünf corpseigenen Instruktoressen wurden sowohl feuerwehrintern als auch an regionalen und kantonalen Feuerwehrkursen eingesetzt.

### 432.3 Einsätze

Die Milizfeuerwehr wurde zu 273 (43) Einsätzen aufgeboten. Zu dieser ausserordentlich hohen Zahl trugen massgeblich die Unwetter vom 7. Juni, vom 16./17. Juli und vom 31. August bei. Gemeinsam mit der Berufsfeuerwehr bewältigte die Milizfeuerwehr auch vier grössere Brandfälle und zwei Chemie-Störfälle.

### 432.4 Dienstleistungen

Die zu leistenden Sicherheitswachen bei Anlässen mit grosser Publikumsbeteiligung nahmen zu. Die Milizfeuerwehr sorgte für die Einhaltung der von der Baupolizei, Abteilung Feuerschutz, erlassenen Auflagen bei Theatervorstellungen, anlässlich der OLMA und der OFFA sowie bei diversen Fasnachts- und Silvesteranlässen. Der Sanitätszug sorgte anlässlich des Kinderfestes, der internationalen Föderalismuskonferenz und des St.Gallerfestes für die Sicherstellung des Sanitätsdienstes. Die Milizfeuerwehr verstärkte während des St.Gallerfestes die Berufsfeuerwehr.

### 432.5 Geräte und Ausrüstungen

Die Einsatzmöglichkeiten im Übungsbrandhaus Hofen wurden durch die Bereitstellung eines umfunktionierten See-Containers erweitert. Dadurch kann der variabel gestaltbare Anmarschweg zum Brandherd verlängert und anforderungsreicher gestaltet werden. Die über vierzigjährigen mechanischen Anhängerleiten werden ausser Betrieb gesetzt. Sowohl vom Kanton als auch von den Verbänden wird für diese von den Hubrettungsfahrzeugen abgelösten Geräte keine Ausbildung mehr angeboten.



**Aufgaben:**

- sorgt durch Planung, Ausbildung von geeigneten und rasch einsetzbaren KATA-Formationen sowie Bereitstellung und Instandhaltung von Material und Schutzbauten für die Einsatzbereitschaft der Regionalen Zivilschutzorganisation (RZSO) St.Gallen und Umgebung zum Schutz der Bevölkerung vor den Auswirkungen von Katastrophen, Notlagen und bewaffneten Konflikten
- ist für alle Zivilschutzmassnahmen gemäss den Vorschriften des Bundes und des Kantons verantwortlich
- führt die administrative Kontrolle der Schutzdienstpflichtigen RZSO St.Gallen und Umgebung
- erfüllt die Aufgaben des Quartieramtes (militärische Einquartierungen)
- leitet die Gemeindestelle für wirtschaftliche Landesversorgung
- nimmt die Funktion des Stabschefs der KATA-Organisation wahr

<b>FINANZEN</b> (in CHF 1 000) / <b>PERSONAL</b>	<b>2000</b>	<b>2001</b>	<b>2002</b>
Aufwand	2 653	2 287	2 152
Ertrag	682	355	351
Aufwandüberschuss	1 971	1 932	1 801
Personalbestand	13.1	11.7	11.1

**440.1 Kurs- und Kontrollwesen**

Die Aufgaben als verantwortliche Zivilschutzstelle für die gesamte RZSO St.Gallen und Umgebung konnten effizient und zur Zufriedenheit aller Beteiligten wahrgenommen werden. Die Zusammenarbeit mit den Vertragsgemeinden hat sich bewährt. Wegen den diversen Unwettereinsätzen der Katastrophen-Formationen resultierte ein erheblicher Mehraufwand im Zusammenhang mit den Abrechnungen und Vergütungen der Dienstleistungen. Im Bereich Kontrollwesen standen die Entlassungsarbeiten für die Jahrgänge 1952–1962 im Vordergrund. Gestützt auf die Richtlinien und Empfehlungen von Bund und Kanton wurden rund 3 300 Personen dieser Jahrgänge vorzeitig aus der Zivilschutzdienstpflicht entlassen. Somit konnte ein erster Schritt im Hinblick auf die Umsetzung des neuen Bevölkerungsschutzes XXI vollzogen werden. Anhaltend gross war der administrative Aufwand, der durch Zu- und Wegzüge von zivilschutzdienstpflichtigen Personen verursacht wurde. Die im Sommer 2001 begonnene Übernahme von zentraldienstlichen Arbeiten für die Feuerwehr wurde fortgesetzt und intensiviert. Schwerpunkte sind die Bereiche Rechnungswesen sowie das Kontroll- und Soldwesen für die Milizfeuerwehr.

**440.2 Strafwesen**

Wegen Widerhandlung gegen die Bundesgesetzgebung über den Zivilschutz mussten 26 (26) Zivilschutzdienstpflichtige beim Untersuchungsamt St.Gallen verzeigt werden.

**440.3 Katastrophenorganisation (KATA-Formationen)**

Die KATA-Formationen der RZSO St.Gallen und Umgebung bewiesen beim Unwetter «Claudia» am 16./17. Juli ihre Einsatzbereitschaft und Katastrophentauglichkeit, als 27 Angehörige des Zivilschutzes (AdZS) die Feuerwehr auf den Schadenplätzen im Osten der Stadt unterstützten. Mit fünf Tauchpumpen- und Hochwasser-Modulanhängern wurden bis 5 Uhr morgens in 30 Einsätzen überflutete Keller ausgepumpt und Wassersperren mit Sandsäcken errichtet. Um 20 Uhr wurde das Wohnheim für Betagte Riedererholz evakuiert. 24 Bewohnerinnen und Bewohner sowie sieben Personen der Heimleitung wurden in der Betreuungsanlage Schellenacker durch 13 AdZS des KATA-Detachementes Unterkunft (KATA Det



Ukft) betreut. Am 17. Juli nachmittags konnten die Heimbewohner und -bewohnerinnen in ihr Heim zurückkehren.

23 Personen des KATA-Detachementes Rettung (KATA Det Rttg) räumten am 23. August nachmittags vor allem das durch die Nässe aufgequollene Mobiliar der tags zuvor durch das Unwetter unter Wasser gesetzten KOZISA (kombinierte Zivilschutzanlage) in Abtwil aus.

Am Sonntag Morgen, 1. September, unterstützten 22 Angehörige des KATA Det Rttg die Feuerwehren von St.Gallen und Gaiserwald in den Schadensgebieten St.Georgen und Spisegg. Über 700 Sandsäcke wurden zusätzlich abgefüllt und bereitgestellt.

Am 2. und 3. September halfen 33 Angehörige des KATA Det Rttg zusammen mit weiteren zivilen und militärischen Formationen im Gebiet der «Lochmühle» und auf dem Areal der Firma Sturm in Goldach mit, die Unwetterschäden zu bewältigen.

Am 10. September hat die Regierung Zivilschutzorganisationen für einen Hilfeleistungseinsatz zu Gunsten der unwettergeschädigten Gemeinden aufgeboten. Bei sehr schlechten Witterungsbedingungen zerkleinerten die Zivilschutzequipen zusammen mit Forstleuten vom 16. bis 20. und vom 23. bis 27. September im Flussbett der Goldach Schwemmholzansammlungen und bauten Bühnen (künstliche Dämme aus Grünholzstämmen) ein, um Hangrutschungen zu verhindern. Die zusätzliche Ausrüstung der KATA-Formationen für Einsätze in solch ausserordentlichen Lagen hat sich sehr bewährt. Insgesamt wurden 538 Einsätze in Form von Einsätzen in ausserordentlichen Lagen geleistet.

#### 441.1 Material

Durch das Bundesamt für Zivilschutz (BZS) wurde diverses Rettungsmaterial (Rundschlingen-Sortimente, hydraulische Lastenheber 10 t und Schwimmwesten) nachgeliefert. Für das Amt für Feuerschutz wurde ein Wechselladebehälter für die Ausbildung an Kleintöschgeräten projektiert, konstruiert und hergestellt. Aus teilweise vorhandenem und beschafftem Material sind drei KATA-Anhänger mit Tauchpumpen hergestellt worden. Vor dem Zentrallager Waldau ist ein Palettengestell errichtet worden, in dem ca. 300 gefüllte Sandsäcke für Unwettereinsätze bereit stehen.

#### 441.2 Fahrzeuge

2002 stellte das Zivilschutzamt wiederum seine Fahrzeuge diversen Dienststellen der Stadtverwaltung während insgesamt 73 (89) Tagen unentgeltlich zur Verfügung. Während 58 (93) Tagen wurden Fahrzeuge ausserhalb der Verwaltung vermietet.

#### 441.3 Zivilschutzanlagen

Zivile Übernachtungen von Vereinen etc. in Zivilschutzanlagen:

ANZAHL DER ÜBERNACHTUNGEN	2000	2001	2002
Trp Unterkunft Schönaue	852	1 286	208
ZS Anlage KV	118	—	321
ZS Anlage Wiedacker	368	452	963
ZS Anlage Steinach	1 104	953	1 300
ZS Anlage GBS	591	192	0
Total	3 033	2 883	2 792

#### 441.4 Übungsanlage Hofen Wittenbach

Auf der Übungsanlage haben diverse Feuerwehren und andere Fremdbeleger während rund 65 (111) Tagen Übungen durchgeführt.

#### 444 Regionale Zivilschutzorganisation (RZSO) St.Gallen und Umgebung

<b>FINANZEN RZSO</b> (in CHF 1 000)	<b>2000</b>	<b>2001</b>	<b>2002</b>
Aufwand	232	219	198
Ertrag	86	73	76
Aufwandüberschuss	146	146	122

<b>ÜBERSICHT RAPPORTE/WIEDERHOLUNGSKURSE DER RZSO (ANZAHL DIENSTTAGE)</b>	<b>2000</b>	<b>2001</b>	<b>2002</b>
Einteilungs- + Info-Rapporte	429	572	296
Tages- und Abendrapporte	192	93	368
WK Kulturgüterschutzdienst	35	–	6
WK Zivilschutz-Polizeidienst	168	193	244
WK KATA Gruppe FUSTÜ	47	37	32
WK KATA Gruppe Übermittlung	39	148	142
WK KATA Detachement Unterkunft	75	47	73
WK KATA Detachement Rettung	441	349	166
WK KATA Gruppe Transport	–	14	117
Pikettdienstleistungen KATA Formationen	206	204	408
WK Heimeinsätze	72	79	96
WK TAXI-Einsätze	621	623	620
WK Einsätze zugunsten Allgemeinheit	445	512	538
WK Periodische Schutzraumkontrolle	291	210	340
Anlagewartungen	575	564	605

##### 444.1 Rapporte und Wiederholungskurse

169 Neupflichtige lernten in den Einteilungsrapporten den modernen Zivilschutz und die Voraussetzungen für die Einteilung in eine KATA-Formation kennen. Aufgrund der heutigen Alleinausrichtung des Zivilschutzes auf die Bewältigung von ausserordentlichen Lagen wurden die für den Kriegsfall vorgesehenen Formationen der RZSO St.Gallen und Umgebung auf Ende Jahr aufgelöst. Das Kader konnte wählen zwischen Einteilung in die Zivilschutzreserve oder Führungsarbeit bei Zivilschutzanlässen. Die KATA-Formationen trainierten die Sicherheit der Handhabung ihrer Geräte und Automatismen ihrer Einsätze an mehreren Nachmittags- und/oder Abend-Übungen von je drei bis vier Stunden Dauer. Weitere Schwerpunkte waren die Wartung von Anlagen und des Materials sowie die Kontrolle der Einsatzbereitschaft von Schutzräumen. Während 35 Wochen standen jeweils drei bis vier Zivilschutzdienstpflichtige im Einsatz zu Gunsten des Vereins «TIXI-Behindertenbus».

##### 444.2 Einsätze

Wer erfolgreich helfen und retten will, muss vorher üben! Optimal ist es, wenn Einsätze zu Gunsten der Bevölkerung mit einem hohen Ausbildungswert verbunden werden können. Dies war bei folgenden Anlässen der Fall: Während zehn Tagen waren 42 Angehörige des Zivilschutzes in Biel zu Gunsten der EXPO in den Bereichen Fundbüro, Uferbeobachtung, Sicherheit, Car-Parkplatz und Sanitätsdienst im Einsatz. Am Open-Air waren Angehörige der KATA-Formationen Übermittlung, Führungsunterstützung und Transport im «Ernst-Einsatz». An der internationalen Föderalismuskonferenz führte eine Gruppe von Eingeteilten der Führungsunterstützung den Kommandoposten (KP) in der Kaserne Neuchlen. Dort waren sie zuständig für die Organisation von Unterkunft, Verpflegung und Freizeitgestaltung der Einsatzkräfte des Polizeikonkordates und boten ihre guten Dienste im administrativen Bereich an. Eine andere Gruppe redigierte mit den Medienverantwortlichen der Stadtpolizei das Informationsblatt «Föko-Feder», das für

die Einsatzkräfte von Polizei und Armee erstellt wurde. Im Rahmen der EXPO-Themenausstellung «Nationale Sicherheitskooperation» in Murten Meyriez repräsentierte die RZSO St.Gallen und Umgebung während einer Woche mit ihrem Wechselladebehälter den Zivilschutz als einen der Partner des neuen Bevölkerungsschutzes. Freiwillige aus verschiedenen Formationen halfen beim Umzug des Wohnheimes Riedererholzer für Kinder und Jugendliche (WOKI) und bei der Durchführung des Sommerlagers des Vereins für geistig Behinderte «INSIEME» mit. Im Weiteren wurden in der Gemeinde Eggersriet ein Waldsträsschen, das als Schulweg benützt wird, und ein Kinderspielplatz saniert. Ein Teil des Weges rund um den Wenigerweiher wurde von Pionieren in Form eines Holzsteges geplant und erstellt.

#### 444.3 Periodische Schutzraum-Kontrollen

Der Bund schreibt vor, dass sämtliche Schutzräume einer Gemeinde jeweils innerhalb von fünf Jahren kontrolliert werden müssen. 2002 wurde diese Vorgabe erfüllt. Sämtliche privaten Schutzräume sind mindestens einmal auf ihre Schutztauglichkeit überprüft worden. 44 ausgebildete Schutzraumkontrollenure überprüften in 15 Arbeitsgruppen 370 Schutzräume mit 11 610 Schutzplätzen. 37% der kontrollierten Schutzbauten wiesen keine, 30% leichte und 33% schwerwiegende Mängel auf. Die letzte Kategorie ist nicht oder nur bedingt einsatzbereit und muss zu Lasten der Besitzer innert vereinbarter Frist in Stand gestellt werden.

#### 447 Militärische Einquartierungen

In der Truppenunterkunft Schönaue wurden keine (1 172) militärischen Übernachtungen registriert. Die Küche ist zur Zeit an die Sonnenhalde Wohnheim + Werkstätte für Behinderte der Gemeinnützigen und Hilfsgenossenschaft vermietet.

## **5 VERWALTUNG DER SOZIALEN DIENSTE**

### **50 Abteilungssekretariat**

- 509.1 Alter, Behinderung, Spitex
- 509.2 Familienergänzende Kinderbetreuung
- 509.3 Drogenhilfemassnahmen
- 509.4 Arbeitsvermittlungen

### **56 AHV-Zweigstelle**

- 560.1 Allgemeines
- 560.2 Mitglieder
- 560.3 Verwaltungskosten

### **51 Vormundschaft**

- 51.1 Abteilung Sozialabklärungen
- 51.2 Abteilung VB-Sekretariat
- 51.3 Abteilungen Amtsvormundschaft I und II
- 51.4 Stabsstellen

### **53 Sozialamt**

#### **531 Sozialhilfe**

- 531.1 Unterstützungsfälle
- 531.2 Ursachen der Bedürftigkeit
- 531.3 Unterstützungskosten
- 531.4 Netto-Unterstützungsleistungen pro Fall/Person
- 531.5 Der Stadt zugeteilte Asylsuchende

#### **532 Wohnheim für Kinder und Jugendliche**

#### **533 Wohnheim für Betagte**

#### **534 Soziale Einrichtungen**

##### **534.0 Zentren für Asylsuchende**

##### **534.1 Begleitetes Wohnen (Bewo)**

- 534.2 Haus zur Grünhalde: Betreute Wohngruppe (BWG) /  
Unterkunft für Obdachlose UFO)

#### **535 Alimentenbevorschussung/Inkasso**

#### **536 Mutterschaftsbeiträge**

#### **537 Rechtsgeschäfte**



**Aufgaben:**

- ist Stabsstelle für den Vorstand der Verwaltung der Sozialen Dienste
- arbeitet Vorlagen an den Stadtrat und den Grossen Gemeinderat aus
- arbeitet Antworten auf parlamentarische Vorstösse aus
- koordiniert zwischen Dienststellen der Verwaltungsabteilung
- übt die Aufsicht über die städtischen Subventionen in den Bereichen Alter, Behinderung, Spitex, familienergänzende Betreuung von Kindern im Vorschulalter, Drogenhilfemassnahmen und Langzeitarbeitslosigkeit aus
- führt das Rechnungsbüro der Verwaltung der Sozialen Dienste
- führt die AHV-Zweigstelle der Stadt St.Gallen

<b>FINANZEN</b> (in CHF 1 000) / <b>PERSONAL</b>	<b>2000</b>	<b>2001</b>	<b>* 2002</b>
Aufwand	644	692	1 267
Ertrag	–	3	324
Aufwandüberschuss (Kto. 500 + 501 + 502)	644	689	943
Personalbestand	5.1	5.3	9.9

\* seit 1.1.2002 ist die AHV-Zweigstelle organisatorisch dem Abteilungssekretariat unterstellt

**509.1 Alter, Behinderung, Spitex**

Das Zentralregister Pflegeheime, welches Grundlage für die Bedarfsplanung der Alters- und Pflegeheimplätze in der Stadt bildet, wurde überarbeitet. Es werden dabei neu Alters- und Pflegeheime sowie durchlässige Heime erfasst. Das neu revidierte Zentralregister wird am 1. Februar 2003 in Kraft treten.

Der Inhalt der beiden Informationsbroschüren «Umzug in ein Pflegeheim» und «Das Altersheim – mein zukünftiges Daheim» wurde durch die Arbeitsgruppe «Stationäre Altershilfe» der Konferenz für Alters- und Behindertenfragen zu einer gemeinsamen Broschüre «Umzug in ein Betagtenheim» zusammengelegt und neu gestaltet. Sie soll an alle Betagtenheime und an interessierte Personen und Institutionen abgegeben werden.

Die Arbeitsgruppe «Behindertenfragen» der Konferenz für Alters- und Behindertenfragen arbeitete einen Anforderungskatalog für die Bedürfnisse von Menschen mit Behinderungen in Bezug auf die öffentlichen Verkehrsmittel in der Stadt St.Gallen aus.

Die Erhebungen jeweils per Ende Oktober der auf einen Pflegeplatz wartenden Personen zeigen folgendes Bild:

<b>PFLEGEHEIMPLÄTZE</b>	<b>2000</b>	<b>2001</b>	<b>2002</b>
Personen auf der Warteliste	71	113	165
– Wartekategorie «sofort»	23	59	63
– Wartekategorie «auf Anfrage»	48	54	102
Durchschnittliche Wartezeit in Tagen	47	50	43

Zusätzlich zu den nachstehenden Subventionen gewährte der Grosse Gemeinderat am 5. Februar 2002 für dieses Jahr einen einmaligen Unterstützungsbeitrag an die Spitex-Leistungsvereinbarungspartner für eine Lohnanpassung des Pflegepersonals von insgesamt CHF 168 000.

SPITEX	2000	2001	2002
Subventionssumme (in CHF 1 000)	769	885	943
– Objektfinanzierung	697	775	854
– Subjektfinanzierung	72	110	89
Anteil der städtischen Subventionen am Gesamtaufwand der subventionierten Spitex-Anbieter in %	9	10	10

#### 509.2 Familienergänzende Kinderbetreuung

Das im Oktober 2001 beschlossene neue Subventionierungsmodell trat am 1. Januar 2002 in Kraft. Die Subventionen werden nicht mehr als Pauschalbeträge an die Kinderkrippen ausbezahlt, sondern neu als Objekt- und Subjektbeiträge für effektiv belegte Plätze entrichtet. Die Zusammenarbeit zwischen der Stadt und den Kinderkrippen wird ebenfalls neu in Leistungsvereinbarungen geregelt. Aufgrund des neuen Systems sind die Zahlen des Jahres 2002 nur beschränkt mit den Vorjahreszahlen vergleichbar. Die Subventionssumme beinhaltet neu die Summe aller Subventionsansprüche im betreffenden Kalenderjahr im Gegensatz zu früher, als die Zahl die Summe der effektiv ausbezahlten Beiträge im Laufe des Rechnungsjahres darstellte. Die Rubrik «Anzahl Krippenplätze» weist neu nur noch die subventionierten und effektiv belegten Plätze aus. Da früher Pauschalbeträge ausbezahlt wurden, sind in den Zahlen vor dem Jahr 2002 alle von den subventionierten Krippen angebotenen Plätze enthalten. Dies ist einer der Gründe, warum sich die Kosten pro Platz im Jahr 2002 um rund 20% höher präsentieren. Es besteht allerdings tatsächlich eine Tendenz, dass die Kosten für die Subventionierung der Kinderkrippen steigend sind, da sich die Betriebskosten der Kinderkrippen aufgrund von verschiedenen Einflussfaktoren in den letzten Jahren erhöht haben. Da mit dem Subjektbeitrag Mindereinnahmen der Krippen aus tiefen Einkommen gedeckt werden, muss bei tiefen Elterneinkommen ebenfalls mit höheren Beiträgen der Stadt gerechnet werden.

KINDERKRIPPEN	2000	2001	2002
Subventionssumme (in CHF 1 000)	1 275	1 275	1 229
Anteil der städtischen Subventionen am Gesamtaufwand der subventionierten Krippen in %	31	31	37
Anzahl Krippenplätze	228	228	180
Belegungsquote in %	95	96	99
Kosten pro Platz (in CHF 1 000)	17.8	17.8	18.4
Durchschnittliche Subvention pro Platz (in CHF 1 000)	5.6	5.6	6.8

#### 509.3 Drogenhilfemassnahmen

Eine Verbesserung der Drogenproblematik kann nach wie vor nur durch das gegenseitige Abstimmen von medizinisch-sozialen und polizeilich-repressiven Massnahmen erreicht werden. Die einzelnen Massnahmen können nicht für sich allein stehen, sondern müssen sich gegenseitig ergänzen. Dies wird mit dem Viersäulenmodell aus Prävention, Repression, Überlebenshilfe und Therapie praktiziert. Den Bereich der Überlebenshilfe deckt die Stiftung Suchthilfe ab, die sich mit Gassenarbeit, Spritzenversorgung im Interesse der HIV- und Hepatitis C-Prophylaxe, Substitutionsprogrammen, einem Arztendienst und der Beratung von Betroffenen in ihrem Umfeld befasst. Das Jahr 2002 war vor allem geprägt durch das Erproben einer intensiveren Zusammenarbeit zwischen der Gassenarbeit und der Stadtpolizei.

DROGENHILFEMASSNAHMEN	2000	2001	2002
Subventionssumme (in CHF 1 000)	1 062	1 062	1 076
Anteil der städtischen Subventionen am Gesamtaufwand der Stiftung in %	22	20	20
Anzahl Teilnehmer/-innen in Substitutionsprogrammen	176	174	179
– Methadon	105	103	109
– Heroin	71	71	70
Anzahl abgegebener Spritzen (HIV-Prophylaxe) (in 1 000 Stück)	251	294	244

#### 509.4 Arbeitsvermittlungen

Die Stiftung für Arbeit bezweckt die Planung, Trägerschaft und Führung von Projekten, die langzeit- arbeitslosen Personen in der Stadt St.Gallen zu Arbeit verhelfen. Mittels Arbeit und Verdienst soll die wirtschaftliche Eigenständigkeit dieser Personen unterstützt und ihre Integration in die Gesellschaft gefördert werden. Die Besonderheit der Stiftung für Arbeit besteht darin, dass die Löhne für die Arbeits- einsätze der Personen aus der Zielgruppe nicht von den Steuerzahlerinnen und Steuerzahlern, sondern von den Auftraggebern und Auftraggeberinnen, also vom Markt, bezahlt werden. Mit den Subventionen hingegen werden die Infrastruktur und das fest angestellte Personal finanziert. Die Stiftung für Arbeit beschäftigt Personen, die beim RAV keinen Anspruch mehr auf Leistungen aus der Arbeitslosenver- sicherung besitzen, sowie Menschen, die von der Sozialhilfe unterstützt werden. Arbeitslosigkeit ist in St.Gallen nach wie vor das häufigste Armutsrisiko. Die Stiftung für Arbeit arbeitet mit einem Stufenmo- dell: Die erste Stufe – die «Job Werkstatt» – erlaubt es Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern, welche über sehr lange Zeit arbeitslos waren und nur mit Einschränkungen einsetzbar sind, wieder erste Arbeitserfahrungen zu machen und sich wieder an eine geregelte Tagesstruktur zu gewöhnen. Sobald Konstanz und eine gute Leistung gewährleistet sind, kann ein Wechsel in einen der «Auftragsbereiche» der zweiten Stufe stattfinden. Die «Job Börse» als dritte Stufe schliesslich ist das Temporärbüro der Stif- tung für Arbeit. Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer werden für kurz- oder längerfristige Einsätze an Firmen und Private vermittelt. Sie verrichten anspruchsvollere Arbeiten und zeichnen sich durch Selb- ständigkeit und Zuverlässigkeit aus.

ARBEITSVERMITTLUNGEN	2000	2001	2002
Subventionssumme (in CHF 1 000)	600	600	600
Vermittelte Arbeitsstunden (in 1 000 Std.)	39	60	58
Anzahl vermittelte Arbeitnehmer/-innen	149	184	197
Verrechnete Leistungen (ohne Material) (in CHF 1 000)	971	1 011	1 088

#### 56 AHV-Zweigstelle

##### Aufgaben:

- wirkt beim Vollzug der AHV-/IV-/EO-Gesetzgebung mit
- erteilt Auskunft an Versicherte und Arbeitgeber
- erfasst beitragspflichtige Personen und Arbeitgeber
- prüft Voraussetzungen für Ergänzungsleistungen
- prüft Anträge für die Krankenkassenprämien-Verbilligung



## 560.1 Allgemeines

Die AHV-Zweigstelle hat sich problemlos in das Abteilungssekretariat der Verwaltung der Sozialen Dienste integriert.

Die AHV-/IV-Renten wurden auf den 1. Januar 2002 nicht erhöht.

Es ist ein stetiger Anstieg der Zahl der AHV-/IV-Rentenfälle sowie der Bezügerinnen und Bezüger von Ergänzungsleistungen festzustellen.

Auf den 1. Juni 2002 trat das Freizügigkeitsabkommen (freier Personenverkehr) mit der EG in Kraft. Dieses beinhaltet unter anderem auch Auswirkungen auf die soziale Sicherheit in der Schweiz und tangiert somit auch die AHV-Zweigstelle. Es koordiniert die verschiedenen nationalen Sozialversicherungssysteme zwischen der Schweiz und den Ländern der EG (und der EFTA) und ist in der EG-Verordnung Nr. 1408/71 geregelt. Die wichtigsten Aspekte des Abkommens sind:

- Schweizerinnen und Schweizer und Angehörige von EG-Ländern werden gleich behandelt.
- Allfällige nachteilige Auswirkungen des Wechsels des Beschäftigungs- oder Wohnlandes auf den Versicherungsschutz werden gemildert oder beseitigt.

Die Beratung in diesem Bereich ist aufwändig, da zuerst einmal Erfahrungen gesammelt werden müssen.

AHV/IV/EL	2000	2001	2002
Anzahl AHV-/IV-Rentenfälle	9 310	9 416	10 434
Anzahl Ergänzungsleistungsfälle	2 955	3 173	3 326
Ausbezahlte Ergänzungsleistungen (in CHF 1 000)	53 680	63 203	65 541

## 560.2 Mitglieder

Die Zahl der bei den Ausgleichskassen der Verbände und der Sozialversicherungsanstalt des Kantons St.Gallen erfassten Beitragspflichtigen entwickelte sich wie folgt:

BEITRAGSPFLICHTIGE	2000	2001	2002
Beitragspflichtige Arbeitgeber/ Selbständigerwerbende/Nichterwerbstätige	8 238	8 372	8 386

## 560.3 Verwaltungskosten

Die Sozialversicherungsanstalt vergütet einen Teil der Aufwendungen für die Führung der AHV-Zweigstelle und die Durchführung der Prämienverbilligung.

VERWALTUNGSKOSTEN	2000	2001	2002
Ertrag (in CHF 1 000)	288	304	307



**Aufgaben:**

- nimmt Mitteilungen/Anzeigen/Anträge entgegen
- prüft vormundschaftliche Massnahmen
- bereitet sämtliche Geschäfte der Vormundschaftsbehörde (zivilrechtliche Massnahmen zum Schutze Erwachsener sowie gefährdeter Kinder und Jugendlicher) vor und vollzieht sie
- besorgt die vormundschaftliche Vermögensverwaltung
- platziert Kinder und Jugendliche in Familien und Heimen
- klärt Vaterschaft und Regelung der Unterhaltspflicht für ausserhalb der Ehe geborene Kinder ab
- führt Sozialabklärungen durch und erstellt Sozialberichte zu Händen der Vormundschaftsbehörde und der Gerichte
- bewilligt und beaufsichtigt Pflegeplätze für Kinder
- führt vormundschaftliche Massnahmen durch Amtsvormünder und Amtsvormundinnen
- vermittelt und berät Privatpersonen zur Führung vormundschaftlicher Massnahmen
- ändert Scheidungsurteile in Kinderbelangen ab
- regelt den persönlichen Verkehr zwischen Kindern und nicht obhutsberechtigtem Elternteil

<b>FINANZEN</b> (in CHF 1 000) / <b>PERSONAL</b>	<b>2000</b>	<b>2001</b>	<b>2002</b>
Aufwand	3 515	3 914	3 961
Ertrag	292	214	282
Aufwandüberschuss	3 223	3 700	3 679
Personalbestand	28.5	29	29.8

Die Vormundschaftsbehörde (VB) ist eine selbständige, kommunale Behörde. Sie untersteht dem Justiz- und Polizeidepartement des Kantons St.Gallen und setzt sich zusammen aus dem Vorstand der Verwaltung der Sozialen Dienste, welcher ihr von Amtes wegen als Präsident vorsteht, und sechs vom Grossen Gemeinderat zu bestimmenden Mitgliedern, von denen mindestens drei aus seiner Mitte zu wählen sind. Im Jahre 2002 trat sie zu 11 ordentlichen Sitzungen zusammen. An diesen Behördesitzungen nimmt neben dem Vormundschaftssekretär auch die Leiterin des Vormundschaftsamtes teil.

Die Dienststelle Vormundschaftsamt ist die Geschäftsstelle der Vormundschaftsbehörde. Sie trifft die erforderlichen Abklärungen, bereitet die Geschäfte vor, vollzieht die Beschlüsse und führt vormundschaftliche Massnahmen.

<b>VORMUNDSCHAFTLICHE MASSNAHMEN/VERFÜGUNGEN</b>	<b>2000</b>	<b>2001</b>	<b>2002</b>
Bestand vormundschaftlicher Betreuungsmassnahmen inkl. Kinderschuttmassnahmen per Ende Jahr	1 289	1 285	1 337
– zuhänden der Vormundschaftsbehörde vorbereitete Verfügungen	931	961	1 051
– davon Präsidialverfügungen	33	42	34

Die Anzahl der zuhänden der Vormundschaftsbehörde vorbereiteten Verfügungen hat markant zugenommen.

## 51.1 Abteilung Sozialabklärungen

Diese Abteilung ist zuständig für die Sozialabklärung von zivilrechtlichen Kindesschutzmassnahmen sowie für spezielle Abklärungen betreffend Erwachsenenschutzmassnahmen.

SOZIALABKLÄRUNGEN	2000	2001	2002
durchgeführte Sozialabklärungen	148	166	180
Pflegekinderaufsicht:			
– beaufsichtigte Familienpflegeplätze	32	31	32
– beaufsichtigte Tagespflegeplätze	37	48	50
– bearbeitete Gesuche um Pflegebewilligung	12	37	23

Im Verlaufe des letzten Jahres war es möglich, Pendenzen abzubauen, was sich in der Statistik niederschlägt. Die Schwerpunkte der Arbeit umfassten die Themen Schulprobleme und Grenzen setzen in der Erziehung, dies vor allem bei Jugendlichen. Abklärungen im Rahmen von Kinderzuteilungen bei Scheidungen sind aufwändiger geworden und beanspruchen einen höheren zeitlichen Aufwand.

## 51.2 Abteilung VB-Sekretariat

### a) Sachbearbeitung

Dieser Bereich ist zuständig für die Verfahrensleitung bei der Anordnung und Aufhebung aller Massnahmen des zivilrechtlichen Kindes- und Erwachsenenschutzes.

KINDERSSCHUTZ	2000	2001	2002
Bestand Kindesschutzmassnahmen (ohne Fremdplatzierungen) per Ende Jahr	594	556	576
– Zuwachs	165	107	144
– Abgang	137	147	124
Bestand vormundschaftlich fremdplatzierter Kinder per Ende Jahr	80	71	70
– Zuwachs	32	26	22
– Abgang	20	35	23
genehmigte Unterhaltsverträge für Kinder unverheirateter Eltern	84	82	97
Übertragung gemeinsame elterliche Sorge	5	6	4
Besuchsrechtsregelungen	10	9	5

Bei den heutigen Massnahmen für Kinder handelt es sich überwiegend um sehr anspruchsvolle Mandate, die im Gegensatz zu früher meistens von professionellen Amtsvormündern oder Amtsvormundinnen geführt werden müssen. Auffallend ist die seit Jahren höchste Zahl der durch die Vormundschaftsbehörde genehmigten Unterhaltsverträge für Kinder unverheirateter Eltern. Eine solche Genehmigung ist dann ohne Beistandschaft bzw. Gerichtsverfahren möglich, wenn sich die Eltern auf Unterhaltsbeiträge einigen, welche bezüglich ihrer Einkommen angemessen sind und die Interessen des Kindes berücksichtigen.

ERWACHSENENSCHUTZ	2000	2001	2002
Bestand Vormundschaften per Ende Jahr	217	207	197
– Zuwachs	9	5	8
– Abgang	15	15	18
Bestand Beistandschaften, Beiratschaften, Sucht-Hilfemassnahmen per Ende Jahr	478	522	564
– Zuwachs	97	114	149
– Abgang	72	70	107
Total Betreuungsmassnahmen per Ende Jahr	695	729	761
– Total Zuwachs	106	119	158
– Total Abgang	87	85	126
Bestand fürsorgliche Freiheitsentziehungen per Ende Jahr	12	11	8
– Zuwachs	1	2	–
– Abgang	8	3	3

Im Erwachsenenschutz ist seit Jahren eine zunehmende vormundschaftliche Betreuungsbedürftigkeit betagter Menschen festzustellen, dies insbesondere in finanziellen und administrativen Angelegenheiten. Dies erklärt die erneut gestiegene Anzahl der Beistandschaften, von denen der Hauptanteil sogenannte Altersbeistandschaften (Vertretungs- und Verwaltungsbeistandschaften) sind.

Wiederum massiv gestiegen und auf einem Höchststand angelangt ist die Anzahl der arbeitsintensiven Mutationen. So liegt die Summe aller Zu- und Abgänge (Kindes- und Erwachsenenschutz) bei 600 (524).

#### b) Vermögensverwaltung

Zu diesem Bereich gehören die Inventaraufgaben, die vormundschaftlichen Deponierungen, die Revision sämtlicher Vormundschaftsrechnungen sowie die Freigabe von Vermögenswerten nach Aufhebung der Massnahmen.

VORMUNDSCHAFTLICHE VERMÖGENSVERWALTUNG	2000	2001	2002
Genehmigungen von Rechenschaftsberichten	477	488	544
Vormundschaftlich verwaltetes Vermögen (in CHF 1 000) per Ende Jahr	37 953	59 421	53 437

Das vormundschaftlich verwaltete Vermögen ist in 339 (337) Depots bei verschiedenen Banken hinterlegt.

### 51.3 Abteilungen Amtsvormundschaft I und II

Die beiden Abteilungen führen die ihnen von der Vormundschaftsbehörde zugewiesenen vormundschaftlichen Betreuungsmassnahmen. Dabei geht es immer mehr um besonders komplexe und schwierige Mandate, die keiner privaten Betreuungsperson zugewiesen werden können.

AMTLICHE MASSNAHMEFÜHRUNG	2000	2001	2002
Total amtliche Massnahmenführungen	772	790	847
– von Amtsvormündern geführte Massnahmen per Ende Jahr	752	775	836
– von andern Mitarbeitenden des Vormundschaftsamtes geführte Massnahmen	20	15	11
Kinderschutzmassnahmen	470	466	484
Massnahmen für Erwachsene	302	341	363
Zuwachs	177	163	194
Abgang	128	128	137
durchschnittliche Fallzahl pro Amtsvormund/-in (100%-Stelle)	100	103	101

Obwohl seit 2002 die Amtsvormundschaft 100 zusätzliche Stellenprozente hat, ist die Fallzahl pro Amtsvormund beziehungsweise pro Amtsvormundin praktisch wieder auf der Zahl des Vorjahres.

### 51.4 Stabsstellen

#### a) Private Betreuungspersonen (pB)

Ein Amtsvormund und eine Amtsvormundin sowie eine kaufmännische Sachbearbeiterin sind zu insgesamt 130% im Bereich pB tätig. Sie vermitteln private Betreuungspersonen, führen diese in ihre Aufgaben ein und bieten eine Praxisberatung an. Neben dem Einführungskurs wurden im Weiterbildungsangebot für private Betreuungspersonen die Kurse «Einführung in die Finanzverwaltung» und «Probleme der zwischenmenschlichen Kommunikation» angeboten. Zudem wurde in drei Erfa-Gruppen den privaten Betreuungspersonen die Möglichkeit zum Erfahrungsaustausch sowie zum Besprechen der erlebten Situationen geboten. Die Angebote fanden guten Zuspruch.



<b>EHRENAMTLICHE MASSNAHMEFÜHRUNG</b>	<b>2000</b>	<b>2001</b>	<b>2002</b>
Anzahl geführte Massnahmen per Ende Jahr	537	496	490
Zuwachs	101	74	101
Abgang	105	115	107
Anzahl der eingesetzten privaten Betreuungspersonen per Ende Jahr	525	375	361

Wohl standen für Massnahmeführungen, die sich für eine private Betreuungsperson eignen, im 2002 wiederum Freiwillige in genügender Zahl zur Verfügung. Bisweilen passten jedoch die Vorstellungen der sich für ein Amt zur Verfügung Stellenden nicht zu den Erfordernissen der zu vergebenden Massnahmen. Zudem wirkt sich auch in diesem Bereich die zunehmende Komplexität der Fälle aus. So sah man sich auch in diesem Jahr oftmals gezwungen, die Massnahmen der Amtsvormundschaft zu übertragen. Die Beratung der privaten Betreuungspersonen hat deutlich zugenommen; sie ist sowohl quantitativ als auch qualitativ anspruchsvoller geworden.

#### b) Rechtsdienst

Sämtliche Rechtsgeschäfte, welche der vormundschaftsbehördlichen Genehmigung gemäss Art. 421 und 422 des Schweizerischen Zivilgesetzbuches (ZGB) bedürfen, werden durch den Rechtsdienst zuhanden der Vormundschaftsbehörde vorbereitet. Darüber hinaus berät diese Stabsstelle (90%-Pensum plus 10% Sekretariatsanteil) die privaten Betreuungspersonen und unterstützt die Mitarbeitenden der Amtsvormundschaft bei diesen Aufgaben. Der Stelleninhaber führt auch selbständig vormundschaftliche Massnahmen mit hauptsächlich juristischem Inhalt und Vermögensverwaltungen. Zudem bearbeitet er zugewiesene Spezialfälle und -abklärungen.

## 53 Sozialamt

#### Aufgaben:

- erfüllt die Aufgaben gemäss Sozialhilfegesetz
- stellt die erforderlichen Hilfen für Menschen, welchen die Mittel zur Befriedigung der notwendigen Lebensbedürfnisse fehlen, sicher
- klärt die Bedürftigkeit des Hilfesuchenden ab und bietet Hilfe durch persönliche Beratung
- vermittelt Arbeitsmöglichkeiten
- vermittelt Obdach, stellt eine Wohnung zur Verfügung, führt eine Unterkunft für Obdachlose und eine betreute Wohngruppe begleitet bei täglichen Wohnproblemen
- richtet die erforderlichen Unterstützungsleistungen aus
- ist verantwortlich für sämtliche Rückerstattungen
- leistet die Bevorschussung und das Inkasso von Alimenten
- stellt Mutterschaftsbeiträge sicher
- führt das Wohnheim für Kinder und Jugendliche Riedererholz
- führt das Wohnheim für Betagte Riedererholz
- führt das Zentrum für Asylsuchende Felsengarten

<b>FINANZEN (in CHF 1 000) / PERSONAL</b>	<b>2000</b>	<b>2001</b>	<b>2002</b>
Aufwand	50 100	48 201	50 349
Ertrag	31 505	30 012	34 864
Aufwandüberschuss	18 595	18 189	15 485
Personalbestand (inkl. Zentrum für Asylsuchende)	68.6	65.1	65.3



## 531.1 Unterstützungsfälle/Unterstützte Personen

Die Unterstützungen sind gegenüber dem Vorjahr praktisch stabil geblieben (plus 5 Fälle). Ein Vergleich der unterstützten Menschen zeigt, dass trotz der Stabilisierung der Anzahl Fälle die Anzahl unterstützter Menschen um 130 oder 3.6% abgenommen hat. Zu begründen ist dies im Wesentlichen damit, dass die Gruppe der Alleinstehenden und Ehepaare ohne Kinder zugenommen, wogegen die Anzahl der Ehepaare und Alleinerziehenden mit Kindern abgenommen hat.

UNTERSTÜTZUNGSFÄLLE	2000	2001	2002
Alleinstehende Männer	1 056	988	1 054
Alleinstehende Frauen	502	501	496
Ehepaare ohne Kinder	98	95	105
Ehepaare mit Kindern	306	252	216
Mütter mit Kindern	396	417	394
Väter mit Kindern	27	25	16
Kinder und Jugendliche	113	129	131
Total	2 498	2 407	2 412

UNTERSTÜTZTE PERSONEN	2000	2001	2002
Alleinstehende Männer	1 056	988	1 054
Alleinstehende Frauen	502	501	496
Ehepaare ohne Kinder	196	190	210
Ehepaare mit Kindern	1 265	1 046	887
Mütter mit Kindern	1 040	1 081	1 056
Väter mit Kindern	70	70	41
Kinder und Jugendliche	130	145	147
Total	4 259	4 021	3 891

## 531.2 Ursachen der Bedürftigkeit

Die Anzahl Alleinerziehender ist um 32 oder 15% zurückgegangen. Ebenfalls ein Rückgang ist bei unterstützten Personen wegen Arbeitslosigkeit um 35 oder um 3.6% – wie letztes Jahr – festzustellen. Auffallend ist auch der Rückgang bei den working poor-Fällen sowie der Unterstützungsfälle bei Personen, die in Aus- oder Weiterbildung stehen.

Dagegen hat die Gruppe der unterstützten Personen mit Krankheit um 60 oder 36.1% und der Suchtabhängigen – vor allem Alkohol – um 27 oder 16.3% stark zugenommen. Ebenso sind bedeutend mehr Fälle zu verzeichnen – plus 33 oder 220% bei denen wegen der hohen Belastung der Krankenkassen-Prämien eine Unterstützung erfolgen musste.

Mit 542 Beratungs-/Triagefällen, in welchen keine finanziellen Unterstützungsleistungen ausgerichtet wurden und die in der Fallstatistik nicht berücksichtigt sind, zeigt sich gegenüber dem Vorjahr ein Rückgang von 34 Fällen. Mit teils umfassenden und zeitaufwändigen Abklärungen und Beratungen konnten andere Hilfsmöglichkeiten und finanzielle Ressourcen ausgeschöpft werden.

URSACHEN DER BEDÜRFTIGKEIT/VERSCHIEDENE HILFELEISTUNGEN	2000	2001	2002
a) Ursachen			
Alleinerziehender Elternteil	186	214	182
AHV-Rentner/-innen	3	5	6
IV-Rentner/-innen	53	41	40
Psychische Krankheit	43	35	— <sup>1)</sup>
Krankheit	108	131	226
Suchtprobleme	180	166	193
Erziehungsprobleme	106	120	140
Arbeitslosigkeit	1 014	977	942
Asylbewerber/-innen	315	246	233
Krankenkassenangelegenheiten	23	15	48
Folgen von Strafmassnahmen	50	50	54
Wohnungsprobleme	14	18	11
Verschiedenes	23	34	52
b) Verschiedene Hilfeleistungen:			
Spitalkosten für durchreisende Ausländer/-innen	13	1	1
Rentenverwaltung	12	10	4
Rentenbevorschussung	73	77	64
Fehlende Existenzsicherung bei voller Erwerbstätigkeit	85	80	61
bei Teilzeitbeschäftigung	109	115	115
in Aus-/oder Weiterbildung	88	72	40
Total	2 498	2 407	2 412
Beratungs-/Triagefälle (ohne Anrecht auf Unterstützungsleistungen)	641	576	542

<sup>1)</sup> Unter «Krankheit»

### 531.3 Unterstützungskosten

Der Bruttoaufwand hat sich gegenüber dem Vorjahr um CHF 658 000 verringert.

Weil aber seit Mitte Jahr die Krankenkassen-Prämien und Selbstbehalte nicht mehr der Sozialhilfe, sondern den allgemeinen Aufwendungen des Sozialamtes belastet werden, muss der Betrag von CHF 2 621 800 bei der Berechnung mitberücksichtigt werden. In der Gesamtbetrachtung hat demnach der Gesamtbruttoaufwand um CHF 1 963 800 zugenommen. Diese Zunahme ist mit dem auf Mitte Jahr eingeführten neuen Informatik-System «Tutoris» zu begründen, weil mit dieser Lösung das volle Bruttoprinzip der Sozialhilfeleistungen angewendet wird.

Zum Mehrertrag von CHF 1 563 727 müssen, wie beim Bruttoaufwand, noch die Einnahmen aus Rückerstattungen der Krankenkassenprämien von CHF 2 621 800 aus den allgemeinen Aufwendungen hinzugerechnet werden, was einen Gesamtmehrertrag von CHF 3 757 200 ergibt. Auch dieser Mehrertrag ist hauptsächlich mit der Einführung der neuen Informatik-Lösung zu begründen. Zudem muss festgehalten werden, dass die Anzahl Bevorschussungs- und Überbrückungsfälle (IV/AVIG) und die Aufwendungen für Krankenkassen-Prämien stark zugenommen haben.

Der Nettoaufwand sank wegen der begründeten Mehreinnahmen im Vergleich zum Vorjahr um rund CHF 2.5 Millionen. Im Vergleich zum Voranschlag hingegen weicht der Nettoaufwand um CHF 86 500 ab.

NETTO-UNTERSTÜTZUNGS-AUFWAND (in CHF 1 000)	2000	2001	2002
Bruttobelastungen	37 945	36 118	35 460
Rückerstattungen	-23 946	-22 877	-24 754
Nettobelastungen	13 999	13 241	10 706

## Fürsorgerechtliche Unterstützungen Stadt St.Gallen

Jahr	Einwohnerzahl Nettoaufwand	Aufwand brutto CHF	Aufwand netto CHF	Nettoaufwand je Einwohner
1990	73 191	11 458 814.00	4 377 908.00	59.81
1991	73 367	14 182 379.00	5 043 050.00	68.74
1992	74 106	17 267 757.00	6 743 976.00	91.00
1993	72 023	22 186 226.00	10 014 698.00	139.05
1994	72 391	24 197 436.00	10 354 152.00	143.03
1995	72 505	24 165 290.00	9 437 530.00	130.16
1996	71 877	28 274 618.00	9 531 618.00	132.61
1997	71 384	32 187 679.00	8 941 679.00	125.26
1998	70 601	36 464 000.00	12 572 000.00	178.07
1999	69 747	38 402 701.00	13 258 014.00	190.09
2000	69 769	37 945 000.00	13 999 000.00	200.65
2001	70 019	36 118 651.00	13 241 347.00	189.10
2002	70 628	35 460 542.00	10 705 815.05	151.57

### 531.4 Nettounterstützungsleistungen pro Fall/Person

Die Nettokosten pro Fall und Person sind erheblich zurückgegangen.

NETTO-UNTERSTÜTZUNGSKOSTEN	2000	2001	2002
Nettokosten pro Fall	5 604	5 501	4 438
Nettokosten pro Person	3 286	3 293	2 751

### 531.5 Der Stadt zugeteilte Asylsuchende

Die Anzahl der Asylsuchenden, die nach dem Zentrumsaufenthalt der Gemeinde zugewiesen werden, ist im Vergleich zum Vorjahr erneut leicht zurückgegangen (2000 315; 2001 246; 2002 233).

### 532 Wohnheim für Kinder und Jugendliche

Die Umsetzung des Umbau- und Sanierungsprojektes konnte im August in Angriff genommen werden. Während der Bauphase sind die Kinder und Jugendlichen in der Schule für Gesundheit und Krankenpflege, Stephanshorn und im Personalhaus des Kurhauses Oberwaid untergebracht. Der dezentrale Heimbetrieb konnte ohne wesentliche Einschränkungen aufrecht erhalten werden. Für den Schulbesuch der Kinder und Jugendlichen mussten keine besonderen Massnahmen veranlasst werden.

Das Leitbild und das Betriebskonzept sind überarbeitet und angepasst worden.

Die Nachfrage nach Platzierungsmöglichkeiten für Kinder und Jugendliche waren nach wie vor gut. Die Belegung der Wohngruppen war konstant, was sich auf die Führung der Gruppen positiv auswirkte.

Obwohl die Nachfrage nach einem ganzjährigen Betreuungsangebot gross ist, kann diesem Bedürfnis nicht vollumfänglich entsprochen werden. Aufgrund der personellen Besetzung wurde das Heim während den Sommer- (3 Wochen) und Weihnachtsferien geschlossen. Für Notfälle wurde ein Pikettdienst eingerichtet.



Die Kinder und Jugendlichen, welche aus schwierigen sozialen Verhältnissen ins Wohnheim aufgenommen werden, verfügen meist über ein ungenügend ausgebautes soziales Netz. Das Riedererholz kann ihnen in dieser schwierigen Lebensphase ein stabiles Umfeld anbieten, das ihnen Sicherheit, Halt und Kontinuität vermittelt. Diese Erfahrungen und der Lernprozess ergeben gute Voraussetzungen für ihre weitere Entwicklung.

WOHNHEIM FÜR KINDER UND JUGENDLICHE	2000	2001	2002
Anzahl Kinder/Jugendliche	19	22	22
Austritte	7	4	2
Eintritte	6	7	2
Taxe pro Aufenthaltstag (in CHF)	193	193	191

### 533 Wohnheim für Betagte

Im Wohnheim leben 14 Frauen und 9 Männer im Alter von 56 bis 97 Jahren. Im vergangenen Jahr sind vier Bewohner gestorben und vier ältere Menschen ins Heim eingetreten.

Das Wohnheim für Betagte Riedererholz wurde neu in die Kantonale Heimliste aufgenommen. Am 1. März 2002 konnte mit dem BESA ein neues Abrechnungssystem eingeführt werden. Die Krankenversicherer tragen somit einen Teil der anfallenden Pflegekosten.

Das Unwetter am 16. Juli war für die Bewohnerinnen und Bewohner und Mitarbeiterinnen eine grosse Belastung. Erst gegen Ende des Jahres konnten die frisch renovierten Räume (inkl. Küche) im Untergeschoss wieder genutzt werden.

In der stationären Altersarbeit zeichnet sich ab, dass immer mehr ältere Menschen mit Wesensveränderungen und psychischen Leiden aufgenommen werden. Ein grosser Teil unserer Bewohnenden ist kaum mehr fähig, sich ohne Hilfe im Alltag zurecht zu finden. Dies erfordert von den Mitarbeitenden vermehrtes Einfühlungsvermögen und gerontopsychiatrische Fachkompetenz.

WOHNHEIM FÜR BETAGTE	2000	2001	2002
Anzahl Bewohner/-innen	23	24	23
Neueintritte	5	7	4
Tagestaxen (in CHF)			
– Einzimmer mit Dusche/WC	80	90	90
– Einzimmer ohne Dusche/WC	65	65	65

### 534 Soziale Einrichtungen

#### 534.0 Zentren für Asylsuchende

Das Zentrum Felsengarten war mit einer hohen Belegungsquote ausgelastet. Im Berichtsjahr wurden ausserordentlich viele Einzelpersonen aufgenommen.

ZENTREN	2000	2001	2002
Platzangebot	190 <sup>n</sup>	110	110
Anzahl Bewohner/-innen im Ø pro Jahr	61 <sup>n</sup>	94	96
Belegungsquote pro Jahr in %	63.9 <sup>n</sup>	85.4	87.41
Anzahl Logiernächte pro Jahr	40 639 <sup>n</sup>	34 323	35 098

<sup>n</sup> Schliessung des Zentrums Lindebühl auf 30. September 2000

#### 534.1 Begleitetes Wohnen (Bewo)

Die Anzahl von Begleitungen ist stabil geblieben, da verschiedene begleitete Personen aufgrund ihrer komplexen Probleme länger betreut werden müssen. Im Sinne einer Synergienutzung haben die Begleitpersonen auch zusätzliche Sozialhilfaufgaben übernommen.

BEGLEITETES WOHNEN (BEWO)	2000	2001	2002
Anzahl begleitete Personen	77	71	69
Neuaufnahmen	25	23	24
Austritte	30	28	26
☐ Gesamtbegleitungsbedarf in Monaten	19.5	25.5	24.6

#### 534.2 Haus zur Grünhalde: Betreute Wohngruppe (BWG) / Unterkunft für Obdachlose (UFO)

Mit dem Angebot der betreuten Wohngruppe konnte suchtabhängigen Klienten und Klientinnen mit teils gravierenden Verwahrlosungsproblemen verstärkte Kontinuität und ein Lernfeld im Wohnbereich angeboten werden. Die Hilfestellungen für das Erlernen elementarster Voraussetzungen zu mehr Wohnfähigkeit führte vereinzelt zu einem Übergang in eine eigene Wohnung. Gegenüber dem Vorjahr ergibt sich in der Anzahl Personen wie auch der Aufenthaltstage ein leichter Rückgang, welcher einerseits mit Wohnungsaufnahmen oder Übertritt in eine Therapie begründet ist.

Die Anzahl der Personen und Übernachtungen, welche das Angebot in der Unterkunft für Obdachlose beanspruchten, erhöhte sich gegenüber dem Vorjahr. In verstärktem Ausmass musste das UFO kurzfristige Überbrückungsmöglichkeiten für die Unterkunft bei suchtabhängigen Personen mit psychischen Erkrankungen anbieten, bis eine geeignete Wohnmöglichkeit gefunden werden konnte.

Ausserdem wurde von 189 Personen das Angebot benutzt, im Haus zur Grünhalde als Besucher Kontakte zu pflegen und an einzelnen Abendessen teilzunehmen.

BETREUTE WOHNGRUPPE (BWG)	2000	2001	2002
Angebotene Plätze	6/7	7	7
Anzahl Aufenthaltstage	2 118	2 374	1 833
Belegungsquote in %	94	93	72
Anzahl Personen	13	10	8
Aufenthaltstaxe pro Tag (in CHF)	125	125	125

UNTERKUNFT FÜR OBDACHLOSE (UFO)	2000	2001	2002
Angebotene Plätze	10	10	* 8 (2)
Anzahl Übernachtungen	2 434	1 580	1 737
Belegungsquote in %	83	62	60
Anzahl Personen	63	69	79
Übernachtungstaxen (in CHF)	95	95	95

\* 2 Reserveplätze

#### 535 Alimentenbevorschussung/Inkasso

Im Vergleich zum Vorjahr war im Jahr 2002 eine leichte Zunahme sowohl bei der Anzahl Fälle (Dossiers) als auch bei den begünstigten Kindern zu verzeichnen. Die Anzahl Fälle (Dossiers) stieg um 21 (3.3%) auf 654, die Anzahl der Kinder, für welche Unterhaltsbeiträge bevorschusst wurden, erhöhte sich um 33 (3.9%) auf 874.

Die Brutto-Bevorschussung nahm sehr geringfügig zu, nämlich um knapp CHF 33 000 oder 0.6% auf CHF 5 323 000.

Der Ertrag aus Inkasso im Vergleich zum Vorjahr ging um CHF 313 000 oder 9.2% zurück auf CHF 3 097 000. Dies ist vor allem darauf zurückzuführen, dass im Vergleich zum Vorjahr erheblich weniger aussergewöhnliche Zahlungseingänge (z.B. aus Erbschaften, Sozialversicherungsleistungen usw.) erzielt wurden.

Die Netto-Bevorschussung ist deshalb im gleichen Mass angestiegen, nämlich um CHF 346 000 auf CHF 2 226 000.

<b>ALIMENTENBEVORSCHUSSUNG</b> (in CHF 1 000)	<b>2000</b>	<b>2001</b>	<b>2002</b>
Brutto-Bevorschussung	5 189	5 290	5 323
Ertrag aus Inkasso	3 116	3 410	3 097
Netto-Bevorschussung	2 073	1 880	2 226
Inkassoquote in %	60.05	64.48	58.19
Anzahl Fälle/Familien	633	633	654
Anzahl Kinder	836	841	874

### 536 Mutterschaftsbeiträge

Das Berichtsjahr war gekennzeichnet durch eine substantielle Erhöhung der Zahl der Gesuche um elf auf 76 (+16.9%). Von den ursprünglich eingegangenen 81 Gesuchen wurden deren fünf zurückgezogen, weil leistungsfähige Verwandte vorhanden waren (zwei Gesuche) oder weil sich das Einkommen zwischen dem Zeitpunkt der Einreichung des Gesuches und dem Beginn der Anspruchsberechtigung (Geburt des Kindes) soweit erhöht hat, dass die Gesuchstellerinnen nicht mehr anspruchsberechtigt waren (drei Gesuche). Trotz Zunahme der Zahl der Gesuche gingen die Kosten um 8.2% zurück. Dies ist hauptsächlich darauf zurückzuführen, dass im Berichtsjahr vermehrt Gesuchstellerinnen ergänzend zu einem zwar vorhandenen, aber nicht existenzsichernden Einkommen unterstützt werden mussten. Zudem gingen unerwartet Nachzahlungen von IV/EL-Leistungen ein.

<b>MUTTERSCHAFTSBEITRÄGE</b>	<b>2000</b>	<b>2001</b>	<b>2002</b>
Anzahl eingereichter Gesuche	78	65	76
Anzahl bewilligte Gesuche	73	63	71
Nettoleistungen (in CHF 1 000)	490	570	523

### 537 Rechtsgeschäfte

Der zentrale Rechtsdienst des Sozialamtes bearbeitet alle anfallenden Rechtsfragen im Sozialamt, soweit diese nicht durch die Abteilungen selbst gelöst werden können. Nebst der internen Rechtsberatung gehört die (notigenfalls auch gerichtliche) Durchsetzung von Ansprüchen des Sozialamtes zu den Hauptaufgaben.

<b>RECHTSGESCHÄFTE</b>	<b>2000</b>	<b>2001</b>	<b>2002</b>
Interne Beratung	190	175	148
Erledigte Fälle von Zuständigkeitskonflikten	11	8	11
Erledigte Gerichtsfälle	6	5	5



## **6 BAUVERWALTUNG**

### **60 Abteilungssekretariat**

#### **603 Stadtplanung**

- 603.1 Zonenplanung und Bauordnung
- 603.2 Überbauungs-, Gestaltungs- und Baulinienpläne
- 603.3 Stadtentwicklung
- 603.4 Öffentlicher Raum
- 603.5 Sicherheit im Stadtraum
- 603.6 Denkmalpflege
- 603.7 Regionalplanung

### **61 Tiefbauamt**

#### **611 Strassenbau**

- 611.1 Stand des Rahmenkredites 2001–2004 für Strassensanierungen
- 611.2 Baulicher Unterhalt
- 611.3 Stand der Bauvorhaben zu Lasten der Investitionsrechnung
- 611.31 Erschliessungsstrassen
- 611.32 Gemeindestrassen
- 611.33 Staatsstrassen

#### **612 Verkehrs- und Transporttechnik**

- 612.1 Allgemeine Entwicklung des Verkehrs
- 612.2 Koordination des Verkehrsgeschehens im Raum St.Gallen

#### **613 Massnahmenplan Luftreinhaltung (Verkehr, Bau)**

- 613.1 Nachführung 1997, Stand
- 613.2 Tempo 30-Zone

#### **614 Wasserbau**

- 614.1 Weiher
- 614.2 Bäche

#### **615 Strasseninspektorat**

- 615.1 Strassenunterhalt
- 615.2 Winterdienst
- 615.3 Automobilbetrieb

#### **616 Transportdienst**

#### **617 Städtische Garage**

### **62 Hochbauamt**

#### **621 Projekte und Wettbewerbe**

- 621.1 Öffentliche Gebäude
- 621.2 Gebäude der Schulverwaltung
- 621.3 Sportgebäude
- 621.4 Wohn- und Geschäftsliegenschaften

#### **622 Laufende Rechnung**

- 622.1 Fürsorge-, Verwaltungs- und Finanzvermögen
- 622.2 Wohnheim für Kinder und Jugendliche sowie Betagte
- 622.3 Öffentliche Gebäude
- 622.4 Truppenunterkünfte/Schiessanlagen
- 622.5 Zivilschutzbauten
- 622.6 Gebäude der Schulverwaltung

622.7	Sportgebäude
622.8	Wohn- und Geschäftsliegenschaften
622.9	Landwirtschaftsbetriebe
622.10	Strassen- und Bodenabschnitte
623	Haustechnik
<b>63</b>	<b>Gartenbauamt</b>
630	Verwaltung der Dienststelle
631	Fahrzeuge, Maschinen und Werkstatt
632	Öffentliche Anlagen
633	Schulanlagen
634	Botanischer Garten
635	Friedhöfe
636	Sportanlage
637	Familiengärten
638	Anzuchtsgärtnerei
639	Naturschutz- und Landschaftsplanung
<b>64</b>	<b>Liegenschaftenamt</b>
640	Verwaltung der Dienststelle
641	Wohn- und Geschäftsliegenschaften
642	Landwirtschaftliche Liegenschaften
643	Bauplätze und Bodenabschnitte
644	Baurechtspartellen
<b>65</b>	<b>Baupolizei</b>
651	Baugesuche inkl. Reklame-, Bauermittlungs- und Fällgesuche
652	Bauten mit Wohnungen
653	Bauberatung
654	Bauaufsicht
655	Baulicher Zivilschutz
656	Energie/Tankanlagen
657	Feuerschutz
<b>66</b>	<b>Vermessungsamt</b>
661	Vermessung und Dienste
662	Rauminformationszentrum (RIZ)
<b>67</b>	<b>Grundbuchamt</b>
671	Erbrachte Leistungen

## 60      **Abteilungssekretariat**

### Aufgaben:

- unterstützt und berät die Vorsteherin und die Dienststellen, namentlich in rechtlichen und verfahrensmässigen Fragen
- arbeitet Vorlagen an den Stadtrat und Grossen Gemeinderat aus
- arbeitet Antworten auf parlamentarische Vorstösse aus
- bearbeitet Einsprachen etc. im Zusammenhang mit Bauordnung und Zonenplan, Sonderbauvorschriften, Strassenprojekten etc.
- bearbeitet alle Aspekte der Stadtentwicklung, namentlich im Zusammenhang mit dem Zonenplan und den Sonderbauvorschriften in der Abteilung Stadtplanung
- koordiniert Sachgeschäfte und Vorlagen an den Stadtrat und Grossen Gemeinderat sowie von parlamentarischen Vorstössen
- führt das Sekretariat der Bau- und Liegenschaftenkommission
- führt das Bauarchiv
- führt die Baubuchhaltung
- führt die Telefonzentrale

<b>FINANZEN</b> (in CHF 1 000) / <b>PERSONAL</b>	<b>2000</b>	<b>2001</b>	<b>2002</b>
Aufwand	4 430	4 756	4 936
Ertrag	2 141	2 064	2 124
Aufwandüberschuss	2 289	2 692	2 812
Personalbestand	17.0	16.7	17.0

Das Abteilungssekretariat umfasst nebst dem Sekretariat die Bereiche Stadtplanung, Dokumentationsstelle/Archiv, Rechtsdienst, Rechnungsbüro und die Telefonzentrale der Stadtverwaltung.

<b>PLANAUFLAGEN</b>	<b>2000</b>	<b>2001</b>	<b>2002</b>
Überbauungs-, Gestaltungs- und Baulinienpläne; Bestand	317	322	329
Planaufgaben gemäss Baugesetz	6	11	17
Planaufgaben gemäss Strassengesetz	8	5	12
Übrige öffentliche Auflagen	–	4	11

## 603      **Stadtplanung**

### 603.1      **Zonenplan und Bauordnung**

Im Zusammenhang mit der vom Grossen Gemeinderat im August 2000 beschlossenen Zonenplanrevision konnten fünf hängige Rekursverfahren abgeschlossen werden und die betreffenden Zonenplanänderungen in Kraft gesetzt werden:

- Kräzernstrasse / Russenstrasse
- Wattstrasse
- Waldgutstrasse
- Goethestrasse 41–49 / Gerhaldenstrasse 29
- Riedererholz



Damit sind mit Ausnahme der Grünzonen und des Gebietes Altenwegen alle neuen Nutzungszonen des mehrjährigen Revisionsverfahrens rechtskräftig. Weiterhin ausstehend ist die Genehmigung der neuen Bauordnung.

Im Jahr 2002 sind ferner folgende Teilzonenplanänderungen rechtskräftig geworden:

- Zeughausgasse 20
- Greithstrasse 17
- Herisauer Strasse 58
- Areal Zweibruggenmühle.

Öffentliche Auflageverfahren wurden für die Zonenplanänderungen Stadion St.Gallen und Erweiterung Kunstmuseum durchgeführt.

#### 603.2 Überbauungs-, Gestaltungs- und Baulinienpläne

Im Register der rechtskräftigen Überbauungs-, Gestaltungs- und Baulinienpläne sind folgende Mutationen eingetragen worden:

- Gestaltungsplan Kräzernstrasse 115–131 mit besonderen Vorschriften
- Gestaltungsplan Spisertor mit besonderen Vorschriften
- Gestaltungsplan Watt mit besonderen Vorschriften
- Überbauungsplan Unterer Graben mit besonderen Vorschriften (Änderung)
- Überbauungsplan Zweibruggenmühle mit besonderen Vorschriften
- Überbauungsplan Schuppisstrasse 7/9 mit besonderen Vorschriften
- Überbauungsplan Bleicheli Süd mit besonderen Vorschriften (Änderung)
- Überbauungsplan Vadian-Kesslerstrasse (Änderung)
- Baulinienplan Churzenberg

Für folgende Gebiete sind Sondernutzungsplanungen in Bearbeitung bzw. im Verfahren:

- Einstein Kongress (Gestaltungsplan, Kongresshaus/Wohnen/Büros)
- Vogelherd Nord (Gestaltungsplan, Wohnungsbau)
- Rosenbüchel (Gestaltungsplan, Wohnungsbau)
- Burgweiherareal (Schutzverordnung)
- Burgstrasse (Gestaltungsplan, Wohnungsbau)
- Wartensteinstrasse (Gestaltungsplan, Wohnungsbau)
- Goethestrasse 6 (Überbauungsplan, Wohnungsbau)
- Zürcherstrasse / Stationsstrasse (Überbauungsplan, Gemischte Nutzung)
- Hinter-Haggen (Überbauungsplan, Aufstockung mit Wohnungen)
- Stadion St.Gallen, Winkeln (Überbauungsplan, Fussballstadion und Einkaufszentrum)
- Müller-Friedbergstrasse 40 (Gestaltungsplan, Wohnungsbau)
- Obere Felsenstrasse (Überbauungsplan, Wohnungsbau)
- Kammelenberg Ost (Überbauungsplan, Wohnungsbau)
- Heimstrasse/Walkeweg (Gestaltungsplan, Wohnungsbau)
- Näfenacker (Überbauungsplan)
- Laderen (Überbauungsplan, Wohnungsbau)
- Unterstrasse (Gestaltungsplan, Wohnungsbau mit Gewerbe)
- Haldenhof (Überbauungsplan, Wohnungsbau)

- Geltenwilenstrasse (Gestaltungsplan, Büros)
- Chrüzbüel (Überbauungsplan, Aufhebung)
- Adlerberg (Gestaltungsplan, Casino und Hotel, Änderung)
- Geissbergstrasse (Überbauungsplan, OBI – MParc, Einkaufszentrum)
- Fürstenlandstrasse Moosweg (Überbauungsplan, Wohnungsbau mit Gewerbe und Büro)
- Distelstrasse (Gestaltungsplan, Wohnungsbau)

### 603.3 Stadtentwicklung

Die Siedlungs- und Verkehrsentwicklung im Raum St.Gallen West ist weiterhin ein Brennpunkt der stadtplanerischen Aktivitäten. Zum einen stellten die Überarbeitung und die Einleitung des Auflageverfahrens des komplexen Projekts «Stadion und Einkaufszentrum St.Gallen West» hohe fachliche und zeitliche Anforderungen. Im Weiteren wird die Studie «Siedlungs- und Verkehrsentwicklung St.Gallen West» im Rahmen des Agglomerationsprogrammes des Bundes weiter vertieft. Die Stadtplanung wirkt in der Begleitkommission mit, welche die Pflichtenhefte für die Bereiche Siedlung und Landschaft, öffentlicher Verkehr, Langsamverkehr und Entwicklungsgebiet Winkeln/Abtwil als Grundlage für die Ausschreibung der Arbeiten erstellt hat. Im Juli 2002 ist vom kantonalen Baudepartement ein erstes Informationsblatt zur Siedlungs- und Verkehrsentwicklung St.Gallen West erschienen.

Neben dem Entwicklungsschwerpunkt westlich der Sitter rückte die westliche Innenstadt vermehrt ins Zentrum der Bemühungen um eine geordnete und nachhaltige Stadtentwicklung. Die Stadtplanung begleitete und moderierte Planungsprozesse für das Fachhochschulzentrum (Bahnhof Nord, Wettbewerb), für Geschäftshäuser an der St.Leonhard-, Geltenwilen-, David- und Vadianstrasse und für die bauliche Entwicklung des SBB-Areals Güterbahnhof.

Für folgende Gebiete wurden mit Studienaufträgen oder Testplanungen die zukünftigen Bebauungsmöglichkeiten evaluiert: St.Jakob-Strasse/Sonnenstrasse, Kammelenberg, Neudorf (Ecke Rorschacher Strasse/Martinsbruggstrasse), Halden.

Nachdem der beabsichtigte Standort für das Bundesverwaltungsgericht an der St.Leonhard-Strasse von den involvierten Bundesstellen als ungeeignet beurteilt wurde, sind Vertretern dieser Stellen verschiedene mögliche Standorte in einem Dossier und anlässlich eines Rundgangs vorgestellt worden.

Im Zusammenhang mit der Initiative «Strassen zum Leben» hat das Tiefbauamt des Kantons eine Pilotstudie zur Strassenraumgestaltung der Zürcher Strasse initiiert. Die Stadtplanung erarbeitete die städtebaulichen Aspekte dieses wichtigen Projektes.

### 603.4 Öffentlicher Raum

Schwerpunkte im öffentlichen Raum waren die Neugestaltung der Turnerstrasse und die beiden Strassenraumgestaltungsprojekte Zürcher Strasse und Lämmlisbrunnenstrasse. In Zusammenarbeit mit verschiedenen Dienststellen wurden diverse Standortoptimierungen vorgenommen, so z.B. für mehrere neue WC-Anlagen (Juwel) im öffentlichen Raum.

## 603.5 Sicherheit im Stadtraum

Auch dieses Jahr konnte die Fachstelle im Rahmen von Stellungnahmen zu Baugesuchen und Sonderbauvorschriften verschiedene Vorschläge zur Erhöhung der Sicherheit einbringen. Sie nahm u.a. auch zu mehreren grossen Wohnbauprojekten Stellung (Vogelherd Nord, Remishueb Ost, Rosenbüchel, Winkelriedstrasse./Schlössli- und Treppentreppe etc.). Als konkrete Beispiele können die Instandstellung der Personenunterführung Bahnhofstrasse/Rosenbergstrasse sowie die Beleuchtung des Blumenwiesweges erwähnt werden. Zudem arbeitete die Fachstelle an den Umgestaltungsprojekten des Tunnelweges und der Personenunterführung Brühltor mit.

Noch nicht abgeschlossen ist der im Frühling 2001 gestartete Bericht zur Schüler- und Schülerinnumfrage «Sicherheit auf den Schulwegen».

## 603.6 Denkmalpflege

Die städtische Denkmalpflege betreute erneut eine hohe Anzahl an inzwischen abgeschlossenen Renovationen. Hauptereignisse bildeten die archäologischen und baugeschichtlichen Untersuchungen in den Gebäuden des ehemaligen Helliggeist-Spitals an der Kugelgasse sowie die Renovationen der Klostertürme, der Schutzengelkapelle und des Nonnenchors im Kloster Notkersegg. Daneben verdienen auch eine Reihe interessanter Restaurierungen privater Eigentümer erwähnt zu werden, so die Fassadenrenovationen des Hauses «Zur Flasche» in der Spisergasse und des Stadthauses an der Gallusstrasse 14, die Häuserzeile Rosenbergstrasse 52–58 sowie das Altstadthaus Schwertgasse 1 oder das Ateliergebäude Greithstrasse 6a.

Nach mehrjähriger Einstellung der Bauarbeiten in den Liegenschaften Schwertgasse 19–23 konnte endlich eine Lösung gefunden werden, so dass die Renovation der baugeschichtlich bedeutenden Häuserzeile bald abgeschlossen werden kann. Leider zerstörte ein Brand Ende April weite Teile des spätmittelalterlichen Hauses Schwertgasse 15.

Sehr positiv entwickelte sich die Renovation der Schulanlage Schöna. Dieses bedeutende Bauwerk der Spätmoderne dürfte zu einem denkmalpflegerischen Lehrstück im Umgang mit Bauten dieser Zeitepoche werden.

Neuklassierungen im Inventar der schützenswerten Bauten wurden 2001 keine vorgenommen, hingegen konnten für 11 Liegenschaften Schutzvereinbarungen mit den privaten Eigentümern abgeschlossen werden.

Neben verschiedenen Führungen, Vorträgen und Zeitungsberichten zeigte die Denkmalpflege vor allem am «Europäischen Tag des Denkmals» einem grossen und interessierten Publikum die Anliegen der Kulturgütererhaltung sowie althergebrachte Handwerkstechniken.

DENKMALPFLEGE (in CHF 1 000)	2000	2001	2002
Anzahl Subventionsbescheide	16	26	22
an öffentliche Institutionen	–	–	24
an privatrechtliche Institutionen	46	89	104
an Privatpersonen	41	88	73



Seit 1. Januar 2002 ist die Geschäftsführung der Vereinigung der Gemeinden der Region St.Gallen der Stadtplanung angegliedert. Im ersten Geschäftsjahr unter dem neuen Präsidium von Elisabeth Beéry, Vorsteherin der Bauverwaltung, wurde in mehreren Sitzungen die Neuorientierung der Regionalplanung angegangen. Ende 2002 startete die Geschäftsführung eine Umfrage unter den Mitgliedsgemeinden zur Zukunft der Vereinigung.

An der Jahres-Delegiertenversammlung vom 18. November 2002 in St.Gallen konnte mit den Referaten von Regierungsrat J. Keller zum «Strategieplan öffentlicher Verkehr» des Kantons St.Gallen und von Kantonsplaner U. Strauss zu den Sachplänen Strasse und Schiene/öV des Bundes Einblick in die zukünftige Ausgestaltung des Verkehrs genommen werden.

## 61 Tiefbauamt

### Aufgaben:

- beaufsichtigt die Gemeindestrassen und -wege gemäss Strassengesetz und nimmt die durch den Staat delegierten Befugnisse auf Staatsstrassen wahr
- bearbeitet alle verkehrlich und verkehrsplanerisch relevanten Aufgaben für den öffentlichen und privaten Verkehr, inkl. Massnahmen für Fussgängerinnen/Fussgänger und Velofahrerinnen/Velofahrer
- plant, projiziert und baut Strassen, Wege, Kunstbauten und Lichtsignalanlagen
- reinigt und unterhält Strassen, Wege und Plätze und ist verantwortlich für den Winterdienst
- leistet Pikettdienste zur Behebung von Schäden bei Leitungsbrüchen und Naturereignissen
- führt den Kehrachtsammeldienst im Auftrag des Entsorgungsamtes durch
- wartet die Robidog-Behälter
- erledigt Spezialaufträge, reinigt z.B. die Altstadt nach dem St.Galler Fest oder während der OLMA
- beaufsichtigt die Gewässer und bearbeitet wasserbauliche Aufgaben gemäss Wasserbaugesetz, inkl. Sicherheit der Weiher. Plant, projiziert und baut Bäche

### FINANZEN (in CHF 1 000) / PERSONAL

	2000	2001	2002
Aufwand	42 834	45 575	41 183
Ertrag	24 415	25 887	23 768
Aufwandüberschuss	18 419	19 688	17 415
Personalbestand	156.1	155.5	153.5

## 611 Strassenbau

### 611.1 Stand des Rahmenkredites 2001–2004 für Strassensanierungen

Im Berichtsjahr gab der Stadtrat eine weitere Tranche des Rahmenkredits für Strassensanierungen im Umfang von CHF 820 000 frei. Es handelt sich dabei um die Lindenstrasse, ein Projekt aus der Objektliste, die der Vorlage an den Grossen Gemeinderat für den Rahmenkredit zu Grunde lag. Total gab der Stadtrat in der ersten Hälfte der Legislaturperiode 2001–2004 neun Teilkredite aus dem Rahmenkredit für Strassensanierungen im Umfang von CHF 8.814 Mio. frei. Dies entspricht 60.8% des gesamten Rahmenkredites von CHF 14.5 Mio.

BESCHLUSS	BAUVORHABEN	KREDIT	AUSGABEN- STAND	TOTAL- FLÄCHE	STAND DER ARBEITEN
22.02.2001	Kesselhaldenstrasse	375 000	232 000	1 985	Arbeiten im Gange
13.03.2001	Tannenstrasse	1 265 000	536 000	4 230	Endarbeiten fehlen
10.04.2001	Lindenstrasse	1 079 000	506 000	3 100	Endarbeiten fehlen
01.05.2001	Berneggstrasse	970 000	439 000	2 080	Endarbeiten fehlen
18.09.2001	St.Georgen-Strasse	2 069 000	53 000	6 550	Noch nicht begonnen
23.10.2001	Bildweiherstrasse	955 000	366 000	5 440	Arbeiten im Gange
20.11.2001	Dufourstrasse	580 000	270 000	1 460	Endarbeiten fehlen
20.11.2001	Ilgenstrasse	698 000	18 000	2 130	Noch nicht begonnen
17.09.2002	Lindenstrasse	823 000	26 000	3 071	Noch nicht begonnen
Total		8 814 000	2 446 000	30 046	

#### 611.2 Baulicher Unterhalt

Mit dem Kredit von CHF 3 350 000 in den Konten 614.3140 und 614.3141 der Laufenden Rechnung wurden die folgenden grösseren Unterhaltsarbeiten ganz oder teilweise ausgeführt:

- Röschstrasse, Falkensteinstrasse bis Flurhofstrasse
- Rosenheimstrasse
- Kolosseumstrasse, Hodlerstrasse bis Heiligkreuzstrasse
- Gartenstrasse, Schreinerstrasse bis Oberer Graben
- Sternackerstrasse, Rorschacher Strasse bis Lindebühlstrasse
- Vonwilstrasse, Burgstrasse bis Vonwilbrücke
- Heimatstrasse, Bach- bis Spyristrasse
- Hagenbuchstrasse, Falkensteinstrasse bis Flurhofstrasse
- Gessnerstrasse, Bitzistrasse bis Biserhofstrasse
- Hodlerstrasse, Spinnereistrasse bis Kolosseumstrasse
- Ludwigstrasse, Seeblickstrasse bis Berghaldenplatz
- Unterstrasse, Teufener Strasse bis Haus Nr. 11
- Zilstrasse, Rorschacher Strasse bis Haus Nr. 72
- Bahnhofstrasse, Sanierung der Unterführung
- Ersatz des Sittertalsteiges
- Lerchenfeldstrasse, Fürstenlandstrasse bis Mingerstrasse
- Tigerbergstrasse, Redingstrasse bis Dierauerstrasse
- Höflistrasse, Steinbockstrasse bis Berghaldenplatz

#### 611.3 Stand der Bauvorhaben zu Lasten der Investitionsrechnung

##### 611.31 Erschliessungsstrassen

BESCHLUSS	BAUVORHABEN	STAND DER ARBEITEN
26.09.1993	Oberwinkeln; Erschliessung	teilweise im Rohbau erstellt
14.03.1995	Rosenbüchel; Erschliessung	Ausweitung Oberstr. erstellt
23.05.1995	Achslengut; Erschliessung (Kublystrasse)	Arbeiten abgeschlossen
11.11.1997	Erschliessung Vogelherd, Stichstrasse Süd, 1. Etappe	Endarbeiten fehlen
23.05.2000	Im Feld; Ausbau der Erschliessungsstrasse und des Knotens Zürcher Strasse	Noch nicht begonnen (Rekursverfahren)
23.05.2000	Vogelherd; Verlängerung der Vogelherdstrasse, 2. Etappe	Endarbeiten fehlen
04.03.2001	Gebiet Watt; Erschliessung	Noch nicht begonnen

## 611.32 Gemeindestrassen

BESCHLUSS	BAUVORHABEN	STAND DER ARBEITEN
16.01.1996	Bahnhof Winkeln-Oberwinkeln; Verlängerung der Trolleybuslinie 1, strassenmässige Anpassungen	Endarbeiten fehlen
10.08.1999	Tempo 30-Zone; Einführung im Wohngebiet Leimat	Endarbeiten fehlen
17.08.1999	Tempo 30-Zone; Einführung im Wohngebiet Brüel	Endarbeiten fehlen
16.05.2000	Tempo 30-Zone; Einführung im Wohngebiet St.Fiden/Harzbüchel	Endarbeiten fehlen
23.05.2000	Haggenstrasse; Instandstellung und Ausbau von der Boppartstrasse bis zur Wolfgangstrasse	Endarbeiten fehlen
20.06.2000	Oberhofstettenstrasse; Erneuerung von der Guggerstrasse bis zum Wendeplatz	Arbeiten abgeschlossen
28.11.2000	Schönaustrasse; Instandstellung von der Zürcher Strasse bis zur Sömmerliwaldstrasse	Arbeiten abgeschlossen
27.03.2001	Tempo 30-Zone; Einführung im Wohngebiet Rosenberg Süd	Endarbeiten fehlen
27.09.2001	St.Georgen-Strasse; Lurchenschutz beim Wenigerweiher	Arbeiten abgeschlossen
19.03.2002	Tempo 30-Zone; Einführung im Wohngebiet Ruhsitz	Endarbeiten fehlen
19.03.2002	Tempo 30-Zone; Einführung im Wohngebiet Russen	Endarbeiten fehlen
19.03.2002	Tempo 30-Zone; Einführung im Wohngebiet Tigerberg	Endarbeiten fehlen
01.10.2002	Rehetobelstrasse; dringende Rutschsanierungen	Arbeiten abgeschlossen
08.10.2002	Schallschutzmassnahmen an Gemeindestrassen	Noch nicht begonnen
19.11.2002	Turnerstrasse; Instandstellung und Neugestaltung von der Krügerstrasse bis zur Schiltackerstrasse	Noch nicht begonnen

## 611.33 Staatsstrassen

BESCHLUSS	BAUVORHABEN	STAND DER ARBEITEN
27.02.1996	Zürcher Strasse; Gehweg und Radstreifen im Breitfeld	Noch nicht begonnen
19.03.2002	Geltenwilenstrasse; Instandstellung und Korrektur Davidstrasse bis Oberstrasse	Noch nicht begonnen

## 612 Verkehrs- und Transporttechnik

### 612.1 Allgemeine Entwicklung des Verkehrs

2002 wurden erneut die Verkehrsmengen auf den wichtigen Strassen mittels Zählstellen erhoben. Wegen der internationalen Föderalismus-Konferenz an der HSG mussten die Zählungen zeitlich in einer anderen Reihenfolge durchgeführt werden. Der Entwicklungstrend ist gesamthaft erneut klar erkennbar: Die Verkehrszunahme aller Querschnitte auf der Autobahn gegenüber dem Vorjahr belief sich auf rund 3.5%. Diese Zuwachsrate liegt über dem Niveau des letzten Jahres. Im Umfeld der Anschlüsse zeigten sich allerdings widersprüchliche Entwicklungen: Bei den Autobahnanschlüssen Neudorf und St.Fiden bewegten sich die Verkehrsmengen unterhalb oder auf dem Niveau des Vorjahres. Bei der Kreuzbleiche wurde eine Verkehrszunahme von rund 2%, beim Anschluss Winkeln hingegen nur ein geringer Zuwachs festgestellt. Auf dem Zubringer Arbon wurden über längere Zeit Sanierungsarbeiten vorgenommen, die zu Umlagerungen führten. Mit Abschluss der Sanierungen der A1 im Westen der Stadt konnte eine gegensätzliche Entwicklung beobachtet werden.

Auf den meisten Hauptverbindungsachsen auf Stadtgebiet wurden gegenüber dem Vorjahr keine oder nur geringe Verkehrszunahmen festgestellt. Auf einigen Streckenabschnitten lagen die Belastungen unterhalb der Vorjahreswerte. Die im geltenden Teilplan Verkehr (Realisierungsplan 1985/90) postulierte Entlastungswirkung der Stadtautobahn A1 konnte wiederum nachgewiesen werden. Die erhobenen Verkehrszahlen für die Gewerbezone im Osten und im Westen der Stadt St.Gallen lagen auf oder leicht unter dem Vorjahresniveau. Dies ist wohl darauf zurückzuführen, dass im Jahre 2002 keine neuen verkehrsintensiven Einkaufs- und Freizeitbetriebe eröffnet wurden.



## 612.2 Koordination des Verkehrsgeschehens im Raum St.Gallen

Der Strategieplan «Öffentlicher Verkehr des Kantons St.Gallen» ist vom Grossen Rat verabschiedet worden. Die Stadt unterstützt den Kanton bei der Umsetzung der entsprechenden Leitsätze.

Die «Konzeptstudie Siedlungs- und Verkehrsentwicklung St.Gallen West» wurde abgeschlossen. Die Arbeiten für ein Grobkonzept zur koordinierten Siedlungs- und Verkehrsentwicklung wurden als Pilotprojekt im Rahmen des Agglomerationsprogrammes des Bundes aufgenommen.

## 613 Massnahmenplan Luftreinhaltung (Verkehr, Bau)

### 613.1 Nachführung 1997, Stand

Auf die vom Baudepartement des Kantons St.Gallen vorgeschlagene Änderung der «Parkplatzbewirtschaftung bei publikumsintensiven Anlagen» (Einkaufs- und Freizeitanlagen) wurde aufgrund der eingegangenen Stellungnahmen verzichtet.

Zur «Emissionsreduktion im Baubereich sowie bei Arbeitsmaschinen und -fahrzeugen» wurden betreffend Russpartikelfiltern im Rahmen des Massnahmenplanes keine neuen Beschlüsse gefasst. Hingegen setzte das Bundesamt für Umwelt, Wald und Landschaft (BUWAL) die Richtlinie «Luftreinhaltung auf Baustellen» auf den 01.09.2002 in Kraft. Darin ist unter verschiedenen Massnahmen auch eine betreffend die Ausrüstung von Baumaschinen mit Partikelfiltern enthalten. Allerdings gilt gemäss Beschluss des Baudepartements des Kantons St.Gallen bis auf weiteres immer noch die Übergangsregelung des Amtes für Umweltschutz.

### 613.2 Tempo 30-Zonen

2002 konnten die Tempo 30-Zonen Rosenberg Süd, Tigerberg, Russen und Ruhsitz realisiert werden. Bis Dezember 2002 wurden 27 der vorgesehenen 44 Wohngebiete berücksichtigt (61% aller Zonen). Für 11 weitere Zonen liegen Begehren vor. Darunter befindet sich auch das Gebiet Sonnenhalden; T-30 wurde dort vor fünf Jahren noch abgelehnt, ist aber unter den derzeit herrschenden Verkehrsverhältnissen nun mehrheitlich erwünscht.

Frühestens ein Jahr nach der Einführung einer Tempo 30-Zone wird mit einer Nacherhebung festgestellt, ob das angestrebte Ziel einer Geschwindigkeitsreduktion erreicht wurde. Solche kombinierten Geschwindigkeits- und Verkehrsmengenmessungen fanden in den Zonen Hochwacht, St.Georgen, Sömmerli, Leimat, Lehn/Hinterberg, Burgweiher/Lachen, St.Fiden/Harzbüchel und Boppartshof statt. Die Resultate zeigten überall gesunkene Fahrgeschwindigkeiten, während eine Reduktion der Verkehrsmengen nur in einzelnen Zonen erreicht wurde.

## 614 Wasserbau

### 614.1 Weiher

Beim Bildweiher wurden umfangreiche Abklärungen für das entsprechende Schutzgebiet vorgenommen.

Der Damm des Nestweihers ist undicht; derzeit werden verschiedene Sanierungsvarianten geprüft. Das Projekt für die Nutzung des Quellwassers aus dem Gebiet Watt ist in Bearbeitung.

Der Lurchenschutz beim Wenigerweiher konnte durch elektronisch steuerbare Barrieren sichergestellt werden.

### 614.2 Bäche

Der Unterschachenbach wurde durch die Erstellung der Spielwiese Vogelherd auf einer Länge von rund 70 m renaturiert und geöffnet.

Die starken Regenfälle in den Monaten Juli bis September verursachten insbesondere im Osten der Stadt und in St. Georgen entlang der Steinach erhebliche Schäden. Während ein grosser Teil der Zerstörungen durch die unterhaltspflichtigen Grundeigentümer bereits behoben wurde, sind in den übrigen Fällen die Instandstellungsmassnahmen eingeleitet worden. Die Koordination und Begleitung der entsprechenden Arbeiten erfolgt(e) durch die Fachstelle Wasserbau des Tiefbauamtes.

BACHÖFFNUNGEN/RENATURIERUNGEN	2000	2001	2002
Bach geöffnet oder renaturiert, Meter	300	165	70
Bearbeitete Projekte	5	7	5
Kontrollierte Weiher	6	4	4

## 615 Strasseninspektorat

FINANZEN (in CHF 1 000) / PERSONAL	2000	2001	2002
Aufwand	36 648	39 145	35 233
Ertrag	23 708	25 177	23 035
Aufwandüberschuss	12 940	13 968	12 198
Personalbestand	133.9	133.5	131.8

Das Strasseninspektorat ist für die Reinigung, den Winterdienst und den Unterhalt der Strassen, Wege und Trottoirs auf dem Gebiet der Stadt St. Gallen zuständig. Weitere Aufgaben sind die Wiederinstandstellung von Aufgrabungen, die Behebung von Unfallschäden, die Entleerung und Reinigung der Robidog-Behälter, diverse Regiearbeiten sowie der Unterhalt an städtischen Fahrzeugen (ohne Feuerwehr- und VBSG-Fahrzeuge). Für die Erledigung dieser Aufgaben stehen nicht nur Strassenwärter und verschiedene Bau- und Belagsgruppen, sondern auch eine Schlosserei, Malerei, Schreinerei, ein Garagebetrieb sowie ein Materiallager zur Verfügung.

## 615.1 Strassenunterhalt

Das Netz der Gemeindestrassen und -wege wird im Wesentlichen durch das Tiefbauamt unterhalten. Die Strassen und Plätze wurden in der Altstadt täglich (auch samstags und sonntags), in den Aussenquartieren je nach Wohndichte und Verkehr ein- bis zweimal wöchentlich gereinigt. Die Einrichtungen für die Hundeverräuberung (Robidog) wurden von Montag bis Freitag laufend gewartet. Gemäss Art. 54 Strassengesetz hat die Gemeinde auch die Reinigung und den Winterdienst der Geh- und Radwege entlang der Staatsstrassen zu besorgen.

KENNZAHLEN	2000	2001	2002
Gemeindestrasse und -wege in km	188.443	188.541	188.425
Strassenfläche, baulicher Unterhalt in m <sup>2</sup>	1 681 377	1 683 181	1 674 784
Strassenfläche, betriebl. Unterhalt in m <sup>2</sup>	1 760 664	1 762 465	1 754 068
Baulicher Unterhalt, Kosten in CHF/m <sup>2</sup>	3.35	3.18	3.03
Betrieblicher Unterhalt, Kosten in CHF/m <sup>2</sup>	4.90	5.46	4.64
Kosten je Einwohner und Einwohnerin	192.68	201.89	177.18
Erneuerte Fahrbahn-/Trottoirflächen, m <sup>2</sup>	36 747	37 213	31 706
Erneuerte Treppen, Länge in m	90	184	106
Anzeigen für Strassenaufbrüche wegen Werkleitungen und Kabelanschlüssen	396	374	435
Robidog-Behälter, Anzahl	162	162	162

Mit dem Kredit von CHF 2 066 000 in den Konten 6112.3134 und 6112.3144 der Laufenden Rechnung wurden folgende Strassen, Plätze und Bushaltestellen im Rahmen des kleineren Unterhalts ganz oder teilweise instand gestellt:

Falkensteinstrasse, Färberstrasse, Fellenbergstrasse, Friedeggstrasse, Gsellstrasse, Kesslerstrasse, Letzistrasse, Scheffelstrasse, Schösslistrasse, Scheidwegstrasse, St. Georgen-Strasse, Straubenzellstrasse, Tablatstrasse, Tigerbergstrasse und Wartensteinstrasse.

## 615.2 Winterdienst

KENNZAHLEN	2000	2001	2002
Streueinsätze	66	116	58
Pfadeinsätze	20	40	2
Schneefalltage	10	20	4
Neuschneemenge in cm	83	162	26
Salzverbrauch in Tonnen	860	1 190	397
Splittverbrauch in Kubikmetern	533	469	230
Kosten Winterdienst (CHF je m <sup>2</sup> )	1.38	2.04	0.97

## 615.3 Automobilbetrieb

KENNZAHLEN	2000	2001	2002
Fahrleistungen in Kilometern			
Lastwagen	68 614	68 204	66 097
Lieferwagen, Jeeps	53 205	58 909	56 141
Kehrleichtwagen	90 855	76 618	70 315
Kleinlastwagen	16 439	10 683	9 211
Doppelkabinenbusse	22 379	25 862	23 303
Betriebsstunden			
Strassenreinigungsmaschinen	9 439	10 373	9 769
Kleintraktoren und Geräteträger	12 556	14 296	11 955
Elektro-Gehwagen	1 210	1 130	962



Das Tiefbauamt führt im Auftrag des Entsorgungsamtes (ESA) den Kehrachtsammeldienst, die Altmetallsammlungen sowie die Wartung und Entleerung der Wiederverwertungssammelstellen durch. Der Hauskehracht wird einmal pro Woche, in der Innenstadt zweimal pro Woche eingesammelt.

Für die Kehrachtabfuhr waren täglich drei Kehrachtfahrzeuge im Einsatz. Für die Betreuung und Entleerung der Wiederverwertungssammelstellen waren ein Kleinfahrzeug sowie ein Spezialfahrzeug notwendig. Es wurden 5 310 Glascontainer entleert und 205 Glastransporte nach St.Margrethen durchgeführt. Die Entleerung von 1 051 Dosenbehältern erforderte 73 Transporte nach Gossau.

KENNZAHLEN	2000	2001	2002
Personalstunden	34 452	26 981	27 924
Fahrzeugstunden	10 605	9 717	10 083

Über die eingesammelten Mengen Hauskehracht und Metall gibt der separate Geschäftsbericht des ESA Auskunft.

## 617 Städtische Garage

In der zentralen Autoreparaturwerkstätte der Stadt werden sämtliche Fahrzeuge der Stadtverwaltung, ausgenommen diejenigen der Feuerwehr und der VBSG, gewartet. Insbesondere für den Unterhalt der Personen- und Lieferwagen sowie der Kommunalfahrzeuge und -geräte wurden grosse Leistungen erbracht: 520 Fahrzeuge und Geräte wurden in unterschiedlichen Intervallen gewartet und repariert. Für diese Dienstleistungen konnten total CHF 1 385 929.05 in Rechnung gestellt werden. Die folgende Tabelle gibt eine Übersicht über die Anzahl der gewarteten Fahrzeuge:

2002	PW/ JEEP	LIEFER- WAGEN	LKW'S	TRAKTOREN	BAUMASCH.	REINIG.- MASCH.	WINTER- DIENST- GERÄTE	ANHÄNGER UND ÜBRIGE	TOTAL
TBA/SI	23	4	13	39	15	8	110	100	312
GAB	7	14	1	1				23	
sgsw/EW	22	15	1					7	45
sgsw/GWW	18	17						10	45
ESA	17	1	1					2	21
STAPO	23	11							34
Übrige	24	11		2				3	40
Total 2002	134	73	16	41	16	8	110	122	520
Total 2001	135	75	13	39	18	8	72	119	479
Total 2000	116	86	15	43	14	9	130	140	553

Die Wartung der Fahrzeuge erforderte 7 510 Stunden; die nachstehende Tabelle gibt Auskunft über den Arbeitsaufwand:

2002	PW/ JEEP	LIEFER- WAGEN	LKW'S	TRAKTOREN	BAUMASCH.	REINIG.- MASCH.	WINTER- DIENST- GERÄTE	ANHÄNGER UND ÜBRIGE	TOTAL
TBA/SI	360	91	737	1 163	260		919	440	3 970
GAB	50	179	32		19		647		927
sgsw/EW	291	280	3					15	589
sgsw/GWW	286	299						16	601
ESA	245	9	10					23	287
STAPO	500	184							684
Übrige	291	149		4				8	452
Total 2002	2 023	1 191	782	1 167	279	—	1 566	502	7 510
Total 2001	1 803	804	976	1 400	375	656	728	828	7 570
Total 2000	1 988	760	828	1 222	224	671	849	711	7 253

## 62 Hochbauamt

### Aufgaben:

- Bauten und Objekte:  
leitet und begleitet in enger Zusammenarbeit mit den an der Planung und Nutzung Beteiligten Projekte für verwaltungsinterne Bauten und sorgt für die Instandhaltung, Instandsetzung, Renovation, Sanierung und Werterhaltung der städtischen Liegenschaften und koordiniert die Reinigung und das Hauswartwesen
- Haustechnik:  
erarbeitet Grundlagen für Haustechniksysteme und Energiesparmassnahmen und optimiert Projekte
- sorgt für die ökonomischen, ökologischen und kulturellen Anliegen des Bauens bei allen Bauvorhaben der Stadt im Sinne des nachhaltigen Bauens
- ist die Fachstelle für Hochbauten im Fachausschuss Städtebau (FAST) und der Baupolizeikommission (BPK) für Bauvorhaben in der Stadt

### FINANZEN (in CHF 1 000) / PERSONAL

	2000	2001	2002
Aufwand	15 752	16 189	16 948
Ertrag	9 217	11 735	10 832
Aufwandüberschuss	6 535	4 454	6 116
Personalbestand	19.2	19.3	19.0

Folgerichtig zu diversen Verfahrensprozessen im Vorjahr wurden notwendige Kredite beantragt, um so die entsprechenden Projektierungen auszulösen. Das gilt für die Sanierung des Rathauses, der Schule im Buchental, der Tribüne im Krontal, der Marktstände und der ersten Phase für das PZO, wo mit einem zweistufigen Planungsprozess auch politisch ein neuer Weg beschritten wurde. Ebenso wurden die Projektierung der Erweiterung der Schulanlage Schönauf und für die Sanierung des Lagerhauses an die Hand genommen.

Für den Wettbewerb zur Erweiterung des Kunstmuseums sind 140 Projekte eingegangen. Das gewählte Verfahren fand in Fachkreisen grosse Anerkennung und Beachtung.

Bei von Dritten auf Stadtgebiet veranstalteten Verfahren konnte das HBA die Stimme der Stadt vertreten, so zum Beispiel für die Erweiterung der Olma mit der neuen Tierhalle oder für die Fachhochschule beim Bahnhof Nord.

Abgeschlossen und bezogen wurden die grossen Bauvorhaben für die Schulen Halden und Blumenau. In der Bauphase sind die Sanierung der Schönaue, des Schulhauses Buchwald und des Wohnheims für Kinder und Jugendliche Riedererholz. Politisch beschlossen wurde der Bau der Eissportanlage im Lerchenfeld, die Bauvorbereitungen laufen auf Hochtouren. Intensiv und zeitlich gedrängt waren die Vorbereitungen zur Realisierung des in der Volksabstimmung abgelehnten «Mummenschanz-Theaters» und der Umzug des Vormundschaftsamtes an den Bahnhofplatz 1, der unterdessen reibungslos vollzogen worden ist.

Administrativ wurden in den letzten 5 Jahren total 183 Verpflichtungskredite mit einer gesamten Bau-  
summe von 116 Millionen Franken abgerechnet, 67 davon allein im Jahr 2002. Damit ist der grosse  
Pendenzenberg im Bereich Abrechnungen praktisch abgetragen. Neu initiiert wurde als Folge der abge-  
schlossenen Finanzliegenschaftspakete die Aktualisierung des Bewirtschaftungsplanes und damit  
verbunden die Bereitstellung von Basisplänen auf EDV auch für weitere Nutzerkreise.

Der Realisierungsgrad für die Laufende Rechnung betrug 99.5%, derjenige der Investitionsrechnung  
bewegte sich im Rahmen der vergangenen Jahre (ca. 85%).

## 621 Projekte und Wettbewerbe

### 621.1 Öffentliche Gebäude

KENNZAHLEN	2000	2001	2002
Vorbereitungen/Studien/Basisprojekte	2	2	1
Wettbewerbe	1	2	1
Projektierungen	1	2	5
Ausführungen	3	–	1
Baubeiträge (in CHF 1 000)	2 267	951	276

### 621.2 Gebäude der Schulverwaltung

KENNZAHLEN	2000	2001	2002
Vorbereitungen/Studien/Basisprojekte	1	–	1
Wettbewerbe	1	1	–
Projektierungen	4	4	7
Ausführungen	3	6	5
Baubeiträge (in CHF 1 000)	–	–	–

### 621.3 Sportgebäude

KENNZAHLEN	2000	2001	2002
Vorbereitungen/Studien/Basisprojekte	–	1	–
Wettbewerbe	2	2	–
Projektierungen	2	–	1
Ausführungen	1	1	–
Baubeiträge (in CHF 1 000)	–	–	–



#### 621.4 Wohn- und Geschäftsliegenschaften

KENNZAHLEN	2000	2001	2002
Vorbereitungen/Studien/Basisprojekte	2	5	3
Wettbewerbe	–	1	–
Projektierungen	1	12	10
Ausführungen	13	16	11
Baubeiträge (in CHF 1 000)	–	–	–

#### 622 Laufende Rechnung

##### 622.1 Fürsorge-, Verwaltungs- und Finanzvermögen

KENNZAHLEN (in CHF 1 000)	2000	2001	2002
Total	8 227	7 877	8 913

##### 622.2 Wohnheim für Kinder und Jugendliche sowie Betagte

KENNZAHLEN (in CHF 1 000)	2000	2001	2002
Kleiner Unterhalt	25	39	*
Erweiterter Unterhalt	–	7	–
Betriebliche Bedürfnisse	25	18	–
Heizung/Lüftung	2	2	–
Übriger Gebäudeunterhalt	–	4	–
Übrige Konten	–	–	–
Total	52	70	–

\* ab 2002 bei VSD

##### 622.3 Öffentliche Gebäude

KENNZAHLEN (in CHF 1 000)	2000	2001	2002
Kleiner Unterhalt	824	926	962
Erweiterter Unterhalt	52	544	582
Betriebliche Bedürfnisse	258	193	53
Heizung/Lüftung	119	271	208
Übriger Gebäudeunterhalt	340	207	328
Übrige Konten	261	471	471
Total	1 885	2 612	2 604

##### 622.4 Truppenunterkünfte/Schiessanlagen

KENNZAHLEN (in CHF 1 000)	2000	2001	2002
Kleiner Unterhalt	9	32	9
Erweiterter Unterhalt	–	–	28
Betriebliche Bedürfnisse	5	–	–
Heizung/Lüftung	–	–	–
Übriger Gebäudeunterhalt	29	31	42
Übrige Konten	–	–	–
Total	43	63	79

## 622.5 Zivilschutzbauten

KENNZAHLEN (in CHF 1 000)	2000	2001	2002
Kleiner Unterhalt	44	22	51
Erweiterter Unterhalt	–	–	–
Betriebliche Bedürfnisse	37	–	–
Heizung/Lüftung	–	–	–
Übriger Gebäudeunterhalt	–	–	–
Übrige Konten	2	–	5
Total	83	22	56

## 622.6 Gebäude der Schulverwaltung

KENNZAHLEN (in CHF 1 000)	2000	2001	2002
Kleiner Unterhalt	1 364	1 246	1 473
Erweiterter Unterhalt	959	66	941
Betriebliche Bedürfnisse	402	341	479
Heizung/Lüftung	355	280	116
Übriger Gebäudeunterhalt	640	266	348
Übrige Konten	193	154	154
Total	3 913	2 952	3 511

## 622.7 Sportgebäude

KENNZAHLEN (in CHF 1 000)	2000	2001	2002
Kleiner Unterhalt	339	296	402
Erweiterter Unterhalt	19	–	29
Betriebliche Bedürfnisse	36	20	–
Heizung/Lüftung	73	88	76
Übriger Gebäudeunterhalt	199	146	154
Übrige Konten	9	1	1
Total	675	551	662

## 622.8 Wohn- und Geschäftsliegenschaften

KENNZAHLEN (in CHF 1 000)	2000	2001	2002
Kleiner Unterhalt	1 024	951	978
Erweiterter Unterhalt	193	250	482
Betriebliche Bedürfnisse	8	40	10
Heizung/Lüftung	45	73	48
Übriger Gebäudeunterhalt	166	189	221
Übrige Konten	–	–	–
Total	1 436	1 503	1 739

## 622.9 Landwirtschaftsbetriebe

KENNZAHLEN (in CHF 1 000)	2000	2001	2002
Kleiner Unterhalt	102	89	109
Erweiterter Unterhalt	–	9	–
Betriebliche Bedürfnisse	–	–	–
Heizung/Lüftung	10	1	5
Übriger Gebäudeunterhalt	28	5	45
Übrige Konten	–	–	–
Total	140	104	159

## 622.10 Strassen- und Bodenabschnitte (ab 2002 bei HBA)

### KENNZAHLEN (in CHF 1 000)

2002

Kleiner Unterhalt	24
Erweiterter Unterhalt	–
Betriebliche Bedürfnisse	–
Heizung/Lüftung	–
Übriger Gebäudeunterhalt	79
Übrige Konten	–
Total	103

## 623 Haustechnik

### ENERGIEVERBRAUCH/SOLARANLAGEN

2000

2001

2002

Verbrauch Heizöl in l	1 200 794	886 337	874 966
Verbrauch Erdgas in m³	2 026 654	2 091 400	2 274 280
Verbrauch Fernwärme in MWh	3 175	2 819	3 292
Holzschnitzel in MWh	–	410	460
Verbrauch Total in MWh	33 504	30 999	33 061
Anzahl Heizgradtage in HGT	3 558	3 465	3 735
Jahresdurchschnittstemperatur in °C	9.4	8.4	9.1
Neu installierte Solaranlagen	5	3	–

## 63 Gartenbauamt

- pflegt und gestaltet 140 ha öffentliche Grünflächen, Spiel- und Parkanlagen mit der Zielsetzung der differenzierten Grünflächenpflege
- pflegt alle Aussenanlagen und Spieleinrichtungen bei Schulhäusern, Kindergärten und Sportanlagen
- pflegt und unterhält die Friedhofanlagen, berät die Hinterbliebenen, führt die Bestattungen durch
- bepflanzt städtische Freiräume und Grünanlagen mit rund 130 000 Gruppenpflanzen
- stellt Blumenschmuck für 110 nicht kommerzielle Veranstaltungen bereit
- pflegt und unterhält den Botanischen Garten

### FINANZEN (in CHF 1 000) / PERSONAL

2000

2001

2002

Aufwand	7 902	8 198	8 062
Ertrag	2 415	2 599	2 553
Aufwandüberschuss	5 487	5 599	5 509
Personalbestand	65.8	65.1	65.3

Diese Zahlen umfassen die Gesamtsummen aller Betriebe, wobei die amtsinternen Verrechnungen von Leistungen für die Pflege und den Unterhalt der Schul- und Sportanlagen (siehe Ziff. 633, 636 und 638) nicht enthalten sind.

### PFLEGE VON AREALEN

2000

2001

2002

Öffentliche Anlagen	388	391	391
Sportanlagen	24	24	26
Anlagen anderer Verwaltungen	133	130	137
Anlagen der Stadtwerke	40	40	40
Schulanlagen	99	98	97
Friedhöfe	4	4	4
Botanischer Garten und Anzuchtgärtnerei	1	1	1
Total	689	688	696



## 630 Verwaltung der Dienststelle

Die Verwaltung ist für die Betriebsleitung, Administration, Planung und Realisierung von Projekten für die öffentlichen Anlagen, Schulen und Sportanlagen, den Botanischen Garten, die Anzuchtgärtnerei und für die Friedhöfe verantwortlich. Der Verwaltung sind auch die Lohnkosten der Fachstelle «Naturschutz- und Landschaftsplanung» (Ziff. 639) zugeordnet.

KENNZAHLEN (in CHF 1 000)	2000	2001	2002
Aufwand	975	965	961
Ertrag	3	9	6
Nicht verrechenbarer Aufwand	972	956	955
Personalbestand	4.8	4.8	4.8

## 631 Fahrzeuge, Maschinen und Werkstatt

Ausser den Servicearbeiten für die Fahrzeuge (im Zuständigkeitsbereich der Garage des Tiefbauamtes) werden Unterhaltsarbeiten und Reparaturen an den Maschinen und Geräten aller Betriebe des GAB durch die Werkstatt ausgeführt. Ebenfalls werden Spielgeräte, Bänke, Zäune usw. repariert, unterhalten und überholt sowie ein zentrales Magazin geführt. Zusätzlich stellt die Schreinerei rund 350 Grabkreuze für sämtliche städtischen Friedhöfe her.

KENNZAHLEN (in CHF 1 000)	2000	2001	2002
Aufwand	760	814	739
Ertrag	10	6	11
Nicht verrechenbarer Aufwand	750	808	728
Personalbestand	4	4	4
Anzahl Motorfahrzeuge, Rasenpflegemaschinen und Kleingeräte	113	117	116

## 632 Öffentliche Anlagen

Jedes Jahr werden verschiedene öffentliche Anlagen saniert und bedarfsgerecht verbessert. Im Jahre 2002 wurden an ausserordentlichen Arbeiten unter anderem ausgeführt:

### Spielplatz Kolumban-/Kolosseumstrasse

Der Spielplatz wurde zusammen mit Anwohnerinnen und Anwohnern unter Einbezug des Quartiersvereins neu gestaltet.

### Pärkli Lindenstrasse/Helvetiastrasse

Im Zusammenhang mit dem Umbau der angrenzenden Häuser wurde das im Jahre 1947 erstellte Pärkli saniert und der neuen Situation angepasst (Beläge, Bepflanzung).

### Park St.Mangen

Verschiedene Belagssanierungen wurden ausgeführt sowie einige überalterte Gehölze entfernt und durch eine transparente Staudenbepflanzung ersetzt.

#### Kirchhofergut

Verschiedene Belagsanierungen wurden ausgeführt und neue Gehölz- und Staudenbepflanzungen erstellt.

#### Spielplätze Haggenhalden- und Zilstrasse

Zusammen mit Anwohnerinnen und Anwohnern wurde je ein Projekt für die Sanierung bzw. die Neugestaltung der Spielanlagen erstellt; die Ausführung erfolgt im Jahre 2003.

KENNZAHLEN (in CHF 1 000)	2000	2001	2002
Aufwand	3 385	3 473	3 486
Ertrag	418	384	410
Ertrag (amtsinterne Verrechnungen 633 + 636)	1 230	1 329	1 285
Nicht verrechenbarer Aufwand	1 737	1 760	1 791
Personalbestand	34.2	33.7	34
Baumfällungen	122	145	81
Baumpflanzungen	74	67	80
Pflanzengefässe	262	277	288
Anlagen GAB in m <sup>3</sup>	334 581	347 671	347 718
Anlagen anderer Verwaltungen in m <sup>2</sup>	107 645	116 132	129 535
Anlagen der Stadtwerke in m <sup>2</sup>	11 072	11 072	11 072

#### 633 Schulanlagen

Die Umgebung der Schulanlagen hat eine wichtige Funktion für die Schülerinnen und Schüler, aber auch für die umliegenden Quartiere. Der regelmässige Grünflächenunterhalt sowie die kontinuierlichen Erneuerungen und Anpassungen an die Bedürfnisse sind für das Freiraumangebot in den Wohnquartieren von grosser Bedeutung. Im Jahre 2002 wurden an ausserordentlichen Arbeiten unter anderem ausgeführt:

##### Schulhaus Zil

Ein bekiester Verbindungsweg durch das Schulareal wurde erstellt.

##### Schulhaus Heimat

Um die Bepflanzbarkeit zu gewährleisten, wurde der Allwetterplatz neu asphaltiert.

##### Schulhaus Lachen

Um die Bepflanzbarkeit zu gewährleisten, wurden der Allwetterplatz neu asphaltiert und der Ballfangzaun saniert.

##### Schulhaus Feldli

Entlang dem Rasenspielfeld wurde ein Ballfangzaun erstellt.

## Kindergarten Austrasse

Der Asphaltbelag der Zugangswege und der Plätze wurden saniert.

Darüber hinaus wurden bei verschiedenen Schulanlagen und Kindergärten neue Spielgeräte versetzt sowie bestehende Geräte auf ihre Sicherheit überprüft und gegebenenfalls ersetzt oder repariert.

KENNZAHLEN (in CHF 1 000)	2000	2001	2002
Aufwand	214	289	211
Aufwand (amtsinterne Verrechnungen 632 + 638)	780	825	808
Ertrag	994	1 114	1 019
Gesamtfläche in m <sup>2</sup>	338 578	367 553	339 509

## 634 Botanischer Garten

Auch im Jahre 2002 erfreute sich der Botanische Garten grosser Beliebtheit, wie die hohen Besucherzahlen zeigten. Dazu beigetragen hat das reiche Angebot an attraktiven Veranstaltungen.

- Ausstellung «Bäume in der Ostschweiz»: Der Kern der Ausstellung befand sich in der Orangerie. In der Abteilung Wechselthemen konnten 29 Waldbäume der Schweiz lebend gezeigt werden. Seit Dezember 2002 befindet sich dieser «Baumlehrpfad» im Ostfriedhof.
- Öffentliche Führungen: Diese wurden auf die Ausstellung abgestimmt und zusammen mit dem Naturschutzverein der Stadt St.Gallen durchgeführt.
- Buchpublikation «Rogghalmlinde, Harfentanne. Baumgeschichten in der Ostschweiz»: Dank diesem Buch hinterlässt die Ausstellung weiterhin Spuren.

Viele in der Kultur selten gewordene Iris-Barbata-Züchtungen aus dem ersten Drittel des letzten Jahrhunderts drohten wegen des vernässten Standortes abzusterben. Aus diesem Grunde wurde der Irisgarten grundlegend umgestaltet. Zusammen mit der Bronzeplastik «Landmädchen» von Wilhelm Meier präsentiert sich der Garten seit 2002 im neuen Gewand.

Im August führte die Theatergruppe «Parfin de siècle» in der fast immer voll besetzten Orangerie das Molière-Stück «Georges Dandin» auf. Schliesslich standen im September die Lesungen über «Bäume in der Literatur» auf dem Programm.

KENNZAHLEN (in CHF 1 000)	2000	2001	2002
Aufwand	588	607	563
Ertrag	35	47	49
Nicht verrechenbarer Aufwand	553	560	514
Personalbestand	5.2	5.2	5
Anzahl Besucher/-innen	70 000	70 000	70 000
Anzahl Führungen (v.a. Schulen, Vereine)	148	236	318
Anzahl Halbtageskurse (Erfassung ab 2002)	–	–	5
Anzahl Tageskurse (Erfassung ab 2002)	–	–	12
Für Unterrichtszwecke abgegebene Pflanzen	766	990	2 085
Anzahl amtliche Pilzkontrollen	273	275	395
kontrollierte Menge in kg	140	169	222
davon als ungeniessbar bis teilweise tödlich giftig ausgeschiedene Mengen in kg	44	26	23
Gesamtfläche in m <sup>2</sup>	20 000	20 000	20 000



## 635 Friedhöfe

Sämtliche Grabfelder, Wege, Strassen und Grünflächen auf den Friedhöfen Ost, Feldli, St. Georgen und Bruggen werden durch das städtische Friedhofpersonal gepflegt und unterhalten, welches auch die Beisetzungen und Bestattungen vornimmt. Die einzelnen Gräber werden vom privaten Gärtnergewerbe oder durch die Hinterbliebenen bepflanzt und gepflegt.

Die Infrastruktur der Friedhöfe wird laufend den Bedürfnissen angepasst. Grössere Unterhaltsarbeiten, wie z.B. Belagsarbeiten, werden kontinuierlich zu Lasten der Laufenden Rechnung ausgeführt.

KENNZAHLEN (in CHF 1 000)	2000	2001	2002
Aufwand	1 491	1 537	1 553
Ertrag	228	257	268
Nicht verrechenbarer Aufwand	1 263	1 280	1 285
Personalbestand	14.1	13.8	14
Anzahl bewilligte Grabmalgesuche	241	231	227
Anzahl Grabmallieferanten	45	47	43
Anzahl Erdbestattungen	162	156	137
Anzahl Urnenbeisetzungen	587	615	629
Anzahl Grabstätten	7 633	7 429	7 276
Anzahl Urnennischen	3 836	3 781	3 739
Gesamtfläche in m <sup>2</sup>	216 842	216 842	216 842

## 636 Sportanlagen

In den Kennzahlen sind die Aufwendungen für die Pflege und den Unterhalt sowie für bauliche Erneuerungen und Sanierungen sämtlicher Anlagen inkl. aller Geländebahnen und Langlaufloipen enthalten. Betriebs- und Belegungspläne obliegen dem Sportamt, das auch die Benützungsgebühren erhebt.

KENNZAHLEN (in CHF 1 000)	2000	2001	2002
Aufwand	162	219	257
Aufwand (amtsinterne Verrechnungen 632 + 638)	438	530	502
Ertrag	600	749	759
Gesamtfläche in m <sup>2</sup>	326 957	326 957	344 152

Im Jahre 2002 wurden an ausserordentlichen Arbeiten unter anderem ausgeführt:

### Gründenmoos

Auf Grund der aktuellen Bedürfnisse wurde ein Fahrradunterstand erstellt. Als Massnahme für die Verbesserung der Wasserdurchlässigkeit des Rasenspielfeldes (Platz 9) wurde der Platz für den CSIO mit rund 16 km Sickerschlitzen mit einer Tiefe von 40 cm versehen und mit Rundkies gefüllt.

### Kreuzbleiche

Das Rasenspielfeld des FC Fortuna wurde völlig neu aufgebaut und mit einer Flächendrainage versehen. Der Sportplatz wird im Sommer 2003 eröffnet.

### Geländebahn Freudenberg

Die Geländebahn wurde den heutigen Bedürfnissen entsprechend zu einer reinen Laufbahn umgebaut. Sämtliche veralteten Übungsgeräte wurden entfernt und der Belag mit den Randabschlüssen erneuert.

Die Finnenbahn wurde zu einem vollständigen Vita-Parcours ausgebaut und die entsprechenden Plätze mit aktuellen Übungsgeräten versehen.

### 637 Familiengärten

Seit 1.1.2001 ist der Zentralverband der Familiengärtnervereine für die Verwaltung und den Unterhalt der Areale verantwortlich. Er regelt die Pachtverhältnisse mit den jeweiligen Grundbesitzern und den einzelnen Pächtern. Der Pachtzins für die städtischen Grundstücke wird auf der Basis von landwirtschaftlich genutzten Flächen direkt mit dem Liegenschaftsamt abgerechnet.

### 638 Anzuchtgärtnerei

Die Anzuchtgärtnerei produziert sämtliche Gruppenpflanzen für die öffentlichen Anlagen, Topfpflanzen und Schnittblumen für Dekorationen sowie verwaltungsinterne Zwecke. Lehrlingsausbildung, eine umweltverträgliche Produktion und Öffentlichkeitsarbeit haben einen hohen Stellenwert. Die Leistungen für den Eigenbedarf werden intern nicht verrechnet.

KENNZAHLEN (in CHF 1 000)	2000	2001	2002
Aufwand	284	294	292
Ertrag	36	33	31
Ertrag (amtsinterne Verrechnungen 633 + 636)	23	26	25
Nicht verrechneter Aufwand	225	235	236
Personalbestand	2	2	2
Anzahl kultivierte Gruppenpflanzen	120 500	134 000	130 000
Anzahl kultivierte Schnittblumen	21 700	23 000	23 000
Anzahl kultivierte Topfpflanzen	8 300	7 000	6 500
Ausgeführte Dekorationen	150	110	110

### 639 Naturschutz- und Landschaftsplanung

Die Fachstelle ist zuständig für die Bereiche Freiraum-, Naturschutz- und Landschaftsplanung auf dem ganzen Stadtgebiet. Zu den schwerpunktmässigen Tätigkeiten zählen, neben freiraumplanerischen und landwirtschaftlichen Fragen, die Erarbeitung und Umsetzung von Schutzverordnungen, Landschaftsinventaren und die Organisation von Pflegemassnahmen, die Abwicklung ökologischer Ausgleichsleistungen, die Überwachung des Hecken- und Baumschutzes, die Beratung Dritter zu Fragen der Umgebungsgestaltung sowie die Baugesuchsbeurteilung. Die Kosten der Fachstelle sind in den Positionen 630 (Lohnkosten) und 632 (Sachaufwand) enthalten.

KENNZAHLEN	2000	2001	2002
Personalbestand	1.5	1.6	1.5
Anzahl Baugesuchsbeurteilungen	105	90	100
Ökologischer Ausgleich			
– Zahlungen (in CHF 1 000)	193	181	215
– Kostenübernahme durch Bund/Kanton (in CHF 1 000)	178	168	196
– Magerwiesen in Aren	5 807	5 814	5 534
– Wenig intensiv genutzte Wiesen in Aren	2 064	1 976	2 150
– Extensive Krautstreifen in Aren	374	386	386
– Extensiv genutzte Weiden in Aren	1 034	1 115	1 537
– Hecken, Feldgehölze, Uferbestockung in Aren	518	507	511
– Wertvoller Waldsaum in Aren	869	968	968
– Anzahl Hochstammobstbäume	5 181	4 846	4 730
Landwirtschaftsbetriebe auf Stadtgebiet	74	76	79
– davon Bio-Betriebe	8	8	8
– davon IP-Betriebe	55	*	*
– davon Betriebe, die Direktzahlungen beantragen konnten	*	60	60
– davon Betriebe, die den ökologischen Leistungsnachweis gemäss Direktzahlungsverordnung nicht erfüllt haben	*	4	2
Landwirtschaftsbetriebe im städtischen Besitz	8	8	8
– davon Bio-Betriebe	2	2	3
– davon IP-Betriebe	5	*	*
– davon Betriebe, die den ökologischen Leistungsnachweis gemäss Direktzahlungsverordnung nicht erfüllt haben	*	–	–

\* Seit dem Jahre 2001 müssen die Betriebe den ökologischen Leistungsnachweis ÖLN erbringen. Dazu gehört u.a. ein angemessener Anteil an ökologischen Ausgleichsflächen. Der Produktionsstandard IP wurde abgeschafft und durch den ökologischen Leistungsnachweis ÖLN ersetzt.

Im Jahre 2002 konnte die Inventarisierung der Nistplätze von Mauer- und Alpenseglern abgeschlossen werden. Im Weiteren wurden für die Amphibienlaichgebiete Wolfgangweiher, Bergbachweiher und Tobelweiher Sanierungskonzepte erarbeitet, welche im Winter 2002/03 umgesetzt werden. Erheblicher Mehraufwand entstand bei den ökologischen Ausgleichsflächen, wo Änderungen bei Bund und Kanton den Vollzug der bestehenden Gesetze veränderten, was neue Datenerhebungen nach sich zog.

## 64 Liegenschaftenamt

### Aufgaben:

- führt Grundbuchgeschäfte für das Finanz- und Verwaltungsvermögen durch
- bewirtschaftet Liegenschaften im Finanzvermögen
- bewirtschaftet die von Dritten genutzten Objekte in Liegenschaften des Verwaltungsvermögens
- administriert die von Dritten gemieteten Objekte für die Verwaltung
- hilft bei der Bewirtschaftung von Liegenschaften anderer Verwaltungen mit

FINANZEN/PERSONAL (in CHF 1 000)	2000	2001	2002
Aufwand	15 521	20 607	12 667
Ertrag	17 711	15 239	16 862
Ertragsüberschuss	2 190	5 368	4 195
Personalbestand	7.4	7.6	7.8



Anfangs Jahr wurde bekannt, dass der Leiter Liegenschaftenamt 2004 und sein Stellvertreter per Ende März 2003 vorzeitig in den Ruhestand treten. In diesem Zusammenhang wurde die Stelle der Leitung im Januar 2002 öffentlich ausgeschrieben. Die neue Leiterin des Liegenschaftensamtes trat ihr Amt per September 2002 an.

Durch krankheits- resp. unfallbedingte mehrmonatige Abwesenheiten des Leiters, des Stellvertreters und der langjährigen Verwalterin gestaltete sich das Geschäftsjahr 2002 schwierig. Dieser Umstand verlangte von den übrigen Mitarbeitenden grosses Engagement und Flexibilität. Die genannten Ausfälle brachten es mit sich, dass während ca. 4 Monaten im Wesentlichen die Tagesgeschäfte erledigt werden konnten. Besondere Aktivitäten, insbesondere bezüglich einer aktiven Bodenpolitik und in der Akquisition von Liegenschaften für den 12-Millionen-Kredit, mussten zurückgestellt werden. Vor diesem Hintergrund ist auch der folgende Geschäftsbericht zu sehen.

#### 641 Wohn- und Geschäftsliegenschaften

FINANZEN (in CHF 1 000)	2000	2001	2002
Aufwand	8 203	6 451	6 892
Ertrag	8 336	8 907	9 515
Aufwandüberschuss			
Ertragsüberschuss	133	2 456	2 623

Der am 29. Oktober 2001 öffentlich beurkundete Kaufvertrag der Liegenschaft Wassergasse 14 zwischen der Politischen Gemeinde St.Gallen und dem Schweizer Verband der Raiffeisenbanken konnte am 25. Juni 2002 im Grundbuch eingetragen werden. Die Raiffeisenbanken werden an dieser Stelle eine Wohnüberbauung realisieren.

Im November erfolgte die Eigentumsübertragung des Grundstückes Ecke David-/Pestalozzistrasse an die Gebrüder Senn & Partner BPM AG, welcher die Baubewilligung für das geplante Geschäftshaus vorgängig erteilt worden ist. Der Baurechtsvertrag betreffend die Unterniveaugarage zwischen dem Lagerhaus und dem Polizeigebäude wurde bereits Ende 2001 mit demselben Partner abgeschlossen.

KENNZAHLEN	2000	2001	2002
Durchschnittliche Bruttorendite in % des Buchwertes	7.1	7.4	7.3
Anzahl Mietverhältnisse	1 683	1 685	1 658
Anzahl Mieterwechsel	307	300	229
– Wohnungen/Büros, Atelier/Lager	171	171	125
– Abstellplätze/Garagen	136	129	104
Mietzinsanpassungen davon	147	132	44
– Marktwertanpassung	22	28	24
– Wertvermehrung	43	18	5
Hypothekarzinsanpassung	96	79	15
Neuzugänge von Mietverhältnissen	39	2	6
– Wohnungen/Büros, Atelier/Lager	9	2	–
– Abstellplätze/Garagen	30	–	6
Total bearbeitete Fälle	493	450	366

Die vom Stadtrat im Oktober beschlossene Mietzinsanpassung aufgrund der Hypothekarzinsensenkung wird per Februar 2003 wirksam.

Bei Mieterwechseln wurden verschiedene Mietobjekte durch bauliche Massnahmen den heutigen Bedürfnissen angepasst, um so eine nachhaltige Vermietbarkeit zu garantieren. Im Zusammenhang mit der Sanierung des Lagerhauses wurden verschiedene Arbeiten (z.B. neue Heizanlage) ausgeführt und im Übrigen die Planungs- und Vorbereitungsarbeiten weitergeführt.

#### 642 Landwirtschaftliche Liegenschaften

KENNZAHLEN (in CHF 1 000)	2000	2001	2002
Aufwand	544	498	556
Ertrag	641	210	220
Aufwandüberschuss	—	288	336
Ertragsüberschuss	97	—	—
Anzahl Betriebe	7	8	8
Fläche in ha	100	97	97

Bei der Liegenschaft Sturzeneggstrasse 61 wurden ein neuer Laufstall für 30 Grossvieheinheiten erstellt und in den bisherigen Gebäuden Infrastrukturanpassungen vorgenommen. In der Folge wurde der Pachtvertrag an die neuen Gegebenheiten angepasst.

#### 643 Bauplätze und Bodenabschnitte

Im Neubaugebiet «Vogelherd» konnte mit dem Bau der Spielwiese für die beiden Gestaltungsplanteile Nord und Süd begonnen werden, nachdem vorgängig mit den Grundeigentümern im Gebiet des neuen Gestaltungsplans Vogelherd Nord eine Einigung bezüglich dem Kostenteiler erzielt werden konnte.

Für die restlichen Einfamilienhausparzellen im Überbauungsgebiet Remishueb-Ost konnten Baurechtsverträge abgeschlossen und im Grundbuch eingetragen werden. In dieser 2. Etappe wurden in weniger als 3 Jahren seit Planungsbeginn mehr als 50 neue anspruchsvolle Wohneinheiten erstellt. Eine 1. Bauetappe ist bereits bezogen; damit werden die entsprechenden Baurechtszinsen fällig.

Im Zusammenhang mit der Aufstockung des Parkplatzes Böschmühle (Kantonsspital) wurde eine Grundstücksschätzung vorgenommen und mit dem Kanton St.Gallen über einen allfälligen Verkauf verhandelt.

Für das Rathaus wurde eine Schätzung über den Baurechtszins im Falle einer Aufstockung erarbeitet und ein Mietvertrag für die neuen Räumlichkeiten des Vormundschaftsamtes am Bahnhofplatz 1 abgeschlossen. Eine weitere Schätzung wurde für die Grundstücke im Bereich der Olmahalle 14 für das Polysportive Zentrum Ostschweiz (PZO) vorgenommen. Die Betreiber der Villa YoYo wurden bei der Suche nach einem neuen Standort unterstützt.

KENNZAHLEN (in CHF 1 000)	2000	2001	2002
Aufwand	3 706	10 516	1 619
Ertrag	5 444	2 088	3 623
Aufwandüberschuss	—	8 428	—
Ertragsüberschuss	1 738	—	2 004
Grundstücke insgesamt	269	263	255
Bewirtschaftete Grundstücke	181	180	183

Diverse Liegenschaften und Liegenschaftspakete wurden auf ihre Eignung für den 12-Mio-Kredit geprüft. In diesem Zusammenhang wurde die Liegenschaft Klusstrasse 18 erworben und an die Wohnbaugenossenschaft Bavariabach abgegeben. Die beiden Liegenschaftspakete Hinterberg 26–32 sowie 53–57 mit insgesamt 56 Wohnungen, die ebenfalls für den 12-Mio-Kredit gekauft wurden, sollen 2003 im Baurecht an Wohnbaugenossenschaften abgegeben werden. Unter Berücksichtigung der beiden letztgenannten Liegenschaften wurden seit 1994 total 39 Mehrfamilienhäuser mit insgesamt 314 Wohnungen in die Verbilligungsaktion einbezogen.

Die Baurechtsverträge über die Schiessanlage Ochsenweid wurden Ende Dezember 2002 öffentlich beurkundet. Nach deren Eintragung im Grundbuch anfangs 2003 wird die letzte der Stadt St.Gallen gehörende Schiessanlage privatisiert.

Bei knapp einem Fünftel der Baurechtsverträge wurde der Bodenwert der Teuerung gemäss Landesindex der Konsumentenpreise angepasst. Bei Handänderungen von im Baurecht abgegebenen Liegenschaften wurde im Rahmen der Ausübung bzw. des Verzichts auf das Vorkaufsrecht geprüft, ob aufgrund der Spekulationsklausel ein Verkaufserlös abzuliefern ist.

KENNZAHLEN (in CHF 1 000)	2000	2001	2002
Aufwand	2 030	2 113	2 555
Ertrag	3 013	3 783	3 194
Ertragsüberschuss	983	1 086	639
Bruttorendite in %	6.59	6.22	6.26
Anzahl Baurechtsverträge	116	166	172

Der Zinssatz für die Berechnung der Baurechtszinse wurde in zwei Schritten von 4.25% auf 3.75% dem Niveau des Hypothekarzinses angepasst. Trotz der Senkung ist die Bruttorendite dank der vorgenommenen Anpassungen der Bodenwerte an die Teuerung geringfügig gestiegen.

## 65 Baupolizei

### Aufgaben:

- führt die baupolizeilichen Bewilligungsverfahren durch
- präsentiert die Gesuche und Antragstellung in der Baupolizeikommission
- entscheidet über Gesuche im abgekürzten Verfahren
- ist Sekretariat der Baupolizeikommission
- bietet Bauberatung von Bauinteressierten und Architekten an (Regelbauweise)
- überwacht rechtskräftig verfügte Auflagen der Baupolizei und der Baupolizeikommission
- verfügt Behebung von rechtswidrigen Zuständen
- erstattet Anzeigen bei Übertretung von Bauvorschriften
- vollzieht das Energiegesetz bei der Bauausführung
- vollzieht das Bundesgesetz über die baulichen Massnahmen im Zivilschutz
- vollzieht gesetzliche Vorschriften über den Feuerschutz. Überprüft Feuerschutzvorschriften an bestehenden Objekten anlässlich periodischer Feuerschauen
- erteilt Bewilligungen für Tankanlagen und überwacht die periodischen Tankrevisionen (Gewässerschutz)



<b>FINANZEN</b> (in CHF 1 000) / <b>PERSONAL</b>	<b>2000</b>	<b>2001</b>	<b>2002</b>
Aufwand	2 245	2 613	2521
Ertrag	1 547	1 761	1695
Aufwandüberschuss	698	852	826
Personalbestand	16.8	16.8	16.8

Im Gegensatz zum Rekordjahr 2001 wurden im Berichtsjahr nur 120 Wohnungen bewilligt. Der überwiegende Teil dieser Bauvorhaben wurde auf der Basis eines Überbauungs- oder Gestaltungsplans genehmigt. Praktisch alle im 2001 bewilligten Grossüberbauungen wurden 2002 ausgeführt; das hat zu einer grossen Bautätigkeit in der Stadt beigetragen.

Die Baupolizei hatte 15 Baugesuche für Mobilfunkantennen zu behandeln, 8 davon betrafen Neuanlagen. In sieben Fällen war der Ausbau bestehender GSM-Mobilfunkantennen zu Kombianlagen GSM/UMTS zu beurteilen. Seit der Liberalisierung des Mobilfunkmarktes wurden in der Stadt St.Gallen insgesamt 39 Natel-Basisstationen bewilligt. Die aktuellen Standorte der verschiedenen Netzbetreiber können im Internet ([www.stadt.sg.ch](http://www.stadt.sg.ch) Stadtplan, Umwelt/Gewässer) abgerufen werden.

Gegenüber dem Vorjahr ist die Bearbeitungsdauer einfacherer Baugesuche länger geworden. Dies ist vor allem darauf zurückzuführen, dass im Vergleich zu früheren Jahren mehr Rückstellungsentscheide gefällt werden mussten. Hinzu kommt, dass verschiedene Baugesuche bedingt durch langwierige Einsprachen in der Entscheidphase verzögert wurden. Trotz der etwas längeren Bearbeitungsdauer kann festgehalten werden, dass die Bewilligungsverfahren im Vergleich zu andern Städten äusserst speditiv abgewickelt werden.

<b>BEARBEITUNGSDAUER DER GESUCHE</b>	<b>2000</b>	<b>2001</b>	<b>2002</b>
Baugesuch in %			
< 30 Tage	67.2	66.2	61.5
31–60 Tage	20.6	22.0	26.9
61–90 Tage	6.9	7.9	7.5
> 90 Tage	5.3	3.9	4.1
Reklamegesuche in %			
< 10 Tage	43.0	36.4	41.9
11–20 Tage	29.7	31.0	32.4
21–50 Tage	19.5	26.7	24.0
> 50 Tage	7.8	5.9	1.7

#### 651 Baugesuche inkl. Reklamen-, Bauermittlungs- und Fällgesuche

Während die Anzahl der eingereichten Baugesuche gegenüber dem Rekordjahr 2001 markant zurückging, stieg die Anzahl der eingereichten Reklamegesuche im gleichen Verhältnis an. Diese Zunahme ist darauf zurückzuführen, dass für die kommerzielle Werbung im öffentlichen Raum Plakatierungskonzepte erstellt wurden (Wartekabinen VBSG / Kleinplakatierungskonzept).

Die Baupolizeikommission hatte, bedingt durch die geringere Anzahl eingereicherter Gesuche auch weniger Entscheide zu fällen (–10%). 40 Entscheide der Baupolizeikommission wurden mit Rekurs an das kantonale Baudepartement weitergezogen. Ende 2002 waren noch 10 Rekurse hängig.

<b>GESUCHE</b>	<b>2000</b>	<b>2001</b>	<b>2002</b>
Eingereichte Gesuche, Total	903	951	894
Baugesuche	631	670	565
Reklamegesuche	205	215	250
Baumfällgesuche	65	53	58
Vorverfahren	2	13	21

<b>GESUCHSARTEN</b>	<b>2000</b>	<b>2001</b>	<b>2002</b>
Kleinbauten	266	260	185
Umgebungsveränderungen	67	84	65
Nutzungsänderungen	47	52	43
Fensterauswechslungen	29	61	44
Energetische Sanierungen	43	41	32
Antennenanlagen	23	22	23
Umbauten ganzer Gebäude	28	22	32
Umbauten von Einzelgeschossen	25	25	50
Neubauten Wohnen	29	35	28
Neubauten Industrie und Gewerbe	17	16	9
Neubauten Diverse	33	31	26
Gebäudeabbrüche, Diverses	24	21	28

<b>BEARBEITUNGSSTAND</b>	<b>2000</b>	<b>2001</b>	<b>2002</b>
Bewilligte Gesuche	850	840	767
Abgewiesene Gesuche	54	36	27
Zurückgestellte Gesuche	21	31	29
Zurückgezogene Gesuche	29	40	29
Pendente Gesuche	42	52	68
Vorverfahren	3	13	16
Behandlungen von Gesuchen nach UVPV	2	2	–
Bewilligungsverlängerungen	35	50	41

<b>BAUPOLIZEILICHE ENTSCHEIDE</b>	<b>2000</b>	<b>2001</b>	<b>2002</b>
Baupolizeikommission:			
Gesuche	300	270	254
Korrekturgesuche/Wiedererwägungen	84	75	68
Baupolizei:			
Gesuche	607	637	596
Korrekturgesuche	215	187	188
Abbruchbewilligungen:			
Bauten	35	23	23
Wohnungen	14	26	49

## 652 Bauten mit Wohnungen

Das Berichtsjahr war von einer regen Bautätigkeit im Wohnungsbau geprägt.

<b>BAUBEWILLIGUNGEN MIT WOHNUNGEN</b>	<b>2000</b>	<b>2001</b>	<b>2002</b>
Wohnungsbauten	32	93	55
Einfamilienhäuser	14	46	42
Mehrfamilienhäuser	15	44	13
Geschäftshäuser mit Wohnungen	3	3	–
Anzahl Wohnungen	198	464	120

## 653 Bauberatung

Die Dienstleistungen der Bauberatung wurden wiederum stark in Anspruch genommen. Die immer komplexeren Gesetzesregelungen und die teilweise grosse Rechtsunsicherheit bezüglich Anwendung der noch nicht rechtskräftigen Bauordnung hat dazu geführt, dass die Beratungstätigkeit in dieser Hinsicht auch schwieriger und anspruchsvoller wurde. Die enge Zusammenarbeit zwischen Baupolizei und Stadtplanung bei der Vorbereitung zu Überbauungs- und Gestaltungsplänen oder bei komplexeren städtebaulichen Aufgaben (z.B. Bundesverwaltungsgericht/Neuerschliessung Schuppisstrasse/städtebauliche Aufwertung der Fürstenlandstrasse etc.) bewährt sich.

Eine besondere Herausforderung stellte sich im Berichtsjahr mit Beratungsaufgaben für kunden- und verkehrsintensive Nutzungen in St.Gallen-Ost und St.Gallen-West. Die Anwendung des kantonalen Richtplans für derartige Objekte hat verdeutlicht, wie eng die Leitplanken für Bewilligungsverfahren geworden sind.

BAUBERATUNG NACH GESUCHSARTEN	2000	2001	2002
Wohnbauten	75	52	108
Wohn-/Gewerbebauten	20	12	18
Gewerbe-/Industriebauten	22	27	17
öffentliche Bauten	2	6	8
Parkhäuser/Tiefgaragen	3	5	3
Anbauten	30	49	56
Umbauten	49	58	83
kleine An- und Nebenbauten	37	32	50
kleine Bauvorhaben	33	50	32
energetische Sanierungen	20	15	10
Umgebungsgestaltungen	65	62	77
Diverses	26	14	5
Reklamen	85	51	73
zurückgestellte Baugesuche	102	126	118
zurückgestellte Reklamegesuche	33	35	28
Farb- und Materialberatungen	72	82	86
Stellungnahmen zuhanden Stadtplanung	19	52	30

#### 654 Bauaufsicht

Die Anzahl durchgeführter Baukontrollen ist gegenüber dem Vorjahr praktisch unverändert. Seit 1. Juli 2002 hat sich eine Änderung bezüglich der Erstattung von Strafanzeigen ergeben. Im Anhang der Strafprozessverordnung (StPV) hat die Regierung festgelegt, dass bei geringfügigen Widerhandlungen eine Busse auf der Stelle zu erheben ist. Mit dieser Massnahme können die Untersuchungsämter erheblich entlastet werden. 2002 hat die Baupolizei von dieser neuen Regelung in sieben Fällen Gebrauch gemacht.

KENNZAHLEN	2000	2001	2002
Baukontrollen durchgeführt	1 555	1 342	1 389
Gerüstkontrollen vorgenommen	84	66	71
Bewilligungen öffentlicher Grund	35	34	45
Gesuche eingefordert	106	94	96
Strafanzeigen erstattet	61	56	41
Baueinstellungsverfügungen erlassen	23	28	21

#### 655 Baulicher Zivilschutz

Die Ersatzbeiträge für nicht erstellte Schutzräume reduzierte sich gegenüber dem Vorjahr erheblich. Die Gründe hierfür liegen bei der Anzahl eingereichter Baugesuche resp. Anzahl bewilligter Wohnungen.

KENNZAHLEN	2000	2001	2002
Gesuche	27	23	21
Zivilschutzabnahmen	28	19	22
Befreiung von Schutzraumpflicht	13	14	13
Einnahmen Ersatzbeiträge (in CHF 1 000)	157	335	199
Aufhebung Schutzräume	19	12	6



Seit Inkraftsetzung des kantonalen Energiegesetzes per 1. Juli 2002 ist die Möglichkeit der privaten Kontrolle gegeben. Diese Art der Kontrolle wird immer häufiger gewählt und nach den üblichen Anlaufschwierigkeiten zu einer Effizienzsteigerung im Verwaltungsvollzug führen. Die ebenfalls anzuwendende Energienutzungs-Deklaration, mit Befreiung der Nachweispflicht, führte im vergangenen Jahr zu einem wesentlich kleineren Kontrollaufwand im Energievollzug.

KENNZAHLEN	2000	2001	2002
Vernehmlassungen zu Baugesuchen	235	258	267
Energienachweis bewilligt	194	189	229
Bewilligungspflichtige Anlagen genehmigt	18	1	4
Kontrollen durchgeführt	56	39	29
Private Kontrollen / Energienutzungsdeklarationen	–	44	161

Durch die Umstellung auf andere Energieträger wie Erdgas, Wärmepumpen sowie Solaranlagen hat sich das städtische Tankvolumen auch im Jahr 2002 verringert.

BEWILLIGUNGEN	2000	2001	2002
Tankanlagen erdverlegt: Anzahl	–	–	1
Volumen in m³	–	–	75
Tankanlagen in Gebäuden: Anzahl	2	5	4
Volumen in m³	25	149	153
Kleintankanlagen: Anzahl	15	22	18
Volumen in m³	29	33	28
Ausserbetriebsetzungen: Anzahl	101	63	89
Volumen in m³	1 124	492	903

## 657 Feuerschutz

Neben den Vernehmlassungen im Baugesuchverfahren, den brandschutztechnischen Bewilligungen für Wärmeerzeugeranlagen sowie den gesetzlich vorgeschriebenen Feuerschauen und allen Veranstaltungsbewilligungen wurden auch im Jahr 2002 in den entsprechenden «In-Lokalen» unangemeldet feuerpolizeiliche Kontrollen durchgeführt.

KENNZAHLEN	2000	2001	2002
Vernehmlassungen zu Gesuchen	336	367	339
Feuerungsanlagen bewilligt	371	302	365
Feuerschauen durchgeführt	1 334	1 394	1358
Mängelrapporte eröffnet	302	270	354
Strafanzeigen erstattet	1	1	1

## 66 Vermessungsamt

### Aufgaben:

- ist verantwortlich für das amtliche Vermessungswerk
- erstellt Plankopien und Daten der amtlichen Vermessung
- ist zuständig für Bau- und Ingenieurvermessung
- verwaltet die Häusernummerierung und pflegt Gebäudedaten
- betreibt das Rauminformationszentrum RIZ

<b>FINANZEN</b> (in CHF 1 000) / <b>PERSONAL</b>	<b>2000</b>	<b>2001</b>	<b>2002</b>
Aufwand	1 694	*2 021	**1 968
Ertrag	***1 613	1 048	1 156
Aufwandüberschuss	81	973	812
Personalbestand	12.5	*13.4	**12.4

\* Per 1.1.2001 Verschiebung einer Stelle vom Organisations- und Informatikamt ins Vermessungsamt im Rahmen der Gründung des Rauminformationszentrums RIZ.

\*\* Verzicht auf Besetzung einer vakanten Stelle im Jahre 2002.

\*\*\* Jährlich stark abweichende Beiträge von Bund und Kanton an die Erneuerung der amtlichen Vermessung

<b>ERBRACHTE LEISTUNGEN</b> (in %)	<b>2000</b>	<b>2001</b>	<b>2002</b>
Nachführung amtliche Vermessung	25.9	21.9	16.6
Plan- und Datenausgaben	7.9	7.3	7.5
Bau- und Ingenieurwesen	9.7	8.3	13.2
Häusernummerierung	3.2	4.9	6.5
Projekte	37.5	30.9	34.5
Übrige Daueraufgaben	15.8	26.7	21.7

## 661 Vermessung und Dienste

<b>AMTLICHE VERMESSUNG</b>	<b>2000</b>	<b>2001</b>	<b>2002</b>
Anzahl Grenzmutationen	72	73	47
Anzahl Situationsmutationen	241	228	188
Anzahl Planausgaben	1 443	1 257	1 083
Anzahl Datenausgaben	197	183	282

Per 31.12.2001 war eine Feldassistentenstelle vakant. Auf eine erneute Besetzung wurde verzichtet; Engpässe konnten durch den Einsatz eines Mitarbeiters des Strasseninspektorates bewältigt werden.

Die Erneuerung des Vermessungswerkes gemäss den neuen gesetzlichen Vorschriften verlief planmässig. Die Daten und Akten des Loses 19 (Kreis Centrum) wurden vom kantonalen Vermessungsamt verifiziert. Die Anerkennung folgt im Jahr 2003.

<b>AREALSTATISTISCHE ANGABEN</b> (in ha)	<b>2000</b>	<b>2001</b>	<b>2002</b>
Gebäude	275.8	277.3	277.8
Hofraum, Garten, Anlagen	894.0	901.5	908.3
Acker, Wiesen, Weiden	1 358.7	1 351.6	1 344.6
Wald	991.9	991.8	991.9
Bahnen, Strassen, Wege	338.4	337.0	336.7
Gewässer	78.3	77.5	78.4
Übrige Gebiete	0.8	0.2	0.2

BAUVERMESSUNG/HÄUSERNUMMERIERUNG	2000	2001	2002
Anzahl baupolizeiliche Absteckungen	165	130	215
Anzahl Häusernummerierungsmutationen	92	84	135

## 662 Rauminformationszentrum (RIZ)

Der praktische Aufbau der ersten Netzinformationssysteme beim Entsorgungsamt und der Abteilung Erdgas/Wasser der sgsw wurde vom RIZ auf mehreren Ebenen begleitet (Projektmanagement, Betrieb und fachliche Unterstützung). Zudem koordinierte das RIZ die Evaluation der externen Firmen für die Erstdatenerfassung der Leitungsdaten und leistete Unterstützungsarbeit beim Aufbau der Datengrundlagen, bei der Georeferenzierung und beim Erstellen von Plotdefinitionen. Als Folgeprojekt zur Systembeschaffung beim Entsorgungsamt und der Abteilung Erdgas/Wasser der sgsw konnte die Evaluation eines Netzinformationssystems für die Abteilung Elektrizität bei den sgsw begonnen werden. Diverse weitere Projekte beschäftigten sich ebenfalls mit der Evaluation von GIS-gestützten Informationssystemen, z.B. im Tiefbauamt (Koordination von Kanal- und Werkleitungsbauten, Strassenentwässerung oder bei der Stadtpolizei (Signalisation und Markierung).

Der grösste Teil der Arbeitsstunden für den GIS-Betrieb wurde nach wie vor für die amtliche Vermessung aufgewendet. Der digitale Stadtplan und der Bereich Desktop-GIS erwiesen sich als stabile Arbeitsplattformen, welche nur noch punktuell Unterstützung brauchten. Für den Stadtplan wurde eine neue Hardware-Plattform aufgebaut und in Betrieb genommen. Im Desktop-GIS Segment wurden für ausgewählte Dienststellen adaptierte Lösungen mit GIS Anbindung erstellt und fachlich betreut. Drei Projekte standen hier im Vordergrund: Die Migration des Strassenlärmkatasters für die Umweltfachstelle, die Mitarbeit am Projekt Baumkataster des Gartenbauamtes (wo das RIZ für die Realisierung von Baumkarten verantwortlich zeichnete) und schliesslich die Unterstützung bei der Bearbeitung von GIS-Daten landwirtschaftlicher Nutzflächen und ökologischer Ausgleichsflächen.

Auch in diesem Jahr konnten wiederum 4 Kurse (2 MapInfo und 2 Workshops Stadtplan) durchgeführt werden.

STADTPLAN IM INTRANET UND INTERNET	2000	2001	2002
Anzahl Besuche im Internet	–	57 153	87 700
Anzahl Besuche pro Arbeitstag im Internet	–	185	286
Anzahl Besuche pro arbeitsfreier Tag im Internet	–	96	141
Anzahl Besuche im Intranet der Stadtverwaltung	18 397	24 148	29 205
Anzahl Besuche pro Arbeitstag im Intranet	69	93	114



## 67 Grundbuchamt

### Aufgaben:

- führt das Grundbuch
- arbeitet Verträge für Handänderungen, Dienstbarkeiten, Stockwerkeigentumsbegründungen, Hypothekengeschäften etc. aus
- führt öffentliche Beurkundungen durch
- ist verantwortlich für das Schätzungs- und Gebäudeversicherungswesen
- administriert die Auszahlung von Verkehrswertentschädigungen bei Brand- und Elementarschadenfällen
- veranlagt Handänderungssteuern, Beurkundungs- und Grundbuchgebühren

FINANZEN (in CHF 1 000) / PERSONAL	2000	2001	2002
Aufwand	1 415	1 490	1 796
Ertrag	3 077	3 290	3 219
Ertragsüberschuss	1 662	1 800	1 423
Personalbestand	11	11,1	13,8

## 671 Erbrachte Leistungen

KENNZAHLEN	2000	2001	2002
Tagebuchbelege (Rechtsgeschäfte)	3 030	2 800	3 567
Anzahl Handänderungen (ohne Erbgänge)	653	666	705
Betroffene Grundstücke und Anteile (ohne Erbgänge)	993	1 165	1 197
Handänderungswerte, ohne Erbgänge (in CHF 1 000)	423 028	579 010	598 623
Löschungen von Grundpfandrechten	734	585	669
Neue Grundpfandrechte	435	497	548
Pfandrechterhöhungen	267	247	279
Stockwerkeigentumsbegründungen	19	17	16
Eröffnete GB-Blätter für StWE-Anteile	208	239	101
Eröffnete GB-Blätter für ME-Anteile	228	243	130
Anzahl Gebäudeschätzungen	1 409	564	634
Anzahl Grundstückschätzungen	1 128	1 139	878
Einnahmen aus Grundbuch- und Schätzungsgebühren (in CHF 1 000)	2 977	3 066	3 013
Einnahmen aus Handänderungssteuern (in CHF 1 000)	4 023	5 382	4 730

Handänderungssteuern werden vom Grundbuchamt veranlagt und in Rechnung gestellt, die Einnahmen dagegen beim Steueramt verbucht. Sehr arbeitsintensiv sind die verantwortungsvolle Beratung der Bürgerinnen und Bürger, Stockwerkeigentums-Begründungen (StWE), Änderungen von bestehenden StWE-Begründungen, Baurechts- und andere Dienstbarkeitsverträge, welche sich durch Neuüberbauungen aufdrängen sowie anspruchsvolle Grundstückteilungen und Grenzbereinigungen mit den erforderlichen Lastenbereinigungen.

Die Arbeiten im Zusammenhang mit dem elektronischen Grundbuchregister TERRIS sind für den Grundbuchkreis Centrum abgeschlossen. Anschliessend erfolgt die Umstellung in den Grundbuchkreisen Ost und West.

## **7 VERWALTUNG DER TECHNISCHEN BETRIEBE**

### **70 Abteilungssekretariat**

#### **71 Umweltfachstelle**

711 Umweltschutzkonferenz

712 Umweltkommunikation

713 Umweltbildung

714 Immissionsschutz

715 Energiefonds

716 Gesundheitsförderung

#### **72 Entsorgungsamt**

##### **721 Abfallentsorgung**

721.1 Entsorgung und Recycling

721.2 Thermische Abfallbehandlung in der KVA

721.3 Ablagerungsplatz Tüfentobel

##### **722 Gewässerschutz**

722.1 Kanalnetz

722.3 Abwasserreinigung

### **73 Stadtwerke und Verkehrsbetrieben**

#### **74 Controlling Rahmenkredite 2001 - 2004**

741 Rahmenkredit Erdgasversorgung

742 Rahmenkredit Wasserversorgung

743 Rahmenkredit Elektrizitätsversorgung

744 Rahmenkredit Kanalisation

### **70 Abteilungssekretariat**

#### **Aufgaben:**

- berät und unterstützt den Vorstand und die Dienststellen der Technischen Betriebe sowie der Organe der RWSG Regionale Wasserversorgung St.Gallen AG in betriebswirtschaftlichen und juristischen Fragen
- arbeitet Vorlagen an den Stadtrat und den Grossen Gemeinderat sowie Antworten auf parlamentarische Vorstösse aus
- koordiniert Sachgeschäften und Vorlagen an den Stadtrat und an den Grossen Gemeinderat sowie von parlamentarischen Vorstössen
- ist Sekretariat der Werkkommission und des Verwaltungsrates der RWSG

Die Ausgliederung der Sankt Galler Stadtwerke (sgsw) aus der Stadtverwaltung war wiederum ein zentrales Thema im Abteilungssekretariat. An sieben Sitzungen der Spezialkommission wurden die stadträtliche Vorlage und der Kommissionsbericht im Detail beraten. Nach dem Nein zum eidgenössischen Elektrizitätsmarktgesetz (EMG) vom 22. September 2002 hat der Stadtrat seine Vorlage jedoch zurückgezogen. Die sgsw bleiben damit eine Unternehmung der Stadtverwaltung. Die Kommission befasste sich in der Folge mit den Konsequenzen des stadträtlichen Rückzugsentscheids und den Entwicklungsoptionen der sgsw.

Weitere Schwerpunkte lagen bei der Erarbeitung möglicher Ziel- und Handlungsfelder im Zusammenhang mit der Umsetzung einer Lokalen Agenda 21 in St.Gallen (Postulatsauftrag) und bei den Vorbereitungen für die kommunale Abstimmung über die Volksinitiative «Üs schtinkts!», welche die Wiedereinführung einer flächendeckenden Zweimalabfuhr forderte, im November aber überaus deutlich an der Urne scheiterte (75% Nein-Stimmen).

Die RWSG hat die Vorstudie über die Zukunft des Seewasserwerks Riet abgeschlossen und ein Vorprojekt gestartet, das den Fächer möglicher Vorgehensstrategien weit über eine Erneuerung des Seewasserwerks Riet hinaus geöffnet hat. Im Weiteren wurde die Überarbeitung der gesamten Rechtsgrundlagen der Gesellschaft in Angriff genommen.

<b>FINANZEN</b> (in CHF 1 000) / <b>PERSONAL</b>	<b>2000</b>	<b>2001</b>	<b>2002</b>
Aufwand	454	476	492
Ertrag	284	256	276
Aufwandüberschuss	170	220	216
Personalbestand	3.0	3.0	3.0

## 71 Umweltfachstelle

### Aufgaben:

- vollzieht das Umweltschutzgesetz (USG)
- vollzieht die eidgenössische Luftreinhalte-Verordnung (LRV) bei allen Feuerungsanlagen, stationären Verbrennungsmotoren sowie bei den Betrieben mit Lösungsmittel- und Staubemissionen
- vollzieht die eidgenössische Lärmschutz-Verordnung (LSV): Messung, Beurteilung und Begrenzung von Aussenlärm-Immissionen bei allen Anlagen ausser Staatsstrassen und Fluglärm
- vollzieht die Schall- und Laserverordnung (SLV)
- vollzieht die Verordnung über den Schutz vor nichtionisierender Strahlung (NISV)
- koordiniert die Bestrebungen der Stadt hinsichtlich Umweltschutz und Nachhaltiger Entwicklung
- ist zuständig für Umweltinformation, Umweltberatung und Umweltbildung
- nimmt die Ortskoordination im Rahmen der gemeindeorientierten Prävention im Kanton St.Gallen wahr
- ist Energiefachstelle der Stadt St.Gallen, vollzieht das städtischen Energiefonds-Reglement

<b>Finanzen</b> (in CHF 1 000) / <b>Personal</b>	<b>2000</b>	<b>2001</b>	<b>2002</b>
Aufwand	859	904	899
Ertrag	151	156	144
Aufwandüberschuss	708	748	754
Personalbestand	5.2	5.2	5.2



## 711 Umweltschutzkonferenz

Die Umweltschutzkonferenz (UKO) tagte im Berichtsjahr zweimal. Sie befasste sich mit aktuellen Umweltthemen und widmete sich dem konzeptionellen Vorgehen im Prozess Lokale Agenda 21. Ein weiterer Schwerpunkt betraf den Prozess Label Energiestadt.

## 712 Umweltkommunikation

Kosten (in CHF 1 000)	2000	2001	2002
Ökopodien/Energietalk	3	6	11
Ökomarkt	5	4	5
Aktionen/Ausstellungen	77	*107	69
Berichte/Broschüren	8	–	8

\* inkl. CHF 40 000 für EU-Aktionstag «In die Stadt – ohne mein Auto»

Im Bereich Umweltkommunikation und Öffentlichkeitsarbeit wurde als Schwerpunkt das Thema Luft und Lebensqualität weitergeführt.

### Lokale Agenda 21

Ende Februar wurde das Postulat «Umsetzung der Lokalen Agenda 21» im Grossen Gemeinderat erheblich erklärt. Die Umweltfachstelle koordinierte die Arbeiten zur Beantwortung in der Verwaltung in enger Zusammenarbeit mit der Abteilungssekretärenkonferenz.

### Aktionen Rio+10

Zehn Jahre nach Rio, wo 1992 die Agenda 21 verabschiedet wurde, fand im Spätsommer in Johannesburg die zweite Weltkonferenz für Nachhaltige Entwicklung statt. Die Umweltfachstelle griff dieses Jubiläum mit verschiedenen Aktionen auf. Das Ökopodium «Gut unterwegs in die Zukunft»? vom 30. September bot Gelegenheit, Bilanz zu ziehen und aus lokaler Sicht die wichtigsten Aspekte für ein partnerschaftliches Zusammenleben, eine gesunde Wirtschaft und eine intakte Umwelt zu diskutieren.

Schülerinnen und Schüler der 3. Grafikfachklasse St.Gallen befassten sich mit der Nachhaltigen Entwicklung im Spannungsfeld globale Zerstörung – lokale Entwicklung und setzten ihre Visionen gestalterisch um. Die interessanten Resultate wurden an einer Plakatausstellung in der Klubschule Migros gezeigt und prämiert. Das Siegerplakat wird im Jahr 2003 öffentlich ausgehängt. Für die Öffentlichkeitsarbeit wurden zudem 12 Sujets auf Postkarten gedruckt.

Das Patronat «Lokale Agenda 21 Stadt St.Gallen» unterstützt den Prozess ideell und aktiv. Im September trafen sich rund zwanzig Mitglieder zum Austausch und entwickelten nachhaltige Projektideen.

### Umweltinformation

Mit dem Faktenblatt «Die Weiher laden zum Bade», das in Zusammenarbeit mit dem Entsorgungs- und Sportamt im Hinblick auf das Wasserjahr 2003 entstanden ist, setzte die Umweltfachstelle die Berichterstattung im Rahmen des im Jahre 2000 neu gestalteten Umweltberichts fort.

Aufgrund des hochsommerlichen Wetters am diesjährigen St.Galler Kinderfest sensibilisierte und informierte die Umweltfachstelle die Schulen über die Gefahren der Sonnenstrahlung.

Am Treffen des Patronats Lokale Agenda 21 wurde die Idee der Pflanzung von Hochstamm-Obstbäumen als Schattenspender aufgegriffen und eine Projektgruppe unter Koordination der Umweltfachstelle gegründet.

Vom Informationsbulletin Raum und Umwelt RAUM erschienen im Berichtsjahr zwei Ausgaben.

#### **Illegales Verbrennen von Abfallstoffen**

Am 10. Januar fand der vielbeachtete Auftakt der regionalen Kampagne «Fair feuern» beim Vadiandenkmal statt. Dieser Anlass war der Start für die gleichnamige Wanderausstellung, die an verschiedenen Orten in den Kantonen St.Gallen, beiden Appenzell und Thurgau Halt machte.

Mit dieser Kampagne ist die Sensibilität für diese Thema in der Bevölkerung gestiegen, was durch viele Anfragen, Hinweise und Klagen in Bezug auf diverse Verbrennungsaktivitäten (z.B. im Umgang mit Baumschnitt, bei Traditionsfeuer, das Verhalten in Familiengärten und in Gartencheminées) deutlich wurde.

#### **Energietalk**

Am 17. Juni wurde ein weiterer Energietalk durchgeführt. Dieser widmete sich dem Thema «Energiesparen lohnt sich» (CO<sub>2</sub>-Problem), in dem in vier Referaten über die politischen Bestrebungen, die finanziellen Förderprogramme und die technischen und wirtschaftlichen Entwicklungsperspektiven informiert wurde.

#### **Ökomarkt**

Der Ökomarkt fand am 16. Mai mit dem Spezialthema «essen und geniessen» rund ums Vadiandenkmal statt und stiess wiederum auf grosses Echo. Rund siebzig Teilnehmende aus Stadt und Region haben sich an dieser achten Durchführung beteiligt. Die Umweltfachstelle nahm mit einem eigenen Stand zum Thema ökologische Dachbegrünung teil.

#### **Ökologische Beschaffung**

Die von der Umweltfachstelle geführte Fachgruppe «Ökologische Beschaffung» traf sich zu zwei Sitzungen, wobei neben dem Erfahrungsaustausch zum Submissionswesen der Stellenwert des Umweltschutzes in der Verwaltungsarbeit im Vordergrund stand. Die Fachgruppe initiierte zudem ein Projekt für einen Materialpool in der Stadtverwaltung und für ein Beratungsangebot für die Dienststellen.

Zusammen mit der Interessengemeinschaft Ökologische Beschaffung führte die Stadt am 16. September ein Seminar zum Thema Perspektiven und Trends im öffentlichen Beschaffungswesen durch.

Im Sommer fand der von der Umweltfachstelle angebotene Workshop «Umwelt- und Gesundheitsschutz bei meiner Arbeit» im Rahmen des internen Weiterbildungsprogrammes des Personalamtes statt.

#### **Ökologische Dachbegrünung**

«Naturnahe Gestaltung – Dach, Garten, Wege und Plätze» hiess eine Sonderschau an der OFFA 2002, die in Zusammenarbeit mit dem Verein für naturnahe Gartengestaltung VNG, der städtischen Fachstelle für Freiraum-, Naturschutz- und Landschaftsplanung und drei VNG-Gartenbaubetrieben entstand. Die Besuchenden erfuhren in der ausgestellten, naturnah gestalteten Landschaft Wissenswertes über

ökologische extensive Dachbegrünung, Bauen mit Weiden, einheimische Pflanzen und natürliche Bodenbefestigungen.

Das neue Faltblatt «Begrünte Dächer mit einheimischen Wildpflanzen und natürlichem Substrat» informiert über eine ökologische Art der Dachbegrünung, die bereits an einem Pilotprojekt auf dem Friedhof Feldli erprobt wird.

#### Bodenschutz

Vom 10. bis 15. Juni präsentierten die Umweltfachstelle und das Gartenbauamt in Zusammenarbeit mit dem kantonalen Amt für Umweltschutz die Ausstellung «Erlebnis Boden» im Einkaufszentrum Gallus-Markt. Die Veranstaltung bot spannende Einblicke in die Welt unter den Füßen, zeigte den faszinierenden Lebensraum Boden und informierte über seine Nutzung, aber auch seine Verletzlichkeit.

Im Frühling wurde die Bodenprobenaktion aus dem Winter 2001/02 ausgewertet, bei der die Erde von rund siebzig Gartenbesitzerinnen und -besitzern analysiert wurde. Mit den Ergebnissen wurde in einem Informationsanlass auf den Zusammenhang von gesunder Nahrung und gesunder Gartenerde aufmerksam gemacht.

### 713 Umweltbildung

Die Umweltfachstelle bot den Lehrerinnen und Lehrern auch im vergangenen Jahr wiederum ihre Umweltbildungsmaterialien, Medienpakete und Dienstleistungen an. Auf Anfrage stellte die Umweltfachstelle zudem in verschiedenen Schulklassen Themenbereiche ihrer Arbeit vor. Beteiligt war die Umweltfachstelle auch bei der Vorbereitung der Zertifizierung eines städtischen Schulhauses als urwaldfreundliche Schule.

Für den Sankt Galler Sommerplausch des Jugendsekretariats schrieb die Umweltfachstelle die Kurse «Besuch auf dem Bio-Bauernhof», «Natur einfangen» und «Unter dem Boden der Stadt» aus, die alle gut gebucht waren.

### 714 Immissionsschutz

#### Luftbelastung

Unter [www.ostluft.ch](http://www.ostluft.ch) ist die Luftbelastung in St.Gallen an der Rorschacherstrasse und der Stuelegg online abrufbar. Weiter wurde 2002 an 6 Messorten in der Stadt die mittlere Jahresbelastung durch Stickstoffdioxid erhoben.

LUFTBELASTUNGSENTWICKLUNG AN DER MESSSTELLE RORSCHACHERSTRASSE	2000	2001	2002
Stickstoffdioxid NO <sub>2</sub> in µg/m <sup>3</sup> (Grenzwert 30 µg/m <sup>3</sup> )	28	31	33
Ozon			
Zahl der Stundengrenzwert-Überschreitungen (120 µg/m <sup>3</sup> )	281	250	142

Die Belastung durch das giftige Stickstoffdioxid hat wieder zugenommen. Gründe hierfür dürften das weiterhin steigende Verkehrsaufkommen und der steigende Anteil an Dieselfahrzeugen sein, die bekanntlich mehr Stickoxide emittieren als die mit Benzin betriebenen. Insbesondere entlang von stark befahrenen Strassen sind die Belastungen durch NO<sub>2</sub> und Feinstaub (PM<sub>10</sub>) deutlich über dem Grenzwert der Luftreinhalteverordnung (LRV). Zudem werden die Ozonegrenzwerte flächendeckend überschritten.



Auf der Stuelegg wurden 640 Stundengrenzwert-Überschreitungen durch Ozon gemessen. Deutlich geringer ist mit 142 Grenzwertüberschreitungen die Belastung am verkehrsexponierten Standort Rorschacherstrasse. Gemäss LRV dürfte dieser Stundenmittelwert jedoch lediglich einmal pro Jahr überschritten werden.

#### Massnahmenplan Luftreinhaltung (MPL)

Die vom kantonalen Baudepartement vorgeschlagene Nachführung des Massnahmenplans Luftreinhaltung im Bereich Parkplatzbewirtschaftung bei verkehrserzeugenden Einrichtungen wie Einkaufszentren und Freizeitsportanlagen wurde aufgrund politischer Widerstände von der Regierung zurückgezogen.

#### Lärm

LÄRMSCHUTZ	2000	2001	2002
Beratung von Privaten	25	25	18
Beratung anderer Verwaltungsstellen	8	10	7
Erstellung von Lärmprognosen	4	3	7

Die Belastung der Stadtbevölkerung durch Strassenlärm ist nach wie vor hoch. Rund 15 000 Personen sind Lärmbelastungen ausgesetzt, die über den Grenzwerten der Lärmschutzverordnung des Bundes liegen. Im Rahmen des Lärmschutz-Strassensanierungsprogramms führte der Kanton als Strassenbesitzer die Erhebungen über die Sanierungsfälle entlang der Staatsstrassen auf Stadtgebiet weiter und richtete in sogenannten Schallschutzfenster-Programmen finanzielle Beiträge aus. Die Stadt führte im Berichtsjahr eine ähnliche Erhebung an Gemeindestrassen durch.

Im Rahmen der Nachführung des Strassenlärmkatasters wurde eine Erhebung des Schwerverkehrsanteils auf den Stadtstrassen durchgeführt. Es hat sich gezeigt, dass die Anteile des Schwerverkehrs unter den bisher verwendeten Werten liegen, was sich in leicht geringeren Immissionswerten äussert. Die Anteile am Tag liegen auf Quartierstrassen bei 1 bis 3%, auf Durchgangsstrassen bei 4 bis 5% und auf der Stadtautobahn bei 8 bis 10%. Der auf der neuen Zahlenbasis nachgeführte Strassenlärmkataster liegt ab April 2003 auf dem Internet unter [www.stadtplan.stadt.sg.ch](http://www.stadtplan.stadt.sg.ch) vor.

#### Baugesuchsverfahren

BEWILLIGUNGEN	2000	2001	2002
Baugesuche	236	235	237
Baugesuche in lärmbelasteten Gebieten	31	15	16
Baugesuche f. Mobilfunk-Basisstationen	21	12	21
Sondernutzungsplan-Verfahren	4	11	10
UVP	3	4	4

An der Bau- und Umweltrechtstagung der Baupolizei war die Umweltfachstelle mit einem Informationsstand über die neuen Erkenntnisse und Vorschriften zum Umweltschutz beim Bauen präsent. An der Tagung wurde auch die neue Richtlinie zur Luftreinhaltung auf Baustellen vorgestellt, zu der nun ein Umsetzungskonzept erarbeitet wird. Die interne, mittlere Durchlaufzeit eines Baugesuches sank im Berichtsjahr gegenüber dem Vorjahr leicht und beträgt 4.8 Arbeitstage.

## Feuerungsanlagen und stationäre Verbrennungsmotoren

FEUERUNGSANLAGEN (in CHF 1 000)	2000	2001	2002
Aufwand	136	*124	119
Gebühreneinnahmen	106	118	103
Deckungsgrad %	78	95	87

\* seit 2001 wird der Aufwand nicht mehr nach Stellenplan-Anteil des Ressorts Feuerungsanlagen am Gesamtaufwand, sondern nach effektiven Arbeitsstunden und SIA-Tarif gerechnet

ANLAGEN-STATISTIK	2000	2001	2002
Zahl der kontrollpflichtigen Feuerungsanlagen	7 411	7 429	7464
Installierte Leistung in Megawatt (MW)	601	606	606
Anteil Heizöl «Extra Leicht» in %	71	72	71
Anteil Erdgas %	27	27	28
Anteil Low-Nox-Technik in %	40	46	49
Zahl Blockheizkraftwerke	21	21	21

MESSUNGEN UND BEWILLIGUNGEN	2000	2001	2002
Abgasmessungen Feuerungsanlagen	3 240	3 846	3160
Abgasmessungen Verbrennungsmotoren	22	24	*—
Bewilligungen Neuanlagen	331	302	365
Sanierungsverfügungen/-mitteilungen	94	76	90
Zahl der offenen Sanierung	564	457	409

\* massive technische Probleme mit Messsoftware unter Windows NT; wird mit Update auf Windows XP 2003 behoben

Die Umweltfachstelle nahm im Sinne der Qualitätssicherung 291 Stichprobenmessungen vor. Dabei konnte den Fachfirmen für ihre vorgenommenen Messungen eine gute Qualität attestiert werden. Im Zusammenhang mit dem Vollzug der Feuerungskontrolle wurden 17 Abgasmessungen im Sinne einer Ersatzvornahme in Auftrag gegeben, bei 54 Anlagen infolge abgelaufener Frist die Sanierung durchgesetzt, auf zwei Wiedererwägungsgesuche eingetreten, zwei Zwangsvollstreckungen angedroht und zwei Rechtsvorschläge beseitigt.

### Betriebe

Die bereits seit sechs Jahren auf Partnerschaft basierende Zusammenarbeit mit der Textilreiniger-Branche (Chemische Reinigungen) wurde im Berichtsjahr auf dieselbe Stufe wie die übrigen Branchenlösungen gestellt. Es wurde eine Vereinbarung unterzeichnet, wonach das Vollzugsorgan der Branche in eigenverantwortlicher Weise Kontrollen und allfällige Sanierungen auslösen kann. Der Fachstelle verbleibt weiterhin die Stichprobenkontrolle. Im Berichtsjahr wurden sechs Betriebe kontrolliert. Kleinere Mängel konnten ausnahmslos mit betrieblichen Massnahmen behoben werden. Eine Reinigungsmaschine wurde aufgrund einer verfüzten, im Berichtsjahr abgelaufenen Sanierungsfrist stillgelegt; dieser Betrieb wird als sogenannte Ablage weitergeführt, d.h. Textilien werden dort angenommen und in einem anderen Betrieb gereinigt, der den gesetzlichen Vorschriften entspricht.

Bei den Baualern wurde die zweite Kontrollrunde durchgeführt. Mit einer Ausnahme erfüllen alle Malerbetriebe auf Stadtgebiet die gesetzlichen Vorschriften. Beim Start dieser Branchenlösung wiesen noch 26 Betriebe zum Teil schwerwiegende Mängel auf.

Die Baustoff-Recycling-Betriebe auf Stadtgebiet weisen keine Probleme in Bezug auf die Rechtskonformität auf – im Gegensatz zu einer Vielzahl im übrigen Kantonsgebiet, wo 33 Anlagen mangels Bewilligungsfähigkeit geschlossen wurden oder werden.

Die Branche Reparaturbetriebe des Auto- und Transportgewerbes hat im Jahr 2002 auf Stadtgebiet ihre Kontrolltätigkeit aufgenommen. An dieser Branchenlösung sind die Kantone AG, GR, SO, SG, ZG und ZH beteiligt. Im Gegensatz zu anderen Branchenlösungen veranlasst das dafür geschaffene Brancheninspektorat keine Kontrollen direkt, sondern bildet interessierte und kompetente Kontrollfirmen aus, akkreditiert diese und überlässt es den Garagenbesitzern, durch welche dieser Firmen sie kontrolliert werden wollen. Auf diese Weise wurden auf Stadtgebiet 39 Betriebe kontrolliert.

Im Rahmen der Einführung und Weiterentwicklung von betrieblichen Umweltmanagementsystemen unterstützt die Umweltfachstelle die Betriebe insbesondere bei der Abklärung der Umweltrechtskonformität. Diese Dienstleistung wurde 2002 von zwei Firmen (Vorjahr drei) in Anspruch genommen.

INDUSTRIE- UND GEWERBELÄRM	2000	2001	2002
Erhebungen und Messungen	10	15	13
Verfügungen	2	2	1
Vereinbarungen	7	8	7

Bei mehreren Betrieben, insbesondere aus dem Gastronomie- und dem Gewerbe-/Industriebereich, wurden wegen übermässigen Lärmimmissionen Sanierungsmassnahmen vereinbart. Im Rahmen einer Verfügung wurden beim Open Air Lärmschutzaufgaben erlassen.

Gemäss Art. 31 der Lärmschutzverordnung sind Einschränkungen bei Baubewilligungen in lärmvorbelasteten Gebieten zu prüfen. Voraussetzung für die Bewilligungsbehörde ist, dass diese Vorbelastung bekannt ist, was beim Strassen- und Eisenbahnverkehrslärm in der Form von Katastern bereits seit über zehn Jahren zutrifft. Einige Vorfälle im Zusammenhang mit Bewilligungen in der Umgebung von gewerblichen Betrieben haben gezeigt, dass auch über Gewerbe- und Industrielärm wenigstens ein qualitativer Kataster zu führen ist. Im Berichtsjahr wurde dazu eine Umfrage bei lärmrelevanten Betrieben auf Stadtgebiet durchgeführt, und rund drei Viertel davon gaben freiwillig und durch Eigendeklaration Auskunft über das durch sie verursachte Potenzial bezüglich Lärmvorbelastung.

#### Elektromagnetische Strahlung

Im Berichtsjahr wurden Vollzugsempfehlungen des BUWAL zur Verordnung zum Schutz gegen nicht-ionisierende Strahlung herausgegeben, die in einigen Kontroversen zwischen Behörde und Mobilfunkbetreiberfirmen Klärung brachten, in den meisten Fällen die bereits vorher bestehende Vollzugspraxis der Baupolizei und der Umweltfachstelle bestätigten. Anhand der quartalsweise eingeforderten Meldelisten der Mobilfunkbetreiber wird der öffentlich zugängliche NIS-Kataster auf Stadtgebiet laufend aktualisiert. Im Zusammenhang mit Mobilfunkantennen gingen über 70 (Vorjahr 45) Anfragen, davon 11 Klagen ein, die einen grösseren Aufwand mit den Mobilfunk-Betreiberfirmen verursachten.

Im Berichtsjahr wurden 21 Gesuche wegen Neuerrichtung oder Änderung einer bestehenden Anlage eingereicht und auf ihr Immissionspotenzial überprüft. Drei Gesuche mussten wegen Fehler im NIS-Standortdatenblatt an die Gesuchsteller zur Überarbeitung zurückgewiesen werden, da Grenzwerte verletzt wurden. Dies hatte in zwei Fällen erhebliche Korrekturen in Bezug auf die Senderichtung oder -leistung zur Folge. Aufgrund der hohen bewilligten Sendeleistung bzw. der erheblichen Immissionsrelevanz wurden bei vier Mobilfunk-Anlagen Immissionsmessungen vorgenommen, die in allen Fällen die Einhaltung der geltenden Grenzwerte nachweisen konnten. Die Immissionswerte lagen in der Regel deutlich tiefer als die im NIS-Standortdatenblatt berechneten.



## Klagen

KLAGEFÄLLE	2000	2001	2002
Geruchsbelästigungen durch Feuerungen	15	15	13
Abfallverbrennen im Freien	2	4	5
Geruchsbelästigungen aus Betrieben	5	8	3
Andere Luftbelastungen	2	–	1
Lärmbelästigungen Gastwirtschaften	5	7	13
Andere Lärmbelästigungen	4	12	13
NIS-Immissionen	19	9	11

Mit Ausnahme der NIS-Klagen wurden die Klagefälle in der Regel in Zusammenarbeit mit der Gewerbe-polizei bearbeitet.

## 715 Energiefonds

ENERGIEFONDS	2000	2001	2002
Behandelte Gesuche	59	41	27
Abgeschlossene Gesuche	53	42	20
Ausbezahlte Beiträge in CHF	482 409	570 390	308 937

Im Berichtsjahr wurde ein Beitrag zur grössten Sole-Wasser-Wärmepumpenanlage auf Stadtgebiet aus-bezahlt, dank welcher jährlich über 100 Tonnen CO<sub>2</sub> vermieden werden können. Dieser Anlage gilt ein besonderes Augenmerk, da wegen ihrer Dimensionen Erfahrungen und Schlüsse für weitere, ähnlich gelagerte Projekte gezogen werden können.

Nach der Revision des Energiefondsreglementes (EFR) wurde auf den 1. Juli das Vollzugsreglement vom Kanton genehmigt und vom Stadtrat in Kraft gesetzt. Dies führte dazu, dass kurz vor diesem Termin die Anzahl Gesuche vor allem für Förderbereiche, die danach nicht mehr oder nur noch in reduziertem Umfang gefördert werden, deutlich angestiegen ist. Seither sind die Gesuchseingänge wieder zurückgegangen.

## 716 Gesundheitsförderung

Die Umweltfachstelle beteiligte sich wiederum an der Vorbereitung und Durchführung des (zweiten) Sankt Galler Gesundheitstages vom 9. November mit dem Schwerpunktthema Lunge und Atmung, der auf sehr grosses Interesse stiess. Die Umweltfachstelle war am Gesundheitstag mit je einem Stand zu den Themen «Luft ist ein Heilmittel» und «Bewegung und Gesundheit» in der Stadt präsent.

In zwei Schulhäusern der Stadt führten Schulklassen im Berichtsjahr je einen Pausenkiosk mit einem Angebot an gesunder Pausenverpflegung. Die Umweltfachstelle betreute und beurteilte diese Pausen-kioske im Auftrag des ZEPRA vom kantonalen Amt für Gesundheitsförderung.

An der St.Galler Party, dem Anlass für die neuzugezogenen St.Gallerinnen und St.Galler präsentierte die Umweltfachstelle wiederum ihre Infowand über Bewegung und Gesundheit in der Stadt sowie ihre Broschüren und Drucksachen.

Zum Bereich Gesundheitsförderung gehört im Übrigen die regelmässige Beantwortung und Beratung auf Anfragen aus der Bevölkerung zum Themenkreis Innenraumhygiene und Wohngifte.

**Aufgaben:**

**Abfallentsorgung:**

- ist verantwortlich für die Entsorgung von Abfall- und Wertstoffen
- betreibt die Kehrichtverbrennungsanlage zur thermischen Abfallbehandlung
- betreibt die Deponie und ist verantwortlich für die umweltgerechte Entsorgung von Verbrennungsrückständen sowie thermisch nicht verwertbarer Abfallfraktionen

**Gewässerschutz:**

- sichert die umweltgerechte Ableitung und Behandlung verschmutzter Abwässer aus dem Siedlungsgebiet
- führt die generelle Entwässerungsplanung
- betreibt die Abwasserreinigung zum Schutz der Oberflächengewässer und des Grundwassers

**Abfallentsorgung**

Das für die laufende Legislaturperiode vorgegebene Ziel, die Sauberkeit in der Stadt zu verbessern, erfordert konzentrierte Massnahmen verschiedener Dienststellen gegen das Littering (Wegwerfen von Abfällen) im öffentlichen Raum. Eine Umfrage bei 400 Haushaltungen ergab, dass St.Gallen im Vergleich mit anderen schweizerischen Städten bezüglich Sauberkeit im guten Mittelfeld liegt, dass jedoch speziell bei Sammelstellen für Wertstoffe ein erhöhter Handlungsbedarf besteht.

Im November äusserten sich die Stimmberechtigten zum Thema der Wiedereinführung einer wöchentlich zweimaligen Abfuhr an der Urne. Über 75% der Stimmbürgerinnen und Stimmbürger lehnten die Wiedereinführung der Zweimalabfuhr ab. Die seit der Einführung der Einmalabfuhr rückläufigen Kosten und die bereinigte finanzielle Situation der Spezialfinanzierung für die Entsorgung von Siedlungsabfällen ermöglichen eine Gebührensenkung auf das Jahr 2003.

Der Abfuhrkalender der Stadt und weitere Informationen über Entsorgungsbelange können über die Homepage [www.abfall-sg.ch](http://www.abfall-sg.ch) im Internet abgerufen werden. Neu besteht auch die Möglichkeit, sich – unterschieden nach Wohngebieten – via Mail-Service auf die verschiedenen Abfuhrdaten aufmerksam machen zu lassen.

Die Zusammenarbeit zwischen den Gemeinden der Abfallregion St.Gallen – Rorschach – Appenzell wurde weitergeführt. Auf den 1. Januar sind in allen Gemeinden im Einzugsgebiet der KVA St.Gallen einheitliche Gebühren für die Kehrichtsäcke und Containerleerungen festgelegt worden. Für eine erweiterte Zusammenarbeit der Stadt mit der Region im Bereich einheitlicher Gebührensäcke ist es erforderlich, dass sich die zur Zeit noch unterschiedlichen Gebühren auf dasselbe Niveau angleichen und die Erfassung der Abfälle aus dem industriellen und gewerblichen Bereich einheitlich nach Gewicht erfolgt.

Die Rückgabe von Haushaltgeräten (Staubsauger, Kaffeemaschinen, Mikrowellengeräte, Kochherde, Kühlgeräte, Waschmaschinen, Tumbler etc.) kann bei allen entsprechenden Verkaufsgeschäften erfolgen. Aufgrund der Einführung vorgezogener Entsorgungsgebühren werden für Geräterückgaben keine Kosten mehr erhoben.

Die der KVA zugeführte Abfallmenge lag tiefer als im Vorjahr. Der Abbau der in den Vorjahren angelegten Zwischenlager führte jedoch zu einer höheren verbrannten Abfallmenge von 75 362 Tonnen (Vorjahr 74 405 Tonnen). Gleichzeitig wurden 3 690 Tonnen Abfall benachbarten Anlagen zur thermischen Behandlung zugeführt. Die Zwischenlager konnten damit wieder fast vollständig abgebaut werden.

Das Abschlussprojekt für die Deponie Tüfentobel wurde in der Gemeinde Gaiserwald öffentlich aufgelegt. Das Projekt beinhaltet einen Deponieplan, eine Landumlegung mit Umlegungsplan, einen Gewässerperimeter, ein Wasserbauverfahren und ein Rodungsgesuch. Mit dem Abschlussprojekt soll das in den nächsten Jahrzehnten regional erforderliche Ablagerungsvolumen für Inert- und Reaktorstoffe gesichert werden.

## Gewässerschutz

Der Generelle Entwässerungsplan (GEP) der Stadt St.Gallen, der die Entsorgung von Siedlungsabwasser auf konzeptionell differenzierte Art, unter Beachtung der örtlichen Gegebenheiten regelt, konnte nach über 10-jähriger Planungsarbeit abgeschlossen werden. Zusammen mit den integrierten Zustandsberichten Kanalisation, Fremdwasser, Gefahrenbereiche, Versickerung und Gewässer wurde er durch die kantonale Fachstelle genehmigt. Der Plan liefert die für die Projektierung, den Bau und Betrieb der Siedlungsentwässerungen notwendigen Planungsgrundlagen.

Der Ausbau der ARA Au und die Umnutzung der ARA Hätterenwald zu einem Pumpwerk konnten plangemäss weitergeführt werden. Entsprechend den gesetzlichen Vorgaben wurde die vierte Reinigungsstrasse der ARA Au in Betrieb genommen. Damit wird es möglich, die vorgeschriebene Sanierung der «alten» ARA bei regelkonformem Betrieb der Anlage auszuführen. Ebenfalls rechtzeitig wurde die Pumpstation Rechenwald dem Regelbetrieb übergeben. Das dort zufließende Abwasser wird über eine gut drei Kilometer lange Druckleitung die Sitter aufwärts zur ARA Au gepumpt und dort gereinigt.

Die Arbeiten zum Aufbau eines geografischen Netzinformationssystem (GIS/NIS) wurden mit der Erfassung der raumbezogenen Daten weitergeführt. Das System soll verschiedene Dienststellen bei ihren raumrelevanten Entscheidungen unterstützen und die Investitionsplanung optimieren.

Die Investitionen im Gewässerschutzbereich erfordern eine Überprüfung der langfristigen Gebühren- und Finanzierungspolitik. Insbesondere im Bereich der Schmutzwassergebühr, der die Kosten der Abwasserreinigungsanlagen und eines wesentlichen Anteils am Kanalunterhalt angelastet werden, besteht Handlungsbedarf. Ziel einer Reglementsrevision ist eine sachlich korrekte Zuordnung der anfallenden Aufwendungen auf die verschiedenen Einnahmen.

## 721 Abfallentsorgung

### 721.1 Entsorgung und Recycling

Finanzen (in CHF 1 000) / Personal	2000	2001	2002
Einnahmen	7 436	7 489	7 669
Aufwand	7 045	6 800	6 848
Stand Ausgleichskonto	-367	322	1 143
Personalbestand	3.0	4.0	4.0

Der Aufwand stieg wegen des Einsatzes zusätzlicher personeller Ressourcen im Bereich der Abfallbereitstellung und der Kontrolle wilder Ablagerungen sowie aufgrund höherer Transportkosten um 0,7%. Der Mehrertrag gegenüber dem Vorjahr ist weitgehend auf höhere Erträge aus der Wiederverwertung



von Wertstoffen (Altpapier und Karton) zurückzuführen. Der geringe Mengenrückgang beim Hauskehricht hatte reduzierte Kosten für die Abfallverbrennung und dementsprechend auch einen leicht reduzierten Ertrag bei der Kehrichtgebühr zur Folge. Der Rechnungsüberschuss stieg von CHF 689 000 im Vorjahr auf CHF 821 000. Der positive Saldo des Ausgleichskontos von gut CHF 1 Million lässt eine Senkung der Sack- und Containergebühren auf das kommende Jahr zu.

Mengenentwicklung (in t)	2000	2001	2002
Hauskehricht Stadt	18 316	18 014	17 777
Separatsammlungen	9 124	8 898	9 036
Total Sammelmenge	27 440	26 912	26 813

Die durch das städtische Tiefbauamt gesammelte Menge an Hauskehricht nahm um 237 Tonnen bzw. 1,3% ab. Im Gegenzug stieg die der Wiederverwertung zugeführte Menge an Wertstoffen aus den städtischen Sammelstellen und den Strassensammlungen um 138 Tonnen oder 1,6% an.

#### 721.2 Thermische Abfallbehandlung in der KVA

Finanzen (in CHF 1 000) / Personal	2000	2001	2002
Einnahmen	16 213	16 205	16 066
Aufwand	13 294	13 513	*11 676
Abschreibungen			11 269
Stand Ausgleichskonto	17 821	20 513	4 000
Baureserve			9 634
Personalbestand	28.4	29.6	29.2

\* exkl. Abschreibungen

Die Rechnung der KVA weicht beim Ertrag aufgrund leicht rückläufiger Anliefermengen nur in bescheidenem Ausmass, im Aufwandbereich aber deutlich vom Vorjahr ab. Einerseits wurde der Restbuchwert der Anlage zulasten des Ausgleichskontos weitgehend abgeschrieben (Abschreibung 2002 CHF 11.269 Mio., Vorjahr CHF 3.040 Mio.). Das Ausgleichskonto, über das zukünftige Rechnungsschwankungen aufgefangen werden, weist nach Abschreibungen und Einlagen in die Baureserve noch einen Saldo von CHF 4 Millionen aus. Der Baureserve wurde ein Betrag von CHF 4 389 732 zugewiesen. Die Baureserve erhöht sich dadurch auf CHF 9 634 154.

Mengenentwicklung (in t)	2000	2001	2002
Sammeldienst Region	26 364	27 166	25 196
Sammeldienst Stadt	18 316	18 014	17 777
Klärschlamm	3 730	3 087	3 674
Direktanlieferungen Dritte	26 932	27 805	27 476
Gesamtmenge	75 342	76 072	74 123

Die Anliefermenge an die KVA nahm gegenüber dem Vorjahr um 1 949 Tonnen ab. Abnahmen sind in allen Bereichen (Sammeldienst Stadt und Region, Direktanlieferungen Dritter, mit Ausnahme der thermischen Klärschlammbehandlung) zu verzeichnen. Trotz der kleineren Anliefermenge stieg die in der KVA verbrannte Abfallmenge von 74 405 auf 75 362 Tonnen an. Grund dafür ist wie bereits erwähnt der Abbau der Zwischenlager auf dem Gelände der ARA Au und auf der Deponie Tüfentobel. Aufgrund des betrieblich notwendigen Abbaus der Zwischenlager und der Sanierung der Ofenlinie 1 wurde 3 690 Tonnen Abfall benachbarten Anlagen zur Behandlung weitergeleitet.

## 721.3 Ablagerungsplatz Tüfentobel

Finanzen (in CHF 1 000) / Personal	2000	2001	2002
Einnahmen	5 913	5 921	7 181
Betriebsaufwand	2 699	2 324	3 342
Abschreibungen	562	172	495
Rückstellungen für Nachsorge	405	405	0
Einlage in die Rückstellungen	2 247	3 020	3 344
Total Rückstellungen für Nachsorge / Risiko	7 845	8 249	8 249
Total Rückstellungen Betriebsphase / Abschluss	24 908	27 929	27 273
Ausgleichskonto			4 000
Total Ausgleichskonto und Rückstellungen	32 753	36 178	39 522
Personalbestand	6.0	6.0	6.0

Sowohl die Einnahmen als auch der Betriebsaufwand des Ablagerungsplatzes sind nur beschränkt mit dem Vorjahr vergleichbar. Mehreinnahmen von rund CHF 898 000 resultierten aus den erstmals auf die Ablagerung von Reaktormaterial erhobenen Abgaben für die Sanierung von Altlasten. Der entsprechende Betrag wurde an den Bund weitergeleitet, was im Betriebsaufwand ebenfalls berücksichtigt ist. Unter Ausklammerung dieses Betrages stiegen der Betriebsaufwand um rund CHF 120 000 und der Ertrag um CHF 362 000, weitgehend wegen höherer Ablagerungsmengen.

Die Rückstellungen wurden auf ein zusätzliches Konto aufgeteilt. Das Ausgleichskonto, über das zukünftig betriebliche Rechnungsschwankungen aufgefangen werden, startet mit einem Saldo von CHF 4 Millionen. Das Rückstellungskonto für die Nachsorge wurde auf dem bisherigen Stand belassen. Der Saldo des neuen Kontos für Investitionen in der Betriebsphase inkl. Deponieabschluss weist per Ende 2002 einen Saldo von CHF 27.2 Millionen aus. Die Rückstellungen betragen zusammen mit dem Ausgleichskonto derzeit CHF 39 522 000 und übersteigen den Vorjahresbetrag um CHF 3 344 000.

Mengenentwicklung (in m³)	2000	2001	2002
Inertes Material	88 998	112 045	118 934
Reaktormaterial	14 182	9 080	8 844
Kompostierbare Abfälle (keine Küchenabfälle)	22 609	19 952	21 185
Total Anlieferungen	125 789	141 077	148 963

Die Ablagerungen von Inertstoffen und die Menge an kompostierbaren Abfällen nahmen leicht zu. Die Schlacke aus der KVA mit einem Volumen von rund 14 500 m³ wurde wie im Vorjahr der Deponie Meggenmüli auf dem Gebiet der Gemeinde Mörschwil zugeführt.

## 722 Gewässerschutz

Finanzen (in CHF 1 000)	2000	2001	2002
Gebühren und Beiträge	15 437	14 835	14 818
Nettoaufwand der Betriebe	13 779	14 596	15 315
Stand Ausgleichskonto	14 013	14 252	13 755

### 722.1 Kanalnetz (Bau und Unterhalt)

Finanzen (in CHF 1 000) / Personal	2000	2001	2002
Einnahmen	175	208	141
Betriebsaufwand	1 783	1 923	1 894
Zinsen und Abschreibungen	6 047	6 271	6 091
Aufwandüberschuss	7 655	7 986	7 844
Personalbestand	19.8	19.8	20.0

Der Anteil der Kapitalkosten beträgt 76% (Vorjahr 77%) des Gesamtaufwandes. Bei den Erträgen handelt es sich weitgehend um Abgeltungen für Leistungen des Teams im Kanalunterhalt.

Investitionsrechnung Kanalnetz	2000	2001	2002
Kanalnetzerweiterungen:			
– in Laufmetern	295	500	2 504
– in CHF 1 000	572	1 361	390
Konventionelle Kanalsanierung:			
– in Laufmetern	1 940	2 086	1 712
– in CHF 1 000	6 133	6 318	5 148
Inlining (Innensanierung)			
– in Laufmetern	1 129	1 570	528
– in CHF 1 000	657	704	312
Robotertechnik (punktuelle Innensanierungen)			
– in CHF 1 000	7	27	0
Total Instandstellungen			
– in Laufmetern (ohne Robotertech.)	3 364	4 156	4 744
– in CHF 1 000	7 369	8 410	*5 850

\* vor Abzug der Subventionszahlungen für das Regenbecken Au

Die Ausgaben für Kanalnetzerweiterungen betrugen im Berichtsjahr nur knapp 7% (Vorjahr 16%) der Gesamtausgaben für das Kanalnetz, obwohl die Netzerweiterungslänge etwas mehr als die Hälfte der gebauten Gesamtlänge ausmacht. Es handelt sich dabei um Erschliessungsleitungen ausserhalb des Baugebietes im Schaugentobel und Gädmen. Entsprechende Erschliessungen im Landwirtschaftsgebiet sind deutlich kostengünstiger als solche im Stadtgebiet. Einen Anteil von 93% machen die Aufwendungen für Kanalnetzsanierungen aus. Bei den Sanierungen beträgt der Anteil der konventionellen Kanalsanierungen 94% und derjenige der Innensanierungen 6% der Gesamtinvestitionen.

## 722.2 Abwasserreinigung

Finanzen (in CHF 1 000) / Personal	2000	2001	2002
Einnahmen	1 258	1 343	1 278
Betriebsaufwand	4 212	4 426	4 219
Zinsen und Abschreibungen	1 044	1 633	2 358
Aufwandüberschuss	3 998	4 716	5 299
Personalbestand	14.0	14.0	14.0

Die bereits im Vorjahr von 20 auf 27% des Gesamtaufwandes angestiegenen Kapitalkosten erhöhten sich weiter auf 36%. Die effektive Zunahme der Kapitalkosten beträgt rund CHF 725 000 auf neu CHF 2 358 000. Massgebend dafür sind die hohen Investitionen im Bereich der Abwasserreinigungsanlagen. Dabei handelt es sich weitgehend um Auswirkungen aus dem Ausbau und der Erweiterung der ARA Au und der Umnutzung der ARA Hätterenwald.

Der Betriebsaufwand hingegen konnte um rund CHF 200 000 gesenkt werden. Dies resultiert einerseits aus geringeren Energieaufwendungen aufgrund der neuen Belüftung der ARA Hofen sowie der Wiederinstandstellung des Abwasserkraftwerkes und andererseits aus Minderausgaben im Bereich des Anlagenunterhaltes. Im Gegenzug stiegen die Kosten der thermischen Klärschlammbehandlung aufgrund höherer in der KVA behandelter Mengen weiter an.

Mengenentwicklung	2000	2001	2002
Zuflussmenge in 1 000 m³	20 500	20 700	20 500
Klärschlamm in 1 000 m³	37	37	34
davon landwirtschaftliche Verwertung in % vom Anfall	2	2	1



Im Vergleich zum Vorjahr reduzierte sich die behandelte Abwassermenge geringfügig. Die um rund 3 000 m<sup>3</sup> tiefere Klärschlammmenge ist auf betriebliche Abwasservorbehandlungen auf dem Gebiet der Stadt Gossau zurückzuführen. Die Verwertung von Klärschlamm in der Landwirtschaft ist bedeutungslos geworden. Rund 44% der anfallenden Klärschlammmenge wurden der Mitkompostierung auf der Deponie und 55% der thermischen Behandlung in der KVA zugeführt.

### **73      Stadtwerke und Verkehrsbetriebe**

Für die Tätigkeit der Stadtwerke und der Verkehrsbetriebe wird auf die separaten Geschäftsberichte verwiesen.

### **74      Controlling Rahmenkredite 2001–2004**

#### **741      Rahmenkredit Erdgasversorgung**

In der ersten Hälfte der Legislaturperiode 2001–2004 gab der Stadtrat 28 Teilkredite aus dem Rahmenkredit der Erdgasversorgung im Umfang von CHF 4.288 Mio. frei. Dies entspricht 51% des gesamten Rahmenkredites von CHF 8.400 Mio. Die 27 Projekte weisen eine Gesamtlänge von 6 555 Meter auf. Saniert wurden in den vergangenen zwei Jahren insgesamt 5 500 Meter oder jährlich durchschnittlich 1.3% des gesamten Erdgasnetzes. Dies entspricht einer theoretischen Erneuerungsrate von 77 Jahren. Dieser Wert liegt leicht über der in der Vorlage an den Grossen Gemeinderat (Einführung von Rahmenkrediten für Kanal-, Werkleitungs- und Strassensanierungen vom 27.9.2000) festgelegten Zielsetzung von 70 Jahren.

Beim freigegebenen Betrag von CHF 4.288 Mio. handelt es sich um die Summe der Kostenvoranschläge. Die spezifischen Laufmeterkosten betragen basierend auf den Kostenvoranschlägen CHF 654. Gerechnet wurde in der Vorlage an den Grossen Gemeinderat mit einer Bandbreite von CHF 600 bis CHF 850 pro Laufmeter.

Bis Ende Februar 2003 konnten zehn Projekte intern abgerechnet werden. Sie weisen eine Gesamtlänge von 2 002 m auf. Die Sanierungskosten liegen mit CHF 999 993 insgesamt 16.4% unter dem Voranschlag. Der abgerechnete Laufmeterpreis liegt bei durchschnittlich knapp CHF 500.

#### **742      Rahmenkredit Wasserversorgung**

In der ersten Hälfte der Legislaturperiode 2001–2004 gab der Stadtrat 34 Teilkredite aus dem Rahmenkredit der Wasserversorgung im Umfang von CHF 6.875 Mio. frei. Dies entspricht 51% des gesamten Rahmenkredites von CHF 13.500 Mio. Die 34 Projekte weisen eine Gesamtlänge von 6 975 Meter auf. Saniert wurden im Betrachtungszeitraum insgesamt 5 500 Meter oder jährlich durchschnittlich 1.1% des gesamten Wassernetzes. Dies entspricht einer theoretischen Erneuerungsrate von 91 Jahren. Dieser Wert überschreitet damit die in der Vorlage an den Grossen Gemeinderat (Einführung von Rahmenkrediten für Kanal-, Werkleitungs- und Strassensanierungen vom 27.9.2000) festgelegte Zielsetzung von etwa 70 Jahren. Die Erneuerungsrate kann je nach technischer Komplexität der Bauvorhaben kurzfristig betrachtet grösseren Schwankungen unterliegen. In einem mehrjährigen Zeitraum betrachtet bleibt die Erneuerungsrate der Wasserversorgung aber nach wie vor im erwarteten Rahmen.

Beim freigegebenen Betrag von CHF 6.875 Mio. handelt es sich um die Summe der Kostenvoranschläge. Die spezifischen Laufmeterkosten betragen basierend auf den Kostenvoranschlägen rund CHF 986. Gerechnet wurde in der Vorlage an den Grossen Gemeinderat mit durchschnittlichen Kosten von CHF 950 pro Laufmeter.

Bis Ende Februar 2003 konnten zwölf Projekte intern abgerechnet werden. Sie weisen eine Gesamtlänge von 1 910 m auf. Die Sanierungskosten liegen mit CHF 1 513 000 insgesamt 13.8% unter dem Voranschlag. Der abgerechnete Laufmeterpreis liegt bei durchschnittlich gut CHF 790. Noch nicht berücksichtigt sind allerdings die Beiträge der kantonalen Gebäudeversicherungsanstalt (GVA). Die effektiven Kosten pro Laufmeter werden sich unter Berücksichtigung der GVA-Beiträge nochmals um 10 bis 15% reduzieren.

#### 743 Rahmenkredit Elektrizitätsversorgung

In der ersten Hälfte der Legislaturperiode 2001–2004 gab der Stadtrat 11 Teilkredite aus dem Rahmenkredit der Elektrizitätsversorgung im Umfang von CHF 4.041 Mio. frei. Dies entspricht 27% des gesamten Rahmenkredites von CHF 14.800 Mio. Die elf Projekte beinhalten neben Leitungssanierungen auch die Erneuerung von 5 Trafostationen. Saniert wurden im Betrachtungszeitraum insgesamt 2 854 Meter Mittelspannungs-, 2 254 Meter Niederspannungs-, 1 890 Meter Beleuchtungs- und 2 292 Meter Signalkabel und 3 Trafostationen. Damit konnte die Zielsetzung gemäss Vorlage an den Grossen Gemeinderat (Einführung von Rahmenkrediten für Kanal-, Werkleitungs- und Strassensanierungen vom 27.9.2000) bei der Anzahl zu sanierender Trafostationen erfüllt werden. Im Leitungsbau präsentiert sich die Situation wie folgt:

Bereich	Jährliche Erneuerungsrate Durchschnittlicher Zielwert (in % Netzlänge)	Jährliche Erneuerungsrate Durchschnittlicher Istwert (in % Netzlänge)
Mittelspannung	1.8	1
Niederspannung	2	0.3
Öffentliche Beleuchtung	2	0.2
Telefon-, Mess-, Signalkabel	1.6	0.6

Für die tiefe Beanspruchung des Rahmenkredits der Elektrizitätsversorgung gibt es folgende Gründe:

- Zu Beginn der Legislaturperiode wurden die Kredite für einige grössere Bauvorhaben noch vor Vorliegen des Rahmenkredits einzeln eingeholt.
- Grössere geplante Projekte wie die Realisierung der Trafostationen Winkeln und Industrie strasse im Westen der Stadt mussten im Zusammenhang mit dem Fussballstadionprojekt zeitlich hinausgeschoben werden.
- Ein grosser Teil der personellen Ressourcen wurde in Projekten in den Bereichen Hochspannung und Lichtwellenleiter gebunden.

Es zeichnet sich allerdings ab, dass der Rahmenkredit in den kommenden zwei Jahren stärker beansprucht und der Rückstand bei den Sanierungszielen teilweise wettgemacht wird. Allerdings lässt sich bereits heute sagen, dass der Kredit von CHF14.8 Mio. nicht vollumfänglich ausgeschöpft werden wird.

Beim freigegebenen Betrag von CHF 4.041 Mio. handelt es sich um die Summe der Kostenvoranschläge. Die spezifischen Kosten betragen bei den Trafostationen basierend auf den Kostenvoranschlägen knapp CHF 300 000 (Annahme in der Vorlage an den Grossen Gemeinderat: CHF 250 000). Im Bereich Leitungsbau liegen die spezifischen Laufmeterkosten basierend auf den Kostenvoranschlägen bei

CHF 191 bei den Mittelspannungskabeln (Annahme: CHF 300), CHF 285 bei den Niederspannungskabeln (Annahme: CHF 320), CHF 76 bei den Kabeln für die öffentliche Beleuchtung (Annahme: CHF 90) und CHF 107 bei den Signalspannungskabeln (Annahme: CHF 150).

Bei der Elektrizitätsversorgung werden die ersten intern abgerechneten Projekte im zweiten Quartal 2003 vorliegen, sodass ein Vergleich zwischen Kostenvoranschlag und effektiven Kosten noch nicht möglich ist.

#### 744 Kanalisation

In der ersten Hälfte der Legislaturperiode 2001–2004 hat der Stadtrat 22 Teilkredite aus dem Rahmenkredit für Kanalsanierungen im Umfange von CHF 8.833 Mio. freigegeben. Dies entspricht 59% des gesamten Rahmenkredites von CHF 15 Mio. Die 22 Projekte weisen eine Gesamtlänge von 4 243 Meter (1 780 m konventionell, 2 463 m Inliner). Saniert wurden im Betrachtungszeitraum insgesamt 3 441 Meter oder jährlich durchschnittlich 0.6% des gesamten Kanalnetzes. Zusammen mit den über separate Kredite instand gestellten Kanälen (GEP-Vorlagen: in zwei Jahren 4 732 m) ergibt sich eine Erneuerungsrate von 0.9%, die leicht unter der Zielsetzung von 1% liegt.

Die spezifischen Kosten betragen basierend auf den Kostenvoranschlägen rund CHF 1 005 pro Laufmeter im Relining- und CHF 3 571 pro Laufmeter im konventionellen Aufgrabungsverfahren. Gerechnet wurde je nach spezifischen Verhältnissen mit Preisen von CHF 500 bis 900 bzw. 2 200 bis 3 700.

Bis Ende Februar 2003 konnten zwei Projekte intern abgerechnet werden. Die Sanierungskosten liegen mit CHF 640 828 insgesamt 11.4% unter dem Kostenvoranschlag. Bei zehn weiteren Projekten sind die Bauarbeiten vollständig abgeschlossen und die Endkosten somit schon sehr genau bekannt. Die Sanierungskosten dieser 12 fertig erstellten Projekte betragen insgesamt CHF 3 584 000 und unterschreiten den Voranschlag um 17.5%. Die dazugehörige Sanierungslänge beträgt 1 633 m. Der effektive Laufmeterpreis liegt bei der Inlinersanierung bei durchschnittlich CHF 590 und beim konventionellen Aufgrabungsverfahren bei CHF 3 270.



## **8 SCHULVERWALTUNG**

### **80 Abteilungssekretariat**

- 801 Städtische Integrationsstelle
- 802 Schulrat und Visitationen der Lehrkräfte
- 803 Jugendfilmkommission
- 804 Schul- und Büromaterialzentrale

### **81 Schulamt**

- 815 Gesundheitsdienst
  - 815.1 Schulärztlicher Dienst
  - 815.2 Schulpsychologischer Dienst
  - 815.3 Schulsozialberatung
  - 815.4 Psychomotorik
  - 815.5 Logopädie
- 816 Schulzahnärztlicher Dienst
- 820 Kindergarten
- 830 Primarschule
- 831 Realschule
- 832 Sekundarschule
- 833 Freiwilliges 10. Schuljahr
- 834 Jugendmusikschule/Musikakademie St.Gallen (Studienbereich Klassik)
  - 834.1 Jugendmusikschule
  - 834.2 Musikakademie St.Gallen (Studienbereich Klassik)
- 835 Freiwillige Angebote
  - 835.1 Kulturpädagogik
- 836 Fördernde Massnahmen
  - 836.1 Nachhilfe
  - 836.2 Legasthenie
  - 836.3 Übrige Therapien
  - 836.4 Integrative Schülerhilfe
- 837 Familienergänzende Betreuung
  - 837.1 Tageshorte
  - 837.2 Freiwillige Schulhausangebote
  - 837.3 Schülerbetreuung auf der Oberstufe
- 838 Schulanlagen der Volksschule

### **87 Sportamt**

- 870 Leitung der Dienststelle
- 871 Turn- und Sportbetrieb
- 872 Finanzielle Unterstützung von Turnen und Sport
- 873 Sportanlagen
- 874 Städtische Bäder
  - 874.0 Volksbad
  - 874.1 Hallenbad Blumenwies
  - 874.2 Freibäder auf Dreilinden
  - 874.3 Schwimmbad Lerchenfeld
- 875 Kunsteisbahn Lerchenfeld

<b>88</b>	<b>Jugendsekretariat</b>
881	Information
882	Beratung
883	Quartierarbeit
884	Jugendkultur
885	Jugendarbeiterinnen- und Jugendarbeiterkonferenz (JAK)

## **80      Abteilungssekretariat**

### **Aufgaben:**

- unterstützt den Schulvorstand in den Führungs- und Verwaltungsaufgaben
- koordiniert Sachgeschäfte der einzelnen Dienststellen
- arbeitet Entscheidungsgrundlagen auf, bereitet Sachgeschäfte und Entscheide der Behörden und ihrer Kommissionen sowie ihrer Fachausschüsse vor und sorgt für deren Vollzug
- leitet und arbeitet an Projekten mit
- führt die Rechnung der Schulverwaltung
- beschafft Büro-, Verbrauchs- und Arbeitsmaterial für städtische Schulen und die Verwaltung
- beschafft Kopiergeräte und sorgt für deren Unterhalt
- sorgt für die Umsetzung des Integrationskonzeptes
- sorgt für die Vernetzung der in der Stadt in der Integrationsarbeit tätigen Organisationen, Personen und Unternehmungen

<b>FINANZEN (in CHF 1 000) / PERSONAL</b>	<b>2000</b>	<b>2001</b>	<b>2002</b>
Aufwand	26 528	29 579	18 450
Ausgehende laufende Beiträge Bildungswesen	1 894	1 954	1 730
Ertrag	1 605	*9 439	556
Aufwandüberschuss	24 923	20 140	17 894
Personalbestand	6.5	6.5	6.8

\* inkl. Ertrag aus Verkauf Liegenschaften an Kanton

## **801      Städtische Integrationsstelle**

Mit einem Stellenumfang von 50% nahm am 1. Februar 2002 der Integrationsbeauftragte seine Tätigkeit auf mit dem Auftrag, das städtische Integrationskonzept umzusetzen. Das Ziel ist, das Zusammenleben von Menschen verschiedener Nationalitäten in der Stadt St.Gallen nachhaltig zu verbessern. Die zentrale Aufgabe der Integrationsstelle besteht darin, bestehende Strukturen zu stärken und mit all-fälliger Unterstützung «integrations-fit» zu machen. Dies geschah in der Startphase mit der Gründung von Netzwerken sowie der Aufnahme und Vermittlung von Kontakten zu Organisationen und Institutionen, welche in der Integration tätig sind.

Das Integrationskonzept legt bei den Massnahmen einen Schwerpunkt auf die Mediation. In Zusammenarbeit mit dem «Zentrum für Mediation St.Gallen» und dem «Forum für Friedenserziehung IFOR-CH» erfolgte die Ausschreibung von Kursen, in welchen die Teilnehmerinnen und Teilnehmer u.a. in mediativen Techniken und in Konfliktlösungsstrategien geschult werden. Die Stadt tritt als Anbieterin dieser Kurse auf und hat die nötigen Werbemittel bereit gestellt und kommuniziert. Für Projekte zur Förderung der Sprachkompetenz wurde eine Broschüre gestaltet und diese in einer Plakataktion in den Bussen der VBSG breit gestreut. Für die verschiedenen Sprachkurse ist die Integrationsstelle koordinierend tätig. Im

Bereich Information erfolgte die Herausgabe der Broschüre «city-info», ein Fachstellenverzeichnis mit einer mehrsprachigen Wegleitung für Neuzuzügerinnen und Neuzuzüger und für Fremdsprachige. «city-info» wird vom Einwohneramt und von Fachstellen an Interessierte, aber auch an Informationsveranstaltungen abgegeben. Das erste Informationsforum konnte am 5. November 02 für die ausländische Bevölkerung in Zusammenarbeit mit der Arbeitsgemeinschaft für Integrationsfragen und dem kantonalen Ausländeramt durchgeführt werden.

Die Integrationskommission prüfte verschiedenste Integrationsprojekte daraufhin, ob sie mit Geldern aus dem Integrationsfonds unterstützt werden können. Weiter beschäftigte sich die Integrationskommission mit Fragen zur städtischen Integrationspolitik und legte dazu die Schwerpunkte fest.

## 802 Schulrat und Visitationen der Lehrkräfte

Anzahl Sitzungen:

13 ordentliche Sitzungen

1 ausserordentliche Sitzung

3 Tagungen

Der Schulrat hat sich in erster Priorität mit Personalfragen, welche die Lehrkräfte sowie die Schülerinnen und Schüler betreffen, sowie mit Fragen der allgemeinen Schulentwicklung beschäftigt. Anlässlich dreier Tagungen hat der Schulrat sein Leitbild entwickelt sowie eine Strategie für die Schulentwicklung der städtischen Volksschulen und Kindergärten erarbeitet.

Zum vierten Mal trug der Schulrat nach 1999 die Verantwortung für die Durchführung der Systematischen Lohnwirksamen Qualifikation. Nachdem im Vorjahr 72 Lehrpersonen qualifiziert wurden, betraf es dieses Jahr 43 Personen.

Der Schulrat hat in allen Arbeitsgruppen der Pädagogischen Konferenz mitgewirkt. Im Weiteren hat er für seinen eigentlichen Zuständigkeitsbereich (Personelles Schülerinnen und Schüler/Personelles Lehrpersonen) die Bereiche Disziplinarwesen, Promotion, sowie das Wahlprozedere von Lehrpersonen bearbeitet. In einer ausserordentlichen Sitzung wurden zusammen mit der Vormundschaftsbehörde das Thema Schulausschluss, die Zusammenarbeit der beiden Behörden sowie der Verwaltungsabteilungen besprochen.

Von den 74 Visitorinnen und Visitatoren, welche im Auftrag des Schulrates und zusammen mit ihm die Aufsicht über das städtische Schulwesen wahrnehmen, sind acht im Verlaufe des Jahres zurückgetreten.

## 803 Jugendfilmkommission

KENNZAHLEN	2000	2001	2002
Anzahl Gesuche	96	94	81
Entscheide:			
– auf Grund einer Visionierung	85	85	70
– auf Grund eingereichter Unterlagen	11	9	4
– Reprisen	11	4	7
Erhöhung der Altersgrenzen	6	12	18



KENNZAHLEN	2000	2001	2002
Aufwand (in CHF 1 000)	860	957	953
Ertrag (in CHF 1 000)	1 047	1 143	1 148
Belieferte Schulen	64	64	64
Belieferte Kindergärten	84	84	84
Belieferte Verwaltungsstellen	78	77	75

## 81 Schulamt

### Aufgaben:

- führt die städtischen Kindergärten und Volksschulen nach den Vorgaben des Stadtrates
- bereitet Schulratssitzungen vor und vollzieht die Beschlüsse
- führt gesamtstädtische Schulentwicklungsprojekte durch
- setzt die vier strategischen Konzepte «Teilautonomie», «Qualitätsentwicklung», «GEFOS» und «Betreuung» um und entwickelt sie weiter

FINANZEN (IN CHF 1 000) / PERSONAL	2000	2001	2002
Verwaltung der Dienststelle			
– Aufwand	5 685	*7 583	*7 709
– Ertrag	2 460	*3 267	*3 043
– Aufwandüberschuss	3 225	*4 316	4 666
Kindergärten			
– Aufwand	7 569	7 799	7 990
– Ertrag	816	813	768
– Aufwandüberschuss	6 753	6 986	7 222
Volksschulen			
– Aufwand	77 364	*78 839	*83 421
– Ertrag	11 624	*11 906	*11 990
– Aufwandüberschuss	65 740	*66 933	*71 431
Personalbestand	36.5	36.5	36.5

\* Logopädie und Psychomotorik neu bei Dienststelle, bisher Volksschulen

Das Schulamt der Stadt St.Gallen hat im Jahre 2002 folgende Schwerpunkte gesetzt:

- Weiterführung der internen Reorganisation (2001 – Frühjahr 2003)
- Konzeption «Spezielle Förderung der Kinder» unter besonderer Berücksichtigung der Rolle des SPD
- Weiterführung der Qualitätsentwicklung in den städtischen Schulen
- Aufbau eines Controlling-Systems im Schulamt
- Verstärkung der inhaltlichen und fachlichen Vernetzung
- Führungskonzeption JMS
- Weiterentwicklung des Konzeptes für die Betreuung

Die Basis für die Gesamtorganisation mit den Bereichen Führungs- und Entscheidungsprozesse, Kern- und Kompetenzbereiche sowie den Supportprozessen konnte erfolgreich umgesetzt werden. Das Pilotprojekt «Extranet», welches die Vernetzung und Zusammenarbeit im System der städtischen Schulen unterstützt, konnte weitergeführt werden. Mit der heutigen Organisation können weitere Entwicklungsschritte zielgerichtet weiterverfolgt werden.

Zur Steuerung der Fördernden Massnahmen mit den Teilbereichen Hilfen, Kleinklassen und Sonderschulen wurden die konzeptionellen Grundlagen erarbeitet. Das Förderkonzept legt u.a. die Inhalte, Rollenverteilung der Akteurguppen sowie die Indikatoren fest. Gleichzeitig zeigt es auf der Basis einer verstärkten integrativen Beschulung die Weiterentwicklung auf. Die Grundlage dafür bildet das GEFOS-Konzept – Gesundheitsfördernde Schulen von 1998. Das «Förderkonzept» stärkt die fachliche und inhaltliche Vernetzung der verschiedenen Akteurguppen.

In der Qualitätsentwicklung der städtischen Volksschulen wurden die Peer-Reviews besonders gefördert. Mit dieser systeminternen Fremdevaluation sind bis zum Ende des Jahres 2002 bereits sieben Schulquartiere überprüft worden. Es folgen im kommenden Jahr wieder mindestens vier Schulquartiere. Ziel ist es, bis Ende 2005 alle Schulquartiere mittels Peer-Review zu evaluieren.

Bei den Qualitätsverfahren wird der Wirkungsmessung ein besonderer Stellenwert eingeräumt. Fortschritte sind insbesondere bei den Fördernden Massnahmen zu verzeichnen.

Beim Aufbau eines Controlling-Systems im Schulamt ist im Bereich der rechtlichen Fragen ein Schwerpunkt mit Auswirkungen auf die Vollzüge des Schulrates, auf die Beratung der Behörde und Schulleitungen sowie der Einhaltung der Kompetenzen gesetzt worden.

Die fachliche und inhaltliche Vernetzung wurde dank verschiedener Massnahmen erreicht. So wurden interne Tagungen bzw. Sitzungen durchgeführt (u.a. für Schulleitungen, Schulrat, Integrierte Schülerförderung, Kleinklassen-Lehrkräfte). Weiter wurden Anstrengungen zu einer vertieften Zusammenarbeit mit anderen Dienststellen unternommen.

Bei der Erarbeitung der Führungskonzeption JMS stand der Fachbereich Singen im Mittelpunkt. Dabei geht es um die Stärkung des Singens in der städtischen Volksschule als integrierter Bestandteil der Jugendmusikschule.

Das Betreuungskonzept 1991 wurde überprüft und weiterentwickelt.

Als Höhepunkt für die Schulen im Jahre 2002 kann das in jeder Hinsicht gelungene Kinderfest bezeichnet werden.

In den Arbeitsgruppen der Pädagogischen Konferenz wurden folgende Themen bearbeitet:

- Attraktivität des Arbeitsplatzes St.Gallen für Lehrerinnen und Lehrer
- Disziplinarordnung für die städtischen Volksschulen und Kindergärten
- Kleinklasse mit besonderem Auftrag für die Primarschulen
- Rahmenbedingungen für einen allfälligen Schulversuch Basisstufe
- Einschulung
- Promotionsordnung
- Führung der Schulleitungen.

## 815.1 Schulärztlicher Dienst

Die Aufgaben des Schularztdienstes in der öffentlichen Volksschule regelt die kantonale Verordnung vom August 1982.

**Aufgaben:**

- fördert die Gesundheit der Kinder und Jugendlichen
- erkennt Gesundheitsstörungen
- begleitet und betreut Kinder mit gesundheitlichen Risiken und körperlichen oder seelischen Störungen
- berät in Fragen der Gesundheitserziehung

<b>FINANZEN</b> (in CHF 1 000) / <b>PERSONAL</b>	<b>2000</b>	<b>2001</b>	<b>2002</b>
Aufwandüberschuss	361	*280	*317
Personalbestand	2.23	2.4	2.93

\* ohne Sekretariat

<b>KENNZAHLEN</b>	<b>2000</b>	<b>2001</b>	<b>2002</b>
untersuchte Kinder	2 073	1 985	2 120
untersuchte Klassen	154	154	155
abgeklärte Einzelprobleme/Nachkontrollen	88	86	43
verschriebene Physio- und Psychotherapien	4	5	4
Zuweisungen an Spezialarzt:			
– Augen	305	282	332
– Orthopädie, Ohren, Gynäkologie	15	11	17
TBC-Intracutanproben	65	69	76
Impfungen (Polio, MMR, di-Te)	2 152	2 294	1 679
Impfungen (Hepatitis B)	736	1 067	330
Kinder in Ernährungsberatung	6	9	7

Die Anzahl von Gesprächen mit Hausärzten, Eltern und Lehrkräften sowie die z.T. zeitaufwändigen Beratungen von Jugendlichen haben erneut zugenommen. Neben den kantonal explizit vorgeschriebenen Aufgaben reichen die Ressourcen für weitere Aufgaben nicht aus. So konnte wegen Zeit- und Personal-mangels dieses Jahr die Hepatitis-Impfung bei den 9. Klassen noch nicht durchgeführt werden. Ebenfalls konnte die gewünschte Unterstützung bei der Bekämpfung von Läusebefall nicht im erforderlichen Rahmen gewährt werden.

Bei den Augenuntersuchungen in den Kindergärten befanden sich unter den 775 untersuchten Kindern elf mit einer ausgeprägten, dringend behandlungsbedürftigen Schwachsichtigkeit. Die Zuweisungen zu Augenärzten insgesamt bewegen sich mit 16% im Bereich der Vorjahre.

Eine statistische Erhebung bei den Kindergartenkindern betreffend Übergewicht ergab total 61 übergewichtige Kinder, was einen Anteil von 8% entspricht. Nachdem letztes Jahr bei den Fünftklässlern 15% übergewichtige Schulkinder festgestellt wurden, wird als nächstes der entsprechende Prozentsatz bei den Schulabgängern erhoben. Die Bemühungen betreffend gesunder Pausenverpflegung auf Kindergarten- und Primarstufe (Pausenkiosk, Pausenäpfel, Znüniblatt, Abgabe von Milch bei den Reihenuntersuchungen) wurden intensiviert.



Zum zwölften Mal wurde im März zusammen mit der bfu und der Firma Act-Dis eine Velohelmaktion durchgeführt. 378 Kinder aller Stufen benützten das preisgünstige Angebot.

Die Anmeldungen für die Nothelferkurse bei den 3. Real- und Sekundarklassen pendelten sich auf dem hohen Niveau der Vorjahre ein. In 20 Kursen konnte an 308 Jugendliche der begehrte Ausweis abgegeben werden.

Im Laufe des Jahres wurden 108 Apotheken für Lager herausgegeben sowie 53 zusätzliche Bestellungen für Schulhäuser, Turnhallen und Kindergärten erledigt. Eine Schularztassistentin kontrollierte sämtliche Schulhausapotheken auf Hygiene und auf abgelaufene Medikamente.

Auf anfangs Mai erhielt der Schulärztliche Dienst 23 Stellenprozente bewilligt zur Entlastung der Schulkärztinnen bei den Reihenuntersuchungen, beim Impfen und bei Schulstunden. Die Stelle konnte durch eine dipl. Hebamme mit Zusatzausbildung in Sexualpädagogik ideal besetzt werden.

In Zusammenarbeit mit der Suchtfachstelle und unterstützt durch Lungen- und Krebsliga wurde den 3. Klassen im OZ Zil ein Raucherentwöhnungskurs angeboten. Die minimal geforderte Teilnehmerzahl für eine Gruppentherapie wurde leider nicht erreicht. 2003 wird nochmals ein Versuch unternommen.

#### 815.2 Schulpsychologischer Dienst

##### Aufgaben:

- ist Fachstelle für Lösungen bei Schulschwierigkeiten im Lern-, Leistungs- und Sozialbereich
- macht Zuweisungsabklärungen zu Massnahmen
- bietet psychologische Hilfe an
- erstattet Bericht zu Händen des Schulrates
- nimmt am Fachaustausch in den Schulquartieren (Runder Tisch) teil
- interveniert bei Krisensituationen

FINANZEN (IN CHF 1 000) / PERSONAL	2000	2001	2002
Aufwandüberschuss	408	89	160
Personalbestand	5.1	3.65	4.0

Im Jahr 2002 konnte die neue Strategie des Schulpsychologischen Dienstes gefestigt werden. Im Vordergrund standen Optimierungsbestrebungen zur Steigerung der Zufriedenheit der Lehrkräfte, der Eltern, der Behörde, des Schulamtes und der Mitarbeitenden. Arbeitsabläufe wurden effizienter gestaltet. Diesbezüglich fanden Kontakte mit dem Schulrat statt. Es wurde eine Informationskampagne in den Schulteams durchgeführt.

Neu wurde die Triagekonsultation eingeführt. So konnte der Schulpsychologische Dienst bei Fragen niederschwellig beigezogen werden. Im Sinne der Priorisierung wurde unterschieden zwischen klaren Fällen, in welchen Lehrpersonen ohne Untersuchung Anträge stellen können, und Untersuchen bei Kindern, bei welchen die Fragestellungen komplexer waren. Auch der Beizug des Schulpsychologischen Dienstes bei der Einschulung wurde neu geregelt, sodass die Kindergärtnerin die Hauptverantwortung für die Einschulungsanträge trägt und vom Schulpsychologischen Dienst darin beratend unterstützt wird.

Im Zusammenhang mit dem Förderkonzept wurde die Position des Schulpsychologischen Dienstes als Gatekeeper und als unabhängige Fachstelle zur Beurteilung gestärkt.

Ein Schwergewicht der Ausrichtung wurde auf die Idee der Gesundheitsförderung gelegt und dazu ein Legastheniepräventionsprojekt gestartet, welches bereits im Kindergarten ansetzt. Es zeigt die Hauptstossrichtung des Schulpsychologischen Dienstes auf, vermehrt Schulschwierigkeiten zu vermeiden, statt ihnen nach dem Auftreten durch pädagogisch-therapeutische oder schulische Massnahmen zu begegnen.

### 815.3 Schulsozialberatung

#### Aufgaben:

- unterstützt Lehrpersonen und Familien bei schwierigem Verhalten des Kindes und bei Konflikten in Schule, Elternhaus und zwischen den Systemen
- ist besorgt um eine Verbesserung der Lebenssituation von Kindern und Jugendlichen
- fördert die sozialen Beziehungen in Schule, Elternhaus und zwischen den Systemen

#### KENNZAHLEN\*

2002

Aufwandüberschuss (in CHF 1 000)	196
Beratungen Total	855
Vernetzung im Quartier	65
Klassen- und Kindergartenbesuche	36
Hausbesuche	12
Kriseninterventionen	19
Klasseninterventionen/Soziale Gruppenarbeit	39

\* Für die Schulsozialberatung wird eine neue Grundlage für die statistisch sinnvolle Erfassung erarbeitet. Der rein zahlenmässige Vergleich der letzten drei Jahre ergibt keine differenzierte Übersicht in der Entwicklung. Deshalb beschränken sich die Angaben auf einige Schwerpunktzahlen des Jahres 2002.

Die Zahl der Beratungsgespräche und die damit verbundene Vor- und Nachberatungsarbeit ist kontinuierlich angestiegen. Gründe dafür sind zunehmende Drucksituationen, welche die Möglichkeiten der Familien oder der Schule sprengen, ebenso das Bekanntwerden der Schulsozialberatung als eigener Fachbereich. Diese Situation zwingt die Schulsozialberatung, Auftragsanfragen abzulehnen. Aus demselben Grund konnten längerfristige Beratungen nicht oder nur sehr vereinzelt durchgeführt werden.

### 815.4 Psychomotorik

#### Aufgaben:

- unterstützt Kinder und Jugendliche mit Schwierigkeiten in der Bewegungs- und Wahrnehmungsentwicklung
- fördert und verbessert die Grob-, Fein- und Graphomotorik
- erweitert die Handlungsfähigkeit

#### KENNZAHLEN

2000

2001

2002

Aufwandüberschuss (in CHF 1 000)	305	*320	*319
Personalbestand	2.74	2.75	2.60
Erteilte Therapiestunden	3 024	2 676	2 752
Kinder in Psychomotoriktherapie	184	236	248
Kinder auf Warteliste für Psychomotoriktherapie	36	45	66

\* ohne Sekretariat

Es gab 69 Neuaufnahmen und 77 Therapieabschlüsse. 100 Kinder wurden abgeklärt, bei 29 davon war keine Therapie nötig. 47 Kinder warteten auf Therapie und 19 auf eine Abklärung.

Die Teilnahme an den «Runden Tischen» hat den Kontakt zu den zugeteilten Schulhäusern verstärkt. Viele allgemeine Fragen konnten so beantwortet und konkrete Hilfe angeboten werden.

#### 815.5 Logopädie

##### Aufgaben:

- fördert die Kommunikationsfähigkeit von sprachbehinderten Kindern
- hilft Benachteiligungen aus der sprachlichen Behinderung zu vermeiden

KENNZAHLEN	2000	2001	2002
Aufwandüberschuss (in CHF 1 000)	780	*922	*1 196
Personalbestand	8.6	9.2	10.3
Erteilte Pensen	10 321	11 076	12 355
Erteilte Therapiektionen	8 916.5	7 854.8	8 574.1
Erteilte Abklärungsaktionen	856.6	863.0	906.2
Warteliste	265	217	187
in Therapie	322	370	341

\* ohne Sekretariat

Ab 1. April 02 konnten alle bewilligten Logopädiestellen besetzt werden. Dies bewirkte vor allem in den Schulquartieren Buchental / Oberzil eine deutliche Entlastung. Die Wartelisten für Logopädie-Therapien konnten in diesen Schulquartieren deutlich abgebaut werden.

Auch im Jahre 2002 war die Auseinandersetzung mit einer optimalen Umsetzung des erstellten Logopädie-Konzeptes mit definiertem Zeiterfassungssystem, Schulquartiersverantwortung, Wartelistenmanagement, Qualitätssicherung und Ausrichtung auf die teilautonomen Schulen ein wesentlicher Schwerpunkt. Nebst der Durchführung von Ersterfassungen, Abklärungen, Therapien und interdisziplinärer Zusammenarbeit wurde die Beratungstätigkeit stärker verankert als bisher. Ziel ist, die Kindergarten- und Lehrpersonen in präventivem Sinne zu beraten, um Sicherheit bei besonderen pädagogischen Aufgaben zu vermitteln. Durch den Ausbau der Beratungstätigkeit kann die Warteliste laufend abgebaut werden.

Weiter folgte die inhaltliche und organisatorische Auseinandersetzung mit dem Wartelistenmanagement unter dem Aspekt der Bedürfnisse der einzelnen Schulquartiere und der vorhandenen Ressourcen in Ausrichtung auf das neu erstellte Förderkonzept für Kindergärten und Primarschulen.

Im präventiven Bereich erteilte eine Logopädin Fortbildungen für Kindergarten-, Unterstufen- und ISF-Lehrkräfte im Bereich «Phonologie und sprechmotorische Bewusstheit für den Lese- und Schreib-erwerb».



**Aufgaben:**

- stellt die systematische, einheitliche und kontinuierliche Kariesprophylaxe bei Kindern und Jugendlichen der städtischen Volksschulen und Kindergärten in Kooperation mit Lehrkräften und Kindergärtnerinnen sicher
- behandelt Zahnschäden sowie Zahnfehlstellungen und Kieferanomalien nach medizinischer Indikation gemäss den neuesten Erkenntnissen und Techniken der Zahnheilkunde
- betreut und behandelt ängstliche, schwierige oder behinderte Kinder in schweren Fällen in Vollnarkose/Lachgasanalgesie

KENNZAHLEN	2000	2001	2002
Aufwand (in CHF 1 000)	2 696	2 710	2 620
Ertrag (in CHF 1 000)	1 979	1 975	2 071
Aufwandüberschuss (in CHF 1 000)	716	735	549
Stellenprozente	13.33	12.63	12.63
Untersuchte Kinder (Klassenverband)	5 898	7 481	5 679
Besprechungen, Kontrollen, Zweit-US	10 002	7 157	8 578
Behandlung nötig (in %)	52	48	47
Erlasse, Sozialrabatt (in CHF 1 000)	237	337	333
Anzahl Kinder pro Schulzahnarzt	1 552	1 968	1 494
Karieskosten (in CHF 1 000)	432	531	473
Karieskosten pro Kind (in CHF)	73	70	83
Poliklinikpatienten (+ Nottfälle)	1 830	1 755	1 802

Der präventiv-therapeutische Einsatz des Schulzahnärztlichen Dienstes zielt primär darauf ab, dass möglichst viele Jugendliche die städtische Volksschule verlassen mit:

- weitgehend gesunden Zähnen und gesundem Zahnfleisch
- mit funktionstüchtiger und guter Zahn- und Kieferstellung
- mit vollständiger konservierender Behandlung
- ohne kariesbedingte Extraktion
- mit guter Information und Motivation zur Gesunderhaltung von Zähnen und Zahnhalteapparat
- ohne Angst vor zahnärztlicher Behandlung.

Dieser Auftrag konnte 2002 wahrgenommen werden.

Das Kariesniveau der Schulkinder hat sich auf tiefem Niveau stabilisiert. Bei den Zwei- bis Sieben-jährigen ist jedoch eine überdurchschnittliche Kariestendenz feststellbar: 1991 75% kariesfrei – 2002 nur 55% kariesfrei (fünf- bis sechsjährige). Die Problematik der sozial schwachen Familien sowie der ausländischen Bevölkerung und Flüchtlinge ist weiter aktuell. Die Kariesrisikofaktoren (häufiger Zuckerkonsum) sind nach wie vor hoch in Verbindung mit genussorientiertem Lifestyleverhalten!

Die Kariesbehandlungskosten haben sich in den letzten 25 Jahren massiv reduziert. Konsequente und kontinuierliche Prävention in Kindergarten, Schule und Klinik sind weiter prioritär. Ernährungsberatung, Mundhygiene-Instruktion, Fluoridierungen sowie regelmässige zahnärztliche Kontrollen auch für die Individualprophylaxe (vor allem Fissurenversiegelungen) sind dringend geboten.

Die Zusammenarbeit zwischen Kindergarten, Schule und Schulzahnärztlichem Dienst sowie Eltern ist wichtig für den Prophylaxeerfolg. Die Kooperation mit der Mütter-Väterberatung sowie den Kinderärztinnen und -ärzten/Kinderspital wurde intensiviert, um bereits die Gruppe der ein- bis vierjährigen Kinder und deren Eltern zu erreichen. In dieser Altersgruppe sind wieder zunehmend Zahnschäden feststellbar. Neu wurde eine intensive Elternberatung auf Kindergartenstufe eingeführt.

## 820 Kindergärten

KENNZAHLEN	2000	2001	2002
Aufwandüberschuss alle Kindergärten* (in CHF 1 000)	7 172	7 612	7 653
Anzahl Kinder	1 365	1 321	1 314
Kosten pro Kind* (in CHF)	5 255	5 762	5 824
Total Regelkindergärten	70	68	70
Städtische Regelkindergärten	63	62	70
Private Kindergärten	7	6	**0
Schulkindergärten	6	6	6
Sprachheilkindergärten	2	2	2
Durchschnittliche Klassengrösse:			
Regelkindergarten	18.14	18.15	17.43
Schulkindergarten	12.17	10.83	12
Sprachheilkindergarten	11	11	11
Anzahl Lehrkräfte (Voll- und Teilpensen)	108	105	112

\* Ohne Verwaltungs- und Baukosten.

\*\* Im Jahr 2002 durch die Stadt übernommen.

## 830 Primarschule

KENNZAHLEN	2000	2001	2002
Aufwandüberschuss (in CHF 1 000)	28 437	29 260	30 837
Anzahl Kinder	4 325	4 317	4 293
Kosten pro Kind (in CHF)	6 575	6 778	7 183
Anzahl Klassen	220.0	220.0	221
Durchschnittliche Klassengrösse:			
– Regelklassen	21.1	21.1	20.9
– Kleinklassen	12.1	12.	11.6
– Deutschklassen neu Integrationsklassen	11.8	11.3	12.5
Anzahl Lehrkräfte (Voll- und Teilpensen)	364	384	409

## 831 Realschule

KENNZAHLEN	2000	2001	2002
Aufwandüberschuss (in CHF 1 000)	* 11 038	10 873	11 629
Anzahl Jugendliche	882	903	902
Kosten pro Jugendliche bzw. Jugendlichen (in CHF)	12 515	12 040	12 893
Anzahl Klassen	52	**53+1	**55+1
Durchschnittliche Klassengrösse:			
– Regelklasse	20.1	19.6	18.7
– Kleinklasse	10.9	12.1	11.5
– Deutschklasse neu Integrationsklassen	14.7	12.0	11.3
Anzahl Lehrkräfte (Voll- und Teilpensen)	108	132	122

\* ohne Abzug der kant. Subventionen

\*\* Kleinklasse mit besonderem Auftrag «Kajak»

## 832 Sekundarschule

KENNZAHLEN	2000	2001	2002
Aufwandüberschuss (in CHF 1 000)	6 035	6 164	6 263
Anzahl Jugendliche	565	544	544
Kosten pro Jugendliche bzw. Jugendlichen (in CHF)	10 681	11 330	11 512
Anzahl Klassen	27	26	26
Durchschnittliche Klassengrösse	20.9	20.9	20.9
Anzahl Lehrkräfte (Voll- und Teilpensen)	59	66	61

KENNZAHLEN	2000	2001	2002
Aufwand (in CHF 1 000)	1 243	1 298	1 329
Ertrag (in CHF 1 000)	771	1 007	912
Aufwandüberschuss (in CHF 1 000)	472	291	417
Anzahl Jugendliche	117	131	146
Davon Auswärtige	55	69	62
Anzahl Klassen	6	6	7
Durchschnittliche Klassengrösse	19.5	21.8	20.8
Anzahl Lehrkräfte (Voll- und Teilpensen)	14	14	13

## 834 Jugendmusikschule / Musikakademie St.Gallen (Studienbereich Klassik)

## 834.1 Jugendmusikschule

## Aufgaben:

- ermöglicht Schülerinnen und Schüler der städtischen Volksschulen, der angeschlossenen Schulgemeinden und Privatschulen sowie Jugendlichen und Erwachsenen mit Wohnsitz in der Stadt St.Gallen eine musikalische Ausbildung
- fördert das Zusammenspiel in verschiedenen Musikstilen mit Musiziergruppen, Rockbands, Chören und Orchesterformationen
- arbeitet mit der Volksschule zusammen
- vermittelt musische Werte
- leitet zu sinnvoller Freizeitgestaltung an

KENNZAHLEN	2000	2001	2002
Aufwand (in CHF 1 000)	*5 126	*5 410	5 014
Ertrag (in CHF 1 000)	*2 385	*2 680	1 890
Aufwandüberschuss (in CHF 1 000)	*2 741	*2 730	3 124
Anzahl Lehrkräfte	109	107	109
Verwaltungspersonalbestand	2.5	2.5	1.9
Kosten pro Schülerin oder Schüler pro Jahr	896	959	1 067
Anzahl Schülerinnen und Schüler	3 056	2 846	2 927

\* inkl. Löhne/Lohnrückvergütung Akademie

Die Musiklehrerinnen und Musiklehrer der Jugendmusikschule organisierten zahlreiche Konzerte, Vortragsübungen, Musizierstunden und Schulhauskonzerte. Das erstmals in der Schweiz durchgeführte Europäische Jugendmusikfestival 02 bildete den Höhepunkt mit einem Anlass in der Innenstadt St.Gallen. Es musizierten 24 Ensembles mit gesamthaft 500 Jugendlichen aus der Schweiz und Europa. Am Kinderfest gestalteten verschiedene Rockbands und Ensembles der JMS ein farbiges Abendprogramm «On Stage».

Die Schülerinnen und Schüler besuchten den Musikunterricht in den zwei Abteilungen Musikalische Grundausbildung und Instrumentalunterricht. Der Einbezug des Fachs musikalische Grundschule in die Volksschule führte in Abstimmung auf den Lehrplan des Kantons St.Gallen zu Pilotprojekten und ermöglichte eine enge Zusammenarbeit mit der Volksschule.



Gute Resonanz fanden in Kooperation mit Konzert und Theater St.Gallen die didaktisch gestalteten Ensemblekonzerte in den städtischen Schulhäusern (Schukos). Die enge Zusammenarbeit mit der Knabenmusik St.Gallen hat sich erneut bewährt.

Nicht nur in der Leitung, sondern auch in der Administration erfolgte eine klare Trennung zwischen der Jugendmusikschule und dem Fachbereich Klassik der Musikakademie St.Gallen.

#### 834.2 Musikakademie St.Gallen (Studienbereich Klassik)

##### Aufgaben:

- bietet Berufsausbildungen mit kantonal anerkannten Diplomabschlüssen an und führt Lehrgänge in den Bereichen Lehrdiplom, Blasmusikdirektion, Audio Design (bis Juli 2002), Musikalische Grundschule durch
- führt den Vorkurs I und II zur Vorbereitung auf einen Diplom-Lehrgang

FINANZEN (in CHF 1 000) / PERSONAL	2002
a.o. Aufwand (in CHF 1 000) (Defizite 1998–2001/Nachtragskredit)	139
Aufwand (in CHF 1 000)	991
Ertrag (in CHF 1 000)	874
Aufwandüberschuss	117
Anzahl Lehrkräfte	35
Verwaltungspersonalbestand /Personen (inkl. künstl. Direktion)	2.0
Kosten pro Studierenden pro Jahr	2 660
Anzahl Studierende (exkl. Vorkurse/Einzelfächer)	44

Absolvierende der Musikakademie, Fachbereich Klassik, sind nach ihren Diplomen befähigt, Unterricht an öffentlichen Schulen (Musikalische Grundschule) und öffentlichen und privaten Musikschulen (Lehrdiplom) zu erteilen. Diplomierte Blasmusikdirigentinnen und -dirigenten übernehmen Leitungsverantwortung bei den vielen regionalen Vereinen.

Auf Grund der für den Fachbereich Klassik aufgelaufenen Defizite und der dafür notwendigen Nachtragskredite stellte sich mit hoher Dringlichkeit die Frage der künftigen Trägerschaft und der Finanzierung.

#### 835 Freiwilligenangebote

KENNZAHLEN FREIWILLIGE HANDARBEIT	2000	2001	2002
Aufwandüberschuss (in CHF 1 000)	365	361	383
Anzahl Kinder	450	447	464
Kosten pro Kind (CHF)	810	807	826
Anzahl Kurse	49	49	49
Durchschnittliche Klassengrösse	9.2	9.1	9.5

#### 835.1 Kulturpädagogik

KENNZAHLEN	2000	2001	2002
Aufwandüberschuss (in CHF 1 000)	309	330	322

Folgende Projekte sind im Jahre 2002 im Rahmen der Kulturpädagogik umgesetzt worden:

- Museumspädagogik im Naturmuseum und im Historischen Museum
- Fantasiehe-Da
- Schulhauskonzerte des Konzertvereins (organisiert durch die JMS)
- Autorenlesungen in den Schulhäusern
- Projekt «Mitten unter Euch»

## 836 Fördernde Massnahmen

Gestützt auf das Konzept «Gesundheitsfördernde Schule» sind für die Volksschulen und Kindergärten der Stadt St.Gallen die verschiedenen Teilkonzepte der Förderung aufeinander abgestimmt worden. Diese Gesamtübersicht, auch «Förderkonzept» genannt, basiert auf folgenden Grundsätzen:

- Im Mittelpunkt der Förderung steht das einzelne Kind mit seiner individuellen Persönlichkeit.
- Die Integration von Kindern in die Regelklasse hat Vorrang vor der Separation.
- Die heterogene Klasse ist eine Chance für die Schwachen und die Starken; verschiedene Talente und Begabungen bieten vielfältige Lernanreize.
- Die Heterogenität der Klassen erfordert innerhalb des Klassenverbandes eine sinnvolle und effektive Binnendifferenzierung, Arbeit in Kleingruppen sowie Partnerarbeit.
- Der Aufwand an therapeutischen Massnahmen soll in einem günstigen Verhältnis zum Ertrag stehen
- Kleinklassen sind in die Schulentwicklung der einzelnen Quartiere einzubeziehen.

### 836.1 Nachhilfe

FINANZEN (in CHF 1 000) / PERSONAL	2000	2001	2002
Aufwand	125	82	56
Ertrag	14	9	6
Aufwandüberschuss	111	73	50
Personalbestand	1.26	0.83	0.5
Erteilte Lektionen	1 509	996	605

### 836.2 Legasthenie

FINANZEN (in CHF 1 000) / PERSONAL	2000	2001	2002
Aufwand	270	212	159
Ertrag	67	56	43
Aufwandüberschuss	203	156	116
Personalbestand	2.52	2.22	1.38
Erteilte Therapien	3 024	2 664	2 157

### 836.3 Übrige Therapien

FINANZEN (in CHF 1 000) / PERSONAL	2000	2001	2002
Aufwand	11	20	34
Ertrag	2	4	5
Aufwandüberschuss	9	16	29
Personalbestand	extern	extern	extern

## 836.4 Integrative Schülerhilfe

FINANZEN (IN CHF 1 000) / PERSONAL	2000	2001	2002
Aufwand	1 030	1 423	2 317
Ertrag	201	228	533
Aufwandüberschuss	829	1 195	1 784
Personalbestand	8.50	12.3	22.75

## 837 Familienergänzende Betreuung

### 837.1 Tageshorte

#### Aufgaben:

- bieten familienergänzende Unterstützung der Eltern in Betreuung, Erziehung und Aufgabenhilfe an
- erweitern die sozialen und persönlichen Kompetenzen der Kinder durch vielfältige Erfahrungen im spielerischen, im kreativen sowie im bildungs- und naturorientierten Bereich
- arbeiten mit den Lehrkräften und Eltern in den verschiedensten Formen zusammen
- verankern die Hortarbeit im schulischen Umfeld und im Quartier

FINANZEN (IN CHF 1 000) / PERSONAL	2000	2001	2002
Aufwand	2 176	2 369	2 535
Ertrag	403	405	508
Aufwandüberschuss	1 773	1 964	2 027
Personalbestand	19.9	21.28	21.75

KENNZAHLEN	2000	2001	2002
Geleistete Stunden	43 591	46 614	47 644
Anzahl Horte	6	*	7
Anzahl Hortplätze (Tagesplätze)	126	*117	117
Anzahl Hortplätze (Halbtagesplätze)		*18	18
Anzahl Kinder	174	*173	186
Anzahl Morgenbetreuungen	44	*41	43
Anzahl Mittagsbetreuungen	135	*137	151
Anzahl Nachmittagsbetreuungen	122	*128	143
Anzahl Austritte	57	55	49

\* ab 01.08.01

Kompetente Betreuungsarbeit, aufbauend auf Zielsetzungen des Betriebs- und Qualitätskonzeptes, prägten auch im Jahre 2002 die Hortarbeit. Der Zusammenarbeit mit den Eltern wurde hohe Priorität beigemessen. Elternanlässe in allen Horten und Einzelgespräche förderten das Vertrauen zwischen Hort, Eltern und Kindern. Die Fortbildungsveranstaltungen hatten als Themenschwerpunkte Medienpädagogik und gesunde, kindergerechte Ernährung. Die Mitwirkung am Kinderfest und ein gesamtstädtisches Hortfussballturnier förderten den Zusammenhalt.



## 837.2 Freiwillige Schulhausangebote

### Aufgaben:

- bietet teilszeitliche Betreuung für Kinder der städtischen Volksschule an einzelnen Schultagen ausserhalb der Schulzeit mit Verpflegung und integrierter Aufgabenhilfe im Schulhaus oder in einer schulnahen Liegenschaft an
- fördert die sinnvolle Freizeitgestaltung
- unterstützt Initiative, Kreativität und Sozialverhalten der Kinder
- leitet zu verstärkter Toleranz untereinander an

FINANZEN (in CHF 1 000) / PERSONAL	2000	2001	2002
Aufwand	217	236	293
Ertrag	57	64	88
Aufwandüberschuss	160	172	205
Personalbestand	1.48	1.62	1.92

KENNZAHLEN	2000	2001	2002
Geleistete Stunden	3 020	3 530	4 203
Anzahl Freiwillige Schulhausangebote, Mittagstische und/oder Betreuung mit integrierter Aufgabenhilfe nach der Schule	4	*5	5
Anzahl Kinder	125	*148	169
Anzahl Mittagsbetreuungen pro Öffnungstag	32	*49	57
Anzahl Betreuungen nach Schulschluss pro Öffnungstag	34	*36	40

\* ab 01.08.2001

Die Besucherzahlen in den fünf bestehenden Freiwilligen Schulhausangeboten stiegen kontinuierlich. Auch in Schulhäusern, die über keine Betreuungsangebote verfügen, wurde von Elternseite das Thema Betreuung vermehrt aufgenommen.

Anlässlich einer gemeinsamen Fortbildung zum Thema «kreativer Umgang mit Aggression» setzten sich die Betreuungspersonen mit den schwierigen Seiten des Betreuungsalltages auseinander. Das Thema «Grenzen setzen» ist dabei immer wieder von zentraler Bedeutung.

## 837.3 Schülerbetreuung auf der Oberstufe (Schülerclub)

### Aufgaben:

- bietet den Schülerinnen und Schülern über Mittag, in Zwischenstunden sowie an freien Nachmittagen Räume für Aufenthalt und Begegnung an
- erteilt Aufgabenhilfe und gibt Verpflegung ab
- leitet zu sinnvoller Freizeitgestaltung an

KENNZAHLEN	2000	2001	2002
Anzahl Projekte	2	2	7
Aufwand (in CHF 1 000)	98	106	120
Ertrag (in CHF 1 000)	7	6	7
Aufwandüberschuss (in CHF 1 000)	91	100	113
Durchschnittliche Anzahl Besuchende pro Tag	50	55	44

**Projekte:**

- Primarschulhaus Halden: Gesamtsanierung abgeschlossen und eingeweiht
- Primarschulhaus Rotmonten: Einbau von zwei Zimmern im Treppenhaus
- Sekundarschule Blumenau: Sanierung abgeschlossen und eingeweiht
- Oberstufenzentrum Schöna: Sanierung «Trakt Ost» und Nord abgeschlossen, Beginn der Planungsarbeiten für den Erweiterungstrakt
- Primarschule Schönenwegen: Projektierung Aufstockung Pavillon aufgehoben, Vorbereitung zur Planung eines Neubaus
- Schulhaus Buchwald: Erweiterung in Arbeit
- Oberstufe Buchental-Krontal: Projektierung abgeschlossen

Im Berichtsjahr konnte wiederum ausgemustertes Schulmobiliar an caritative Organisationen abgegeben werden.

**87 Sportamt****Aufgaben:**

- ist Fach- und Koordinationsstelle in allen Sportfragen gemäss dem städtischen Sportkonzept
- unterstützt den Jugendsport und Sportveranstaltungen sowie Sportvereine, Verbände und private Träger von Sportanlagen
- bietet Fachberatung für Bausanierung und Unterhalt von Sportanlagen
- fördert den Schul- und Jugendsport sowie Breiten-, Lifetime- und Gesundheitssport
- betreibt die städtischen Frei- und Hallenbäder gemäss dem Leistungskonzept für die städtischen Bäder und führt die Kunsteisbahn

<b>FINANZEN</b> (IN CHF 1 000) / <b>PERSONAL</b>	<b>2000</b>	<b>2001</b>	<b>2002</b>
Aufwand	6 759	7 076	7 234
Ertrag	2 904	2 923	2 961
Personalbestand	37.20	37.20	38.40

**870 Leitung der Dienststelle**

<b>FINANZEN</b> (IN CHF 1 000) / <b>PERSONAL</b>	<b>2000</b>	<b>2001</b>	<b>2002</b>
Aufwandüberschuss	632	664	659
Personalbestand	4.5	4.5	4.5

Ein Schwerpunkt der Tätigkeit lag in der schrittweisen Umsetzung der Bau- und Sanierungsprojekte gemäss der Sportstättenplanung von 1999. Dabei vertrat das Sportamt seine Interessen als Betreiber der Sportanlagen und diejenigen der Nutzer. Für das Polysportive Zentrum Ostschweiz wurden in der ersten Planungsphase Detailabklärungen gemacht und die Kosten für die gesamte Investition von Sporthalle und Tiefgarage mit einer Genauigkeit von +/- 10% ermittelt. Für die private Finanzierung der Tiefgarage wurden Investoren gesucht und für die Restfinanzierung Kontakte zu Sponsoren geknüpft.

In den Projektsitzungen für das Stadion Krontal zeigte sich, dass sich eine Gesamtlösung für den Garderobenneubau und die Sanierung des Hauptspielfeldes aufdrängt. Die Zusammenführung der zwei Bauvorhaben ist betrieblich und baulich sinnvoll.

Für die Sanierung des Fortunaplatzes auf der Kreuzbleiche wurden die betrieblichen Anforderungen definiert und im Projektteam vertreten.

Der Reitplatz im Gründenmoos konnte unter Kostenbeteiligung der Genossenschaft Pferdesporttage und der IG Sport Toto saniert werden.

In der Volksabstimmung vom 22. September 2002 haben die St.Gallerinnen und St.Galler den Neubau einer Eishalle im Lerchenfeld mit einem Mehr von über 80% gutgeheissen. Nachdem das Projekt anfänglich noch umstritten war, setzte sich in den Beratungen der Baukommission und nachher auch an den öffentlichen Veranstaltungen die Haltung durch, dass eine moderne Eishalle zur Grundinfrastruktur einer Stadt wie St.Gallen gehört und dass eine solche Anlage ihren Preis hat. Die bewilligte neue Eissportanlage im Lerchenfeld umfasst eine moderne, vollklimatisierte Halle und ein Ausseneisfeld. Sie ist primär für den Breiten-, Schul- und Vereinssport konzipiert. Möglich sind aber auch Eishockeyspiele bis zur Nationalliga B. Die Kombination mit dem Schwimmbad ermöglicht rationelle Doppelnutzungen.

Für die Wintersaison 2002/03 erteilte das Umweltschutzamt des Kantons keine Betriebsbewilligung mehr für die Kunsteisbahn im Lerchenfeld. Auf dem Hartplatz hinter der alten Turnhalle Kreuzbleiche erstellte das Sportamt ein provisorisches Eisfeld, das am 1. November trotz schwierigsten Witterungsbedingungen rechtzeitig eröffnet werden konnte.

Mit der Kantonalisierung der gewerblichen Berufsschulen ging die Sporthalle Volksbadstrasse in den Besitz des Kantons über. Für die anlagenübergreifende Wartung der Sporthallen Steinach und Volksbadstrasse wurde zusammen mit dem Kanton ein Konzept erarbeitet und umgesetzt.

## 871 Turn- und Sportbetrieb

KENNZAHLEN	2000	2001	2002
Aufwand (in CHF 1 000)	313	308	290
Ertrag (in CHF 1 000)	40	73	65
Teilnehmende Sportanimationskurse	1 450	1 485	1 338
Kosten pro Teilnehmerin oder Teilnehmer			
Sportanimationskurse (in CHF)	23	18	23
Teilnehmende Sommersportkurse	464	460	385
Kosten pro Teilnehmerin oder Teilnehmer Sommersportkurse (in CHF)	25	22	25
Unterstützung in der Organisation von Sportanlässen	21	21	24

Die Sportanimationskurse (vormals Neigungssportwoche) betrugen wieder fünf Tage. Dadurch ergaben sich im Vergleich zum Vorjahr, als die Kurse ausnahmsweise nur vier Tage dauerten, höhere Kosten pro Teilnehmerin bzw. Teilnehmer.

Bei den Sommersportkursen war bei allen ausgetragenen Sportkursen proportional ein leichter Rückgang der Teilnehmenden zu verzeichnen.

Im Schulsportbereich fanden die traditionellen Lauf- und Schwimmwettkämpfe, Schulsporttage, Handball- und Fussballturniere statt.



## 872 Finanzielle Unterstützung von Turnen und Sport

KENNZAHLEN	2000	2001	2002
Unterstützung Jugendsport Beiträge (in CHF 1 000)	160	160	160
Anzahl Jugendliche	4 738	4 707	4 625
Schul- und Vereinssportanlässe			
Anzahl Anlässe/Beiträge	39/29	40/32	34/32
Subventionen Vereine und Verbände			
Anzahl Institutionen/Beiträge	4/22	4/22	4/21
unterstützte private Träger von Sportanlagen			
Anzahl/Beiträge	3/194	3/229	3/229

An Sportvereine wurden CHF 80 506 als Pro-Kopf Beitrag für total 4 625 Jugendliche im Alter von acht bis 20 Jahren ausbezahlt. Der verbleibende Betrag von CHF 79 494 wurde den Vereinen anteilmässig für ihre Aktivitäten im Wettkampfbereich ausgeschüttet, was einer Rückerstattung von 22.25% der effektiven Wettkampfauslagen entspricht.

## 873 Sportanlagen

FINANZEN (in CHF 1 000) / PERSONAL	2000	2001	2002
Aufwand	2 843	2 966	3 108
Ertrag	846	892	996
Personalbestand	12.66	12.66	13.86

KENNZAHLEN	2000	2001	2002
Unterhalt und Neuanschaffungen Sportmaterial (in CHF 1 000)	182	186	171
Gebühren für die Benützung von Sportanlagen (in CHF 1 000)	334	337	413
Anzahl Turnhalleneinheiten	41	41	41
Hallenauslastung allgemein			
Montag bis Freitag 07.00–22.00 Uhr in %	79.45	82.23	82.39
Hallenauslastung Vereinssport			
Montag bis Freitag 17.15–21.45 Uhr in %	93.17	95.50	95.24
Anzahl Fussballplätze/Fussbalteams	20/125	20/125	20/125
Anzahl Meisterschaftsspiele Fussball	949	950	982
Anzahl Meisterschaftsspiele Handball	416	418	521

Die Auslastung aller städtischen Sportanlagen war nach wie vor sehr hoch. Der Anstieg der Gebühren für die Benützung von Sportanlagen ist auf die Kantonalisierung der gewerblichen Berufsschulen zurückzuführen. Diese zahlten erstmals den Tarif für kantonale und private Schulen, welcher viermal höher ist als der bisherige.

## 874 Städtische Bäder

FINANZEN (in CHF 1 000) / PERSONAL	2000	2001	2002
Aufwand	* 2 459	2 569	2 431
Ertrag	1 732	1 677	1 653
Aufwandüberschuss	727	892	778
Personalbestand	16.81	16.81	16.81

\* erstmals inklusive Weiherunterhalt (interne Verrechnung mit TBA)

Das Gesamtergebnis der städtischen Bäder zeigt gegenüber dem letzten Jahr eine markante Verbesserung um CHF 114 000. Zu diesem guten Ergebnis haben ausschliesslich die beiden Hallenbäder Volksbad und Blumenwies beigetragen, wogegen die Freibäder im Rahmen des Vorjahres erneut unterdurchschnittlich abschlossen. Ausschlaggebend dafür war das schlechte Sommerwetter. Auf der Grundlage der revidierten kantonalen Bäderverordnung wurde in allen Bäderbetrieben an der Umsetzung des vor zwei Jahren begonnenen Qualitätssicherungs-Konzeptes gearbeitet.

Die Anzahl verkaufter Jahrespässe lag mit insgesamt 565 leicht unter dem Vorjahr (579). Bei den Halbjahresabos konnte im Bereich der Hallenbäder eine erfreuliche Steigerung auf 304 Abos (Vorjahr 269) erzielt werden, während im Saunabereich die Verkäufe rückläufig waren.

#### 874.0 Volksbad

<b>FINANZEN</b> (in CHF 1 000) / <b>PERSONAL</b>	<b>2000</b>	<b>2001</b>	<b>2002</b>
Aufwand	389	447	390
Ertrag	177	169	174
Personalbestand	3.25	3.25	3.25
<b>KENNZAHLEN</b>	<b>2000</b>	<b>2001</b>	<b>2002</b>
Anzahl Betriebstage	284	284	281
Besucherfrequenz	43 077	42 164	42 657
Defizit pro Badegast (in CHF)	4.93	6.59	5.07
Anzahl Veranstaltungen	48	44	48
Energieverbrauch (kWh)	932 050	855 211	764 090
Wasserverbrauch (m³)	5 593	6 376	5 810

Die im Berichtsjahr registrierte Besucherzahl ist die zweithöchste seit 1984. Gegenüber der ausserordentlichen Situation im Vorjahr (Anhäufung verschiedener Mehrkosten im Personalbereich) hat sich der Betriebsaufwand wieder deutlich auf unter CHF 400 000 zurückgebildet. Das Betriebsergebnis verbesserte sich insgesamt um CHF 62 000. Dadurch bildete sich das Defizit pro Badegast deutlich auf CHF 5.07 zurück. Gegenüber dem Höchstdefizit von über CHF 11 im Jahre 1993 ist dies weniger als die Hälfte. Ungebrochener Beliebtheit erfreuen sich die Aqua-Fit-Kurse und die Vermietungen des Bades für private Anlässe.

Der milde Winter führte zu einem deutlich niedrigeren Energieverbrauch, und der im Vorjahr festgestellte Mehrverbrauch beim Wasser konnte mit den ergriffenen Massnahmen wieder spürbar reduziert werden (–9%).

## 874.1 Hallenbad Blumenwies

FINANZEN (IN CHF 1 000) / PERSONAL	2000	2001	2002
Aufwand	1 389	1 453	1 380
Ertrag	1 388	1 332	1 327
Personalbestand	8.90	9.00	9.00

KENNZAHLEN	2000	2001	2002
Anzahl Betriebstage	333	328	337
Besucherfrequenz	214 880	219 720	213 552
Defizit pro Badegast (in CHF)	0.0	0.55	0.25
Anzahl Veranstaltungen	65	64	65
Energieverbrauch (kWh)	1 842 358	1 750 726	1 848 086
Wasserverbrauch (m³)	19 976	18 185	19 656

Im siebten vollen Betriebsjahr nach der Sanierung und Erweiterung verfehlte das Blumenwies die letztjährige Rekordfrequenz knapp. Nachdem seit Eröffnung im Jahre 1996 stets mehr Saunagäste gezählt wurden, kamen im Berichtsjahr erstmals geringfügig weniger Besucherinnen und Besucher. Dank einem leicht rückläufigen Betriebsaufwand und einem praktisch gegenüber dem Vorjahr unveränderten Betriebsertrag bildete sich das Defizit pro Badegast um mehr als die Hälfte auf 25 Rappen zurück.

Der Gesamtwasserverbrauch von 19 656 m³ stieg gegenüber dem Vorjahr um 8% an. Dies entspricht einem Wasserverbrauch von 92 Litern pro Badegast, was immer noch weit unter der Norm von 200 Litern ist. Dieser schweizerische Spitzenwert ist nur dank der Ozonisierungsstufe im Wasseraufbereitungsverfahren und konsequenter Verbrauchskontrolle möglich.

## 874.2 Freibäder auf Dreilinden

FINANZEN (IN CHF 1 000) / PERSONAL	2000	2001	2002
Aufwand	*393	372	364
Ertrag	73	77	65
Personalbestand	2.69	2.69	2.69

\*erstmalig inkl. interne Verrechnung mit TBA für Weiherunterhalt (CHF 78 000)

KENNZAHLEN	2000	2001	2002
Besucherfrequenz	84 000	100 000	72 000
Defizit pro Badegast (in CHF)	*3.81	2.95	4.15
Anzahl Veranstaltungen	36	32	39
Energieverbrauch (kWh)	3 787	2 689	4 374
Wasserverbrauch (m³)	1 956	2 682	2 001

\*erstmalig inkl. interne Verrechnung mit TBA für Weiherunterhalt (CHF 78 000)

Nach einem ermutigenden Saisonstart mit einer kurzen Schönwetterperiode und entsprechend gutem Saisonkartenverkauf kam der Sommer nie mehr recht auf Touren. Mit rund 72 000 Eintritten verzeichneten die Freibäder auf Dreilinden den drittschlechtesten Sommer der vergangenen zehn Jahre. Da die Einsparungsmöglichkeiten im Aufwandbereich wegen des hohen Fixkostenanteils klein sind, resultierte gegenüber dem Vorjahr ein deutlich höheres Defizit pro Badegast von CHF 4.15 (Vorjahr 2.95).



Das im Vorjahr installierte Konzept zur Verbesserung der öffentlichen Ordnung ausserhalb der ordentlichen Badeöffnungszeiten wurde im Berichtsjahr leicht modifiziert weitergeführt. In enger Zusammenarbeit zwischen der Securitas, der Stadtpolizei, dem Sportamt und der Stiftung Suchthilfe wurden die drei Regeln für die Anlagebenützung («Abfälle in die Kübel», «kein übermässiger Lärm nach 22.00 Uhr» und «keine Hunde auf dem Badareal») an den Sommerabenden durchgesetzt. Das Echo auf die Massnahmen war wiederum gut, wenn auch die gehegten Erwartungen an einen deutlich sichtbaren Rückgang des nächtlich hinterlassenen Abfallberges nicht erfüllt wurden. Die Gesamtbilanz aus Sicht der Beteiligten blieb positiv. Wie im Vorjahr verlief die Badesaison ohne nennenswerten Unfall.

#### 874.3 Schwimmbad Lerchenfeld

FINANZEN (IN CHF 1 000) / PERSONAL	2000	2001	2002
Aufwand	288	297	298
Ertrag	94	100	88
Personalbestand	1.87	1.87	1.87

KENNZAHLEN	2000	2001	2002
Besucherfrequenz	25 445	28 585	20 700
Defizit pro Badegast (in CHF)	7.61	6.89	10.15
Anzahl Veranstaltungen	10	12	5
Energieverbrauch (kWh)	108 470	107 935	* 127 859
Wasserverbrauch (m³)	16 354	18 168	14 419

\* inkl. Stromverbrauch für in eigener Regie betriebene Waren- und Getränkeautomaten

Gegenüber dem Vorjahr gingen die Frequenzen wetterbedingt zurück, was sich in einem deutlich rückläufigen Ertrag und einem markanten Anstieg des Defizites pro Badegast auf über zehn Franken widerspiegelt.

#### 875 Kunsteisbahn Lerchenfeld

FINANZEN (IN CHF 1 000) / PERSONAL	2000	2001	2002
Aufwand	509	564	* 745
Ertrag	282	276	247
Personalbestand	3.23	3.23	3.23

\* inkl. Kosten für Errichtung provisorische Eisbahn auf der Kreuzbleiche

KENNZAHLEN	2000	2001	2002
Besucherfrequenz	43 582	45 500	39 900
Defizit pro Eisbahngast (in CHF)	5.21	6.32	* 11.98
Anzahl Veranstaltungen	159	162	154
Energieverbrauch (kWh)	675 816	681 413	688 581
Wasserverbrauch (m³)	6 066	6 071	5 052

\* inkl. Kosten für Errichtung provisorische Eisbahn auf der Kreuzbleiche

Der Grund des Anstiegs des Betriebsaufwandes um rund CHF 180 000 und des Defizites pro Eisbahngast auf zwölf Franken liegt in den über die Laufende Rechnung getätigten Investitionskosten von rund CHF 250 000 für die Errichtung der provisorischen Eisbahn auf der Kreuzbleiche.

Trotz windiger Wetterverhältnisse während der Aufbauzeit konnte die Anlage dank einem überdurchschnittlichen Arbeitseinsatz des gesamten Personals rechtzeitig auf den 1. November in Betrieb genommen werden. Sowohl die Quartierbevölkerung als auch die Eissportlerinnen und Eissportler schätzen die «neue» Anlage mit der einfachen Infrastruktur. Als Garderoben und WC-Anlagen für die Vereine und die Öffentlichkeit dienen die Fussballgarderoben im seitlichen Anbau der alten Turnhalle. Zentrales Element für den Betrieb bildet ein einfacher Holzpavillon zwischen dem Eisfeld und der Sporthalle. Darin sind die Kasse, die Schlittschuhausgabe und ein Aufenthaltsraum, bestückt mit Verpflegungsautomaten und einem Selbstbedienungskiosk, untergebracht. Bei schönem Wetter bestehen im Freien zusätzliche Sitzgelegenheiten. Ein klar strukturierter Belegungsplan orientiert die Öffentlichkeit, die Schulen und die Vereine über die Nutzungsmöglichkeiten der Eisbahn.

Für die neue Eissportanlage im Lerchenfeld wurde beim Kanton ein Gesuch um einen Staatsbeitrag eingereicht.

## 88 Jugendsekretariat

### Aufgaben:

- bearbeitet und gibt Informationen zu jugendspezifischen Themen ab
- berät und begleitet Jugendliche und deren Bezugspersonen in Lebensfragen und Krisensituationen
- führt die vier städtischen Quartierjugendtreffpunkte, das Haus Katharinengasse 16 inkl. das «tipp – infos für junge leute» und den Jugendkulturraum flon im Lagerhaus
- initiiert, unterstützt und begleitet Projekte, Aktionen und Aktivitäten, sowohl in sozialpädagogischer, animatorischer wie auch gemeinwesenorientierter Ausrichtung
- organisiert und koordiniert das fünfwöchige Sommerferienprogramm für die städtischen Primarschülerinnen und -schüler

FINANZEN (IN CHF 1 000) / PERSONAL	2000	2001	2002
Aufwand	1 349	1 477	1 751
Ertrag	11	13	167
Personalbestand: Festangestellte	9.92	10.21	*12.9

\* Definitive Erhöhung für die Doppelbesetzung in den Quartiertreffpunkten.

Für das Projekt CIAO übernahm das Jugendsekretariat das Patronat für die Kantone SG, AR, TG, SH, GL und GR. Es bietet Jugendlichen internet-basierte Beratung per E-Mail an. Jugendliche haben die Möglichkeit, sich auf einfache, effiziente, zeitgemässe und ebenso unterhaltsame Art und Weise nützliche Informationen aus dem Lebens- und Gesundheitsbereich zu beschaffen. Im Auftrag der Gesundheitsförderung Schweiz übernahm dabei die Schweizerische Fachstelle für Alkohol- und andere Drogenprobleme die Projektleitung.

Zum ersten Mal beteiligte sich das Jugendsekretariat am St.Galler Kinderfest. Die Jugendarbeiterinnen und -arbeiter boten während des ganzen Tages einen vielfältigen Spielplausch an. Ebenfalls wurden mit einem Informationsstand die Angebote präsentiert und vor allem die Quartierjugendtreffpunkte vorgestellt.

Bereits zum fünften Mal präsentierte das Jugendsekretariat an der Ostschweizerischen Bildungaustellung (OBA) zu verschiedenen Themen eine Sonderschau. Das Interesse der Besuchenden zum geschlechtsspezifischen Angebot «Spass für Boys & Girls» war auch im Berichtsjahr wieder sehr gross. Auf 150 m<sup>2</sup> Ausstellungsfläche bot das Jugendsekretariat Interessierten eine grosse Bandbreite an geschlechtsspezifischen Informationen.

## 881 Information

KENNZAHLEN	*2000	2001	2002
Total Fragestellende	742	1 327	1 577
– davon Jugendliche	580	1 132	1 281
– davon Erwachsene/Institutionen	162	104	131
– davon Institutionen	**	91	165
Stadt St.Gallen in %	93	91	81
Kanton St.Gallen in %	5	7	11
Ausserkantonale in %	2	2	8

\* Wegen Aufbauarbeiten des «tipp – infos für junge leute» sind im 2000 nur zehn Monate statistisch festgehalten.

\*\* Bis und mit dem Jahr 2000 wurden Erwachsene und Organisationen nicht getrennt erfasst.

Gegenüber dem Vorjahr konnte eine Anfragenzunahme von knapp 20% verzeichnet werden. Von den 1 577 Anfragen waren 1 238 persönlich, 203 telefonisch und 136 schriftlich. Rund zwei Drittel davon kamen von weiblichen Personen. 60% aller Auskünfte waren zum Thema Arbeit (Ferien- und Nebenjobs, Zwischenjobs, Arbeitslosigkeit). Weitere, viel gefragte Themen waren Freizeit, Gesundheit und Alltag. Im Jahr 2002 gab es über 5 700 Zugriffe auf die Internet Seite [www.tipp.stadt.sg.ch](http://www.tipp.stadt.sg.ch).

Mit fünf Kantonsschülerinnen und -schülern und einem Zivildienstleistenden wurden «tipp»-Pausenplatzaktionen an den Kantonsschulen in der Stadt St.Gallen durchgeführt. An drei Samstagen war das «tipp» während dem Quartier-Flohmarkt zu Werbezwecken geöffnet. Ebenso trat das «tipp» an verschiedenen Veranstaltungen mit Informationen zu Themen wie Integration, Homosexualität, Rassismus oder Gewalt auf.

Im Berichtsjahr hat sich «tipp» mit jugendrelevanten und lokalen Organisationen sowie mit Jugendinformationszentren im In- und Ausland weiter vernetzt und ausgetauscht. Des Weiteren wurden folgende «tipp»- Broschüren neu aufgelegt bzw. aktualisiert: «Wohnen», «Ferienadressen», «Nachhilfe», «Sprachaufenthalt», «Räume für junge Leute in St.Gallen», «Adressen zu den Bereichen Alltag, Gesundheit, Recht/Soziales, Arbeit/Bildung» und «Rechte & Pflichten für Jugendliche».

Im Dezember wurde das Weiterführen der Lehrstellenbörse von der kantonalen Berufsberatungsstelle für das Jahr 2003 beschlossen. Somit ist eine weitere, sinnvolle Bürogemeinschaft gewährleistet.

Die 25. Durchführung des Sommerplausches brach alle bisherigen Rekorde! So konnte den Primarschülerinnen und -schülern im Bereich Freizeit-Plausch ein nochmals erweitertes und sehr attraktives Kursangebot mit nahezu 2 500 Kursplätzen zur Verfügung gestellt werden. In Zusammenarbeit mit dem St.Galler Tagblatt ist die neue Sommerplausch-Zeitung gestaltet worden. Die beiden farbenfrohen Zeichnungen auf der Vorder- und Rückseite wurden aus einem Wettbewerb mit fünf St.Galler Schulklassen ausgewählt.



KENNZAHLEN	2000	2001	2002
Ausgeschriebene Kurse	105	101	112
Kursplätze	1 684	2 236	2 434
Durchgeführte Kurse	97	91	99
Kursplätze	1 882	2 114	2 364
Belegte Kursplätze	1 684	1 674	1 724
Anzahl Kinder	935	1 066	945
– davon Mädchen	505	535	445
– davon Knaben	430	531	500
Aufwand in Stunden	920	911	738

Anmerkung:

Die Kennzahlen für die Sport-Plausch-Kurse sind beim Sportamt unter Turn- und Sportbetrieb/Teilnehmende Sommersportkurse aufgeführt.

## 882 Beratung

Die erneute Zunahme der Nachfrage nach Beratung führte dazu, dass in den Monaten April, Mai, November und Dezember keine Neuaufnahmen erfolgen konnten und Ratsuchende an andere Fachstellen weitergewiesen werden mussten.

KENNZAHLEN	2000	2001	2002
Total Anmeldungen	81	85	111
– Jugendliche	48	38	59
weiblich	35	29	38
männlich	13	9	21
– Eltern	12	24	18
– Drittpersonen	21	23	34
Total Beratungsgespräche	396	574	785
An Fachstellen weiter gewiesen	15	7	14
Abgewiesen	0	11	7
Anteil Stadt St.Gallen in %	91.4	88.2	92.8
Anteil Agglomeration in %	8.6	11.8	7.2

Das Beratungsangebot wurde gegenüber dem Vorjahr vermehrt von jungen Männern genutzt. Im Allgemeinen standen Themen wie Eltern/Familien/Bezugspersonen, Lehre/Arbeitsplatz aber auch Ablösung/Autonomie, einhergehend mit finanziellen Anliegen, im Vordergrund.

### Weitere Aktivitäten

- Organisation, Koordination und Durchführung von zwei Mädchenpowerwochen
- Durchführung von Workshops und Vorträgen zu jugendspezifischen Themen:
  - Ökumenischer Jugendbegegnungstag: «Tanz der Hände», Sprache ohne Worte
  - Mitwirkung am Tochtterttag der städtischen Bauverwaltung
  - Tagung zum Thema «Adoleszenz, Konsumverhalten, Cannabis» in Zusammenarbeit mit dem Zepa Wil, für Lehrlingsbetreuende in Grossfirmen

## 883 Quartierarbeit

Mit der definitiven Anstellung von vier Mitarbeitenden (je 60 Stellenprozente) konnte die Kontinuität in der praktischen Arbeit verbessert werden. Es war möglich, sich vermehrt bei übergreifenden Projekten zu engagieren, beispielsweise bei der Mitarbeit von Quartieranlässen oder in der Zusammenarbeit mit den Schulen, da sich die Jugend- sowie die Schularbeit mit ähnlichen Problem- und Fragestellungen wie Gewalt oder Integrationsschwierigkeiten beschäftigen muss. Eine Zusammenarbeit bei diesen Themen erweist sich als notwendig. Die Jugendarbeiterinnen und -arbeiter wurden vermehrt mit dem Thema Gewalt in unterschiedlichen Formen konfrontiert. Es ist wichtig, diese Gewaltpotentiale zu benennen und dementsprechend Sanktionen zu setzen. Dafür wurde ein verbindliches Grundlagenpapier mit Massnahmen entwickelt.

Die Arbeit in den jeweiligen Interessengruppen hat Änderungen erfahren. Im Heiligkreuzquartier entstand die Gruppe Quartier und Schule, in der sich die Jugendarbeit gut einordnen lässt. In anderen Interessengruppen nahmen die Kontaktbeamten aus dem Quartier Einsitz, was eine gut funktionierende Zusammenarbeit mit der Polizei sichert.

Das Treffpunktpublikum, vorwiegend männliche Jugendliche, war nach wie vor anspruchsvoll und forderte viele Interventionen. Es brauchte viel Geduld und Einfühlungsvermögen von Seiten der Verantwortlichen, Jugendliche für partizipative Vorhaben wie Mitarbeit in einem Leitungsteam oder bei Projekten zu gewinnen. Erste funktionierende Leitungsteams, die fähig sind, selbständig den Treff zu öffnen, konnten installiert werden.

Die Quartierjugendtreffpunkte wurden im Berichtsjahr 63 mal für Partys, Quartier- und private Anlässe vermietet. Dazu kommen zwei regelmässige Dauervermietungen.

KENNZAHLEN	2000	2001	2002
Anzahl Treffpunkte	4	4	4
Besucherinnen und Besucher an			
– Nachmittagen	5–40	5–35	5–35
– Abenden	15–60	2–45	5–45
– Sonntagen	5–60	5–30	5–30
– Discos/Konzerten/Partys	30–70	15–120	30–70

#### Weitere Aktivitäten

- Mädchenworkshop sowie zweimal monatlich Mädchentreff von Januar bis Juni
- Schulklassen-Begleitung zum Thema «Geschlechtsspezifische Arbeit»
- Projekt «Intervita» (Bessere schulische und berufliche Integration von ausländischen Schülerinnen und Schüler.)
- Bericht von Jugendlichen aus den Balkanstaaten im BiWi
- Workshop «Integration» am Lehrerkonvent
- Themenabende «Gewalt im Jugendalter», «Integration», «Rauch-Stopp» und «Albanischer Abend»
- Begegnungstag in Winkeln und Adventsfenster im Heiligkreuz
- Radio 2000: Gestaltung des Wunschkonzertes mit einer Gruppe aus einem Treff
- Einführung von Sechstklässlern
- Pausenplatzaktionen
- Jugendtreff black box am St.Galler Herbstjahrmart
- Ferienaktionen wie Ski-, Schlittel- und Badeausflüge
- Grill-, Sommer- und Quartierfeste
- Sommerprojekt Badi Lerchenfeld
- Tischfussball-Turniere, unter anderem mit Konfirmanden
- Schulsporttag Winkeln
- Regelmässige Fussball- und Basketballspiele im Buchwaldpark sowie «Fit & fun» in der Turnhalle des Schulhauses Buchental
- Teilnahme am Unihockey- und Volleyball-Turnier der Arbeitsstelle für kirchliche Jugendarbeit

#### 884 Jugendkultur

Die Auswertung einer Umfrage bei Jugendlichen führte zu folgenden Ergebnissen:

- in St.Gallen fehlen Musikproberäume und ein Aktionsraum für kleinere Veranstaltungen.
- Für junge Breakdancer fehlen regelmässige Trainingsmöglichkeiten.
- Das Programm im «flon» muss weiterhin für verschiedenste Formen und Stilrichtungen der Jugendkultur offen sein.

Im Haus Katharinengasse 16 «kat16» waren die Arbeitsräume Video/Grafik/Foto gut ausgelastet. Neben der Vermietung dieser Räume bildet die Projektberatung und -begleitung von Jugendlichen einen zweiten Schwerpunkt.

Die Arbeit im Jugendkulturräum «flon» war geprägt vom Wechsel in der langjährigen Leitung. Zudem fand in der Betriebsgruppe ein grösserer Umbruch statt. «Alte» Mitglieder haben sich verabschiedet, neue Jugendliche kamen hinzu und mussten in die verschiedenen Arbeiten eingeführt werden. Trotz dieser Umstände war der Betrieb des «flon» lebendig und erfolgreich. Auffällig gegenüber dem Vorjahr war eine deutliche Zunahme der Musikveranstaltungen, speziell von jungen, lokalen Bands. Auch hat die Zusammenarbeit mit externen Veranstaltern zugenommen. Die Betriebsgruppe entschied sich für die Teilnahme am «Honky Tonk Beizenfestival» und für die «Musig uf dä Gass». Zusätzlich wurden im «flon» lokale Vorausscheidungen für das «talent air», ein Projekt im Rahmen des Kantonsjubiläums, durchgeführt.

KENNZAHLEN	2001	2002	2001	2002
	Anzahl		Besuchende	
Musik	17	24	ca. 3 600	5 500
Literatur, Poetry slam	3	1	ca. 440	250
Ausstellung mit Vernissage	1	2	ca. 410	300
Theateraufführungen	2	2	ca. 100	120
Graffiticontest, Film, Variété	5	1	ca. 400	100
Casino night	2	–	ca. 120	–

#### Weitere Aktivitäten:

- Projekt: Proberäume im Lagerhaus
- OPEN AIR-Auftritt mit Jugendlichen aus allen Bereichen des Jugendsekretariates

#### 885 Jugendarbeiterinnen- und Jugendarbeiterkonferenz (JAK)

Das Gremium der JAK-Verantwortlichen konnte weiter ausgebaut werden. Neu ist die evangelische Kirche mit der Stellenleiterin des CVJM vertreten. Ein wichtiger Schritt zur weiteren Vernetzungsarbeit ist somit getan. Die Verantwortlichen besprachen monatlich laufende Aktivitäten aus der städtischen Jugendarbeit sowie gemeinsame Projekte.

Für die in der Jugendarbeit tätigen Mitarbeitenden wurden sechs thematische Veranstaltungen sowie ein JAK-Fest organisiert. Ein Ziel der Hearings war, sich mit wichtigen Ansprechpersonen innerhalb der Stadt auszutauschen. Das vollständige JAK-Verzeichnis ist unter [www.jak.akj.ch](http://www.jak.akj.ch) abrufbar. Die Vernetzung unter den verschiedenen Jugendarbeitenden in St.Gallen mit gemeinsamen thematischen Veranstaltungen zu fördern, hat sich bewährt.

VERANSTALTUNGEN	TEILNEHMENDE
März, Hearing, Gassenarbeit St.Gallen	18
April, JAK-Fest, Kennenlernen und Austausch	15
Mai, Hearing, Leitbilder der Jugendarbeit in St.Gallen	16
September, Hearing, Präventionsstelle Stadtpolizei St.Gallen, Die Polizei im Umgang mit Jugendlichen	18
November, Weiterbildung, Das Variablenmodell Balanciertes Junge- und Mannsein	13
Dezember, Jahrestreffen, Rück- und Ausblick, Grundlagenpapier, Ziele und Veranstaltungen 2003	14



## **9 FINANZVERWALTUNG**

### **90 Finanzamt**

- 901 Sekretariat und Controlling
- 902 Stadtbuchhaltung und Tresorerie
  - 902.1 Fremdfinanzierung
  - 902.2 Kapitalbedarf und Liquidität
- 903 Anlagen und Rechnungswesen der Versicherungskasse
  - 903.1 Rückblick 2002
  - 903.2 Bilanzierung und Bewertung
  - 903.3 Wertschwankungs-Reserven
  - 903.4 Deckungsfonds
  - 903.5 Gesamterfolg der Kapitalanlagen und Renditen

### **91 Steueramt**

- 911 Steuerveranlagungen
- 912 Einfache Steuer
- 913 Steuerbezug und Zahlungsverhalten
- 914 Steuerertrag
- 915 Anteile an kantonalen Steuern

### **92 Personalamt**

- 921 Personalwesen und Personalrecht
  - 921.1 Befragung der Mitarbeitenden
  - 921.2 Generelle Lohnerhöhung per 1. Januar 2002
- 922 Personalbestand und Stellenplan (Verwaltung und Betriebe)
- 923 Personalbestand (Verwaltung Betriebe und Lehrkräfte)
- 924 Beschäftigungsstruktur
- 925 Personalfluktuations
- 926 Weiterbildung und Führung
- 927 Gleichstellung von Frau und Mann
- 928 Lehrlings- und Praktikumswesen
- 929 Versicherungskasse und Sozialwesen
  - 929.1 Versicherungskasse
  - 929.2 Sozialwesen

### **93 Organisations- und Informatikamt**

- 931 Projekte
- 932 Informatikorganisation
- 933 Informatikbetrieb/-infrastruktur
- 934 Informatikausbildung

### **94 Finanzkontrolle**

**Aufgaben:**

- führt das Abteilungssekretariat der Finanzverwaltung
- beobachtet und analysiert die Haushaltsentwicklung
- bereitet den Finanzplan und den Voranschlag zuhanden des Stadtrates vor
- berät die Dienststellen in Finanzfragen und wirkt mit bei der Suche nach wirtschaftlichen Problemlösungen
- organisiert, führt und überwacht das Rechnungswesen der gesamten Stadtverwaltung (mit Ausnahme des betrieblichen Rechnungswesens der Stadtwerke und der Verkehrsbetriebe)
- überwacht und bewirtschaftet die liquiden Mittel und stellt die Zahlungsbereitschaft sicher
- betreut die Sachversicherungen (mit Ausnahme jener der Stadtwerke und der Verkehrsbetriebe)
- verwaltet das Vermögen der Versicherungskasse, insbesondere die Wertschriften und Liegenschaften

<b>FINANZEN</b> (in CHF 1 000) / <b>PERSONAL</b>	<b>2000</b>	<b>2001</b>	<b>2002</b>
Aufwand	2 267	2 323	2 371
Ertrag	323	422	399
Aufwandüberschuss (Kto. 900)	1 944	1 901	1 973
Personalbestand	11.8	12.6	12.9

**901 Sekretariat und Controlling**

Im Rahmen der ordentlichen Tätigkeiten ging es darum, den Budget- und den Rechnungslegungsprozess zu bearbeiten.

Im Berichtsjahr konnten in einigen für die städtische Finanzpolitik bedeutsamen Projekten Fortschritte erzielt werden. Im März wurde dem Grossen Gemeinderat die Vorlage über die «Abgeltung der Zentrumslasten» zugestellt, welche ihrerseits einen Beitrag für die Erarbeitung eines neuen Finanzausgleichskonzeptes auf kantonaler Ebene bildete. In der Zwischenzeit hat die kantonale Regierung das neue Konzept, welches für die Stadt zu einer spürbaren Besserstellung führen soll, in den Grundzügen verabschiedet und die Ausarbeitung der Botschaft ist im Gange. Das Finanzamt hat in der kantonalen Arbeitsgruppe die städtischen Interessen vertreten.

Auf schweizerischer Ebene arbeitet das Finanzamt in einer Arbeitsgruppe der kantonalen Finanzdirektoren mit, welche sich mit der Überarbeitung des Rechnungsmodells befasst. Obwohl sich dieses Modell bewährt hat, verlangen internationale Entwicklungen in der Rechnungslegung (IAS, IPSAS) und die höheren Anforderungen (Kostenrechnungen, Kennzahlen) gewisse Anpassungen.

Schliesslich war das Finanzamt auch in Arbeitsgruppen vertreten, welche sich unter anderem mit der baulichen Sanierung des Rathauses und der Vorbereitung der Verwaltungsreorganisation befasste. Im Versicherungswesen konnte eine neue Haftpflichtversicherung für städtische Abordnungen und Delegierte in Körperschaften (Organhaftpflichtversicherung) abgeschlossen werden.

In der Entwicklungszusammenarbeit wurden gemeinsam mit den Städten Winterthur und Schaffhausen ein Projekt in Burkina Faso und im Inland ein Projekt in Olivone (TI) unterstützt. Ausserdem leistete die Stadt verschiedene Beiträge, welche den notleidenden Bevölkerungen in den verschiedensten Ländern zugute kamen.

Im Bereich der Tresorerie ergab sich eine gewichtige Änderung, indem durch das neue Rechnungswesen der Stadtwerke diese in Zukunft selbst für die Bewirtschaftung ihrer Mittel zuständig sind. Für die Bereitstellung der langfristigen Mittel – die sogenannten Dotationskapitalien – mussten deshalb die Vertragsbedingungen neu festgelegt werden. Auch für die Verkehrsbetriebe wurde die Kapitalbereitstellung neu geregelt.

Die VRSG bereitet eine Neulösung der Finanzbuchhaltung vor, welche in der Stadt im Verlaufe des Jahres 2005 eingeführt werden soll. Für die Stadt als grösste Benutzerin ist es wichtig, dass sie ihre Anliegen und Anregungen in einem frühen Zeitpunkt einbringt.

#### 902.1 Fremdfinanzierung

Im Berichtsjahr wurde mittel- und langfristig finanziertes Fremdkapital von CHF 67.6 Mio. zur Rückzahlung fällig. Davon entfielen CHF 50.6 Mio. auf verschiedene Schuldscheindarlehen von Banken und Versicherungsgesellschaften. Zusätzlich wurde – nach einer Laufzeit von 5 Jahren und einem festen Zinssatz von 3.5% – auf den 31. Juli 2002 ein Schuldscheindarlehen von CHF 17.0 Mio. der Versicherungskasse der Stadt St.Gallen fällig. Im gegenseitigen Einvernehmen wurde dieses Darlehen nicht mehr erneuert. Einerseits benötigte die Versicherungskasse die frei gewordenen Geldmittel für ihre beiden Überbauungen «Vonwilpark» und «Unteres Hompeli» in der Stadt St.Gallen. Andererseits verfügte die Stadt trotz Schuldenabbau über einen eher hohen Bestand an flüssigen Mitteln.

Den Schuldentilgungen von CHF 67.6 Mio. stehen gesamte Mittelaufnahmen von CHF 25 Mio. gegenüber. Diese umfassen drei von bisherigen Gläubigern zu sehr günstigen Zinskonditionen offerierte Erneuerungen mit Laufzeiten zwischen 5 und 8 Jahren. Es zeigt sich, dass sich die Stadt St.Gallen einer fortgesetzt guten Schuldnerqualität erfreuen kann. Infolge des für Geldaufnahmen günstigen Zinsumfelds, aber auch dank des anerkannten guten Schuldner-Ratings, konnten die Geldmittel im Berichtsjahr 2002 denn auch wesentlich günstiger als budgetiert beschafft werden. Das gesamte mittel- und langfristige Fremdkapital wurde damit um CHF 42.6 Mio. auf CHF 549.7 Mio. reduziert.

<b>FREMDKAPITAL</b> (in CHF 1 000)	<b>2000</b>	<b>2001</b>	<b>2002</b>
Mittel- und langfristiges Fremdkapital	591 420	592 336	549 752
Öffentliche Anleihen	210 000	170 000	170 000
Kassascheine	0	70 000	70 000
Darlehen von Banken und Versicherungen	258 420	244 336	218 752
Darlehen der städtischen Versicherungskasse	123 000	108 000	91 000
Kapitalbeschaffung insgesamt	57 000	90 000	25 000
Rückzahlungen und Erneuerungen	83 084	89 084	67 584
Zunahme an Fremdkapital	–	916	–
Abnahme von Fremdkapital	–26 084	–	–42 584
Flüssige Mittel (Festgelder und Bankguthaben)	105 000	155 000	150 000



Anstelle des mit CHF 6.4 Mio. budgetierten Finanzierungsfehlbetrages der Investitionsrechnung schloss diese 2002 mit einem Überschuss von CHF 10.2 Mio. ab. Dieses – wie schon im Vorjahr – erneut besser als erwartete Ergebnis ist hauptsächlich auf eine überraschend positiv abschliessende Laufende Rechnung zurückzuführen. Während der Voranschlag auf einem Defizit von CHF 4.2 Mio. basierte, steht dem in der Rechnung 2002 ein Ertragsüberschuss von CHF 5.1 Mio. gegenüber. Andererseits leisteten die Unternehmungen mit CHF 7.4 Mio. geringere als die budgetierten Kapitalrückzahlungen. Mit Einbezug von verschiedenen weiteren liquiditätswirksamen Bilanzveränderungen steht am Bilanzstichtag 31. Dezember 2002 per Saldo eine Minderbedarf von rund CHF 33.0 Mio. zu Buche. Anlässlich der Budgeterstellung rechnete der Voranschlag 2002 weder mit einem nennenswerten zusätzlichen gesamtstädtischen Kapitalbedarf noch mit einer namhaften Schuldenreduktion.

Dass sich im Berichtsjahr 2002 ein geringerer als der budgetierte Kapitalbedarf einstellen dürfte, wurde bereits relativ frühzeitig erkannt. Dabei fand in der gesamtstädtischen Kapitalbewirtschaftung auch der geringere als budgetierte Kapitalbedarf des Rechnungsjahres 2001 die notwendige Beachtung. So wurde dem Liquiditätsanstieg auch insofern begegnet, als verschiedene 2002 fällig gewordene Schuldscheindarlehen von insgesamt CHF 42.6 Mio. ersatzlos zurückbezahlt wurden. Aus diesem Grunde hat sich das mittel- und langfristig zur Verfügung stehende Fremdkapital innert Jahresfrist von CHF 592.3 Mio. auf CHF 549.7 Mio. reduziert. Nach Abzug von verschiedenen pendenten und noch dem Rechnungsjahr 2002 zuzuordnenden Zahlungen betragen die vorhandenen flüssigen Mittel am 31. Dezember 2002 rund CHF 150 Mio. Dabei ist zu vermerken, dass der Stadt dank einer aktiven Bewirtschaftung der kurzzeitig nicht benötigten Gelder Zinserträge von insgesamt CHF 2.4 Mio. (4.0 Mio.) zugeflossen sind.

### 903 Anlagen und Rechnungswesen der Versicherungskasse

<b>BILANZWERTE</b> (in CHF 1 000)	<b>2000</b>	<b>2001</b>	<b>2002</b>
<b>Bilanzaktiven</b>			
Nominalwerte			
– Bankguthaben	876	1 191	1 207
– Guthaben bei der Politischen Gemeinde	136 239	130 558	107 601
– Kassa- und Anleiheobligationen Schweiz	48 313	49 406	48 487
– Anleiheobligationen Ausland (CHF)	4 676	3 036	3 036
– Anleiheobligationen Ausland (Fremdwährung)	53 029	49 487	49 237
– Grundpfandguthaben	92 652	94 645	91 677
– Pfandbriefe	11 950	9 900	7 200
Sachwerte			
– Aktien Schweiz	133 777	108 885	84 493
– Aktien Ausland	90 455	95 081	65 361
– Gemischte Anlagen (Aktien/Obligationen)	5 460	–	–
– Liegenschaften und Immobilienfonds	138 754	149 339	166 643
Forderungen	11 189	7 611	6 519
Gesamte Bilanzaktiven	727 370	699 139	631 461
<b>Bilanzpassiven</b>			
– Wertschwankungsreserven auf Wertschriften	71 800	65 600	–
– Rückstellung auf Obligationen CHF-Währung	–	800	–
– Übrige Bilanzpassiven	4 531	5 061	4 589
Deckungsfonds	651 039	627 678	626 872
Gesamte Bilanzpassiven	727 370	699 139	631 461

An den Aktienmärkten erfuhren die Anleger im vergangenen Jahr eine weitere Ernüchterung. Weltweit sanken die Aktienwerte insbesondere im zweiten Semester 2002 beträchtlich. Der globale Aktienmarkt büsste – zum ersten Mal seit der Depression 1929 bis 1931 – in drei aufeinanderfolgenden Jahren an Terrain ein. Ungewöhnlich viele negative Schlagzeilen unterschiedlicher Herkunft beherrschten das Börsengeschehen. Die sich noch zu Beginn des Jahres 2002 abzeichnende konjunkturelle Erholung wurde unter anderem durch zahlreiche Unternehmens-Skandale erneut untergraben. In diesem Zusammenhang sorgten Bilanzierungsfälschungen sowie Konkurse von namhaften Weltkonzernen für grosse Unsicherheiten an den Finanzmärkten. Reihenweise Gewinnwarnungen aufgrund der schwachen Konjunktur führten zu Dividendenkürzungen, Rückstufungen und Kurserosionen. Schliesslich stürzten verschiedene an die Öffentlichkeit gelangte und als masslos beurteilte Abfindungszahlungen an zurückgetretene Manager und Verwaltungsräte die Märkte in eine eigentliche Vertrauenskrise. Hinzu kam gegen Ende Jahr die zunehmende latente Kriegsgefahr rund um den Irak, welche die Anlagemärkte lähmte. Der im Spätherbst erreichte Baisse-Rekord an den Aktienmärkten (3-Jahrestiefst-Kurse) hatte schliesslich auch unvorhergesehene Auswirkungen auf die in- und ausländischen Personalvorsorgekassen. Zahlreiche weltweit tätige Versicherungskonzerne mussten aus Solvabilitätsgründen ihre Aktienquoten zwangsläufig reduzieren, was die Kurse zusätzlich unter Druck setzte. Während sich Deutschlands ungenügende wirtschaftliche Leistungsbilanz übermässig stark auf dessen Aktienmarkt übertragen hat (DAX-Index –44%), schnitten wirtschaftlich stärkere Länder wie die USA (–24%) oder Grossbritannien (–26%) weit besser ab. Auch der Schweizer Aktienmarkt, welcher mit –28% abschloss, blieb von Erschütterungen nicht verschont. Selbst einstige Vorzeigeunternehmungen wie Credit Suisse, Rentenanstalt, ABB, Zürich FS und andere mehr sorgten an den Märkten für grosse Verunsicherung und Katerstimmung. Wie schon 2001 erzielten demgegenüber die festverzinslichen Anlagen (Obligationen, Pfandbriefe) auch im vergangenen Jahr einen bedeutend höheren Gesamtertrag als Aktien. So gewann der Swiss Bond Index aufgrund der fallenden Zinssätze gegen 10%. Das tiefe Anlegervertrauen sorgte zunehmend für eine «Flucht» in erstklassige Obligationen und damit zu einer eigentlichen Hausse im Bereich der Staatsanleihen. Demgegenüber haben Unternehmensanleihen mit tiefem Bonitätsrating unterschiedlich stark gelitten.

### 903.2 Bilanzierung und Bewertung

Grundlage für die Bewertung des Anlagevermögens von schweizerischen Vorsorgekassen bilden die Artikel 47 und 48 der Verordnung über die berufliche Alters-, Hinterlassenen- und Invalidenvorsorge (BVV2). Im Rahmen dieser Verordnung gelten für die Versicherungskasse der Stadt St.Gallen seit 1997 folgende Grundsätze:

- Nominalwerte in CHF (Obligationen, Anleihen, Pfandbriefe) sowie Darlehen und Hypotheken werden zum Nennwert bilanziert. Für Nominalwerte in Fremdwährungen gilt der Umrechnungskurs beim Kauf.
- Aktien, Anlagefonds, Anrechte sowie derivative Anlagen werden zu den Kursen am Bilanzstichtag 31. Dezember bewertet.
- Für Immobilienanlagen gelten die Anlagewerte resp. die allfällig tieferen Marktwerte. Anteile an börsenkotierten Immobilien-Anlagefonds werden zu den Kurswerten am Bilanzstichtag berücksichtigt.

Abweichungen zu den vorerwähnten Grundsätzen:

- Der Bilanzwert des im März 2001 an eine Vermögensverwaltungsbank vergebene Portfoliomandat für das Anlagensegment «Obligationen Ausland Fremdwährung» kann – in Abweichung vom Reglement – nur auf der Basis der Jahresend-Kurswerte ermittelt werden.
- Im Vorjahr 2001 war der Kurswert der inländischen Obligationen um rund CHF 800 000 geringer als der Nennwert. Entsprechend musste eine Rückstellung vorgenommen werden. Die 2002 stark gefallen Zinssätze führten zu höheren Kurswerten. Am 31. Dezember 2002 beinhaltet diese Anlagegruppe nun demgegenüber nicht realisierte Kursgewinne (stille Reserven) von rund CHF 2.40 Mio.

### 903.3 Wertschwankungs-Reserven

Seit 1997 wurden für die Anlagen mit erhöhtem Kurs- und Währungsrisiko – dazu zählen in- und ausländische Aktien, Anlagefonds-Anteile, Fremdwährungs-Obligationen sowie derivative Anlagen – aus dem Ergebnis der Bilanzbewertungen marktrisikoabhängige Wertschwankungs-Reserven gebildet (auch Rückstellungen genannt). Die Höhe dieser in Prozenten der Bilanzwerte ausgewiesenen passivierten Reserven berechnete sich nach der Standardabweichung der einzelnen Anlagekategorien wie folgt:

• Aktien Schweiz	25 Prozent der Bilanzwerte
• Aktien Ausland	30 Prozent der Bilanzwerte
• In- und ausländische Anlagefonds	20 Prozent der Bilanzwerte
• Obligationen Ausland Fremdwährung	10 Prozent der Bilanzwerte

In den vorerwähnten vier Anlagekategorien waren am 31. Dezember 2002 (zu Kurswerten) CHF 225 Mio. (Vorjahr 278.8 Mio.) investiert. Betrug der Aktienanteil anfangs Jahr 2002 noch 29.2%, schmolz dieser Anteil bis Ende Jahr auf 23.7%. Die Börsenbaisse reduzierte aber auch die im Vorjahr noch mit CHF 64.3 Mio. ausgewiesenen Bewertungsreserven auf den Jahresend-Stand von CHF 43.4 Mio. Gleichzeitig erhöhten sich innert Jahresfrist die nicht realisierten Kursverluste auf denjenigen Anlagewerten mit Kursrisiken von CHF 18.7 Mio. auf CHF 58.7 Mio. Dem standen aus dem Vorjahr vorhandene Wertschwankungsreserven von CHF 65.6 Mio. gegenüber. Aufgrund der auch für 2002 anhaltend unerfreulichen Marktentwicklung mussten schliesslich die Wertschwankungs-Reserven vollumfänglich aufgelöst werden. Die Versicherungskasse der Stadt St.Gallen stellt keinen Einzelfall dar. Auch andere Vorsorgekassen werden – sofern noch Reserven vorhanden sind – zu derartigen wenig erfreulichen Massnahmen gezwungen sein. Aufgrund der individuellen bilanzspezifischen Entscheide jeder Vorsorgekasse dürften sich objektive Vergleiche von Bilanzen, Jahresrechnungen und Renditeausweisen stark erschweren.



## 903.4 Deckungsfonds

Bereits 2001 musste – erstmals seit vielen Jahren – zur Deckung des gesamten Aufwand-überschusses der Versicherungskasse eine Fondsentnahme von CHF 23.3 Mio. vorgenommen werden. Für 2002 ist zur Deckung des Aufwandüberschusses «nur» eine bescheidene Entnahme von CHF 806 124 notwendig. Dies darf indessen nicht darüber hinwegtäuschen, dass die in der Vorjahresbilanz passivierten Wertschwankungsreserven von CHF 65.6 Mio. ersatzlos aufgelöst wurden. Tatsächlich beträgt 2002 die Vermögensreduktion rund CHF 66.4 Mio. Dieses negative Ergebnis des Berichtsjahres beweist eindrücklich die Notwendigkeit und die Bedeutung von Wertschwankungsreserven, welche in besseren Börsenjahren wieder anzulegen sind. Schliesslich muss auf die Tatsache hingewiesen werden, dass der Anlageerfolg 2002 als so genannter «dritter Beitragszahler» rekordhohe CHF 23.6 Mio. (4.7 Mio.) zur Kostendeckung der betrieblichen Vorsorgeleistungen beisteuern musste. Davon wurden rund CHF 12.5 Mio. beansprucht durch die verschiedenen auf 1. Januar 2002 kantonalisierten Dienststellen. Der versicherungstechnische Fehlbetrag erhöhte sich auf CHF 176.7 Mio. (147.4 Mio.).

## 903.5 Gesamterfolg der Kapitalanlagen und Rendite

Nach Abzug der einzelnen Kostenfaktoren, der Anpassung der Vermögenswerte an die tieferen Jahresend-Kurse sowie unter Einbezug der vollständig aufgelösten Wertschwankungsreserven resultiert für das Rechnungsjahr 2002 ein gesamter Netto-Anlageerfolg aller Kapitalanlagen von CHF +23.1 Mio. (–18.6 Mio.). Daraus errechnet sich eine in Prozenten des durchschnittlichen Deckungskapitals ausgewiesene Gesamterrendite des Anlagevermögens von +3.69% (–2.91%). Wie schon im Vorjahr gilt für das Berichtsjahr 2002 leider erneut der Grundsatz: «Je höher der bisherige Aktienanteil, desto ungünstiger zeigt sich das Jahresergebnis 2002».

### ERFOLGSAUSWEIS UND RENDITE DER KAPITALANLAGEN

	2001	2002
Durchschnittliches Deckungskapital	639 358 913	627 275 103
Zinsen- und Dividendenerträge	15 895 932	13 866 090
Realisierte Wertschriftengewinne	20 132 337	2 931 217
Realisierte Wertschriftenverluste	–2 536 273	–293 150
Übrige Erträge und Gewinne	0	0
Agiros/Disagios (netto)	800 576	–69 810
Kaufs- und Verkaufskosten	–437 994	–165 815
Portfoliomandatskosten	–323 387	–307 701
Anpassung der Bewertungsreserven	–62 430 567	–64 108 187
Anpassung/Auflösung der Wertschwankungsreserven	6 200 000	65 600 000
Rückstellung auf Obligationen in CHF	–800 000	800 000
Gesamterfolg der Liegenschaftenrechnung	5 210 182	5 243 571
Verrechnete Verwaltungskosten	–350 000	–350 000
Gesamterfolg der Kapitalanlagen	–18 639 194	23 146 215
Anlagerendite der Kapitalanlagen (2002 nach Auflösung der Wertschwankungsreserven)	–2.91%	+3.69%

Zusätzliche Erklärungen zur Bilanz und Jahresrechnung 2002 sowie Details zu den einzelnen Anlage-segmenten können dem «Jahresbericht der Versicherungskasse der Stadt St.Gallen» entnommen werden.

## 91 Steueramt

### Aufgaben:

- führt die Register und das Mutationswesen
- veranlagt 80% der 45 000 Steuerpflichtigen der Stadt St.Gallen
- stellt Rechnungen und bezieht die Steuern von 48 000 Steuerpflichtigen
- entscheidet über Stundungs- und Erlassgesuche
- führt die Korrespondenz, erteilt telefonische und persönliche Auskünfte in den Kundenbüros
- führt die Steuerbuchhaltung und verteilt die Steuereingänge
- nimmt Stellung zu Rekursen (Ausgleichs- und Verzugszinsen/Grundsteuern)
- erhebt die Grundsteuern und führt das Liegenschaftenregister
- wirkt mit bei Inventarisationen

<b>FINANZEN</b> (in CHF 1 000) / <b>PERSONAL</b>	<b>2000</b>	<b>2001</b>	<b>2002</b>
Aufwand	3 250	3 275	3 097
Ertrag	371	422	372
Aufwandüberschuss	2 879	2 853	2 725
Personalbestand	23.4	28.1	29.9

## 911 Steuerveranlagungen

Bis Ende August 2002 konnten die Revisions-Steuererklärungen 2001a (Steuerperiode 1999/2000) weitgehend erledigt werden. Die Veranlagungen der ersten Gegenwartsbemessungen (Steuererklärung 2001b) wurden aus technischen Gründen erst ab Juni 2002 in Rechnung gestellt. Die Anzahl an definitiven Einschätzungen für die Steuern 2001 lag Ende 2002 bei rund 50%. Die Zielvorgabe lautete, bis Ende Mai 2003 die Veranlagungen 2001 zu erledigen, damit der Einschätzungsstand 2002 bis Ende 2003 auf 70% gesteigert werden kann. Dies entspricht 43 000 Veranlagungen, die im Jahre 2003 durch das städtische Steueramt vorzunehmen sind.

<b>STEUERVERANLAGUNGEN</b>	<b>2000</b>	<b>2001</b>	<b>2002</b>
Neu Steuerpflichtige	1 268	1 580	690
Anzahl Pflichtige am Register	46 345	47 925	48 615
Anteil definitiver Einschätzungen in %	86.4	*53.4	**48.6
Anzahl Einsprachen	821	168	243
Anzahl Rekurse			17

\* Revisionsveranlagungen 2001a

\*\* Veranlagungen 2001

## 912 Einfache Steuer

<b>EINFACHER STEUERERTRAG</b> (in CHF 1 000)	<b>2000</b>	<b>2001</b>	<b>2002</b>
Jahressteuer vom Einkommen	93 858	103 376	106 621
Jahressteuer vom Vermögen	15 539	17 086	16 459
Ratasteuern (Einkommen und Vermögen)	9 119	2 599	2 834
Total	118 516	123 060	125 914
Zu-/Abnahme in % gegenüber Vorjahr	-0.1	+ 3.8	+ 2.3

Der Zuwachs der einfachen Steuer 2001 und 2002 (insbesondere vom Einkommen) ist durch die Umstellung auf die Gegenwartsbemessung begründet. Da der Veranlagungsstand für das Jahr 2001 bei 50% liegt, ist mit Abnahme der Veranlagungsspendenzen 2001 und der laufenden Veranlagung 2002 mit einer weiteren Steigerung der einfachen Steuer zu rechnen.

STEUERKRAFT PRO EINWOHNER/-IN	2000	2001	2002
Steuerkraft natürlicher Personen	1 778.78	1 828.31	1 839.81
Rang innerhalb des Kantons	8	11	12
Steuerkraft juristischer Personen	378.45	446.08	425.83
Rang innerhalb des Kantons	7	7	3
Steuerkraft der natürlichen und juristischen Personen	2 157.25	2 274.40	2 265.65
Rang innerhalb des Kantons	8	9	8

Bei der Steuerkraft der natürlichen Personen ist die Stadt einen Rang nach hinten gerutscht. Dies, obwohl sich betragsmässig die Steuerkraft gegenüber 2001 leicht erhöht hat. Die Steuerkraft der natürlichen Personen beruht allerdings auf vorläufigen Zahlen, sodass die Aussagekraft eingeschränkt ist. Bei den juristischen Personen ist ein Vormarsch auf den dritten Rang zu verzeichnen. Diese Verbesserung ist nicht von Dauer, da sich der Mehrertrag auf ein bis zwei ausserordentliche Erträge abstützt.

### 913 Steuerbezug und Zahlungsverhalten

RECHNUNGSSTELLUNGEN	DATUM	ZAHLUNGSFRISTEN
Staats- und Gemeindesteuern 2002	30.04.2002	31.05./31.07./30.9.
Direkte Bundessteuern 2001	28.02.2002	31.03.2002
Grundsteuer 2002	28.02.2002	31.03.2002

ZAHLUNGSVERHALTEN	2000	2001	2002
Anzahl Gesamtzahlungen bis 31.5.	17 445	14 181	12 828
Vergütungs- und Rückerstattungszinsen	1 963	1 607	1 300
davon Anteil politische Gemeinde	1 076	871	710
Ausgleichszins z.G. Steuerpflichtige			862
davon Anteil politische Gemeinde			464
Ausgleichszins z.L. Steuerpflichtige			-384
davon Anteil politische Gemeinde			-208

Auch im Jahre 2002 folgte ein weiterer deutlicher Rückgang der Gesamtzahlungen (anzahlmässiger Rückgang seit dem Jahre 2000: 4 617 Zahlungen oder 27%). Dies wirkte sich auch auf die Vergütungszinsen aus. Bei den definitiven Rechnungen für das Jahr 2001 wurden erstmals positive und negative Ausgleichszinsen vergütet bzw. belastet. Dabei ergab sich ein Nettoausgleichszins zu Gunsten der Steuerpflichtigen von CHF 398 000 (Anteil Stadt CHF 256 000). Das Zahlungsverhalten der Steuerpflichtigen wird in Zukunft zeigen, wie sich diese Ausgleichszinsen entwickeln. Es ist damit zu rechnen, dass sich dieser Saldo aus Sicht der Stadt im Laufe des Jahres 2003 in ein Guthaben verwandeln wird.

	2000	2001	2002
Rückstände Gemeindesteuern (CHF in 1 000)	16 785	16 148	25 542
Rückstand in % des Sollbestandes	7.8	7.3	11.6



Durch den Wechsel in die Gegenwartsbemessung (nur noch vorläufige Rechnungen im laufenden Steuerjahr, die nicht betrieben werden können) sind die Rückstände bei den Gemeindesteuern markant gestiegen. Rund 80% dieser Ausstände betreffen die (Gegenwarts-) Steuerjahre 2001 und 2002. Es bleibt abzuwarten, ob sich das neue Instrument des positiven und negativen Ausgleichszinseszinses regulierend auswirkt und sich die Steuerausstände im laufenden Jahr wieder verringern werden. Generell wird aber mit höheren Rückständen zu leben sein.

Im Januar 2003 wurde in der EDV-Lösung Napeduv das Modul «Bezug» in Betrieb genommen. Damit rückt der Moment der Abschaltung des alten VRSG-Systems näher.

BETREIBUNGEN/ERLASSE UND VERLUSTE	2000	2001	2002
Anzahl Zahlungsbefehle	4 928	2 703	1 482
Anzahl Pfändungen	4 073	2 689	1 260
Anzahl Verwertungen	33	36	19
Zahlungseingänge auf Betreibungsweg (CHF in 1 000)	5 758	5 961	2 333
Zahlungen an Verlustscheinforderungen	293	431	958
alle Bezugsgruppen (CHF in 1 000)			
Erlasse und Verluste Gemeindesteuern (CHF in 1 000)	2 629	2 571	2 071

Wie schon im Vorjahr gingen die Bezugshandlungen auch 2002 markant zurück. Verantwortlich dafür war aber nicht eine wesentliche Verbesserung der Zahlungsmoral, sondern der Veranlagungsrückstand bei den definitiven Veranlagungen 2001. Im laufenden Jahr 2003 werden die Betreibungen wieder stark zunehmen, weil die definitiven Veranlagungen 2001 vorliegen. Das gezielte Bewirtschaften der Verlustscheine bewirkte, dass sich die Zahlungen an Verlustscheinforderungen mehr als verdoppelten. Ihre Überwachung wird mittels einer speziell entwickelten EDV-Lösung «DebitControl» sichergestellt.

#### 914 Steuerertrag

STEUEREINGANG (CHF in 1 000)	2000	2001	2002
Direkte Bundessteuern	53 743	55 305	48 354
Staatssteuern (Kanton)	140 050	144 902	135 454
Gemeindesteuern (Eink. & Vermögen)			
Nachzahlungen früherer Jahre	14 936	13 480	3 884
Laufendes Jahr	178 839	186 962	188 363
Feuerwehrrabgabe	3 852	3 776	4 125
Grundsteuern	11 606	11 863	12 064
Kirchensteuern			
Evang. Kirchgemeinde St.Gallen	4 207	4 264	3 994
Evang. Kirchgemeinde Tablat	4 343	4 393	4 033
Evang. Kirchgemeinde Straubenzell	2 323	2 417	2 452
Christkath. Kirchgemeinde	88	93	90
Kath. Kirchgemeinde St.Gallen	13 875	14 674	13 658
Total Steuerertrag	427 862	442 129	416 471

#### 915 Anteile an kantonalen Steuern

In CHF 1 000	2000	2001	2002
Steuern der juristischen Personen	30 163	35 551	24 293
Grundstückgewinnsteuern	4 169	2 484	2 605
Erbschafts- und Schenkungssteuern	2 211	2 032	1 208
Nach- und Strafsteuern	2 715	810	678
Quellensteuern	6 661	7 604	8 388
Total	45 919	48 481	37 172
Anteile der Kantonssekundarschule			
am Ertrag der Steuern jurist. Personen	1 326	1 611	1 022
am Ertrag der Grundstückgewinnsteuer	161	144	122

Bedingt durch die Reduktion des Gemeindeanteils von 120 auf 80 Steuerprozente (Übernahme Gewerbeschule durch den Kanton) sanken die Einnahmen bei den juristischen Personen in diesem Verhältnis. Seit 1. 1. 2002 sind aus gleichem Grund die Gemeindeanteile an den Erbschafts- und Schenkungssteuern an den Kanton gegangen. Der Ertrag 2002 ist dadurch entstanden, dass noch einige Fälle mit Todesdatum vor 31. 12. 2001 abgeschlossen wurden. Eine erfreuliche Zunahme konnte bei den Quellensteuern verzeichnet werden. Gründe dafür waren eine Zunahme bei den Quellensteuern auf Vorsorgeleistungen, weniger Rückforderungen und eine stärkere Zuwanderung ausländischer Steuerpflichtiger.

## 92 Personalamt

### Aufgaben:

- vollzieht das Personalreglement und die übrigen personalrechtlichen Erlasse, bereitet Revisionen vor
- plant den Personalbedarf, führt und überwacht den Stellenplan
- beschafft, betreut und berät das Personal in Zusammenarbeit mit den Dienststellen
- organisiert das Personalwesen, die Personaladministration, die Personalinformation und die Zeiterfassung
- konzipiert und realisiert die Aus- und Weiterbildung des Personals sowie die Lehrlingsausbildung und das Praktikantenwesen
- verwaltet die Versicherungskasse und die Sparkasse (ohne Vermögen und Liegenschaften) und berät die Versicherten
- zahlt Löhne, Renten und Sitzungsgelder aus und führt die Abrechnung mit den Sozialversicherungen
- informiert die Personalverbände und führt Verhandlungen

FINANZEN (in CHF 1 000) / PERSONAL	2000	2001	2002
Aufwand	5 983	6 440	11 854
Ertrag	227	221	452
Aufwandüberschuss	5 756	6 219	11 402
Effektiver Personalbestand	11.2	11.7	11.3

Die Aufwandsteigerung resultiert insbesondere aus einer 5-Mio-Einlage in das Vorfinanzierungskonto für Verpflichtungen gegenüber der Versicherungskasse (Konto 928.3800); die Ertragssteigerung vor allem aus den Konti Vergütungen Dritter für die Verwaltungskosten der Versicherungskasse (920.4340) und Rückerstattungen von AHV-Überbrückungsrenten (928.4362).

## 921 Personalwesen und Personalrecht

Wurde anfangs Jahr von den Konjunkturforschungsstellen eine wirtschaftliche Erholung noch auf Mitte Jahr in Aussicht gestellt, musste diese Vorhersage immer wieder revidiert werden. Auch der Arbeitsmarkt in der Ostschweiz wurde durch die Schliessung von zwei grösseren Betrieben stärker betroffen als bei früheren konjunkturellen Einbrüchen. Die allgemeine Verunsicherung auf dem Arbeitsmarkt hatte zweierlei Auswirkungen auf die Personalarbeit in der Stadtverwaltung. Einerseits ging die Abwanderung von städtischen Mitarbeitenden in die Privatwirtschaft zurück, auf der anderen Seite gewann eine sichere Arbeitgeberin wieder an Bedeutung, was sich an der Anzahl Bewerbungen auf die ausgeschriebenen Stellen manifestierte. Nicht nur die Anzahl der Bewerbungen stieg, auch die Qualität der Bewerbungen war durchwegs gut.

## 921.1 Befragung der Mitarbeitenden

2002 wurde unter der Federführung der Kommission «Gleiche Chancen für Frau und Mann» eine Mitarbeiterbefragung durchgeführt. Bei dieser Befragung ging es zum einen um den Stand der Gleichstellungsarbeit und zum anderen um die allgemeine Arbeitszufriedenheit. Unter Punkt 927 folgen weitere Erläuterungen zu dieser Umfrage.

## 921.2 Generelle Lohnerhöhung per 1. Januar 2002

Bei der Festsetzung der allgemeinen Lohnerhöhungen für die Mitarbeitenden der Stadtverwaltung stellt die Stadt im Rahmen ihrer Möglichkeiten auf die kantonalen Regelungen ab. Beim Teuerungsausgleich für das kantonale Personal glich der Kanton den Nachholbedarf aus früheren Jahren in der Höhe von 1.3% plus die Teuerung Stand November 2001 von 0.3% aus. Darüber hinaus gewährte er eine Realloohnerhöhung von 0.9%. Das städtische Personal kam in den Genuss einer generellen Lohnerhöhung von 0.9%, die sich aus dem Nachholbedarf von 0.6% und der Teuerung Stand November 2001 von 0.3% zusammensetzte. Das städtische Personalreglement sieht generelle Lohnerhöhungen nur in der Höhe der Teuerung plus einem allfälligen Nachholbedarf vor. Über Realloohnerhöhungen entscheidet der Grosse Gemeinderat.

## 922 Personalbestand und Stellenplan (Verwaltung und Betriebe)

Auf 2002 wurden die Gewerbliche Berufsschule GBS, die Berufsberatung sowie das Regionale Arbeitsvermittlungszentrum RAV kantonalisiert. Die Verwaltung GBS und die Berufsberatung waren im Stellenplan enthalten, welcher deshalb um 26.8 auf 1450.3 Personaleinheiten reduziert werden konnte. Die tatsächliche Stellenbesetzung lag 2002 um 13.7 Personaleinheiten unter dem Stellenplan. Die nachfolgende Tabelle gibt eine Übersicht über den Stellenplan und die Anzahl besetzter Stellen:

STELLENPLAN	2001		2002	
	STELLENPLAN	BESETZTE STELLEN	STELLENPLAN	BESETZTE STELLEN
Allgemeine Verwaltung /				
Verwaltung des Innern	59.1	59.4	59.4	58.1
Polizeiverwaltung	241.5	241.7	241.5	253.8
Verwaltung der Sozialen Dienste	96.5	97.5	97.1	96.7
Bauverwaltung	333.2	322.8	334.8	326.3
Verwaltung der Technischen Betriebe	*464.2	434.2	466.2	441.2
Schulverwaltung	213.1	217.9	175.4	179.7
Finanzverwaltung	69.5	76.5	76.0	80.8
Total Verwaltungs- und Betriebspersonal	*1477.1	1450.0	1450.3	1436.6

\* In der 2001 veröffentlichten Tabelle irrtümlich 474.2 bzw. 1487.1

## 923 Personalbestand (Verwaltung, Betriebe und Lehrkräfte)

Bei der Entwicklung des Personalbestandes zeigt sich, dass die besetzten Stellen beim Verwaltungs- und Dienstpersonal im vergangenen Jahr zugenommen haben, während diese in den Betrieben zurückgegangen sind, u.a. wegen der Kantonalisierung der GBS.

Die Kantonalisierung der Berufsschulen reduzierte den Lehrkräftebestand per Saldo von 786.5 auf 603.1, somit um 183.4 Einheiten. Die Reduktion im Bereich Berufsschulen betrug 186.6; die Zunahme im Sektor Volksschulen 3.2, d. h. von 599.9 auf 603.1 Einheiten. Das quantitativ andere Geschlechterverhältnis im Volksschulbereich allein liess den Lehrerinnenanteil von 53 auf 65% ansteigen.



<b>PERSONALBESTAND</b> (Einheiten zu 100%)	<b>2000</b>	<b>2001</b>	<b>2002</b>
Verwaltungs- und Dienstpersonal	1 020.6	1 038.5	1 054.0
Personal der Betriebe	418.5	411.5	382.6
Total Verwaltungs- und Betriebspersonal	1 439.0	1 450.0	1 436.6
Lehrkräfte (Volks- und Berufsschulen (bis 2001))	752.9	786.5	603.1
Gesamttotal	2 191.9	2 236.5	2 039.7

## 924 Beschäftigtenstruktur

Die Beschäftigungsstruktur hat sich unter Berücksichtigung der absoluten Zahlen 2002 nicht wesentlich verändert. Beim Dienstalter kann festgestellt werden, dass sich der Anteil der Mitarbeitenden mit maximal neun Dienstjahren im Umfang der Vorjahre verringerte. Ebenso ging die Anzahl der jüngeren Mitarbeitenden bis Alter 34 leicht zurück. Nach kontinuierlicher leichter Zunahme in den vergangenen Jahren nahm der Anteil Frauen beim städtischen Personal leicht ab.

<b>BESCHÄFTIGTENSTRUKTUR</b> (OHNE VORÜBERGEHEND BESCHÄFTIGTE)	<b>2000</b>	<b>2001</b>	<b>2002</b>
Total	1 673 100.0%	1 645 100.0%	1 592 100.0%
– davon im Beamtenverhältnis	200 12.0%	200 12.2%	199 12.5%
– davon im Angestelltenverhältnis	1 473 88.0%	1 445 87.8%	1 393 87.5%
nach Geschlecht			
– davon Frauen	493 29.5%	487 29.6%	465 29.2%
– davon Männer	1 180 70.5%	1 158 70.4%	1 127 70.8%
nach Wohnsitz			
– in St.Gallen	1 101 65.8%	1 035 62.9%	987 62.0%
– ausserhalb von St.Gallen	572 34.2%	610 37.1%	605 38.0%
nach Altersgruppen			
– bis 34 Jahre	353 21.1%	348 21.2%	315 19.8%
– 35 bis 49 Jahre	760 45.4%	753 45.8%	745 46.8%
– 50 bis 65 Jahre	560 33.5%	544 33.1%	532 33.4%
nach Beschäftigungsumfang			
– bis 29%	116 6.9%	121 7.4%	121 7.6%
– 30 bis 49%	74 4.4%	68 4.1%	61 3.8%
– 50 bis 79%	150 9.0%	162 9.8%	155 9.7%
– 80 bis 99%	142 8.5%	159 9.7%	152 9.5%
– 100%	1 191 71.2%	1 135 69.0%	1 103 69.3%
nach Dienstjahren			
– bis 9 Dienstjahre	802 47.9%	762 46.3%	705 44.3%
– 10 bis 19 Dienstjahre	520 31.1%	536 32.6%	534 33.5%
– 20 bis 29 Dienstjahre	252 15.1%	243 14.8%	258 16.2%
– 30 bis 39 Dienstjahre	96 5.7%	102 6.2%	94 5.9%
– über 40 Dienstjahre	3 0.2%	2 0.1%	1 0.1%

## 925 Personalfluktuaton

Die allgemeine Wirtschaftslage und die Stimmung auf dem Arbeitsmarkt widerspiegeln sich auch in der Entwicklung der Austritte aus der Stadtverwaltung. Die 78 Kündigungen durch Mitarbeitende bedeuten den tiefsten Wert seit 1998. Nach einem Anstieg der Pensionierungen im Vorjahr bewegen sich diese wieder auf dem Niveau früherer Jahre.

<b>PERSONALFLUKTUATION</b>	<b>2000</b>	<b>2001</b>	<b>2002</b>
Festangestellte Personen	1 673	1 645	1592
Eintritte	123	171	165
Austritte	155	*170	124
– Kündigungen	115	*107	78
– Entlassungen	4	9	4
– Pensionierungen	35	51	38
– Todesfälle	1	2	4

\* ohne die 106 Austritte infolge Kantonalisierung der Berufsberatung, der Gewerbeschule und des regionalen Arbeitsvermittlungszentrums RAV.

In den Leitgedanken zum Bildungsprogramm 2002 wurde die Frage gestellt, wie die Themen ins Programm kommen. Im Nachhinein interessiert dagegen, welches Echo die angebotenen 43 Themen ausgelöst haben. Bis auf vier konnten sämtliche Bildungsprojekte durchgeführt und in neun Fällen mussten zusätzliche Veranstaltungen organisiert werden.

Allgemein ist festzustellen, dass die Nachfrage dann besonders gross ist, wenn sich die Mitarbeitenden einen direkt verwertbaren Nutzen oder die Verminderung eines Leidensdrucks erhoffen. Aus diesem Grund haben Titel wie «Rhetorik für Frauen und Männer», «Neue deutsche Rechtsschreibung», «Persönliche Arbeitstechnik», «Stressverhalten ändern lernen», «Vom Umgang mit sich selbst» oder «Mehr Lebensqualität und Leistungsvermögen» viele Personen angesprochen.

Eine zweite Beobachtung betrifft den Trend zur Reflexion der eigenen beruflichen Entwicklung. Die nachgefragten Titel lauten hier: «Berufliche Standortbestimmung», «Als Frau im Beruf: Ressourcen nutzen», «Schlüsselqualifikationen», «Älter werden im Beruf», «Lernen lernen». Eine mögliche Interpretation der erfreulich starken Nutzung dieser Kurse: Den Teilnehmenden – in der Regel zwischen 25 und 55 Jahre alt – ist die eigene Entwicklung wichtig, und zwar über den Bereich des Arbeitsplatzes bei der Stadt hinaus. Man will seine Optionen ausloten und sich bei Bedarf weitere schaffen.

Vom Ansatz her ausbaufähig sind teamorientierte Weiterbildungen; so weist z. B. die Thematisierung von Bedrohungssituationen im Seminar «Umgang mit aggressiven Klienten» gute Erfolge auf.

Trotz breitem internem Angebot sowie der Möglichkeit, sich bei externen Weiterbildungen mit Geld und Zeit unterstützen zu lassen, bleibt grundsätzlich die Freiwilligkeit der Beteiligung gewahrt. Eine Ausnahme sind bestimmte Kaderanlässe, die Führungspersonen verbindlich zu besuchen haben.

Die Führungsweiterbildung hat unter anderem die Aufgabe, den Kaderleuten Anregungen und Anstösse zu geben, sie aber auch mit neuen Fragen zu konfrontieren. Angebote aus diesem Bereich lauteten «Balanced Scorecard», «Wissensmanagement», «Frauen führen», «Konfliktmanagement und Mediation», «Mit Netzwerken und Partizipation zum Erfolg». Mit «Führung um vier» wurde ein Quartalsgefäss für Kader geschaffen, das kompetente Information, Diskussion und informelle Kontakte vereinigt. Über den Kadertag wird an anderer Stelle berichtet.

## 927 Gleichstellung von Frau und Mann

Im Jahr 2002 bestimmten zwei Themenschwerpunkte die Arbeit der Kommission «Gleiche Chancen für Frau und Mann»: Eine Umfrage bei den Verwaltungsangestellten zur Thematik Chancengleichheit sowie Arbeitszufriedenheit und diverse Aktivitäten zum 10-jährigen Bestehen der Kommission. Zu erwähnen ist weiter die Teilnahme diverser Amtsstellen am nationalen Tochtertag.

## Mitarbeiter/-innen-Umfrage

Die Umfrage brachte in Sachen Arbeitszufriedenheit mehrheitlich positive Resultate. Frauen und Männer sind gleichermassen zufrieden oder sogar sehr zufrieden mit vielen Aspekten ihrer Arbeit. Das gute Arbeitsklima steht hier an oberster Stelle. Fast 95% schätzen die Beziehungen zu den Kollegen und Kolleginnen als gut bis sehr gut ein, 88% sind es bei der Frage nach der Beziehung zu den Vorgesetzten. 90% der Befragten finden ihre Arbeit interessant. Auf der anderen Seite wünschen sich über 50% der Befragten mehr Verantwortung bei ihrer Arbeit. Fast die Hälfte kann die Arbeit nur unter Zeitdruck erledigen.

Beim Thema Chancengleichheit fällt sehr positiv auf, dass es kaum Mitarbeitende gibt, die sich von Vorgesetzten oder Kollegen und Kolleginnen diskriminiert fühlen. Der korrekte Sprachgebrauch ist in der Stadtverwaltung beinahe selbstverständlich. Bei den Themen «gleicher Lohn» und «gleiche Aufstiegsmöglichkeiten» für Frauen und Männer herrscht Unsicherheit. Man weiss zuwenig, ob dies gewährleistet ist.

Wenn es um die Zukunft der Chancengleichheit in der Stadtverwaltung geht, so wünschen sich die Mitarbeitenden an erster Stelle, dass sich die Stadt um eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf bemüht. An zweiter Stelle folgt das Anliegen, man solle Vorgesetzte in Gleichstellungsfragen beraten. Die Förderung von Teilzeitarbeit für Frauen und Männer steht ebenfalls weit oben auf der Wunschliste.

## Kadertag

Am Kadertag für die obere Leitungsebene der Stadtverwaltung wurde über die Ergebnisse der Umfrage sowie die daraus abgeleiteten Zielsetzungen informiert. In Arbeitsgruppen sammelten die Teilnehmenden erste Ideen für mögliche Schritte zu deren Umsetzung. Wichtig war dabei der Gedanke, dass Gleichstellungsarbeit auch Führungsarbeit ist. In diese Richtung sensibilisierte auch ein Fachreferat zum Thema «Gender Mainstreaming».

## Jubiläum 10 Jahre Kommission «Gleiche Chancen für Frau und Mann»

Mit den Jubiläums-Aktionen verfolgte die Kommission primär das Ziel, auf breiter Ebene und auf unkonventionelle Weise für die Thematik der Chancengleichheit zu sensibilisieren. Es wurden folgende Aktionen lanciert: Ein Plakatwettbewerb unter Lehrlingen und Praktikant/innen, ein Fruchtetag sowie ein Kulturabend.

FRAUEN IN DER STADTVERWALTUNG	2000		2001		2002	
Beschäftigte Personen	1 673		1 645		1 592	
– davon Frauen	493	29.5%	487	29.6%	465	29.2%
Vollzeitbeschäftigte Personen	1 191		1 135		1 103	
– davon Frauen	141	11.8%	123	10.8%	112	10.2%
Teilzeitbeschäftigte Personen	482		510		489	
– davon Frauen	352	73.0%	364	71.4%	351	71.8%
Teilzeitbeschäftigte über 50%	292		321		307	
– davon Frauen	181	62.0%	195	60.7%	189	61.6%
Teilzeitbeschäftigte bis 50%	190		189		182	
– davon Frauen	171	90.0%	169	89.4%	164	90.1%



Den Frauenanteil auf einen Drittel zu erhöhen, bleibt weiterhin unerreichtes Ziel in der Stadtverwaltung. Diese Schwelle wird annähernd erreicht, wenn auch die im Stundenlohn Beschäftigten sowie die befristet angestellten Mitarbeitenden in die Statistik einbezogen werden. Insgesamt zeigt obige Tabelle keine nennenswerten Veränderungen im Vergleich zum Vorjahr. Das heisst, Teilzeitarbeit ist weiterhin v.a. Frauensache – gut 70% der Teilzeit Arbeitenden sind Frauen. Und je geringer der Beschäftigungsumfang, umso grösser wird der Anteil der Frauen an den Teilzeit Beschäftigten.

## 928 Lehrlings- und Praktikumswesen

Das Lehrlings- und Praktikumswesen ist zusammen mit den Lehrmeisterinnen und Lehrmeistern zuständig für die Auswahl und die Betreuung bzw. Führung der Auszubildenden. In der Lehrlingsauswahl sind neue Tendenzen bei den Bewertungskriterien festzustellen, wonach genormte Tests und Assessments durchgeführt werden und eine grosse Bedeutung erhalten. Die traditionellen Schnupperlehren verschwinden langsam, da die Lehrfirmen aus Kosten- und Effizienzgründen teilweise bewusst darauf verzichten. Als Ersatz müssen Informationshalbtage und virtuelle Schnupperlehren genügen. Diese Tendenzen hat die Stadtverwaltung (bis jetzt) bewusst nicht mitgemacht. 16 neue Lehrlinge haben nach bewährter Auswahlmethode die Lehre im August 2002 begonnen. Mit acht verschiedenen Lehrberufen ist damit ein breites Spektrum der Berufsbildung vertreten. Die Stadtverwaltung gehört zu den grossen Abnehmern von Praktikanten aus der Wirtschaftsmittelschule WMS. Über 100 Personen bekamen im letzten Jahr Gelegenheit, in Form einer Lehre, eines Praktikums oder als Zivildienstleistender bei der Stadtverwaltung tätig zu sein. Alle 17 Lehrlinge schlossen die Ausbildung mit Erfolg ab. Ein Teil konnte bei der Stadtverwaltung eine Stelle finden, andere wollten sich direkt weiterbilden oder mussten in die Rekrutenschule einrücken.

LEHRLINGS- UND PRAKTIKUMSWESSEN	2000	2001	2002
Personal- und Sachaufwand netto (in CHF 1 000)	965	994	935
Praktikumsverhältnisse	54	52	51
Lehrverhältnisse (inkl. WMS)	49	50	50
– in administrativen Berufen (inkl. WMS)	31	32	32
– in technischen und handwerkli. Berufen	18	18	18
Abgeschlossene Lehren	12	16	17

## 929 Versicherungskasse und Sozialwesen

### 929.1 Versicherungskasse

Mitgliederbewegungen: Der Gesamtbestand der Versicherten nahm im Jahre 2002 mit 2 611 Mitgliedern gegenüber dem Vorjahr (2 617) um 6 Personen leicht ab. Der Anteil der angeschlossenen Mitglieder erhöhte sich um 30 Personen. Beim städtischen Personal ist ein Rückgang von 36 Personen zu verzeichnen. Dieser Rückgang ist auf den Übertritt von 89 Personen in die Versicherungskasse des Kantons St.Gallen anlässlich der Kantonalisierung von GBS, Berufsberatung und RAV per 1.1.2002 zurückzuführen. Die Versicherungskasse hat somit 1 534 städtische und 1 077 angeschlossene Mitglieder (Vorjahr: 1 570 städtische und 1 047 angeschlossene Versicherte). Die 161 (159) risikoversicherten Personen machen rund 6% (6%) des gesamten Versichertenbestandes aus. Die Summe der versicherten Löhne ist um rund 0.9% auf CHF 135.8 Mio. gestiegen (134.6 Mio). Auch der durchschnittliche versicherte Lohn pro Person erhöhte sich um rund 1.1% auf CHF 51 993 (Vorjahr CHF 51 433).

Die Versicherungskasse zahlte 2002 insgesamt 1 409 Renten (Vorjahr 1 377). Es handelt sich um 60 vorzeitige Altersrenten, 793 ordentliche Altersrenten (davon 4 Alters-Kinderrenten), 142 Invalidenrenten (davon 35 IV-Kinderrenten) und 414 Hinterlassenenrenten (davon 2 Waisenrenten).

VERSICHERUNGSKASSE	2000	2001	2002
Total aktive Mitglieder	2 566	2 617	2 611
– davon Risikoversicherte (bis Alter 25)	145	159	161
– davon Mitglieder angeschlossener Institutionen	1 006	1 047	1 077
Anzahl angeschlossene Arbeitgeber	31	31	31
Durchschnittlicher versicherter Lohn	50 691	51 433	51 993
Maximaler Koordinationsabzug	24 120	24 720	24 720
Total Rentenbezüger/-innen	1 344 (1 318)	1 377	1 409
– davon Altersrenten	757 (757)	783	789
– davon Alters-Kinderrenten*	3 (–)	4	4
– davon vorzeitige Altersrenten	61	64	60
– davon Invalidenrenten	96 (96)	98	107
– davon Invaliden-Kinderrenten*	21 (–)	25	35
– davon Hinterlassenenrenten	403 (404)	401	412
– davon Waisenrenten*	3 (–)	2	2

\* Aufgrund der Totalrevision des VK-Reglementes per 1. 1. 1999 und des damit verbundenen Übergangs von der Rentengarantie zu Kinder- und Waisenrenten werden diese erst ab 2000 statistisch erfasst (Zahlen für 2000 in Klammer = Werte ohne Ausscheidung dieser Renten).

## 929.2 Sozialwesen

Kurs «Pensionierung in Sicht - Vorbereitung auf den Ruhestand»: Für die vor der Pensionierung stehenden Mitarbeitenden sowie deren Partnerinnen und Partner führte das Personalamt an einem ganzen und zwei halben Tagen den Kurs zur Vorbereitung auf den Ruhestand durch. Wie schon in den vergangenen Jahren stiess diese Veranstaltung auf reges Interesse. Insgesamt haben 61 Personen von diesem Angebot profitiert.

Gripeschutzimpfung: An der jährlich vom Personalamt organisierten unentgeltlichen Gripeschutzimpfung haben 213 Personen teilgenommen.

## 93 Organisations- und Informatikamt

### Organisationsaufgaben:

- nimmt Wirtschaftlichkeitsabklärungen und Organisationsanalysen im Zusammenhang mit Informatikprojekten vor
- klärt den städtischen Personalbedarf im Rahmen der Stellenplankommission ab
- berät und koordiniert bei der Beschaffung von Sachmitteln
- arbeitet in verschiedenen Arbeitsgruppen (Telefonie, Mobile User Group, Foto User Group) mit

### Informatikaufgaben:

- beschafft und installiert Informatikgeräte und Software im Bereich der Büroautomation
- ist verantwortlich für den Betrieb der städtischen Informatik-Infrastruktur (Büroautomation/ Serversysteme/ /Netzwerke) und für deren Standardisierung sowie die automatische Softwareverteilung
- stellt die Datensicherheit (Bandroboter) sowie den Datenschutz (Virenprävention) sicher
- betreibt eine Service-Desk-Organisation und betreut die Fach- und Datenbankapplikationen
- gewährleistet den technischen Betrieb im Bereich der Intranet-Infrastruktur
- betreibt für den Internet-Zugang die Proxy- und Firewall-Systeme

- stellt die Planung und den Aufbau der städtischen Datennetze sicher
- leitet Informatikprojekte
- koordiniert die Informatikschulung im Bereich Büroautomation

<b>FINANZEN</b> (in CHF 1 000) / <b>PERSONAL</b>	<b>2000</b>	<b>2001</b>	<b>2002</b>
Aufwand	4 726	5 063	5 373
Ertrag	273	435	487
Aufwandüberschuss	4 453	4 628	4 886
Personalbestand	16.0	18.5	20

### 931 Projekte

Die von einem unabhängigen Consultingunternehmen durchgeführte Qualitätsprüfung des seit dem Jahre 2001 eingesetzten Projektführungsinstrumentes «PROFI» ist durchwegs positiv ausgefallen.

Mit der Umsetzung des Konzepts «Informatik in der Volksschule» wurde im Berichtsjahr begonnen; mehrere Schulhäuser (PS Spelterini, PS St. Georgen, PS Bach, PS Buchwald und OZ Schöna) sind neu vernetzt und mit Informatikmitteln ausgerüstet worden.

Das im Jahre 2002 mit einer Vorstudie gestartete Projekt «UBO – Update Back-Office» sieht vor, sämtliche Informatiksysteme wie Serverfarm, Mail- und Datenbankserver sowie zentrale Speichereinheiten (Clustersysteme) auf eine neue Technologie umzustellen. Die entsprechenden Kredite wurden eingeholt und die Umsetzung erfolgt in den Jahren 2003/2004.

Parallel dazu erfolgte mit dem Projekt «CUBO – Client Update Betriebssystem und Officeprodukte» der Start eines weiteren Grossprojektes. Die PC-Arbeitsplätze der städtischen Mitarbeitenden müssen aus technologischen Gründen (alte Softwareversionen) auf die neue Betriebssystem- und Officeumgebung (XP) migriert werden. Zudem müssen alle weiteren Anwendungen auf deren XP-Tauglichkeit hin überprüft werden. Das Projekt wird bis ins Jahr 2004 andauern.

Die Datenerfassung und die entsprechenden Kontrollarbeiten des ersten Grundbuchkreises konnten mit der neuen EDV-Lösung «Terris» abgeschlossen werden. Die noch fehlenden zwei Grundbuchkreise werden bis Ende 2004 ebenfalls ins elektronische Grundbuch überführt.

Mitte Jahr wurde die neue Fachapplikation «Tutoris» beim Sozialamt produktiv in Betrieb genommen.

Durch die Ablösung der Makroprogrammierung «Pro» durch das Word-Zusatzmodul «Do-it», welches einfacher in der Handhabung ist, wurde weiterhin sichergestellt, dass die städtischen Schriftstücke einheitlich erstellt werden und mit dem städtischen Erscheinungsbild übereinstimmen. Entsprechende Druckaufträge konnten dadurch eingespart werden.

Das Projekt «EDM – Electronic Document Management-System» wurde gegen Ende des Jahres abgebrochen, da aufgrund des Rückzuges einer beteiligten Dienststelle der Projektinhalt und der Leistungsumfang erheblich beeinflusst bzw. reduziert wurde. Eine Wiederaufnahme ist bis auf weiteres nicht geplant.

Verschiedene Softwareprojekte wie z.B. der Update der Applikation Deponieannahme beim ESA, die Einführung einer Software für die Anzuchtgärtnerei beim GAB etc., konnten erfolgreich abgeschlossen werden.



**ORGANISATIONS- UND INFORMATIKPROJEKTE**

	2000	2001	2002
Anzahl bearb. Beschaffungsprojekte <sup>1</sup>	58	56	38
Anzahl bearb. Entwicklungsprojekte <sup>2</sup>	34	17	11
Anzahl bearb. Organisationsprojekte <sup>3</sup>	11	21	22
Anzahl bearb. Infrastrukturprojekte <sup>4</sup>	17	67	29

<sup>1</sup> Projekte, die unter Einsatz von Standardprodukten realisiert werden

<sup>2</sup> Projekte, die spezielle Softwareentwicklungen erfordern

<sup>3</sup> konventionelle Organisationsprojekte ohne direkt Informatik Auswirkungen

<sup>4</sup> Ausbau der Informatikinfrastruktur (z.B. Gebäudeverkabelungen)

**AUFTEILUNG DER PROJEKTE 2002 AUF DIE VERWALTUNGSABTEILUNGEN:**

	AV	VDI	PV	VSD	BV	VTB	SV	FV	DIVERSE
Beschaffungsprojekte	1	0	5	3	6	5	4	7	7
Entwicklungsprojekte	2	0	0	0	0	2	1	5	1
Organisationsprojekte	0	1	0	1	0	4	2	4	10
Infrastrukturprojekte	0	0	4	1	2	3	2	6	11

Im Berichtsjahr konnten 62 Projekte abgeschlossen werden.

**932 Informatikorganisation**

Aufgrund des Stadtratsbeschlusses vom 2. Juli 2002 wurde im September 2002 ein Projekt zur Erarbeitung der Grundlagen für die Einführung der Leistungserfassung und -verrechnung der Informatikkosten gestartet. Die produktive Inbetriebnahme der Leistungsverrechnung soll per 1. Januar 2004 erfolgen.

In Zusammenarbeit mit einem externen Spezialisten wurde die Erarbeitung einer IT-Sicherheitsstrategie samt entsprechendem Konzept in Angriff genommen.

Die Einführung des Single Point of Contact (SPOC) für sämtliche Kundenanfragen und Bedürfnisse ab Jahresbeginn hat sich bewährt. Die Durchlaufzeiten in der Problembehebung wurden kürzer und die Kundenzufriedenheit hat sich dadurch deutlich erhöht.

Mit der Erstellung eines Power-User Konzeptes im Bereich der Fachapplikationen konnten Verbesserungen bei der Koordination von Anfragen und der Erledigung von Problemen erzielt werden.

Als Grundlage für eine strukturierte, einheitliche und effiziente Bewältigung eines möglichen EDV-Problems in der Stadtverwaltung wurde ein Handbuch samt Alarmstufenplan ausgearbeitet. Damit konnten massive Verbesserungen in der Notfallbearbeitung erzielt werden.

**933 Informatikbetrieb/-infrastruktur**

Mit der Planung von zwei Firewall-Systemen zum KOMSG (Kommunikationsnetz des Kantons St.Gallen) konnten Massnahmen für zusätzliche Sicherheitsvorkehrungen eingeleitet werden. Die öffentliche Ausschreibung erfolgte im Rahmen des Submissionsgesetzes in der zweiten Jahreshälfte.

Die bestehende Remote-Access Lösung (RAS) für den Wartungszugang von externen Partnern zur Sicherstellung eines einwandfreien Betriebs der Informatikmittel wurde durch eine neue Lösung ersetzt, mit welcher diverse Sicherheitslücken eliminiert werden konnten.

Sämtliche Arbeitsplatz- und Serversysteme wurden erfolgreich von der Tokenring-Technologie auf Ethernet umgestellt.

GERÄTEBEZOGENE LEISTUNGEN	2000	2001	2002
Anteil Informatikarbeitsplätze <sup>1</sup>	99,4%	100%	100%
Anzahl Arbeitsplatzsysteme total (ohne Schulen)	1 149	1 178	1 243
Anzahl Serversysteme <sup>2</sup>	55	58	79
Anzahl Interventionen am Arbeitsplatz <sup>3</sup>	3 296	* 6 292	* 5 694
Zeitaufwand pro Intervention	45 Min	35 Min.	28 Min.

<sup>1</sup> mit Informatik-Mitteln ausgerüstete administrative und technische Arbeitsplätze

<sup>2</sup> File- und DB-Server, Webserver, Switches und Router etc.

<sup>3</sup> Anzahl erfasste Störungsmeldungen

\* Ab dem Jahr 2001 erfolgt die lückenlose Erfassung sämtlicher Anfragen beim OIA. Nebst den Supportmeldungen wurden auch die Beratungsanfragen in der entsprechenden Datenbank aufgenommen.

## 934 Informatikausbildung

INFORMATIKSCHULUNG	2000	2001	2002
Anzahl Teilnehmertage	493	363	472
Anzahl Kurse	86	49	57
Anzahl Teilnehmer/-innen	616	424	* 1 432
Total Schulungskosten (in CHF 1 000)	89	74	93
Kosten pro Teilnehmertag (in CHF)	181	204	197

\* Davon nahmen rund 800 Mitarbeitende an den obligatorischen IT-Sicherheitskursen teil

Auf einer Skala von 1 bis 10 wurde die Qualität und der Nutzen der OIA-Office-Anwender-Kurse von den Kursteilnehmerinnen und Kursteilnehmern mit einer Gesamtnote von 9.5 bewertet. Die Wünsche und Anregungen aus den Kursbewertungen konnten im Kursprogramm für das Jahr 2003 zum grössten Teil berücksichtigt werden.

Die drei Mal im Jahr durchgeführten Fachmeetings zu spezifischen Informatikthemen stiessen bei einer durchschnittlichen Beteiligung von rund 100 Personen auf ein positives Echo.

Das neu entwickelte Weiterbildungsgefäss «Führung um vier» zu den Themen «IT-Sicherheit – (k)eine Chefsache?!» und «Informatikmittel unterstützen Führungsaufgaben» hat guten Anklang gefunden und wird im Jahr 2003 mit weiteren aktuellen Informatik-Themen fortgeführt.

In 15 einmalig durchgeführten Kursen wurden rund 800 Informatikanwenderinnen und Informatikanwender mit den Sicherheitsbestimmungen im Informatikbereich der Stadtverwaltung St.Gallen vertraut gemacht. Ab 2003 wird diese Thematik in einem neu entwickelten, obligatorischen Einführungskurs für neue Informatikanwendende geschult.

## Aufgaben:

- vollzieht das Reglement über die Finanzkontrolle
- überwacht die Einhaltung gesetzlicher Vorschriften
- überwacht Zutrittsberechtigungen für VRSG-Applikationen und führt diese nach
- überwacht und vollzieht die Datenschutzrichtlinien
- führt das Sekretariat der Geschäftsprüfungskommission

FINANZEN (in CHF 1 000) / PERSONAL	2000	2001	2002
Ausgaben	780	821	843
Einnahmen	15	13	12
Aufwandüberschuss	765	808	831
Personalbestand	4.7	4.8	5.2

Die Finanzkontrolle prüft den Finanzhaushalt der Stadtverwaltung. Über den Umfang und die Schwerpunkte der Prüfungen sowie über wichtige Feststellungen und Beurteilungen erstattet sie Bericht an den Stadtrat, die Geschäftsprüfungskommission, den zuständigen Abteilungsvorstand und die Dienststellenleiter resp. -leiterinnen.

Daneben sind der Finanzkontrolle Revisionsstellenmandate von anderen Organisationen übertragen oder sie ist in deren Revisionsstelle vertreten. Der Finanzkontrolle ist auch die Führung des Sekretariates der Geschäftsprüfungskommission des Grossen Gemeinderates übertragen.

Als Kontrollorgan der Stadtverwaltung gemäss kantonalen Datenschutzverordnung führt die Finanzkontrolle ein Register aller Datensammlungen mit Personendaten. In der Regel wird die Einhaltung der Datenschutzbestimmungen parallel zu den Revisionen des Finanzhaushaltes geprüft.

KENNZAHLEN	2000	2001	2002
Berichte und Prüfungen	97	122	84
Verwaltete Zutrittsberechtigungen	838	834	832
Anzahl registrierte Dateien	298	266	253

GESCHÄFTSPRÜFUNGSKOMMISSION	2000	2001	2002
Sitzungen Gesamtkommission	12	10	13
Sitzungen Delegationen	15	15	16
Sitzungen Subkommissionen zu speziellen Themen	3	1	3

Im vergangenen Jahr behandelte die Geschäftsprüfungskommission in zehn Nachmittagssitzungen Vorlagen des Stadtrates an den Grossen Gemeinderat sowie Revisions- und Prüfungsberichte der Finanzkontrolle. Für die Beratungen der Jahresrechnungen, der Geschäftsberichte des Stadtrates und der Budgetentwürfe wurden zwei ganze Sitzungstage und eine Nachmittagssitzung beansprucht.

Die GPK-Delegationen prüften an 16 Sitzungen die Geschäftsführung des Stadtrates, die Rechnungslegung und den Budgetentwurf der Stadtverwaltung.



st. ant